

Schriften der  
Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt

# Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Frankreich

Vergleichende Perspektiven  
im europäischen und globalen Kontext

## *État, économie et relations de travail en France et en Allemagne*

*Perspectives comparatistes  
dans le contexte européen et global*

Herausgegeben von / Édité par  
**Hans-Jürgen Lüsebrink**  
**Luitpold Rampeltshammer**



**universaar**

Universitätsverlag des Saarlandes  
Saarland University Press  
Presses universitaires de la Sarre



## **Schriftenreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes**

Die zentrale Aufgabe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes besteht in der Generierung von arbeitsweltorientiertem Wissen und der gegenseitigen Zusammenführung von Wissensbeständen in Wissenschaft und Arbeitswelt mit dem Ziel einer nachhaltigen Kooperation zum Nutzen aller Kooperationspartner/innen. Kooperationspartner/innen sind die Universität des Saarlandes, der Deutsche Gewerkschaftsbund Saar, die Arbeitskammer des Saarlandes und die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes.

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt liegen in den Themenfeldern Mitbestimmung und Partizipation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Globalisierung und ihre Auswirkungen, sektoraler Wandel und grenzüberschreitendes Arbeiten.

Mit dieser Publikation sollen die Vorträge, die im Rahmen der Veranstaltungsreihe zum Thema „Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Frankreich unter dem Einfluss von Europäisierung und Globalisierung“ gehalten wurden, und die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das in Zusammenarbeit mit der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt durchgeführt wurde, einem breiteren Publikum zur Verfügung gestellt werden.

Hans-Jürgen Lüsebrink, Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.)

**Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen in  
Frankreich und Deutschland**

Vergleichende Perspektiven im europäischen und globalen  
Kontext

*État, économie et relations de travail en France  
et en Allemagne*

*Perspectives comparatistes dans le contexte européen  
et global*



***universaar***

Universitätsverlag des Saarlandes

Saarland University Press

Presses Universitaires de la Sarre

© 2019 universaar  
Universitätsverlag des Saarlandes  
Saarland University Press  
Presses Universitaires de la Sarre  
Postfach 151141, 66041 Saarbrücken



ISBN 978-3-86223-247-5 gedruckte Ausgabe  
ISBN 978-3-86223-248-2 Online-Ausgabe  
URN urn:nbn:de:bsz:291-universaar-1862

Buchprojektbetreuung KoWA: Olga Haubrichs  
Bibliographische Überarbeitung und Korrektur: Viktoria Sophie Lühr

Satz: Olga Haubrichs  
Umschlaggestaltung: Julian Wichert

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier durch readbox unipress

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

# Inhalt

Vorwort.....	7
<i>Hans-Jürgen Lüsebrink, Luitpold Rampeltshammer</i>	
Einleitung: Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen – die neue Aktualität eines alten Beziehungsgeflechts .....	9
<i>Henrik Uterwedde</i>	
Wirtschaftspolitik in Deutschland und Frankreich .....	23
<i>Rachid Belkacem</i>	
Marché du travail et politique de l'emploi en France et en Allemagne .....	41
<i>Udo Rehfeldt</i>	
Die deutschen und französischen Arbeitsbeziehungen im Wandel: Von der Divergenz der Modelle zur Konvergenz? .....	73
<i>Justine Roussie</i>	
Les nationalisations de 1945 et 1981 en France .....	105
<i>Klara Boos</i>	
Le patriotisme économique – Zielsetzung, Maßnahmen und Debatten .....	135
<i>Anke Rehlinger</i>	
Die Großregion als Fachkräftepool Europas.....	167
<i>Sophia Dorka, Julia Frisch</i>	
Interkulturelle Dimensionen transnationaler Ausbildungsprojekte .....	183
<i>Yves Frenette, Marc-André Gagnon</i>	
Résistance et reconnaissance : deux siècles de syndicalisme canadien.....	205
Autorinnen und Autoren .....	229



## Vorwort

Die Beiträge in diesem Band sind Ergebnis einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Frankreich unter dem Einfluss von Europäisierung und Globalisierung“, die Prof. Dr. Hans-Jürgen Lüsebrink (Seniorprofessur für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation) und Dr. Luitpold Rampeltshammer (Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes) im Wintersemester 2016/17 durchgeführt haben.

Die Beiträge zur Veranstaltungsreihe befassen sich mit den Veränderungen in ausgewählten Bereichen (Wirtschaftspolitik, Industriepolitik, Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen) im Beziehungsgeflecht Wirtschaft, Politik und Arbeit in Deutschland und Frankreich, die durch Europäisierung und Globalisierung entstanden sind. Die im öffentlichen Diskurs vorgetragenen Thesen, entweder der Konvergenz oder der persistierenden Divergenz dieser Bereiche, standen im Fokus.

Die Herausgeber danken der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, der Universität des Saarlandes und der Arbeitskammer des Saarlandes für die finanzielle Unterstützung der Vortragsreihe und ihrer Publikation. Ein herzlicher Dank gilt auch Olga Haubrichs und Viktoria Lühr für die formale und drucktechnische Einrichtung der Manuskripte.

Hans-Jürgen Lüsebrink

Luitpold Rampeltshammer



## **Einleitung: Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen – die neue Aktualität eines alten Beziehungsgeflechts**

### **Typologische Ausprägungsformen – zur Beziehung von Staat, Wirtschaft und Markt**

Industriegesellschaften zeichnen sich durch ein historisch gewachsenes Institutionengeflecht aus, welches breit geteilte, tieferliegende normative Prinzipien widerspiegelt und das auf das Handeln von Akteuren im ökonomischen und im politischen Bereich einwirkt. Dies ist eine der zentralen Einsichten der Politischen Ökonomie, die sich seit ihren Anfängen im 18. Jahrhundert mit dem Studium dieser national verfassten Institutionengeflechte befasst.

Crouch und Streeck (1997) identifizieren zwei zentrale Institutionen der überwiegenden Anzahl von demokratisch verfassten Marktgesellschaften: wettbewerbsfähige Märkte und auf Eigentumsrechte basierende organisationale Hierarchien. Institutionen sind jedoch in diesen Gesellschaften in unterschiedlicher Weise implementiert und werden in der Regel in diesen Gesellschaften entweder vom Staat oder zwischen dem Staat und kollektiven gesellschaftlichen Akteuren (z.B. von Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) ausgehandelt. Dadurch sind unterschiedliche Varianten des Kapitalismus (*Varieties of Capitalism*, Hall and Soskice 2001 oder *Models of Capitalism*, Coates 2000) entstanden, die vor allem, als historische Ergebnisse dieser Aushandlungsprozesse, durch die Wirkungsweise unterschiedlicher Institutionen gekennzeichnet sind. Michel Albert, französischer Ökonom und von 1978 bis 1981 Leiter des Commissariat général du Plan, unterscheidet in seinem Buch *Capitalisme contre capitalisme* (1991) zwei Typen von Kapitalismus, die sich international gegenüberstehen: das anglo-amerikanische Modell, das seinen Fokus auf individuellem Erfolg, dem Erzielen schnellen Profits, der Maximierung des Wettbewerbs und der Privatisierung und damit der Kommerzialisierung öffentlicher Aufgaben legt und dem Rheinischen Kapitalismus (Deutschland, Nordeuropa und Japan), das seinen Schwerpunkt auf Konsens, Langfristigkeit, Planung und gemeinsamen Erfolg legt. Für Albert ist zwar der Rheinische Kapitalismus nicht nur effizienter, sondern auch egalitärer und gerechter und dadurch sowohl ökonomisch als auch gesellschaftlich dem anglo-Amerikanischen überlegen, dieser ist jedoch aufgrund seiner Strahlkraft und der Vorstellung des „schnellen Geldes“ für in

zunehmender Weise für viele Menschen auf der Welt attraktiver (obwohl viele von diesen, so Albert, dadurch Nachteile erleiden würden).

In der Folge sind, inspiriert durch Alberts Buch, weitere Studien zur institutionellen Variabilität gegenwärtiger Industriegesellschaften entstanden (z.B. Berger and Dore 1996, Boyer und Drache 1996, Coates 2000, Abelshausen 2003). Im Jahre 2001 publizierte eine Gruppe von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern das Buch *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, herausgegeben von Peter Hall und David Soskice (Hall and Soskice 2001), in dem sie die institutionellen Grundlagen mehrerer Industrieländer verglichen. Ihr Ansatz ist relational, da sie hauptsächlich an den strategischen Interaktionen von Unternehmen zu anderen kollektiven Akteure interessiert sind. Grundlage ist die Existenz von Koordinationsproblemen von Unternehmen in einer Reihe von Bereichen: intern, in der Motivation und der Qualifikation der Beschäftigten; extern in Beziehung zu Zulieferern, Kunden, Gewerkschaften und Unternehmens- und Arbeitgeberverbänden. Für Hall und Soskice hängt der Unternehmenserfolg von der Fähigkeit ab, Koordinationsprobleme in fünf unterschiedlichen Bereichen institutionell zu lösen: 1. Im Bereich der *Arbeitsbeziehungen* (wie lösen Unternehmen Probleme unterschiedlicher Interessen in Fragen der Lohngestaltung und der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen?); 2. *Berufliche Aus- und Weiterbildung* (wie wird sichergestellt, dass die Beschäftigten die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen?); 3. *Unternehmensführung und -kontrolle* (wie lösen die Unternehmen Finanzierungsfragen?); 4. *Beziehungen zu anderen Unternehmen* (wie kann die Beziehung zu Zulieferern, Kunden, die Kollaboration in Technologiefragen gestaltet werden?) und 5. *Beziehung zu den eigenen Beschäftigten* (wie wird sichergestellt, dass die Beschäftigten effektiv zusammenarbeiten um die Ziele des Unternehmens zu erreichen?). Diese Institutionen bestehen hauptsächlich aus Normen, Regeln, Gesetze und Vereinbarungen und können, in idealtypischer Form, zu drei Koordinationsmechanismen zusammengefasst werden:

1. Marktmechanismen (Ware-gegen-Geld Beziehung)
2. Hierarchie (Staat oder Organisation)
3. Konsens (Kommunikation)

Diese drei Mechanismen bilden, für Hall und Soskice, die Strukturprinzipien, anhand derer drei unterschiedliche Kapitalismusmodelle identifiziert werden:

1. Marktdominierte (market-led oder Liberal Market Economies LMEs) Kapitalismen, die durch relativ geringe Staatsinterventionen in der Wirtschaft, niedriger Organisationsgrad von Arbeitgeberverbänden, relativ

niedrigem Niveau an überbetrieblicher Qualifikation und Lohnniveau, sowie einer pluralistischen Gewerkschaftsorganisation geprägt sind. Die primäre Art der Unternehmensfinanzierung ist über den Aktienmarkt (u.a. USA, UK, Australien).

2. Konsensuelle (consensus-led oder Coordinated Market Economies CMEs) Kapitalismen, die sich durch einen hohen Koordinationsaufwand zwischen Akteuren (Unternehmen und Personen) mittels Unternehmensverflechtungen (durch Aktien oder Aufsichtsratsmandate), einem hohen überbetrieblichen Qualifikationsniveau, relativ hohe Löhne und hoher Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände auszeichnen. Die Finanzierung erfolgt hauptsächlich über langfristige Kredite bei Hausbanken (u.a. Deutschland, Japan, die Schweiz und die skandinavischen Länder).
3. Staatsdominierte (state-led oder Mediterranean) Kapitalismen, gekennzeichnet durch einen hohen Anteil des Agrarsektors und umfangreicher Staatsintervention (Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und die Türkei)<sup>1</sup>. Auch Boyer (1997: 91) sieht den Staat, und hier insbesondere die Regierung, durch seinen Interventionismus als zentralen Akteur im Institutionengeflecht dieser Länder in den Bereichen Arbeitsbeziehungen, Wettbewerb und internationale Integration.

Die rezente Diskussion über die Zukunft dieser Varianten des Kapitalismus fokussiert sich hauptsächlich auf drei Entwicklungen (Beck 1997, 1998, Altvater und Mahnkopf 1999, Held et al. 1999, Streeck 1999, Rampeltshammer 2008, Schmidt 2016): Zum einen die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung, die nationale Regulierung unter Druck setzt, denn „alle stehen unter dem Diktat eines wachsenden Wettbewerbs zwischen national verfassten Gesellschaften um Investitionskapital und Arbeitsplätze“ (Streeck 1998, 186); zum anderen durch die zunehmende europäische Integration durch die EU Institutionen, die, vor allem über die Durchsetzung eines einheitlichen Binnenmarktes, nationale Institutionen häufig als Integrationshemmnis betrachten. Vor allem aber drittens, die Einführung des Euro, d.h. einer einheitlichen Geldordnung, führt bei einer unterschiedlichen institutionellen Ausgestaltung der Kapitalismustypen zu Friktionen. Ob die Einführung des Euro langfristig auch eine einheitliche Kapitalismusordnung herbeiführt, ist derzeit eine offene Frage (Streeck 2015, 313).

---

1 Im westeuropäischen Vergleich liegt der Anteil des Agrarsektors dieser Länder mit an der Spitze (z.B. Portugal und Griechenland jeweils 5,1%, Spanien 3,8%, Deutschland 0,9% und Großbritannien 0,6%) (<https://www.welt-in-zahlen.de/laendervergleich.phtml?indicator=66>, abgerufen 29.5.2019)

Die Adaption an die Herausforderungen dieser Prozesse, obwohl national unterschiedlich verarbeitet, haben die Institutionen dieser Kapitalismusvarianten seit Beginn der 1990er Jahre bereits deutlich verändert. Offen ist jedoch die Frage nach dem Überleben und der Wirkungsweise der nationalen Institutionengeflechte. Die Beiträge in diesem Band können als Beitrag zu dieser Diskussion über Deutschland und Frankreich, und damit von zwei Realtypen des Rheinischen und des Staatsdominierten Kapitalismus gesehen werden.

### **Kontinuitäten und Brüche**

Die staatliche Wirtschaftspolitik zählte – nach den über Jahrhunderte hinweg für jegliche Staatsform zentralen Kompetenzen der Verwaltung, des Militärs und der Finanzen (Münzprägung) – zu den ersten Aufgabenbereichen, die sich neuzeitliche Staaten zusätzlich zu ihren angestammten Kernaufgaben aneigneten.<sup>2</sup> Frankreich spielte hierbei, noch vor anderen Nationalstaaten des 16.-18. Jahrhunderts, eine Pionier- und Vorreiterrolle, die mit dem Namen des Finanzministers König Ludwigs XIV., Jean-Baptiste Colbert (1619-83), eng verknüpft ist. ‚Colbertismus‘ (oder Merkantilismus<sup>4</sup>) bezeichnet seitdem eine staatliche Wirtschaftspolitik, die auf Förderung der eigenen, nationalstaatlichen Interessen ausgerichtet ist, gezielt wirtschaftliche Schwerpunktsektoren – im 17. Jahrhundert waren dies u.a. die Gobelins-Herstellung und die Porzellanfertigung – fördert und einen gewissen außenwirtschaftlichen Protektionismus betreibt. Wie J. Roussie in ihrem Beitrag in dem vorliegenden Band aufzeigt, weist der Merkantilismus und der mit ihm verknüpfte wirtschaftspolitische Staatsinterventionismus somit nicht nur eine lange Tradition auf, die sich bis in die Gegenwart hinein fortsetzt, sondern auch eine Vielzahl von Facetten. Unter ihnen lassen sich, im Anschluss auch an aktuelle Debatten in Frankreich, zwei Typen (oder Modelle) unterscheiden: der liberalere ‚Wirtschaftspatriotismus‘, der weder auf national-wirtschaftliche Abschottung noch auf einen forcierten Protektionismus ausgerichtet ist, sondern variable, moderate und flexible Strategien der Wahrung nationaler Wirtschaftsinteressen verfolgt; und der ‚Wirtschaftsnationalismus‘, der im Gegensatz hierzu deutliche protektionistische Zielsetzungen aufzeigt

Deutschland und Frankreich repräsentierten, sowohl im Bereich der Wirtschaftspolitik wie in jenem der Arbeitsbeziehungen, über lange Zeit hinweg, und zum Teil bis in die Gegenwart hinein, differente Modelle. Wie H. Uterwedde im vorliegenden Band herausarbeitet, war in Frankreich „nach 1945 ein etatistisches (d-h. staatsgelenktes) Wirtschaftsmodell entstanden“, das mit dem deutschen „Modell der Sozialen Marktwirtschaft deutlich kontrastierte.“ In Frankreich hatte, so Uterwedde, der Staat „nicht nur das Recht, sondern geradezu die

---

2 Vgl. hierzu für Frankreich das grundlegende Werk von Rosanvallon 1990.

Pflicht, Gesellschaft und Wirtschaft zu lenken und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Nation zu sichern.“<sup>3</sup> Prägnant lässt sich der deutsch-französische Antagonismus, wie er zumindest die sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beherrschte, mit den Worten Henrik Uterweddes wie folgt auf den Punkt bringen: „In Deutschland sieht sich die öffentliche Hand als Partner der Wirtschaft, der die Kompetenzen der diversen Wirtschaftsakteure respektiert und ihnen auch ein weit gehendes Mitspracherecht einräumt. Dem steht in Frankreich der grundsätzliche Anspruch der Politik gegenüber, alleine für die wirtschaftspolitischen Entscheidungen legitimiert zu sein und damit über den Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft zu stehen.“

Ähnlich unterschiedlich – und hier zweifellos bis in die Gegenwart hinein – stellen sich die Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Frankreich dar. Während in Deutschland kooperative Formen der Arbeitsbeziehungen, auch in Perioden der tariflichen Auseinandersetzungen, dominieren, seien diese, so Udo Rehfeldt in seinem Beitrag im vorliegenden Band, „deutlich konflikthaltiger“, was auch als ein Ergebnis – oder umgekehrt als ein Erklärungsfaktor – für die geringere Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft gelten könne. Entsprechend differiert auch, wie U. Rehfeldt nachfolgend in seinem Beitrag detailliert aufzeigt, die grundsätzliche Einstellung zu Streiks. Während Streiks in Deutschland von den Gewerkschaften „als letztes Mittel betrachtet wird, falls die Verhandlungen gescheitert sind“, stellen sie in Frankreich häufig eine „notwendige Bedingung“ dar, „um die Arbeitgeber (und manchmal auch den Staat) zu Verhandlungen zu zwingen.“ Auch in den Arbeitsbeziehungen zeigen sich somit im deutsch-französischen, und darüber hinaus im globalen Vergleich, deutlich unterschiedliche Formen der Präsenz und der Interventionsmöglichkeiten des Staates.

Für beide Bereiche – die Wirtschaftspolitik ebenso wie die Sozialpolitik und die mit ihr verknüpften Arbeitsbeziehungen – bestehen in Deutschland und Frankreich sehr unterschiedliche Erwartungshaltungen an den Staat. In Frankreich, das nicht nur einen der ersten und ältesten europäischen Nationalstaaten verkörpert, sondern auch eines der leistungsfähigsten (und teuersten) Sozialsysteme des Globus aufweist, ist die Erwartungshaltung an den Staat ungleich höher als etwa in Deutschland und nahezu allen anderen europäischen und westlichen Gesellschaften: eine Erwartungshaltung, die die Regelungsfunktion des Staates, aber auch seine Re-Distributionsfunktion (zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten) und schließlich seine Entscheidungskompetenz in Krisen und Konfliktfällen

---

3 Siehe hierzu den Beitrag von Henrik Uterwedde im vorliegenden Band sowie ergänzend hierzu Uterwedde 2013 und das Kapitel 4.1. „Staat und Wirtschaft: vom Etatismus zur Staatswirtschaft“ in Uterwedde 2017, 70-75.

betrifft, etwa im Fall von Firmenschließungen und Standortverlagerungen, bei denen in Frankreich der Staat nahezu durchgehend um Intervention, Hilfe und Lösungen angegangen wird. „Hauptreferenz bleibt“, so formulierte sehr treffend der Journalist und Frankreich-Spezialist Josef Hanimann, „auch für Individualisten, die von staatlicher Macht möglichst wenig hören wollen, die Rolle des Staates, nach dem gerufen wird, sobald man in Schwierigkeiten gerät. Er setzt politisch den Rahmen für die Republik, auf der Grundlage der 1789 formulierten Egalität und des 1945 vom Conseil National de la Résistance festgelegten Prinzips der Solidarität.“ (Hanimann 2017, 106). Die Verstaatlichungen der Jahre 1936-38, 1944-48 und dann 1981-82, die einen signifikanten Anteil der französischen Industrie und des französischen Bank- und Finanzwesens unter staatliche Kontrolle brachte (vgl. nachfolgend hierzu den Beitrag von K. Boos), folgten nicht einer eigenwilligen politischen Logik, sondern entsprachen der Erwartungshaltung einer Mehrheit der damaligen Wählerschaft, die sich hierdurch mehr soziale Sicherheit, höhere Löhne, mehr wirtschaftliche Planungssicherheit und stabile Arbeitsplätze versprach.

### **Neuentwicklungen - Neoliberalismus und die ‚Rückkehr des Staates‘**

Die tradierten Konstellationen der Beziehung von Staat und Wirtschaft sind zunächst zwischen den 1980er Jahren und dem Jahr 2008 in allen westlichen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften durch die Dominanz neoliberaler Wirtschaftsmodelle und -politiken bestimmt und zum Teil grundlegend worden. Vor allem in Großbritannien und den USA, danach aber auch in zahlreichen anderen Ländern, wie den Niederlanden, Österreich, Kanada und Deutschland, setzte sich die Vorstellung der Notwendigkeit eines möglichst weitgehenden Rückzugs des Staates als Eigner (oder Anteilseigner) von Wirtschaftsunternehmen, der Liberalisierung der Arbeitsmärkte und der Privatisierung weiter Teile des Öffentlichen Sektors (wie Elektrizitätsunternehmen, Post, Bahn, Flughäfen etc.) durch. F.-X. Merrien glaubte 1997 und auch noch in der dritten Auflage seines Buches über den französischen ‚Wohlfahrtsstaat‘ („État-providence“) im Jahre 2007 den Siegeszug des neoliberalen Modells in allen europäischen Gesellschaften, auch in Frankreich, wenn auch mit unterschiedlichen Ausprägungen, diagnostizieren zu können (Merrien 1999/2007, 118). Die Kehrseite der neoliberalen Wende, das „hässliche Antlitz des Neoliberalismus“ („la face hideuse du néolibéralisme“), wie Y. Frenette und M.-A. Gagnon in ihrem Beitrag im vorliegenden Band formulieren, zeigte sich in den Bestrebungen der staatlichen Wirtschaftspolitik sowie der Wirtschaftsverbände, etwa in Kanada, aber auch zahlreichen anderen Ländern, den Einfluss der Gewerkschaften zurückzudrängen und auf Kosten der Arbeitnehmer möglichst flexible Lohnabschlüsse und Arbeitsverträge durchzusetzen. Die Hartz-Reformen des Arbeitsmarktes in Deutschland im Jahre 2002

und die hiermit verbundenen Maßnahmen der Agenda 2010, die nachfolgend U. Rehfeldt detailliert beleuchtet, sind unmittelbar in diesem globalen Kontext wirtschaftspolitischer Neuorientierungen unter neoliberalen Vorzeichen zu sehen, auch wenn sie in Deutschland durch das Erbe der Sozialen Marktwirtschaft andere Formen annahmen und in vielfacher Hinsicht sozial abgefedert wurden. Selbst in Frankreich, dessen politische Parteien in ihrer Mehrheit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell kritisch gegenüberstanden, konnten sich durch die sukzessiven Privatisierungen staatlicher Betriebe seit 1986, die auch durch EU-Richtlinien bestimmte Privatisierung von Teilen des Öffentlichen Dienstes und die Öffnung aller Marktsektoren für den europäischen Markt neo-liberale Tendenzen etablieren. Die Reform des Arbeitsmarktes und der ihn regulierenden Arbeitsgesetze während der Präsidentschaft des Sozialisten François Hollande, vor allem durch die umstrittene „Loi du travail“ von 2014, die im vorliegenden Band von R. Belkacem näher untersucht wird und an die der 2017 gewählte neue Präsident Emmanuel Macron mit weiterführenden Reformmaßnahmen unmittelbar anknüpfte, sind in den Kontext der neoliberalen Strömungen einzuordnen, die in anderen Ländern, wie Großbritannien und auch Deutschland, jedoch weitaus einschneidendere soziale Konsequenzen hatten als in Frankreich, verstärkte aber generell die sozialen Ungleichheiten.<sup>4</sup>

In den letzten zehn Jahren, seit 2008, sind Neuentwicklungen zu beobachten, die neoliberalen Tendenzen entgegenlaufen und in unterschiedlichen Variablen zu neuen Konstellationen in der Beziehung von Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen geführt haben. Die Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008, die in vielen Ländern mehrere Jahre andauerte, hat, war, wie D. Rehfeld und B. Dankbaar unterstreichen, „vor allem auch eine Vertrauenskrise, in deren Folge der konsequent neoliberale, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank als Maxime gesetzte Washington Konsens<sup>5</sup> zur Disposition gestellt wurde. Konkret gesagt: Während in den 1980er und 90er Jahren in breiten Teilen der Wirtschaft und der Politik die Überzeugung vorherrschte, dass Politikversagen das größere Übel verglichen mit Marktversagen sei und Politik daher auf ein Minimum reduziert werden sollte, machte die Krise die ökonomischen und sozialen Folgen von Marktversagen und die Notwendigkeit staatlicher Intervention unübersehbar.“<sup>6</sup>

---

4 Vgl. hierzu die Beiträge von U. Rehfeldt und Y. Frenette/A.-M. Gagnon im vorliegenden Band.

5 Vgl. hierzu Rehfeldt/Dankbaar 2015, S. 491, Fußnote: „Der Washington Konsens bezeichnet die Maßnahmen, die vom IWF und der Weltbank erstmals in Zusammenhang mit der Schuldenkrise in Lateinamerika in den 1980er Jahren umgesetzt wurden. Kernelemente sind Kürzung der Staatsausgaben, Privatisierung, Deregulierung und Abbau von Subventionen.“

6 Ibid., S. 491-492.

Drei Entwicklungsprozesse waren hierfür ausschlaggebend: zum einen die bereits erwähnte, 2008 einsetzende globale Wirtschafts- und Finanzkrise; zum anderen der rasante Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht des Globus; und schließlich drittens die – zum Teil als Reaktion auf den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas zu sehende – tendenziell protektionistisch-nationalistische Wirtschafts- und Außenhandelspolitik des 2017 gewählten US-Präsidenten Donald Trump. Bereits die politische Lancierung des Konzepts des „Patriotisme économique“ während der Präsidentschaft Jacques Chiracs durch den damaligen Premierminister Dominique de Villepin (2005-2007) im Juli 2005 weist auf eine in den letzten Jahren nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern und auf europäischer Ebene zu beobachtende tendenzielle Neuorientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik voraus. Ausgelöst von der drohenden Übernahme des französischen Lebensmittelkonzern durch den US-Konzern PepsiCo schlug De Villepin eine stärkere Kontrolle von Auslandsinvestitionen im nationalen Interesse vor, zumal umfangreiche ausländische Direktinvestitionen häufig Standortverlagerungen und Formen des Technologietransfers nach sich ziehen würden (vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von K. Boos im vorl. Band). Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der nationalen Sicherheit Frankreichs bestimmte die französische Regierung in der Folge eine Reihe von Schlüsselindustrien, in denen die weiterhin prinzipiell geltende Investitionsfreiheit nunmehr einem „staatlichen Genehmigungsvorbehalt unterworfen“ wurde.<sup>7</sup> F. Gerlach und A. Ziegler betonen in einem Beitrag zur proaktiven Industriepolitik in Deutschland, dass spätestens die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 der „Erkenntnis zum Durchbruch verhalf, dass eine starke Industrie für den Wohlstand, für eine hohe Beschäftigung sowie für das Florieren vieler Dienstleistungsbereich unverzichtbar“<sup>8</sup> sei und die staatliche Wirtschafts- und Industriepolitik eine größere Rolle als bisher einnehmen müsse. Im Zuge der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ließen sich in der Folge neue und im Kontext der vorherigen neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte kaum denkbare Formen staatlicher Interventionen beobachten: die staatliche Unterstützung von Banken und Finanzinstituten; die vorübergehende staatliche Beteiligung an krisengeschüttelten Unternehmen wie PSA in Frankreich; und vor allem eine sehr expansive, unmittelbar in finanzwirtschaftliche Prozesse eingreifende Finanz- und Währungspolitik der Europäischen Zentralbank, die u.a. in massiven Aufkäufen von Staatsanleihen und einer Niedrig- bzw. Nullzinspolitik, die bis in die Gegenwart hinein andauert, ihren Niederschlag fand.

---

7 Uterwedde 2006, S. 17.

8 Gerlach/Ziegler 2015, S. 526.

Der Aufstieg Chinas in den letzten 10-15 Jahren zur weltweit zur größten Industrienation, zur zweitgrößten Volkswirtschaft und zugleich zur wichtigsten Exportnation des Globus und parallel hierzu die protektionistische Wirtschaftspolitik der USA seit dem Amtsantritt von D. Trump haben gleichfalls entscheidend zu einer „Renaissance der Industriepolitik“ auch in Europa beigetragen, bei der mehrere Faktoren zusammenwirken: die Angst vor einer (weiteren) De-Industrialisierung der europäischen Volkswirtschaften; sodann die Zielsetzung, der längerfristig angelegten, staatlich gelenkten Investitionspolitik Chinas im Ausland (die in Deutschland sowohl auf Beteiligungen an großen Konzernen wie Daimler als auch an innovativen und exportstarken ‚Hidden Champions‘ des Mittelstandes ausgerichtet ist) eine gleichfalls staatlich initiierte und staatlicherseits getragene ‚Gegenstrategie‘ entgegenzusetzen; und schließlich das Bestreben, die Wirtschaftsentwicklung durch die Förderung innovativer Technologien und erneuerbarer Energien sowie eine ebenso sozial wie ökologisch nachhaltige Ausrichtung beeinflussen zu wollen.<sup>9</sup> In zahlreichen europäischen und westlichen Industrieländern wurden in den letzten Jahren Strategien einer neuen staatlichen Industriepolitik entworfen, die insbesondere auch auf Chinas Plan „Made in China 2025“ zu reagieren suchten. Chinas staatlich gelenkte Industrie- und Wirtschaftspolitik war es in der Tat gelungen, innerhalb knapp eines Jahrzehnts innovative industrielle Schlüsselbereiche wie Künstliche Intelligenz und Robotik systematisch – durch gezielte staatliche Förderung und durch strategische Beteiligungen an führenden ausländischen Unternehmen und dem hiermit verbundenen Technologietransfer – zu entwickeln und in anderen Bereichen (wie der Schienenfahrzeugherstellung, der Solarindustrie, der Batterieproduktion und der Windkraftherstellung) innerhalb eines relativ knappen Zeitraums weltweit führende Positionen zu erobern und einzunehmen.<sup>10</sup> „Dass China heute“, so die Wirtschaftswissenschaftlerin Margot Schüller, „heute die weitgrößte Wirtschaftsmacht, das weltweit größte Exportland und der wichtigste Standort für das verarbeitende Gewerbe ist, hängt eng mit seiner Industriepolitik und der proaktiven Rolle des Staates zusammen, die das Selbstverständnis der politischen Führung prägt. Der Staat soll die Entwicklung bestimmter Industrien fördern und selbst als Unternehmer über staatliches Eigentum an Unternehmen eine Vorreiterrolle spielen.“<sup>11</sup>

Vor allem in Deutschland und Frankreich, deutlich weniger im europäischen Rahmen, sind, angesichts der Divergenzen in der Vergangenheit, in der jüngsten Zeit konvergierende Strategien einer staatlichen Wirtschaftspolitik entwickelt

---

9 Vgl. hierzu auch Aiginger 2015.

10 Vgl. hierzu Schüller 2015, S. 542.

11 Ibid., S. 542.

worden, die auf diese neuen Entwicklungen zu reagieren suchen. Beide Regierungen antworteten mit scharfer Kritik und deutlicher Ablehnung im Februar 2019 auf den Beschluss der Europäischen Kommission, die geplante Fusion der Eisenbahnsparten von Siemens und Alstom, die auf die Schaffung eines europäischen Großkonzerns im Bereich der Schienenfahrzeugherstellung abzielte (u.a. um gegenüber dem führenden chinesischen Konzern CRRC weiterhin international konkurrenzfähig bleiben zu können), aufgrund des geltenden EU-Wettbewerbsrechts abzulehnen. Sowohl der französische Wirtschaftsminister Bruno Lemaire als auch der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier sprachen hier von einer „schlechten Entscheidung.“<sup>12</sup> Beide Regierungen forderten eine rasche Änderung des EU-Wettbewerbsrechts, das veraltet sei, und stellten eine nachhaltige staatliche Förderung strategischer Bereiche in Aussicht, wie der bisher weitgehend (zu über 80%) in Asien angesiedelten Produktion von Batterien für Elektrofahrzeuge, für die Anfang Mai 2019 ein deutsch-französisches Konsortium mit staatlicher Förderung und einer längerfristigen Entwicklungsstrategie gegründet wurde.

Die *Nationale Industriestrategie* des Bundeswirtschaftsministeriums vom Frühjahr 2019 trägt deutlich die Handschrift dieser Überlegungen und des hiermit verbundenen stärkeren Engagements des Staates in der Wirtschaftspolitik. Mit Blick auf Chinas Wirtschaftspolitik betont das Konzeptpapier, dass „diese Strategie, die Prinzipien der Marktwirtschaft mit vorausschauender und flankierender Politik verbindet, bislang große Früchte getragen hat. In China sind Unternehmen mit Weltgeltung entstanden, ganze Industriebereiche könnten in den nächsten Jahren zum technologischen Monopol dieser Unternehmen werden.“<sup>13</sup> Die Schlussfolgerungen, die hieraus gezogen werden, zielen auf die Entwicklung einer mittel- und langfristigen deutschen und europäischen Industriepolitik, die dem Staat eine deutlich stärkere Rolle zuweist als bisher: „Industriepolitische Strategien erleben“, so das unter Federführung des deutschen Wirtschaftsministers Altmaier verfasste Strategiepapier, das in politischen und wirtschaftlichen Kreisen in der Folge sehr kontrovers diskutiert wurde und keineswegs nur auf Zustimmung stieß, „erleben in vielen Teilen der Welt eine Renaissance, es gibt

---

12 Vgl. z.B. „Alstom-Siemens: ‚La décision de la Commission est une mauvaise décision.‘“ [https:// www.gouvernement.fr/alstom-siemens-la-decision-de-la-commission](https://www.gouvernement.fr/alstom-siemens-la-decision-de-la-commission); „Kritik nach EU-Verbot der Siemens-Alstom-Fusion.“ In: Zeit Online, 6.2.2019: „Siemens und Alstom wollten im Bahnbereich fusionierten, um im internationalen Wettbewerb besser aufgestellt zu sein. Die beiden europäischen Schwergewichte nahmen dabei vor allem den weltweit größten Zughersteller aus China, CRRC, ins Visier. Die Bundesregierung und die französische Regierung hatten sich sehr für den Zusammenschluss stark gemacht.“

13 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hg.): *Nationale Industriestrategie 2030. Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik*. Berlin, o.J. (2019), 16 S., hier S. 8. [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)

kaum ein erfolgreiches Land, das zur Bewältigung der Aufgaben ausschließlich auf die Kräfte des Marktes setzt. Es gibt offenbar Strategien rascher Expansion mit der klaren Zielrichtung, neue Märkte für die eigene Volkswirtschaft zu erobern und – wo immer möglich – zu monopolisieren. [...].

Eine deutsche und europäische Politik, die grundlegende wirtschaftspolitische Herausforderungen verdrängt und unbeantwortet lässt, würde die eigenen Unternehmen in einer schwierigen Phase alleine lassen und schwächen.“<sup>14</sup>

Die umrissenen Neuorientierungen zeigen neue, vielleicht auch überraschende Konvergenzen zwischen deutschen und französischen Zielsetzungen und Umsetzungsformen der Industriepolitik, während im Bereich der Arbeitsbeziehungen die deutsch-französischen Unterschiede weiterhin groß sind. Es mag kennzeichnend sein, dass die „Renaissance“ der staatlichen Industriepolitik seit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 in Europa weniger nationale als grenzüberschreitende, transnationale und europäische Dimensionen angenommen hat. Diese zeigen sich im transregionalen, grenzüberschreitenden Rahmen in den Bestrebungen einer gemeinsamen Standort- und Standortmarketing-Politik etwa zwischen dem Saarland und Region Grand-Est und in den Projekten einer gemeinsamen, grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung (vgl. hierzu die Beiträge von S. Rehlinger und S. Dorka/J. Frisch im vorliegenden Band). Sie zeigen sich auch in neuen gemeinsamen Industrieprojekten und -strategien, wie der Fall Siemens/Alstom aufzeigt, wobei in den deutschen und französischen Stellungnahmen und Projekten staatlicherseits immer auch die Zielsetzung (und Vision) einer zukünftigen europäischen Industriepolitik, die derzeit noch zu wenig entwickelt und in zu geringem Maße global ausgerichtet sei, gegenwärtig ist.<sup>15</sup>

Zugleich sind mit den deutsch-französischen und grenzüberschreitenden Projekten der transnationalen Kooperation von Staat, Wirtschaft und gewerkschaftlichen Organisationen zahlreiche interkulturelle Herausforderungen und Problemfelder verbunden. Diese können, wie mehrere Studien der letzten Jahre gezeigt haben (Barmeyer 2018, Barmeyer 2003, Barmeyer/Mayrhofer 2008, Barmeyer/Davoine 2006, Frisch 2017), Konflikte auf den unterschiedlichsten Ebenen mit sich bringen, die auf differenten Unternehmens- und Organisationskulturen sowie unterschiedlichen Handlungsmustern und Kommunikationsweisen beruhen und die Kooperation zum Teil in ganz erheblichem Maße

---

14 Nationale Industriestrategie 2030, S. 8-9.

15 Vgl. „Nationale Industriestrategie 2030“, S. 15: „Angesichts der großen Errungenschaft des Europäischen Binnenmarktes muss deutsche Industriepolitik immer auch europäische Industriepolitik sein. [...]. Deshalb braucht die Europäische Union eine Industriestrategie, die auf den Strategien der wichtigsten EU-Industrieländer aufbauen muss. Unser Ziel muss sein, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas insgesamt zu stärken. Der Prozess der De-Industrialisierung in vielen EU-Staaten muss nach und nach beendet und umgekehrt werden.“

beeinträchtigen. Zugleich bieten sich, bei einer systematischen Berücksichtigung interkultureller Faktoren und der Vermittlung interkultureller Kompetenzen bei den Kooperationspartnern (etwa durch interkulturelle Trainings, interkulturelles Coaching und interkulturelle Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen) Chancen einer dynamischen Synergieentwicklung, die vor allem in einem vielsprachigen und multikulturellen Raum wie Europa (Lüsebrink 2019) zu nutzen sind und in besonders prägnanter Weise in grenzüberschreitenden Regionen zutage treten.

## Literatur

- Abelshauer, Werner (2003) *Kulturkampf*. Berlin: Kulturverlag Kadmos.
- Aiginger, Karl (2015): „Industriepolitik als Motor einer Qualitätsstrategie mit gesellschaftlicher Perspektive.“ In: *WSI Mitteilungen. Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans Böckler Stiftung*, 7, Schwerpunkt: „Industriepolitik: Konzepte und Kontroversen“, S. 507-515.
- Albert, Michel (1992): *Kapitalismus contra Kapitalismus*. Frankfurt and New York: Campus.
- Altvater, Elmar und Birgit Mahnkopf (1999): *Grenzen der Globalisierung*, 4. völlig überarbeitete und erweiterte Ausgabe. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Barmeyer, Christoph (2003): „Interkulturelles Personalmanagement in internationalen Fusionen: Von Konflikten zur Komplementarität.“ In: Markus O. Schwab, Dieter Frey, Jörg Hesse (Hg.). *Fusionen. Herausforderungen für das Personalmanagement*. Heidelberg: Recht und Wirtschaft, S. 169-191.
- Barmeyer, Christoph (2018): *Konstruktives Interkulturelles Management*. Göttingen: Vandenhoeck&Ruprecht (UTB).
- Barmeyer, Christoph/Davoine, Eric (2006): „International corporate cultures? From helpless global convergence to constructive European divergence.“ In: Christian Scholz/Joachim Zentes (Hg.). *Strategic Management – New Rules for Old Europe*. Wiesbaden: Gabler, S. 227-245.
- Barmeyer, Christoph/Mayrhofer, Ulrike (2004): „Le changement organisationnel dans les fusions internationales: le cas EADS.“ In: Thomas Froehlicher, Björn Walliser (Hg.): *La metamorphose des organisations. Esign organisationnel: créer, innover, relier*. Paris: L’Harmattan, S. 11-32.
- Beck, Ulrich (1997): *Was ist Globalisierung?* Frankfurt: Suhrkamp.

- Beck, Ulrich (Hrsg.): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berger, Suzanne und Ronald Dore (eds.) (1996): *National Diversity and Global Capitalism*. Ithaca, NY and London: Cornell University Press.
- Boyer, Robert (1997): "French Statism at the Crossroads." In Crouch, Colin und Streeck, Wolfgang (eds.): *Political Economy of Modern Capitalism*. London: SAGE. S. 71-101.
- Boyer, Robert und Daniel Drache (1996): "Introduction." In Boyer, R. and D. Drache (eds.). *States against Markets*. London: Routledge. S. 1-27.
- Coates, David (2000): *Models of Capitalism*. Oxford: Polity Press.
- Crouch, Colin und Wolfgang Streeck (1997): "Introduction: The Future of Capitalist Diversity." In Crouch, Colin und Wolfgang Streeck (eds.). *Political Economy of Modern Capitalism*. London: SAGE. S. 1-18.
- Frisch, Julia (2017): *Grenzenlose Solidarität durch grenzüberschreitende Kooperation? Interkulturelle Dimensionen transnationaler Gewerkschaftszusammenarbeit am Beispiel der Großregion und der Region Öresund*. St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag (Saarbrücker Studien zur Interkulturellen Kommunikation Band 14).
- Gerlach, Frank / Ziegler, Astrid (2015): „Konturen einer proaktiven Industriepolitik – das Beispiel Deutschland.“ In: *WSI Mitteilungen. Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans Böckler Stiftung*, 7, Schwerpunkt: „Industriepolitik: Konzepte und Kontroversen“, S. 526-533.
- Hall, Peter und David Soskice (eds.). (2001): "An Introduction to Varieties of Capitalism." In *Varieties of Capitalism: the Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press. S. 1-70.
- Hanimann, Joseph (2017): *Allez la France! Aufbruch und Revolte. Porträt einer radikalen Nation*. Zürich, Orell Füssli.
- Held, David, McGrew, Anthony, Goldblatt, David und Jonathan Perraton (1999): *Global Transformations*. Cambridge: Polity Press.
- Lüsebrink, Hans-Jürgen (2019): "Europa als multikultureller Kommunikationsraum: Kulturtransfer, Übersetzungsprozesse und Kommunikationsstile in interkultureller Perspektive." In: Christian Scholz, Peter Dörrenbächer, Anne Rennig (Hg.): *Europa jenseits des Konvergenzparadigmas. Divergenz – Dynamik – Diskurs*. Baden-Baden: Nomos, S. 257-280.

- Merrien, François-Xavier (2007): *L'État-Providence*. Paris, Presses Universitaires de France, 1999, 3. Aufl. 2007 (Coll. Que sais-je? n°3249).
- Rampeltshammer, Luitpold (2008): *Globalization and Industrial Relations*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rehfeld, Dieter / Dankbaar, Ben (2015): „Industriepolitik: Theoretische Grundlagen, Varianten und Herausforderungen.“ In: *WSI Mitteilungen. Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans Böckler Stiftung*, 7,2015, Schwerpunkt: „Industriepolitik: Konzepte und Kontroversen“, S. 49-499.
- Rosanvallon, Pierre (1990): *L'État en France de 1789 à nos jours*. Paris, Seuil, 1990 (Coll. Univers Historique).
- Schmidt, Vivien (2016): „Varieties of Capitalism: A Distinct French Model?“ In Elgie, R., Mazur, A., Grossman, E. und A. Appleton (Hg.): *Oxford Handbook of French Politics*. Oxford: Oxford University Press. S. 606-635.
- Schüller, Margot (2015): „Chinas Industriepolitik: auf dem Wege zu einem neuen Erfolgsmodell?“ In: *WSI Mitteilungen. Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans Böckler Stiftung*, 7, Schwerpunkt: „Industriepolitik: Konzepte und Kontroversen“, S. 542-549
- Streeck, Wolfgang (1998): „Industrielle Beziehungen in einer internationalisierten Wirtschaft.“ In Beck, Ulrich (Hrsg.): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 169-202.
- Streeck, Wolfgang (1999): „Deutscher Kapitalismus: Gibt es ihn? Kann er überleben?“ In Streeck, Wolfgang. *Korporatismus in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus. S. 13-40.
- Streeck, Wolfgang (2015): *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Uterwedde, Henrik (2006): „Patriotisme économique. Eine (nicht nur) französische Debatte.“ In: *Dokumente*, n°6, 2006, S. 16-21.
- Uterwedde, Henrik (2013): *Ende der Divergenzen? Perspektiven der deutschen und französischen Wirtschaftspolitik* (DGAP-Analyse, 11). Berlin, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., <https://nbn-resolving.org>.
- Uterwedde, Henrik (2017): *Frankreich – eine Länderkunde*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.

**Henrik Uterwedde**

## **Wirtschaftspolitik in Deutschland und Frankreich**

### **Gliederung**

Abstract . . . . .	23
Einleitung . . . . .	24
1. Soziale Marktwirtschaft versus Etatismus: zwei Modelle. . . . .	25
2. Die zentrale Rolle des Staates in Frankreich . . . . .	27
3. Unterschiedliche wirtschaftspolitische Präferenzen . . . . .	29
4. Wer macht die Wirtschaftspolitik? . . . . .	31
5. Zwei Konzepte für eine Währung? . . . . .	33
6. Gemeinsames Handeln ist möglich . . . . .	35
Literatur. . . . .	38

### **Abstract**

Die Wirtschaftspolitik Frankreichs und Deutschland ist von unterschiedlichen Argumentations- und Handlungsmustern gekennzeichnet, die jeweils Ausdruck der Politik- und Wirtschaftskulturen beider Länder sind. Der Beitrag arbeitet die unterschiedlichen wirtschaftlichen Herausforderungen nach 1945, die Leitbilder, Zielpräferenzen und Akteursstrukturen heraus: Soziale Marktwirtschaft, Stabilitätsorientierung und kooperatives Zusammenwirken vieler Akteure einerseits, Etatismus, Wachstumsorientierung und hierarchische Steuerung durch den Zentralstaat andererseits. Die Konsequenzen dieser Unterschiede für die Wirtschaftspolitik in der EU und dem Euroraum werden ebenfalls erläutert. Dennoch gibt es auch Gemeinsamkeiten und Konvergenzen, die Kompromisse ermöglichen: Gemeinsames Handeln ist möglich.

## Einleitung

Deutschland und Frankreich verbindet eine enge wirtschaftliche und politische Partnerschaft in der Europäischen Union. Aber die vergangenen Jahre waren immer wieder von unterschiedlichen Entwicklungen und politischen Handlungsansätzen sowie Auseinandersetzungen über die Fortentwicklung der Krise des Euroraums gekennzeichnet. Die deutsch-französischen Debatten im Euroraum waren oft normativ geprägt und wurden von wechselseitigen Vorwürfen begleitet: Deutschland wurde Egoismus, Dominanzstreben, mangelndes europäisches Engagement und fehlende Solidarität vorgeworfen; Frankreich wurde wegen seiner Reformblockaden, seiner wiederholten Verstöße gegen die Stabilitätsregeln der Währungsunion und seiner Versuche kritisiert, die Stabilitätsregeln aufzuweichen.<sup>1</sup>

In diesen deutsch-französischen Kontroversen sind, unabhängig von den wechselnden Regierungskonstellationen, zwei unterschiedliche Argumentations- und Handlungsmuster zum Ausdruck gekommen, die jeweils Ausdruck der Politik- und Wirtschaftskulturen in beiden Ländern sind und deshalb jede für sich über einen starken Rückhalt in der Bevölkerung verfügen. Seit Beginn der europäischen Wirtschafts- und Währungsintegration koexistieren beide Grundansätze und bilden Teil der Kompromisse, die diese Integration vorangebracht haben. Eine politische Kontroverse, die sich darauf beschränken würde zu klären, wer von beiden ‚Recht hat‘, würde deshalb zu kurz greifen, so legitim und notwendig sie auch sein mag. Zunächst einmal sollte der Versuch gemacht werden, beide Deutungs- und Handlungsmuster in ihrer Eigenlogik zu verstehen und damit die Grundmotivationen zu erklären, die das wirtschaftspolitische Denken und Handeln in Frankreich und Deutschland bestimmen.

Dies will der vorliegende Beitrag versuchen. Es geht darum, die unterschiedlichen Grundsätze der Wirtschaftspolitik herauszuarbeiten und ihren Ursachen nachzugehen: Wo lagen und liegen die spezifischen ökonomischen Herausforderungen seit 1945 bis heute? Welche ordnungspolitischen Grundmuster, institutionellen Rahmen und inhaltlichen Präferenzen kennzeichnen die Wirtschaftspolitik beider Länder? Wo sind Divergenzen, wo gibt es Chancen einer Annäherung? Abschließend sollen mögliche Konsequenzen für das gemeinsame Handeln beider Länder in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beleuchtet werden.

---

1 Zu diesen Debatten vgl. Henrik Uterwedde: Von Egoisten und Reformmuffeln – Bilder der Wirtschaft des Nachbarlandes. In: Claire Demesmay/ Christine Pütz/ Hans Stark (Hgs.): *Frankreich und Deutschland – Bilder, Stereotype, Spiegelungen. Wahrnehmung des Nachbarn in Zeiten der Krise*. Baden-Baden: Nomos 2016, S. 203-216.

## 1. Soziale Marktwirtschaft versus Etatismus: zwei Modelle

Prägender Hintergrund der gegenwärtig vorherrschenden wirtschaftspolitischen Leitbilder, Diskurse und Handlungsansätze in beiden Ländern sind die jeweiligen Erfahrungen im ökonomischen Wiederaufbau ausgangs des Zweiten Weltkriegs. Allgemein herrschte in Europa 1945 eine antikapitalistische Stimmung vor; dem Kapitalismus wurde vorgeworfen, Wegbereiter des Faschismus und des Krieges gewesen zu sein. Entsprechend waren sozialistische, planwirtschaftliche Ideen in der politischen Debatte stark vertreten. Dies gilt auch für Deutschland, wo planwirtschaftliche Konzepte bis in die CDU hinein Widerhall fanden (Ahlerer Programm, 1947). Allerdings setzte sich ab 1947/48 mit der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ ein Konzept durch, das zwar Auswüchse und unerwünschte soziale Folgen eines ungehemmten, unregulierten Kapitalismus vermeiden wollte, sich ansonsten aber für freies Unternehmertum und marktwirtschaftliche Strukturen aussprach. Im Kern ging es um eine sozial abgefederte, regulierte Marktwirtschaft, um eine Art dritten Weg zwischen dem tradierten Kapitalismus einerseits und der Staats- und Planwirtschaft andererseits, die sich mit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und der Kriegswirtschaft ausgebreitet hatte und sich ab 1949 auch in der DDR nach sowjetischem Muster entwickelte.<sup>2</sup>

Mit der Währungsunion (1948), die von Ludwig Erhard auf der Grundlage dieses Konzeptes durchgesetzt wurde, und dem erfolgreichen Wiederaufbau nach 1949 konnte Erhard, nunmehr Bundeswirtschaftsminister, sein Konzept der Sozialen Marktwirtschaft popularisieren und politisch verankern. So bildete sich ein wirtschaftspolitisches Leitbild heraus, das grundsätzlich den Marktmechanismen den Vorrang vor wirtschaftspolitischen Eingriffen gab und das private Unternehmertum sicherte, es aber an Wettbewerb und das Verantwortungsprinzip band. Ein funktionierender Wettbewerb ist nach diesem Leitbild unerlässlich, damit der Markt die ihm zugedachte regulierende Rolle auch tatsächlich spielen kann; daher ist der Staat zu einer effektiven Wettbewerbspolitik (Kartellverbot, Fusionskontrolle, Bekämpfung wettbewerbsbehindernder Praktiken) aufgerufen. Die zugrundeliegende Doktrin des Ordoliberalismus betont, im Unterschied zum tradierten Liberalismus, den Begriff der Wirtschaftsordnung, in dem die Notwendigkeit der (staatlichen) Regulierung, d.h. der Setzung von Rahmenbedingungen und Ordnungsprinzipien durch die öffentliche Hand, unerlässlich ist, um eine funktionierende Marktwirtschaft zu gewährleisten (Ordnungspolitik). Die Märkte sollen also grundsätzlich reguliert, d.h. durch Regeln eingefasst sein, die von allen Akteuren beachtet werden müssen. Ein weiteres Korrektiv besteht in einer

---

2 Vgl. Uwe Andersen (Hg.): *Soziale Marktwirtschaft – eine Einführung*, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 2004; Michael von Hauff (Hg.): *Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft*, Marburg: Metropolis, 2007.

Sozialpolitik, die unerwünschte Ergebnisse der Marktprozesse, z.B. zu starke Ungleichheiten, vermeiden soll. Hier gibt es zwischen einzelnen Denkschulen der Sozialen Marktwirtschaft unterschiedlich starke soziale Akzente; dennoch hat sich der Grundsatz einer korrigierenden Sozialpolitik – die allerdings vereinbar mit den marktwirtschaftlichen Grundsätzen sein soll – politisch durchgesetzt.

Es gibt mithin eine klare Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt: „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“ lautet eine bekannte Formel.<sup>3</sup> Grundsätzlich hat der Markt Vorrang; der Staat soll nicht direkt in Marktprozesse eingreifen. Seine Aufgabe ist dennoch wichtig: in der Ordnungspolitik durch die Setzung der Regeln für den Markt, vor allem die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs; in der Konjunkturpolitik zur Abwendung zu starker konjunktureller Ausschläge (dies ist allerdings politisch umstritten); in der sozialpolitischen Abfederung der Marktprozesse. In der Praxis sind weitere regulierende Prinzipien hinzugekommen, die manchen liberalen Verfechtern des Ordoliberalismus entschieden zu weit gingen: die Mitbestimmung durch Betriebsräte und Arbeitnehmerpräsenz in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften; die wichtige autonome Rolle der Tarifpartner bei der Festsetzung von Löhnen und Arbeitszeit; die aktive Mitwirkung der Verbände an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung; die Herausbildung eines umfassenden Sozialstaats. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei der Sozialen Marktwirtschaft um ein normatives Leitbild handelt. Welche realen Konturen sie annimmt, ist immer auch Ergebnis sozialer und politischer Auseinandersetzungen. Insofern handelt es sich nicht um ein starres Konzept, sondern es unterliegt immer wieder der Anpassung an unterschiedliche Problemlagen. Die wirtschaftspolitische Praxis entspricht dabei nicht immer den Normen der Sozialen Marktwirtschaft. Dennoch berufen sich fast alle Akteure auf dieses Leitbild, obwohl sie durchaus unterschiedliche Akzente bei seiner Umsetzung setzen.

Insgesamt konnte sich das Leitbild eines zurückhaltenden Staates auch deshalb durchsetzen, weil die deutsche Ökonomie aus dem Zweiten Weltkrieg zwar geschädigt hervorging (Kriegszerstörungen; Folgen der Abtrennung der Ostgebiete und der deutschen Teilung), im Kern aber bereits moderne, leistungsfähige Strukturen aufwies und in allen Branchen präsent war, die zu den Motoren des Nachkriegsbooms zählten: Maschinenbau, Automobil-, Elektro- und chemische Industrie. Die (west-)deutsche Industrie brauchte mithin in erster Linie unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen, um den Wiederaufbau in Gang zu setzen, und erwies dabei sich als selbstbewusster, aktiver Partner der Politik.

---

3 Die Formel wird dem SPD-Wirtschaftspolitiker Karl Schiller (Bundeswirtschaftsminister 1966-1972) zugeschrieben, der sich erfolgreich für die Verankerung der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in der SPD einsetzte. Auf ihn geht auch der Satz im Godesberger Programm von 1959 zurück: „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“.

Die allmähliche Öffnung des Welthandels und der europäischen Wirtschaftsintegration kamen dabei wie gerufen, um der traditionell exportstarken deutschen Wirtschaft neue Absatzmärkte zu erschließen. Angesichts dieser Entwicklung konnte sich die Wirtschaftspolitik darauf beschränken, Rahmenvorgaben zu setzen und bisweilen koordinierend tätig zu werden, und konnte auf direkte Eingriffe in das Wirtschaftsleben weitgehend verzichten.<sup>4</sup>

## 2. Die zentrale Rolle des Staates in Frankreich

Die Ausgangslage Frankreichs war eine völlig andere. Denn es hatte nach der Befreiung 1944 nicht nur ein Wiederaufbauproblem, um nach vier Jahren deutscher Besatzung und den Zerstörungen während der Befreiungskämpfe nach der alliierten Landung 1944 die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Hinzu kam ein gravierender Modernisierungsrückstand, der sich in den vergangenen 70 Jahren kumuliert hatte. Frankreich war noch weitgehend landwirtschaftlich geprägt: 36% der Beschäftigten arbeiteten in diesem Sektor. Wenigen modernen Produzenten (z.B. Automobil- und Flugzeugindustrie), vorwiegend im Pariser Raum und wenigen anderen großen Ballungsgebieten, stand eine große Mehrheit traditioneller, oft mit veralteten Techniken und Methoden arbeitender Familienunternehmen gegenüber. Der französische Kapitalismus war eher ein Finanz- als ein Industriekapitalismus gewesen: wagemutig in Finanzanlagen und -spekulationen, seltsam ängstlich und zurückhaltend, wenn es um die industrielle Expansion ging. Dem entsprachen Leitbilder in der Gesellschaft, in denen der (von den Erträgen seines Grund- bzw. Kapitalbesitzes lebende) Rentier weiter verbreitet war als der wachstumsorientierte Unternehmer auf der Suche nach neuen Produkten und Märkten.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der allseits anerkannten Notwendigkeit einer umfassenden, grundlegenden sozio-ökonomischen Modernisierung („Modernisation ou décadence“ lautete das Motto des ersten Wiederaufbauplans), setzte sich mehrheitlich die Überzeugung durch, dass diese Modernisierung nicht dem Markt und auch nicht den Unternehmen allein überlassen werden könne, sondern einer planmäßigen öffentlichen Koordinierung bedürfe. Hier trafen sich die Überzeugungen der ‚modernistischen‘ Staats- und Verwaltungseliten mit den kapitalismuskritischen Kräften in Politik und Gewerkschaften. So überzeugte Jean Monnet, eigentlich ein Liberaler, den Chef der provisorischen Regierung de Gaulle 1947 davon, dass die damals knappen Devisen- und Finanzressourcen planvoll in die wichtigsten Engpassbereiche gelenkt werden mussten, um den Wiederaufbau und die Erneuerung der französischen Wirtschaft zu gewährleisten. Dies war die

---

4 Vgl. Werner Abelshauser: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*, München: Beck, 2011.

Geburtsstunde der ‚Planification‘, einer Art konzertierter Aktion zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaften zur Lenkung der Investitionen und Infrastrukturausgaben. Ergänzt wurde die Planification durch einen umfangreichen verstaatlichten Wirtschaftssektor, der vor allem Banken, Versicherungen und Infrastrukturunternehmen (Bahn, Energie) betraf und der in die Wiederaufbau- und Modernisierungspolitik eingespannt wurde. Hinzu kamen zahlreiche Reglementierungen im Wirtschaftsleben und später eine direkte Industriepolitik.<sup>5</sup>

In der Summe war nach 1945 ein etatistisches (d.h. staatsgelenktes) Wirtschaftsmodell entstanden, das mit dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft deutlich kontrastierte.<sup>6</sup> Dem Staat wurde eine umfassende Rolle für die Modernisierung der Wirtschaft zugeschrieben; die Doktrin vom Primat der Politik – des Vorrangs der Politik gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft – breitete sich aus: Der Staat und die – demokratisch legitimierte – Regierung hatten in dieser Sichtweise nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, Gesellschaft und Wirtschaft zu lenken und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Nation zu sichern. Daraus entwickelte sich eine ausgesprochen interventionistische Praxis der Wirtschaftspolitik, die auch vor direkten Eingriffen in die Unternehmen nicht zurückscheute. Dies ist besonders sichtbar in der Industriepolitik, die darauf abzielte, ganze Branchen mit staatlichen Mitteln und Vorgaben zu entwickeln, vor allem im Bereich der neuen Hochtechnologien: etwa in der zivilen Kernkraft, der Luft- und Raumfahrt, den Rüstungsgütern oder den Hochgeschwindigkeitszügen („High-tech-Colbertismus“<sup>7</sup>).

Zwar hat dieses etatistische Modell eines staatsgelenkten Kapitalismus in seiner Reinform nur kurze Zeit funktioniert; schon bald begann eine Zeit des allmählichen Wandels hin zu stärker marktwirtschaftlichen Strukturen und Praktiken. Dazu trugen sowohl die europäische Wirtschaftsintegration ab 1958 (die im Namen des gemeinsamen Marktes zahlreiche nationalstaatliche Interventionen zurückdrängte) als auch innenpolitische Entwicklungen bei.

---

5 Vgl. dazu Pierre Rosanvallon: *L'État en France de 1789 à nos jours* (1993). Dt. Übersetzung: *Der Staat in Frankreich von 1789 bis zur Gegenwart*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2000.

6 Vgl. Henrik Uterwedde: „Staatsverständnis und Wirtschaftspolitik in Frankreich: Politik zwischen Etatismus und Marktwirtschaft“. In: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, n° 103 (2006), S. 51-57; ders.: *Frankreich. Eine Länderkunde*, Opladen: Barbara Budrich, 2017, S. 70-75.

7 Nach Elie Cohen: *Le colbertisme high-tech. Économie du grand projet*, Paris: Hachette Pluriel, 1992.

Hier ist vor allem die Kehrtwende der sozialistischen Wirtschaftspolitik unter Mitterrand im Frühjahr 1983 zu nennen, mit der in den Folgejahren eine weitgehende Liberalisierung und Privatisierung der französischen Wirtschaft einsetzte.<sup>8</sup> Dennoch bleibt das Leitbild eines starken intervenierenden Staates weiterhin wirkungsmächtig und findet auch in der wirtschaftspolitischen Praxis, wenngleich abgeschwächt, weiterhin seinen Ausdruck. Die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben sind weiterhin häufiger als in Deutschland, auch weil die Wirtschaft in manchen Bereichen schwere strukturelle Probleme aufweist (unterdurchschnittlich entwickelter Mittelstand; massive Wettbewerbsprobleme der Industrie) und stärker auf staatliche Unterstützung angewiesen bleibt.<sup>9</sup>

### 3. Unterschiedliche wirtschaftspolitische Präferenzen

Auch bei den wirtschaftspolitischen Zielen sind deutliche Unterschiede zwischen beiden Ländern zu erkennen. In Deutschland weist die Doktrin des Ordoliberalismus dem Ziel der (Preis- und Haushalts-)Stabilität einen hervorgehobenen Rang zu und bezeichnet es als eines der tragenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Auch in der Praxis der Wirtschaftspolitik ist diese Stabilitätsorientierung – bei allen Variationen im Zeitverlauf – bis heute deutlich erkennbar.<sup>10</sup> Hintergrund dafür sind nicht nur die traumatische Erinnerung an die Hyperinflation 1923 und der drastische Verfall des Geldwertes nach 1945. Nach Jahren der Diktatur, des Krieges und der Zerstörungen wurde Stabilität auch über die Wirtschaft hinaus zu einem zentralen Ziel in der neu entstandenen Bundesrepublik: Man strebte eine stabile politische Ordnung und Gesellschaft und damit die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen an. Natürlich war auch Wachstum ein wirtschaftspolitisches Ziel; dieses sollte allerdings nicht auf Kosten der Stabilität verwirklicht werden. Deshalb hatten und haben es Forderungen nach einer effektiven defizitfinanzierten Nachfragesteuerung im Sinne von Keynes vergleichsweise schwer, obwohl diese teilweise (in den 1960er und 1970er Jahren sowie nach der weltweiten Krise 2008/09) durchaus praktiziert wurde: Zum einen droht in den Augen der Kritiker eine dauerhafte Nachfrage-

---

8 Zu den Veränderungen vgl. ausführlich Henrik Uterwedde: „Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik. Vom Etatismus zur gouvernance à la française?“. In: Joachim Schild/ Henrik Uterwedde (Hgs.): *Frankreichs V. Republik: ein Regierungssystem im Wandel*, Wiesbaden: VS, 2005, S. 162-183.

9 Zu Stärken und Schwächen der französischen Wirtschaft vgl. COE-Rexecode: *Faiblesses et atouts de la France dans la zone euro. Le défi de la reconvergence*, Paris: COE-Rexecode, 2012. Bilanzierend dazu Henrik Uterwedde: „Frankreichs Wirtschaft. Potenziale und Herausforderungen“. In: *Politische Studien*, n° 447 (Jan.-Feb. 2013), URL: [https://www.hss.de/download/publications/PS\\_447\\_Internet.pdf](https://www.hss.de/download/publications/PS_447_Internet.pdf), S. 60-70, sowie ders.: *Frankreich. Eine Länderkunde*, Kap. 6, S. 101-122.

10 Vgl. dazu ausführlich Solène Hazouard/ René Lasserre/ Henrik Uterwedde (Hgs.): *France-Allemagne. Cultures monétaires et budgétaires. Vers une nouvelle gouvernance européenne ?*, Cergy: CIRAC, 2015.

stimulierung, die öffentlichen Defizite in die Höhe zu treiben, und zum zweiten wird ihr Nutzen angesichts der zunehmenden weltweiten Verflechtungen der deutschen Wirtschaft immer geringer veranschlagt. Demgegenüber hat das Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einen immer höheren Stellenwert bekommen und damit auch die Angebotspolitik, der es auf die preisliche und qualitative Leistungsfähigkeit der deutschen Produzenten, also der Unternehmen ankommt. Dauerhaftes Wachstum, so lautet das dominierende Argument, ist nicht durch öffentliche Nachfragestimulierung, sondern vor allem durch die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Dies bedeutet: günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmen, maßvolle Entwicklung der Kosten (vor allem der Löhne, Steuern und Abgaben), aber auch die Fokussierung auf Qualitätsprodukte, Innovation und die Fähigkeit, auf die Veränderungen der weltweiten Nachfrage schnell reagieren zu können.

Was Frankreich betrifft, so war das nach 1945 vorrangige Ziel einer nachholenden, beschleunigten Modernisierung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen nur zu erreichen, wenn man auf ein möglichst starkes Wachstum setzte. Nur so konnten die tiefgreifenden Umstrukturierungen (Landflucht und Verstädterung, Konzentration der Wirtschaft, wirtschaftlicher Strukturwandel mit neuen, aufsteigenden, aber auch schrumpfenden Bereichen) für die Betroffenen einigermaßen abgefedert werden. Wachstum hat seither und bis heute einen hohen Stellenwert für die französische Wirtschaftspolitik, weit mehr als Stabilität: Bis in die 1980er Jahre hinein gab es hohe Inflationsraten, bevor die wirtschaftspolitische Wende von 1983 mit dem inflationären Wachstum Schluss machte und das Ziel der Preisstabilität neues Gewicht erhielt. Ähnlich in der Haushaltspolitik: Sie war in der IV. Republik (1946 bis 1958) völlig aus dem Ruder geraten, bevor de Gaulle 1958 eine Sanierung der Staatsfinanzen einleitete, die bis 1981 ausgeglichene öffentliche Haushalte und eine nur geringe öffentliche Verschuldung brachte. Seither hat sich allerdings – bedingt durch sinkendes Wachstum im Zuge der Ölshocks 1973 und 1979 sowie internationaler Krisen, aber auch durch steigenden Bedarf an sozialen ‚Reparaturmaßnahmen‘, um die Krisenfolgen abzuwenden – die Haushaltspolitik verändert und es wurden wachsende Defizite produziert; die Staatsverschuldung stieg rapide an und erreichte 2016 96% des Bruttoinlandsproduktes. Das französische Wirtschafts- und Sozialmodell scheint geradezu auf öffentlichen Defiziten zu beruhen, um die sozialstaatlichen Leistungen, aber auch die zahlreichen wachstums- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen finanzieren zu können. Erschwerend kommt hinzu, dass in der französischen Politik die – zumeist über neue Defizite finanzierte – Nachfragepolitik (Wachstumsförderung durch Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch öffentliche Ausgabenprogramme) viele Anhänger findet, obwohl ihre Wirksamkeit aus verschiedenen Gründen stark nachgelassen hat.

Indessen sind diese Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Präferenzen nicht in Stein gemeißelt. In beiden Ländern gibt es politische und soziale Auseinandersetzungen über das Verhältnis zwischen Stabilität und Wachstum, Staat und Markt, Investition und Sparen, Sozialstaat und Eigenverantwortung. So wird in Deutschland der Kurs der Regierung im Euroraum von Politikern und Ökonomen aus dem linken Lager als einseitig stabilitätsfixiert kritisiert; umgekehrt gibt es auch in Frankreich Stimmen, die die zu hohen Haushaltsdefizite und die einseitige Nachfragepolitik für verfehlt halten. Zwar sind die oben beschriebenen unterschiedlichen nationalen Präferenzen auch über längere Zeiträume und wechselnde Regierungen hinweg wirksam gewesen, weil sie von einer jeweiligen breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wurden. Aber auch sie unterliegen dem Wandel, etwa im Falle deutlicher politischer Einschnitte. So hat der derzeitige französische Präsident Emmanuel Macron eine Reihe von Reformen angekündigt, die das französische Wirtschafts- und Sozialmodell durchaus verändern könnten. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob dies auch in der Realität eintritt.<sup>11</sup>

#### 4. Wer macht die Wirtschaftspolitik?

Ein weiteres Element kommt hinzu: Wer ist eigentlich ‚der Staat‘? Wer macht die Wirtschaftspolitik? Hier haben wir einen Kontrast zwischen dem Zentralstaat Frankreich, wo die Zuständigkeiten für die Wirtschaftspolitik weitgehend auf die Regierung in Paris konzentriert sind, und dem deutschen Bundesstaat, wo es mehrere Ebenen und damit mehr wirtschaftspolitische Akteure gibt. Wirtschaftspolitische Intervention des Staates ist dadurch in Frankreich immer sichtbar und klar identifizierbar, während in Deutschland die Bundesregierung nicht immer im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht, weil vieles in den einzelnen Bundesländern geschieht. Auch das fördert das Bild vom ‚starken Staat‘ in Frankreich und vom zurückhaltenden Staat in Deutschland. Mehr noch: Während in Frankreich das öffentliche Handeln stark auf die Regierung konzentriert ist, finden wir in Deutschland ein System mit multiplen Akteuren vor. Nicht nur Bund und Länder sind wirtschaftspolitisch aktiv; das Prinzip der Tarifautonomie räumt den Sozialpartnern (Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften) ein hohes Maß an eigenständiger Gestaltungsmöglichkeit ein, ohne dass sich der Staat einmischen würde. Das gilt für die Lohn-, aber auch die Arbeitszeitpolitik – ein Bereich, der in Frankreich per Gesetz geregelt ist. Darüber hinaus praktizieren die Tarifpartner in den Branchen, aber auch in den größeren Unternehmen vor allem der Industrie auch strategische Partnerschaften, die zum Beispiel die Aufrechterhaltung der

---

11 Zum Ansatz der Reformpolitik Macrons vgl. Henrik Uterwedde: „Frankreich im Umbruch. Emmanuel Macrons Revolution der Mitte“. In: *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik – GWP*, n° 3 (Sept. 2017), S. 347-356

Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung des Standorts Deutschland betreffen. Untersuchungen über die Ursachen des deutschen Wirtschaftsaufschwungs seit Beginn des Jahrhunderts messen neben den Agenda-Reformen der Regierung Schröder diesen Standort-Pakten zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, Unternehmensleitungen und Betriebsräten eine hohe Bedeutung zu.<sup>12</sup> Faktisch betreiben diese nichtstaatlichen Akteure also eine Art Industriepolitik – dies ist in vergleichbarer Form in Frankreich bislang kaum verbreitet und wird dort weiter als staatliche Aufgabe angesehen. Generell werden in Deutschland die Wirtschaftsverbände oft an der Ausformulierung politischer Entscheidungen beteiligt. Dazu kommen Kooperationsformen wie in der beruflichen Erstausbildung: Das duale System funktioniert als Zusammenarbeit von den öffentlichen Berufsschulen, den ausbildenden Betrieben, den Industrie- und Handelskammern und den Sozialpartnern, die sich regelmäßig über die – sich wandelnden – Anforderungs- und Ausbildungsprofile sowie die zu erreichenden Standards austauschen und einigen.

Generell formuliert: In Deutschland sieht sich die öffentliche Hand als Partner der Wirtschaft, der die Kompetenzen der diversen Wirtschaftsakteure respektiert und ihnen auch ein weit gehendes Mitspracherecht einräumt. Dem steht in Frankreich der grundsätzliche Anspruch der Politik gegenüber, alleine für die wirtschaftspolitischen Entscheidungen legitimiert zu sein und damit über den Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft zu stehen. Beide Handlungssysteme haben Vor- und Nachteile: Das deutsche System ist dezentraler und damit näher an den Realitäten der Wirtschaft orientiert, was zweckmäßige, praktikable Lösungen fördert; allerdings räumt es den Verbänden auch zahlreiche Möglichkeiten ein, handfeste Interessenpolitik zu betreiben und unliebsame politische Entscheidungen zu vermeiden. Ferner ist es ein Multi-Akteurs-System, das die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure einbezieht, Verhandlungen und kooperative Lösungen fördert und damit zum wirtschaftlich-sozialen Zusammenhalt beiträgt. Andererseits ist es aufgrund der vielen ‚Köche‘ und dem hohen Bedarf an Abstimmung und Kompromissfindung ein relativ schwerfälliges Entscheidungssystem, das nicht selten den (bequemen) Status quo favorisiert, anstatt neue Entwicklungen und Probleme entschlossen anzugehen. So manche notwendige Reform ist etwa an Blockaden durch den Bundesrat gescheitert oder stark verwässert worden.

Das französische System ist dagegen zentralistischer und entscheidungsfreudiger, jedenfalls prinzipiell, weil die Regierung über weitgehende Regelungs-

---

12 Zur Debatte über die Gründe für den deutschen Wirtschaftsaufschwung vgl. Christian Dustmann/ Bernd Fitzenberger/ Uta Schönberg/ Alexandra Spitz-Oener: „From Sick Man of Europe to Economic Superstar. Germany’s Resurgent Economy“. In: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 28, n° 1 (Winter 2014), S. 167-188.

kompetenzen und auch im Parlament über eine in der Regel klare Mehrheit verfügt. Dies erhöht die Reaktions- und Entscheidungsfähigkeit; andererseits führt die oft mangelnde Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialakteure in die Entscheidungssuche und -findung zu einer Politik ‚von oben‘ mit zuweilen wenig praktikablen Ergebnissen. Mangelnde Rücksichtnahme auf die Akteure und fehlende Konsultationen der Verbände provozierten zudem häufig soziale Mobilisierungen, die geplante oder verabschiedete Reformen massiv und pauschal ablehnen und diese im Einzelfall sogar erfolgreich blockieren (wie zum Beispiel 1995, als eine breite Streikwelle das Land lahm legte und Premierminister Juppé zur Rücknahme seiner Rentenreformpläne zwang, oder 2006, als Premierminister de Villepin sein umstrittenes Gesetz zur Lockerung des Kündigungsschutzes für Berufsanfänger zurückziehen musste). Die Angst vor sozialen Mobilisierungen hat auch Regierungen mit klaren politischen Mehrheiten öfter zur Vorsicht, wenn nicht zum Verzicht auf geplante Reformen verleitet. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der neue Präsident Macron mit seinem ehrgeizigen Reformprogramm, das er schon im Wahlkampf offensiv vorgetragen hatte, mehr Durchsetzungsfähigkeit beweisen kann.

## 5. Zwei Konzepte für eine Währung?

Alle diese Unterschiede bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Markt, der wirtschaftspolitischen Prioritäten und der Entscheidungssysteme sind Ausdruck der unterschiedlichen historischen Erfahrungen, Herausforderungen und wirtschaftlichen Kulturen beider Länder, wie auch der europäischen Vielfalt. Sie sind insofern kein Problem, werden aber direkt spürbar, wenn es um gemeinsames wirtschaftspolitisches Handeln in Europa geht. Denn die Vorstellungen beider Länder von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sind stark von ihren nationalen Wirtschaftsmodellen und Leitbildern geprägt. Dies wird besonders deutlich an der Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion seit dem Vertrag von Maastricht 1991. Wenn beide Länder wiederholt große Mühen hatten, eine gemeinsame Linie zu finden, insbesondere in den Krisenjahren seit 2008, so liegt das in erster Linie daran, dass hier zwei unterschiedliche Leitbilder der europäischen Wirtschaftsintegration aufeinander stoßen, die im Wesentlichen auf die Grundorientierungen beider Länder nach 1945 zurückgehen<sup>13</sup> (vgl. Tabelle 1 im Anhang dieses Beitrags, S. 37).

Aus französischer Sicht soll die EU ein wirtschaftspolitischer Akteur sein, der in einer Reihe von Feldern zu intervenieren in der Lage ist und der deshalb

---

13 Vgl. zum Folgenden Henrik Uterwedde: „Welche Vision(en) für die europäische Wirtschaft? Französische und deutsche Ansätze“. In: Lothar Albertin (Hg.): *Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union*, Tübingen: Narr Francke Attempto, 2010, S. 133-147.

über entsprechende Institutionen und Instrumente verfügen muss. Diese Vision entspricht dem republikanischen Politikmodell (Primat der Politik) und den Erfahrungen einer erfolgreichen, weitgehend staatsgelenkten Modernisierung in der Nachkriegszeit, zieht aber auch die Konsequenzen aus der fortschreitenden europäischen Wirtschaftsintegration, die der nationalen Wirtschaftspolitik zunehmend ihre Handlungsspielräume genommen hat. Was der Nationalstaat nicht mehr zu leisten vermag, muss nach dieser Vorstellung durch eine aktive EU-Wirtschaftspolitik kompensiert werden. Dieser Ansatz hat seit den 1980er Jahren zahlreiche Initiativen für eine europäische Währungsunion sowie eine gemeinsame Konjunktur-, Industrie- und Außenhandelspolitik hervorgebracht. Auch Präsident Macron steht mit seinen ehrgeizigen Vorschlägen zur Erneuerung der Eurozone in dieser Tradition.

Aus deutscher Sicht ist die EU dagegen vor allem ein Ordnungsrahmen und soll als Akteur in erster Linie regulative Politiken zur Schaffung bzw. Aufrechterhaltung dieses Rahmens verfolgen (Wettbewerbspolitik, Subventionskontrolle, Haushaltsstabilität usw.). Darin kommen das ordoliberaler Grundverständnis, das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft und ein Politikmodell zum Ausdruck, das den politischen Gestaltungsanspruch gegenüber der Wirtschaft deutlich zurückhaltender formuliert als in Frankreich. Lange Zeit stand die europäische Marktintegration (Zollunion, Gemeinsamer Markt, Freihandel, Abbau von Barrieren im gemeinsamen Binnenmarkt) im Einklang mit den deutschen Konzepten und den Interessen der exportorientierten Wirtschaft. Insofern hat sich die deutsche Politik lange Zeit gut mit der unvollständigen europäischen Integration abgefunden. Während sie mit den regulativen Politiken zur Herstellung und Aufrechterhaltung des Binnenmarktes nur wenige Probleme hatte, sah sie kein Interesse an einer weitergehenden aktiven europäischen Wirtschaftspolitik, die als tendenziell kostentreibend und inhaltlich den deutschen Interessen zuwiderlaufend angesehen wurde.

Dementsprechend standen sich seit dem Vertrag von Maastricht von 1992, mit dem die Währungsunion beschlossen wurde, zwei Visionen gegenüber. Deutschland will eine weitgehend ‚apolitische‘ Währungsunion, in der eine unabhängige Europäische Zentralbank (EZB) und ein präzises Regel- und Sanktionssystem die Stabilität der Preise, der öffentlichen Finanzen und der Währung gewährleisten; einer aktiven europäischen Wirtschaftspolitik steht man skeptisch bis ablehnend gegenüber. Frankreich dagegen vertritt das Konzept einer politischen, strategischen Währungsunion mit politischen Institutionen und Instrumenten, um neben dem Stabilitätsziel auch das Wachstum in Europa zu fördern (*gouvernement économique*). Dies sind a priori zwei inkompatible Vorstellungen: Das französische Verlangen nach einer Wirtschaftsregierung beförderte deutsche Ängste, Frankreich wolle das Stabilitätsziel und die Unab-

hängigkeit der EZB aufweichen; Frankreich wiederum hat sich nie wirklich mit der Ohnmacht der Politik gegenüber abstrakten Regeln und einer politisch nicht verantwortlichen EZB abgefunden, die das deutsche Konzept kennzeichnen.

Was die Präferenzen der Politik im Euroraum betrifft, beharrte Deutschland in den vergangenen Jahren auf strikten Stabilitätsregeln in der Haushaltspolitik, die auf deutsches Betreiben hin eingeführt wurden (u.a. die bekannte Obergrenze für die jährliche öffentliche Neuverschuldung: 3% des Bruttoinlandsprodukts), und kritisierte die Mitgliedstaaten, die diese Regeln missachteten. Frankreich hingegen, das seit 2008 diese Obergrenze permanent überschritten hatte, warf dem deutschen Partner einseitigen Sparzwang vor, der viele Länder in die Austerität treibe und damit wachstums- und beschäftigungsfeindlich sei. Frankreich fordert dementsprechend eine ausgewogenere Politik, die zwar auf möglichst ausgeglichene Haushalte achten soll, daneben aber auch Raum für Investitionen, Wachstums- und Beschäftigungsförderung lässt und dafür notfalls auch eine stärkere Verschuldung in Kauf nimmt. Dem entgegnet Deutschland, dass dauerhaftes Wachstum nur durch solide öffentliche Finanzen und strukturelle Reformen zu erreichen ist, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen, nicht aber durch immer neue Konjunkturprogramme, die nur wie ein Strohfeuer wirken und deren einziger dauerhafter Effekt ist, die öffentlichen Schulden weiter zu erhöhen. Ähnlich war die Front angesichts der griechischen Schuldenkrise: Während Frankreich auf Fehlfunktionen der Finanzmärkte verwies und die Notwendigkeit einer solidarischen Unterstützung Griechenlands betonte, hielt Deutschland die griechischen Schuldenprobleme für weitgehend hausgemacht und forderte die Rückkehr zur Haushaltsstabilität.

## **6. Gemeinsames Handeln ist möglich**

Marktwirtschaft versus Staatsdirigismus, Ordnungspolitik versus interventionistische Wirtschaftspolitik: Auf den ersten Blick könnte der Kontrast zwischen deutscher und französischer Wirtschaftspolitik nicht größer sein. Im Kern behält diese Unterscheidung zweier Modelle weiterhin ihre Gültigkeit und vermag manche Unterschiede im wirtschaftspolitischen Handeln beider Länder zu erklären. Allerdings gilt es, das Bild zu nuancieren. Erstens ist die deutsche Praxis interventionistischer als die marktwirtschaftlichen Diskurse, die die Debatten immer noch stark prägen. Umgekehrt in Frankreich: Der allseits beliebte Diskurs vom starken Staat, der als Garant für den nationalen Zusammenhalt das Recht und die Pflicht hat, in das Wirtschaftsleben und auch in das Handeln der Unternehmen einzugreifen, verdeckt das große Maß an Liberalisierung, das in den vergangenen Jahrzehnten stattgefunden hat. Denn in der Praxis ist der Staat deutlich zurückhaltender und hat oft auch nicht mehr die Möglichkeiten zu

effektiver staatlicher Steuerung. Zweitens hat sich die wirtschaftspolitische Praxis beider Länder in den vergangenen Jahrzehnten allmählich einander angenähert – mehr als es die unterschiedlichen Diskurse vermuten lassen. Die verbleibenden Unterschiede sind oft nicht mehr grundsätzlicher, sondern eher gradueller Natur und haben ihren trennenden Charakter verloren. Drittens darf man über allen Unterschieden nicht den Sockel gemeinsamer Grundvorstellungen vergessen, der sich im Zuge der Wirtschaftsintegration allmählich herausgebildet hat: Frankreich wie Deutschland bevorzugen gleichermaßen das Modell einer regulierten, sozial und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft mit einem ausgebauten System sozialer Sicherung sowie öffentlichen Gütern. Auch in Bezug auf Ziele und Instrumente der Wirtschaftspolitik gibt es längst Konvergenz dahingehend, dass Ziele wie Stabilität und Wachstum oder angebots- und nachfragepolitische Ansätze nicht als unvereinbare Gegensätze aufgefasst werden, sondern als Pole in einer legitimen und notwendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung über die konkrete Ausrichtung der Wirtschaftspolitik fungieren. Letztlich geht es um ein Spannungsfeld zwischen linken und konservativen Ansätzen der Wirtschaftspolitik. Die Debatte ist also im Kern eine gesellschaftspolitische und nur in zweiter Linie eine deutsch-französische Kontroverse, auch wenn die Regierungen beider Länder oft für eine der beiden Grundpositionen stehen.<sup>14</sup>

Damit ist auch die Basis für Kompromisse gegeben. Europäischer Fortschritt ist immer durch Kompromissbildung entstanden. Angesichts der Tragweite der aktuellen Probleme, deren Lösungen tief in die nationalen Werte, Leitbilder und Präferenzen, aber auch ihre realen Handlungsspielräume eingreifen, wird indessen eine Art historischer Kompromiss notwendig sein, um die Zukunft des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums zu sichern: Die Bereitschaft Deutschlands, seine ökonomische Stärke in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen und neuen Transfer- und Ausgleichsmechanismen zuzustimmen; die Bereitschaft Frankreichs, substanzielle Schritte einer weiteren politischen Union – mit weiterer Übertragung von Kompetenzen in der Haushaltspolitik, gemeinsamen Verhaltensregeln und entsprechenden Kontrollen und Sanktionen – zu akzeptieren. Dies mag wie ein Wunschtraum klingen. Fest steht aber: Die Zukunft des europäischen Projekts wird wesentlich von der Bereitschaft und Fähigkeit der Verantwortlichen beider Länder abhängen, über ihren jeweiligen nationalen Schatten zu springen und eine wirklich europäische Antwort auf die europäische Währungskrise anzugehen.

---

14 Vgl. dazu Jean-Marc Trouille/ Henrik Uterwedde: „Frankreich, Deutschland und die europäische Wirtschaftspolitik: Kooperation mit Hindernissen“. In: Deutsch-Französisches Institut (Hg.): *Frankreich-Jahrbuch 2012*, Wiesbaden: VS, 2013, S. 123-139.

**Tabelle 1: EU-Wirtschaftspolitik:  
Deutsche und französische Grundansätze**

	<b>Deutschland</b>	<b>Frankreich</b>
Generelle Vision	Europäische soziale Marktwirtschaft Europäische Ordnungspolitik	Europäische soziale Marktwirtschaft EU als wirtschaftspolitischer Akteur
Binnenmarkt	Marktwirtschaftlicher Rahmen Wettbewerb, Freizügigkeit, Beihilfekontrollen  Schutz der öffentlichen Dienstleistungen (Daseinsvorsorge)	Marktwirtschaftlicher Rahmen, aber: Ausgleich zwischen wettbewerbs- und strukturpolitischen Zielen Schutz der öffentlichen Dienstleistungen (service public)
Außenwirtschaft	Freihandel   Freier Kapitalverkehr, aber auch: informelle Schutzmechanismen und -praktiken gegen feindliche Übernahmen	Freihandel, aber auch: Gemeinschaftspräferenz, Reziprozität, Schutz gegen steuerliches/soziales Dumping Aktive Wechselkurspolitik Freier Kapitalverkehr, aber auch: ökonomischer Protektionismus (Schutz gegen ausländische feindliche Übernahmen)
Makroökonomie, Geldpolitik	Vorrang des Stabilitätszieles Unabhängige Zentralbank wirtschaftspolitische Koordinierung, aber keine Wirtschaftsregierung Stabilitäts- und Wachstumspakt: Verstärkung der Stabilitätsregeln für öffentliche Haushalte und der Sanktionen	Gleichwertigkeit des Stabilitäts- und des Wachstumszieles Wirtschaftsregierung, Zusammenspiel mit der Europäischen Zentralbank Stabilitäts- und Wachstumspakt: Verstärkung der Stabilitätsregeln für öffentliche Haushalte, aber Ausdehnung auf andere Bereiche, z.B. außenwirtschaftliches Gleichgewicht
Industriepolitik	Horizontale Politik: Rahmenbedingungen, Wettbewerb  Produzentenfreundlicher europäischer Ordnungsrahmen	Horizontale und vertikale Politik: sektorale Strategien, Technologiepolitik, europäische Konzerne („Champions“) Produzentenfreundlicher europäischer Ordnungsrahmen

Quelle: leicht verändert nach Pascal Kauffmann/ Henrik Uterwedde: *Deutschland, Frankreich und die Eurokrise. Auf der Suche nach der verlorenen Konvergenz*, Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, 2010, URL: <https://www.dfi.de/pdf-Dateien/Veroeffentlichungen/Sonstige/VerloreneKonvergenz.pdf>.

## Literatur

- Abelshauer, Werner: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*, München: Beck, 2011.
- Andersen, Uwe (Hg.): *Soziale Marktwirtschaft. Eine Einführung*, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 2004.
- [COE-Rexecode]: *Faiblesses et atouts de la France dans la zone euro. Le défi de la reconvergence*, Paris: COE-Rexecode, 2012.
- Cohen, Elie: *Le colbertisme high-tech. Économie du grand projet*, Paris, Hachette Pluriel, 1992.
- Dustmann, Christian/ Fitzenberger, Bernd/ Schönberg, Uta/ Spitz-Oener, Alexandra: „From Sick Man of Europe to Economic Superstar. Germany’s Resurgent Economy“. In: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 28, n° 1 (Winter 2014), S. 167-188.
- Hauff, Michael von (Hg.): *Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft*, Marburg: Metropolis, 2007.
- Hazouard, Solène/ Lasserre, René/ Uterwedde, Henrik (Hgs.): *France-Allemagne. Cultures monétaires et budgétaires. Vers une nouvelle gouvernance européenne ?*, Cergy: CIRAC, 2015.
- Kauffmann, Pascal/ Uterwedde, Henrik: *Deutschland, Frankreich und die Eurokrise. Auf der Suche nach der verlorenen Konvergenz*, Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, 2010, URL: <https://www.dfi.de/pdf-Dateien/Veroeffentlichungen/Sonstige/VerloreneKonvergenz.pdf>.
- Rosanvallon, Pierre: *L’État en France depuis 1789 à nos jours* (1993). Dt. Übersetzung: *Der Staat in Frankreich von 1789 bis zur Gegenwart*, Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot, 2000.
- Trouille, Jean-Marc/ Uterwedde, Henrik: „Frankreich, Deutschland und die europäische Wirtschaftspolitik: Kooperation mit Hindernissen“. In: *Deutsch-Französisches Institut (Hg.): Frankreich-Jahrbuch 2012*, Wiesbaden: VS, 2013, S. 123-139.
- Uterwedde, Henrik: *Frankreich. Eine Länderkunde*, Opladen: Barbara Budrich, 2017.
- Uterwedde, Henrik: „Frankreich im Umbruch. Emmanuel Macrons Revolution der Mitte“. In: *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik – GWP*, n° 3 (Sept. 2017), S. 347-356.

- Uterwedde, Henrik: „Von Egoisten und Reformmuffeln. Bilder der Wirtschaft des Nachbarlandes“. In: Claire Demesmay/ Christine Pütz/ Hans Stark (Hgs.): *Frankreich und Deutschland. Bilder, Stereotype, Spiegelungen. Wahrnehmung des Nachbarn in Zeiten der Krise*, Baden-Baden: Nomos, 2016, S. 203-216.
- Uterwedde, Henrik: „Frankreichs Wirtschaft. Potenziale und Herausforderungen“. In: *Politische Studien*, n° 447 (Jan.-Feb. 2013), URL: [https://www.hss.de/download/publications/PS\\_447\\_Internet.pdf](https://www.hss.de/download/publications/PS_447_Internet.pdf), S. 60-70.
- Uterwedde, Henrik: „Welche Vision(en) für die europäische Wirtschaft? Französische und deutsche Ansätze“. In: Lothar Albertin (Hg.): *Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union*, Tübingen: Narr Francke Attempto, 2010, S. 133-147.
- Uterwedde, Henrik: „Staatsverständnis und Wirtschaftspolitik in Frankreich. Politik zwischen Etatismus und Marktwirtschaft“. In: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, n° 103 (2006), S. 51-57.
- Uterwedde, Henrik: „Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik. Vom Etatismus zur *gouvernance à la française* ?“. In: Joachim Schild/ Henrik Uterwedde (Hgs.): *Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel*, Wiesbaden: VS, 2005, S. 162-183.

Die Internetquellen wurden am 30.05.2018 auf ihren Fortbestand überprüft.



**Rachid Belkacem**

# **Marché du travail et politique de l'emploi en France et en Allemagne**

## **Table des matières**

Résumé .....	42
Introduction .....	43
1 Contexte et justifications des politiques de l'emploi .....	43
1.1 Des tendances communes de transformation des marchés du travail en France et en Allemagne .....	44
1.2 Trois principaux fils directeurs des politiques de l'emploi en France et en Allemagne .....	45
1.2.1 Premier fil directeur : Des mesures de flexibilité du travail .....	45
1.2.2. Second fil directeur : La baisse du coût du travail .....	47
1.2.3 Troisième fil directeur : Des dispositifs de formation et d'insertion .....	49
2 Les réformes actuelles du marché du travail en France et en Allemagne .....	51
2.1 En France, mesures de simplification des politiques de l'emploi et la Loi El'Khomri (Loi travail) .....	51
2.1.1 Mesures de simplification des dispositifs d'insertion et re- cherche d'une nouvelle méthode de politiques publiques de l'emploi .....	51
2.1.2 La Loi El'Khomri ou la Loi travail .....	52
2.2 En Allemagne, des mesures d'ajustement après la réunification et les Lois Hartz .....	54
2.2.1 D'importantes mesures d'ajustement du marché du travail après 1990 .....	54

2.2.2	Les réformes structurelles du début des années 2000 (les Lois Hartz) . . . . .	55
3	Pour quels résultats des politiques publiques de l'emploi. . . . .	57
3.1	Une multiplication des objectifs et un accroissement des dépenses des politiques de l'emploi en France . . . . .	57
3.2	Pour des effets mitigés sur l'emploi et le chômage . . . . .	59
3.2.1	Un taux d'emploi chroniquement faible en France comparé à l'Allemagne . . . . .	60
3.2.2	Un taux de chômage élevé en France jamais redescendu en dessous de 7% ... Vs/ Forte baisse du taux de chômage en Allemagne. . . . .	60
3.2.3	En France, un chômage concentré sur les faibles niveaux de formation . . . . .	62
3.2.4	Des causes diversifiées et évolutives d'entrée dans le chômage . . . . .	63
3.2.5	Un accroissement de la précarité et de la pauvreté des travailleurs en Allemagne. . . . .	64
	Conclusion . . . . .	68
	Bibliographie. . . . .	69

## Résumé

Dans un contexte de bouleversements économiques, juridiques, technologiques de l'environnement des entreprises en Europe (marchés des biens et services plus concurrentiels, besoins en compétences de plus en plus spécifiques, vieillissement de la population active, diversification des formes du chômage et des emplois, innovations technologiques, révolution numérique, etc.), la plupart des pays européens se sont engagés dans d'importants programmes de réformes de leur marché du travail. L'Allemagne et la France n'ont pas échappé à ce mouvement. Ce chapitre analyse les objets et les instruments de ces réformes des deux côtés du Rhin. Il montre que ces réformes du marché du travail ne constituent pas en France, à la différence de l'Allemagne, une véritable rupture des actions de l'Etat mais s'inscrivent bien dans la continuité des politiques publiques de l'emploi menées dans ce pays depuis les années 1970. Les politiques de l'emploi ont été nombreuses et diversifiées surtout en France. En Allemagne, les principales réformes (Lois Hartz) ont concerné le début des années 2000. Elles font suite à une situation économique et sociale du marché du travail très dégradée après

la réunification. Si dans ce pays, ces mesures de politiques de l'emploi ont conduit à une baisse significative du chômage, en France, elles ont surtout permis de contenir la progression du chômage. On observe enfin que ces réformes du marché du travail n'ont pas empêché un accroissement de la précarité du travail et de la pauvreté particulièrement en Allemagne.

## **Introduction**

Ce chapitre analyse les politiques publiques de l'emploi et les principales réformes du marché du travail menées en France et en Allemagne. L'objectif de cette analyse n'est pas de comparer les initiatives des pouvoirs publics de ces deux pays pour lutter contre le chômage mais plutôt de répondre modestement aux questions suivantes : Quels ont été les principaux instruments des politiques de l'emploi mobilisés par ces deux pays européens pour combattre le chômage et favoriser l'insertion des publics en difficulté (jeunes, seniors, bas niveaux de qualification) ? Quelles ont été les grandes réformes du marché du travail engagées par ces deux pays ces dernières années ? Il nous a semblé intéressant d'interroger les politiques nationales de lutte contre le chômage de ces deux pays, chefs de file de la construction européenne. Selon beaucoup d'experts de l'OCDE, les performances actuelles de l'Allemagne en matière de lutte contre le chômage avec un taux de chômage parmi les plus bas d'Europe s'expliqueraient par le fait que ce pays (à la différence de la France) aurait engagé très tôt des réformes structurelles de son marché du travail, dès le début des années 2000. Dans ce chapitre, nous voulons montrer que les réformes actuelles du marché du travail, surtout en France, ne constituent pas réellement des ruptures de politiques de l'emploi. Elles s'inscrivent plutôt dans la continuité des choix et des stratégies des pouvoirs publics pour lutter contre le chômage depuis les années 1970. Pour étayer cette hypothèse, nous montrerons que les politiques de l'emploi en France se sont organisées autour de trois justifications constituant chacune un fil directeur des actions de l'Etat en matière de lutte contre le chômage depuis les années 1970 (point 1). Nous verrons ensuite que si les mesures de politiques publiques de l'emploi en France se sont tendanciellement diversifiées et complexifiées dans le temps; en Allemagne, les réformes du marché du travail ont constitué à l'inverse une véritable rupture dans la façon de traiter le chômage (point 2). Enfin, nous discuterons dans un troisième et dernier temps quelques résultats de ces politiques nationales du marché du travail des deux côtés du Rhin (point 3).

## 1 Contexte et justifications des politiques de l'emploi

Pour bien traiter cette problématique des réformes du marché du travail, il est important de commencer par cerner les inflexions de l'environnement économique et social. Celles-ci vont transformer en profondeur les marchés du travail respectifs de ces deux pays (point 1.1.). Elles vont affecter directement l'orientation des politiques publiques de l'emploi et justifier ainsi un certain nombre de choix pour lutter contre le chômage (point 1.2.).

### 1.1 Des tendances communes de transformation des marchés du travail en France et en Allemagne

Ces tendances sont bien connues aujourd'hui. Il s'agit de tendances macro-économiques lourdes qui ont affecté les différents marchés du travail en Europe (internationalisation des économies, innovations technologiques, volatilité de la demande sur les marchés de biens de consommation, concurrence plus forte entre entreprises et entre pays), ayant des conséquences sur l'emploi (précarisation des emplois, élévation du niveau de qualification), et qui affectent aussi le chômage (massification du chômage surtout en France, diversification de ses formes, tendance à l'augmentation de la durée moyenne d'inscription au chômage, etc.). Nous sommes entrés progressivement dans une économie mondialisée couplée à une croissance économique ralentie à partir des années 1980. Entre 1980 et 2008, la part des exportations dans le PIB mondial a augmenté de 22,4% à 32,7% soit 10 points de plus.<sup>1</sup> Dans ce contexte de concurrence internationale exacerbée, les stratégies de baisse des coûts de production pour être plus compétitif sur le marché vont être recherchées prioritairement. Et ce sont en premier lieu les emplois, non ou faiblement qualifiés, tout comme les entreprises les moins productives qui sont victimes de cette intensification de la concurrence.<sup>2</sup> Aussi, toutes les politiques d'emploi de réduction du coût du travail vont-elles trouver ici une justification économique et sociale légitime.

Un autre phénomène qui affecte directement le marché du travail concerne les évolutions démographiques et plus précisément le vieillissement de la population active, très marqué outre-Rhin. Selon EUROSTAT, l'âge médian en Europe est passé de 33,7 ans en 1982 à 42,4 ans au 1<sup>er</sup> janvier 2015. Ce vieillissement de la population concerne également les travailleurs. La part des personnes âgées de

---

1 Conseil d'orientation pour l'emploi (COE): *Les réformes des marchés du travail en Europe*, tome 1, rapport général, 5 novembre 2015, URL : [http://www.coe.gouv.fr/COE\\_reformes\\_marches\\_travail\\_Tome\\_1\\_Rapport\\_general3e02.pdf?file\\_url=IMG/pdf/COE\\_reformes\\_marches\\_travail\\_Tome\\_1\\_Rapport\\_general.pdf](http://www.coe.gouv.fr/COE_reformes_marches_travail_Tome_1_Rapport_general3e02.pdf?file_url=IMG/pdf/COE_reformes_marches_travail_Tome_1_Rapport_general.pdf), p. 8.

2 Olivier Cortes/ Sébastien Jean: « Comment mesurer l'impact du commerce international sur l'emploi ? Une note méthodologique ». Dans : *Économie et statistique*, n° 279-280 (1994), pp. 3-11.

65 ans et plus concerne aujourd'hui presque 1 actif sur 5. Avec un âge médian de 45,9 ans en Allemagne, la situation de ce pays est plus délicate encore. Ce vieillissement de la population s'explique en grande partie par la baisse de la natalité : le nombre moyen d'enfant par femme est de 1,4 dans ce pays contre un peu moins de 2 enfants par femme en France. Cette problématique peut affecter à un moment donné la dynamique de croissance économique de ce pays. Elle pose aussi la question du renouvellement de la main-d'œuvre et plus au-delà celle du financement de la protection sociale.

Le progrès technique plus rapide n'est pas sans conséquence, non plus, sur la recomposition des marchés du travail. Avec la révolution numérique, la digitalisation ou encore, l'« Ubérisation du travail », ces bouleversements constituent une troisième catégorie d'inflexions majeures des marchés du travail. La révolution numérique a non seulement affecté les frontières entre les différents domaines d'activité (industrie – service) et modes de production, mais a également perturbé les cœurs des métiers et par voie de conséquence les structures de qualification dans les entreprises. La problématique de la formation aussi bien initiale que professionnelle se pose déjà aux politiques de l'emploi. Elle va constituer dans les prochaines années un domaine central de préoccupations des deux côtés du Rhin. La formation professionnelle deviendra nécessaire tout au long des trajectoires professionnelles non seulement pour des raisons curatives (s'adapter aux évolutions organisationnelles du travail et aux nouveaux contenus des postes de travail face aux progrès technologiques par exemple) mais aussi pour des raisons préventives (faire face à des risques de licenciement en maintenant un niveau d'employabilité suffisant des travailleurs).

## **1.2 Trois principaux fils directeurs des politiques de l'emploi en France et en Allemagne**

Ces évolutions de l'environnement économique, technologique et social précédemment analysées vont générer trois idées récurrentes inhérentes aux débats sociopolitiques en matière de lutte contre le chômage depuis les années 1980. Ces idées vont justifier un certain nombre de choix de politiques publiques de l'emploi surtout en France. Elles vont constituer les fils directeurs des actions de l'Etat sur le marché du travail.

### **1.2.1 Premier fil directeur : Des mesures de flexibilité du travail**

La première idée est la suivante: *Les patrons auraient de plus en plus peur d'embaucher des travailleurs permanents en raison de l'incertitude croissante sur les marchés qui limiterait les projections à long terme de leurs carnets de commande.* Cette idée va justifier alors un certain nombre de mesures de flexibilité du travail. Ces dernières vont concerner, surtout en France, la légalisation des

contrats de travail à durée déterminée à partir des années 1980 : CDD, contrats occasionnels, contrats saisonniers, intérim. Il s'agit en somme de légaliser des instruments de flexibilité externe favorisant l'ajustement rapide des niveaux de personnels aux volumes de production dans les entreprises. L'Allemagne va longtemps privilégier les mesures de flexibilité interne comme la durée du temps de travail, l'instauration de comptes épargne-temps, des mesures de chômage partiel, etc. Les mesures de flexibilité externe ont également pour objectif de favoriser la fluidité du marché du travail, c'est-à-dire la mobilité des travailleurs aussi bien entre les situations d'emploi et de chômage qu'entre les différents statuts juridiques d'emploi (stage, intérim, CDD, etc.). Il s'agit en somme de faciliter les transitions sur le marché du travail.<sup>3</sup>

**Tableau 1: Les principaux types de contrat de travail en vigueur en France**

Types de contrat de travail	Date de légalisation	Objet
Contrat à durée indéterminée (CDI)	Loi de 1973	Le contrat à durée indéterminée représente « la forme normale – standard du contrat de travail ». On constate un affaiblissement, une érosion de cette norme d'emploi.
Contrat à durée déterminée (CDD)	Loi 79-11 du 3 janvier 1979	Le CDD définit une date de fin du contrat, ou tout du moins un terme. Il tend même à devenir la norme de recrutement des jeunes de moins de 26 ans.
Contrat de travail temporaire (CTT)	Loi du 3 janvier 1972	Le contrat de travail temporaire (plus communément appelé « Intérim ») est conclu pour la réalisation d'une mission précise et temporaire. <sup>4</sup>
Contrat de travail à temps partiel	Ordonnance n°82 -296 du 31 mars 1982 relative à l'exercice des fonctions à temps partiel	La durée du travail doit être obligatoirement mentionnée dans le contrat de travail. Elle est inférieure à la durée légale du travail (35 heures par semaine en France). Ce contrat de travail concerne essentiellement les femmes.
		▶▶

3 Bernard Gazier: « Flexicurité et marchés transitionnels du travail. Esquisse d'une réflexion normative ». Dans : Travail et emploi, vol. 1, n° 113 (2008), pp. 117-128.

4 Rachid Belkacem (éd.): *L'institutionnalisation du travail intérimaire en France et en Allemagne. Une étude empirique et théorique*, Paris: L'Harmattan, 1998.

Contrat de travail intermittent	A partir de 1936	Le travail intermittent se caractérise par l'alternance de périodes travaillées et de périodes non travaillées. Il doit être prévu par un accord collectif et doit faire l'objet d'un contrat à durée indéterminée, conclu par écrit et comportant un certain nombre de clauses obligatoires. C'est un contrat de travail répandu dans le domaine des spectacles, des artistes, des musiciens, etc.
Contrat d'apprentissage	1 <sup>ère</sup> Loi : 1851	Le contrat d'apprentissage est réservé aux 16-25 ans. C'est la forme de contrat de travail la plus ancienne historiquement.
Contrat de professionnalisation	Loi du 04 mai 2004	C'est un dispositif de politique publique de l'emploi. Pour bénéficier d'un tel contrat, il faut avoir entre 16 et 25 ans ou être un demandeur d'emploi de plus de 25 ans et souhaiter acquérir des compétences professionnelles spécifiques.
Contrat Unique d'insertion (CUI)	La loi n° 2008-1249 du 1 <sup>er</sup> décembre 2008 (entrée en vigueur le 1 <sup>er</sup> janvier 2010)	Le CUI est également un dispositif de politique publique de l'emploi. Il combine des actions de formation et/ou d'accompagnement professionnel pour son bénéficiaire. Il comporte des aides financières pour les entreprises. Il vise à faciliter l'embauche des personnes ayant des difficultés à trouver un emploi.
Contrat d'Accompagnement dans l'emploi (CAE)	idem	Le CAE est le CUI du secteur non-marchand. Un CUI-CAE dure au moins 6 mois, sauf cas particuliers. Il ne peut excéder 24 mois.
Contrat initiative d'emploi (CIE)	idem	Le CIE est le CUI du secteur marchand. Tout comme le CAE, il est prescrit par le service public de l'emploi. La durée maximale est également de 24 mois.

Source : Ministère du travail

### 1.2.2 Second fil directeur : La baisse du coût du travail

La seconde idée récurrente que l'on retrouve dans les débats sociopolitiques surtout à partir des années 1990 est que *le travail coûterait trop cher aux entreprises*. Cette idée va justifier toutes les mesures d'abaissement du coût du travail, soit à partir d'exonérations partielles ou totales des charges sociales pour les salaires

de 1 à 1,6 du SMIC.<sup>5</sup> Ces mesures d'allègements de cotisations sociales vont constituer un volet important des politiques publiques de l'emploi en France. Elles sont chiffrées à environ 33,1 milliards d'euros en 2013 par le Ministère du travail. Plus de 80 mesures d'allègements des cotisations sociales ont été mises en œuvre depuis le gouvernement Balladur en 1993. Nous pouvons ranger ces dispositifs dans trois principales catégories (cf. tableau 2).

**Tableau 2: Les mesures d'allègements de cotisations sociales en vigueur en France**

Motifs	Objet
Les mesures générales ou réductions dites « Fillon »	Elles touchent toutes les entreprises, quel que soit leur secteur d'activité, avec cependant un avantage pour les plus petites d'entre elles. Elles portent sur les charges patronales de Sécurité sociale. Elles concernent les salaires compris entre 1 et 1,6 du SMIC.
Les exonérations ciblées	Il s'agit : d'exonérations géographiques (zones de redynamisation urbaine, zones franches urbaines, zones de revitalisation rurale, mesures DOM) ; des exonérations sur des publics prioritaires (apprentis, stagiaires, jeunes, salariés en contrat de professionnalisation ou d'accompagnement vers l'emploi, etc.) des exonérations sur les services à la personne (aide à domicile employée par un particulier fragile, accueillants familiaux, etc.)
Les exonérations pour des heures supplémentaires	Elles ont été mises en place en 2007 dans le cadre de la loi en faveur du travail, de l'emploi et du pouvoir d'achat (loi TEPA du Président Sarkozy) pour favoriser l'accomplissement d'heures supplémentaires ou complémentaires : « Travailler + pour gagner + ». Ces mesures d'exonération générales ont cependant été modifiées au 1er septembre 2012. Une déduction forfaitaire des cotisations sociales patronales a été cependant maintenue dans les TPE (très petites entreprises, soit 20 salariés ou moins).

Source : Ministère du travail

Ces mesures vont constituer un domaine d'action très important de l'Etat. Comme le montre le tableau 2, elles peuvent concerner soit des publics spécifiques (jeunes, seniors, faibles niveaux de qualification), soit des secteurs d'activité spécifiques (bâtiment, restauration, hôtellerie, cafés, textile, etc.) ou soit encore des zones ou des territoires particuliers (territoires en reconversion, zones franches urbaines, zones de revitalisation rurale, zones de redynamisation urbaine,

5 C'est le salaire minimum interprofessionnel de croissance (SMIC). Le montant horaire brut s'élève à 9,76 € au 1<sup>er</sup> janvier 2017 correspondant à 1 480,27 € bruts mensuels sur la base de la durée légale de 35 heures hebdomadaires.

etc.). Si l'objectif premier de ces mesures d'abaissement du coût du travail est de favoriser l'embauche de publics éloignés de l'emploi ou en difficulté, elles ne seront pas sans conséquence sur le développement des emplois non qualifiés en raison des effets d'aubaine qu'elles peuvent générer, un phénomène que soulignait déjà O. Chardon.<sup>6</sup> En effet, une entreprise qui doit dans tous les cas embaucher un employé peut reporter cette décision pour bénéficier des avantages de l'un de ces dispositifs. C'est ce qu'on appelle des effets d'aubaine. Ces derniers vont alors limiter l'efficacité potentielle de ces mesures. Ces emplois non qualifiés se sont multipliés à partir des années 1990. Ils concernent dans une proportion significative les jeunes.<sup>7</sup> Ils sont concentrés dans le commerce et les services. Nous trouvons des emplois de caissières, de vendeurs en alimentation et d'employés de libre service, de gardiennes d'enfants, de manutentionnaires, d'empaqueteurs, d'étiqueteurs ou de préparateurs de commandes, mais aussi des employés de nettoyage de bureaux ou de locaux industriels, de serveurs, d'aides cuisiniers ou encore de plongeurs, etc. Il s'agit d'emplois payés au niveau du SMIC.

### 1.2.3. Troisième fil directeur : Des dispositifs de formation et d'insertion

La troisième idée qui revient régulièrement dans les discours sociopolitiques est que *Les chômeurs ne seraient pas assez bien formés et pas assez accompagnés*. Ce constat va justifier là encore toute une série de mesures, nombreuses, évolutives, hétérogènes et de plus en plus complexes touchant à 3 principaux domaines des politiques de l'emploi: la formation, l'accompagnement et l'insertion. Cette idée va justifier tout un foisonnement de mesures depuis les années 1970 en France au sein des premiers pactes pour l'emploi à destination des publics jeunes et jusqu'aux politiques actuelles de formation professionnelle, d'accompagnement et d'insertion.

---

6 Olivier Chardon : « L'emploi non qualifié depuis vingt ans, plus tertiaire et plus précaire ». Dans : *Problèmes économiques*, n° 2737 (21 novembre 2001), pp. 30-32.

7 Pierre Cahuc/ Stéphane Carcillo/ Klaus F. Zimmermann : « L'emploi des jeunes peu qualifiés en France ». Dans : *Notes du conseil d'analyse économique*, vol. 4, n° 4 (2013), pp. 1-12.

**Tableau 3: Les principaux dispositifs d'insertion actuels en France**

Les dispositifs d'insertion	Objet
L'emploi d'avenir	Il s'agit d'un emploi en CDD pouvant aller de 1 à 3 ans et à temps plein. Surtout des jeunes qui ne sont pas ou faiblement qualifiés. Ce dispositif s'adosse à une formation qualifiante.
Le contrat de génération	Pour les jeunes et moins de 26 ans, quel que soit leur niveau de qualification (y compris ceux sans diplôme) ou de moins de 30 ans en cas de handicap. Il doit faciliter l'insertion durable des jeunes et favoriser leur embauche tout en assurant le maintien en emploi des seniors. L'objectif est aussi de faciliter la transmission des savoirs et des compétences. Il prévoit une aide financière annuelle de 4000€, versée par Pôle emploi à l'entreprise pour une durée maximale de 3 ans.
Le Pacte (parcours d'accès aux carrières de la fonction publique territoriale, hospitalière et de l'État)	Le Pacte est un mode de recrutement, sans concours, dans la fonction publique. Il concerne les jeunes de 16 à moins de 26 ans qui n'ont pas de diplôme ni de qualification professionnelle reconnue, et ceux dont le niveau de diplôme est inférieur au baccalauréat. Il permet l'accès aux emplois de catégorie C des 3 fonctions publiques.
Le contrat d'insertion dans la vie sociale (Civis)	Le Civis est un dispositif d'accompagnement des jeunes vers un projet d'insertion durable. Il doit déboucher sur un parcours d'accès à la vie active avec des propositions d'emploi, des propositions de formation professionnelle, une assistance renforcée pour la recherche d'emploi et toute autre démarche visant l'insertion. L'accompagnement est renforcé pour les jeunes n'ayant aucun diplôme (ou faiblement diplômés/qualifiés) avec la désignation d'un référent unique, souvent un conseiller de mission locale.
Le contrat unique d'insertion (CUI)	Il regroupe les Contrats Initiative Emploi (CIE) du secteur marchand et les Contrats d'Accompagnement dans l'Emploi (CAE) du secteur non-marchand. Ces contrats sont ciblés en priorité sur les demandeurs d'emploi de très longue durée (18 mois d'inscription à Pôle emploi dans les 24 derniers mois), les plus de 50 ans et certains bénéficiaires du RSA. Les jeunes ne sont pas exclus de ce dispositif, mais ils ont vocation à signer un emploi d'avenir, plutôt qu'un CUI. La durée de la convention CUI est limitée à 24 mois.

Source : Ministère du travail

L'objectif premier de ces mesures est de favoriser l'employabilité des demandeurs d'emploi, des publics éloignés de l'emploi ou en difficulté d'insertion. Par augmenter l'employabilité des demandeurs d'emploi, il faut savoir accroître la

vitesse de retour à l'emploi.<sup>8</sup> Au fil des années, ces dispositifs sont devenus de plus en plus volontaristes, de plus en plus incitatifs. C'est la logique du « *fördern und fordern* » (inciter et exiger). Tous ces dispositifs vont favoriser l'activation des mesures de politiques de l'emploi qui signifie de ne plus seulement verser des prestations mais demander une contrepartie, c'est-à-dire engager les chômeurs dans des processus actifs de formation professionnelle et/ou de réalisation de travaux d'intérêt général à défaut d'un emploi à durée déterminée ou en intérim.

## **2 Les réformes actuelles du marché du travail en France et en Allemagne**

Ces trois fils directeurs des politiques de l'emploi, précédemment discutés, organisent les actions récentes des pouvoirs publics pour agir sur le fonctionnement du marché du travail. La France a engagé une importante réforme de son marché du travail appelée la Loi travail (Loi El'Khomri, 2016) dans un contexte d'aggravation importante du chômage. Cette Loi a fait suite à une série de mesures de simplification des politiques de l'emploi et de la recherche d'une nouvelle méthode autour d'un pacte de responsabilité avec les entreprises (point 2.1.). De son côté, l'Allemagne, après avoir mis en œuvre des mesures d'ajustement de son marché du travail après la réunification du pays, a engagé au début des années 2000 une importante réforme structurelle de son marché du travail à travers les lois Hartz (point 2.2.).

### **2.1. En France, mesures de simplification des politiques de l'emploi et la Loi El'Khomri (Loi travail)**

Avec l'aggravation du chômage dans un contexte de déficits publics importants, la France a recherché à simplifier ses dispositifs de lutte contre le chômage. Elle a mis en œuvre une loi globale du travail très difficilement acceptée par les syndicats et par l'opinion publique.

#### **2.1.1. Mesures de simplification des dispositifs d'insertion et recherche d'une nouvelle méthode de politiques publiques de l'emploi**

La fin des années 2000 a coïncidé avec une des crises les plus graves depuis la seconde guerre mondiale. Il s'agit de la crise des *Subprimes* intervenue aux États-Unis à la fin de 2007 qui s'est généralisée à l'ensemble des pays occidentaux. Étant au départ une crise immobilière puis financière, cette crise s'est mue en

---

8 Cf. Raymond Ledrut : *Sociologie du chômage*, Paris: Éditions Presses Universitaires de France, 1966 ; Bernard Gazier : *Assurance chômage, employabilité et marchés transitionnels du travail*, Université Paris 1/ MATISSE, CNRS UMR 8595, communication au Commissariat Général du Plan, séminaire : *Transformations du marché du travail et continuité de la protection sociale*, Paris, 1999.

crise économique touchant particulièrement le secteur de l'industrie, générant des vagues importantes de licenciements. En France, le taux de chômage a fortement progressé, dépassant le seuil fatidique des 10% de la population active. Sa progression a été quasi continue. Cette crise a impacté le déficit public occasionnant du même coup une importante contrainte pour la mise en œuvre de nouvelles politiques publiques de l'emploi. Ce déficit public a atteint le record de 7,9% du PIB en 2009 pour revenir à 4% en 2014. Dans ce contexte d'aggravation du déficit public et du chômage, les marges de manœuvre de l'État pour lutter contre le chômage ont été limitées. Les principales actions de l'État ont consisté alors en des mesures de simplification des politiques de l'emploi avec la création de nouveaux dispositifs tels que les Contrats unique d'insertion en remplacement de dispositifs anciens de contrats aidés. Avec l'accession de François Hollande à la Présidence de la République, deux nouveaux dispositifs d'insertion virent néanmoins le jour : les emplois d'avenir (2012) et les contrats de génération (2013) (cf. tableau 3). Ces instruments auront un impact très mitigé sur le chômage. Parallèlement, une nouvelle méthode de politique publique de l'emploi est recherchée par le gouvernement. Celle-ci s'est traduite par la mise en place d'un pacte de responsabilité avec les entreprises. Ce pacte comprend de nouveaux allègements de cotisations sociales en contrepartie de la création de 200 000 emplois à l'horizon de 2017. Un autre dispositif sous la forme d'un crédit d'impôt pour la compétitivité et l'emploi (CICE) pour les entreprises qui innovent est également créé. L'objectif de cette nouvelle méthode est de responsabiliser davantage les entreprises face au chômage. D'autres initiatives récentes ont été prises par les pouvoirs publics dont la Loi Macron, appelée la Loi pour la croissance, l'activité et l'égalité des chances économiques, promulguée le 06 août 2015. Elle comporte des mesures visant à assouplir le travail du dimanche, faciliter les licenciements, et instaurer des réformes de justice aux Prud'hommes. Des mesures comme on peut le voir très économes en dépenses publiques. Mais la plus importante initiative en matière de réforme du marché du travail en France, est la loi appelée la Loi El Khomri – Loi travail, adoptée dans la difficulté durant l'été 2016.

### **2.1.2 La Loi El'Khomri ou la Loi travail**

Il s'agit d'une loi globale définitivement adoptée le 21 juillet 2016 par le Parlement français après une longue période de conflits sociaux. Cette loi concerne plusieurs dimensions du travail (les licenciements, le recrutement, les accords d'entreprise, la durée du travail, etc.). Elle apporte d'importantes modifications en matière du droit du travail et introduit de nombreux assouplissements dans la gestion des travailleurs. Elle comporte deux principaux objectifs qui sont de faciliter les recrutements pour le premier et, de trouver de nouvelles formes de régulation du

travail (la négociation au niveau de l'entreprise) pour le second objectif.

Les principales dispositions sont les suivantes :

- Afin de répondre à une augmentation de la production ou pour gérer une réorganisation du travail, la durée maximale de travail par jour peut passer de 10 heures à 12 heures suite à un accord collectif.
- De manière ponctuelle, en cas de « circonstances exceptionnelles » propres à l'entreprise et après accord de l'inspection du travail, la durée maximale de travail hebdomadaire peut passer de 48 heures à 60 heures par semaine.
- Cette loi introduit également une « inversion de la hiérarchie des normes » qui signifie qu'en matière de temps de travail, un accord négocié au niveau de l'entreprise peut être supérieur aux dispositions d'un accord de branche, même si ces dernières sont plus avantageuses pour les salariés.
- Cette loi prévoit des accords de développement où le temps de travail ou les salaires peuvent être modifiés pendant une période de 2 ans (faire travailler davantage les salariés). Si le salarié refuse, il peut faire l'objet d'un licenciement économique adossé à un parcours d'accompagnement personnalisé cofinancé par l'entreprise.
- L'entreprise peut réaliser des référendums à la demande des syndicats minoritaires même si les syndicats majoritaires s'opposent.
- La rémunération des heures supplémentaires est réduite si un accord d'entreprise le permet. Elles sont rémunérées à hauteur de 10% au lieu de 25%.
- Le recours au licenciement économique est facilité en cas de difficulté de l'entreprise.
- Cette loi permet également un abaissement significatif des indemnités aux prud'hommes en cas de conflit entre le salarié et son patron.
- Cette loi supprime également la visite médicale d'embauche systématique pour recentrer cette mesure sur les salariés confrontés à des risques professionnels.
- Pour les jeunes de 18 à 25 ans en situation de décrochage, cette loi prévoit une garantie d'accompagnement et une aide financière mensuelle généralisée à l'ensemble du territoire.
- La loi instaure le compte personnel d'activité pour les salariés. Celui-ci comprendra un compte personnel de formation (CPF), un compte pénibilité ainsi qu'un futur compte d'engagement citoyen.

D'autres dispositions moins importantes sont prévues également par cette loi comme le droit à la déconnexion pour les salariés, notamment au forfait jour ou en télétravail, le bulletin de paie électronique, si les salariés ne s'y opposent pas, et le suivi des forfaits jour pour les salariés qui travaillent plus de 35 heures par semaine.

Au sein de cette loi, nous retrouvons les 3 justifications majeures des politiques de l'emploi menées en France depuis les années 1980 qui sont de développer la flexibilité du travail, de baisser le coût du travail et de favoriser l'insertion et l'accompagnement des personnes. En ce sens, cette réforme du marché du travail s'inscrit pleinement dans la continuité des politiques de l'emploi antérieures (cf. point 1.2.).

## **2.2 En Allemagne, des mesures d'ajustement après la réunification et les Lois Hartz**

L'Allemagne a également engagé d'importantes réformes de son marché du travail et cela même avant la France. Juste après la réunification, la situation économique de l'Allemagne était très dégradée ce qui a nécessité tout d'abord de premières mesures urgentes d'ajustement de l'économie (point 2.2.1.) et ensuite la mise en œuvre d'importantes réformes structurelles du marché du travail au début des années 2000 (point 2.2.2.)

### **2.2.1 D'importantes mesures d'ajustement du marché du travail après 1990**

Après la réunification, au cours des années 1990, la situation économique et sociale de l'Allemagne s'est profondément dégradée. Elle se caractérisait par les faits suivants:

- Un taux de chômage qui s'est tendanciellement détérioré pour atteindre un niveau record de 11,2% en 2005 ;
- Une augmentation régulière des coûts salariaux qui a pesé sur la compétitivité des entreprises ;
- Un chômage de longue durée qui augmente pour concerner 56,1% des chômeurs ;
- Une segmentation du marché du travail qui s'intensifie avec le développement d'emplois précaires et d'emplois à temps partiel qui concerne un peu plus du tiers (35%) de la population active selon l'IAB.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Les perspectives économiques n'étaient pas très bonnes. En effet, en raison du vieillissement de la population, un risque majeur de pénurie de main-d'œuvre (main-d'œuvre qualifiée) pèse sur l'économie allemande. Le taux d'activité, chroniquement très faible, traduit une participation trop limitée sur le marché du travail.

Dans ce contexte, des mesures d'ajustement ont dû être prises. Elles se sont organisées autour de 3 principaux axes d'action :

1. Développer les instruments de flexibilité interne autour des mesures telles que la baisse des heures supplémentaires afin de partager davantage le travail, l'instauration de comptes épargne-temps et d'autres mesures de ce type.
2. Faciliter le recours au chômage partiel, un dispositif qui aurait permis de sauver de nombreux emplois selon les experts économiques.
3. Remobiliser – réorganiser le service public de l'emploi sur les problématiques d'accompagnement et de suivi des demandeurs d'emploi.

Ce dernier axe a constitué un important domaine d'action des politiques publiques de l'emploi en Allemagne. Il s'agissait d'améliorer le placement des chômeurs tout en baissant les dépenses publiques. Dans cette perspective, plusieurs instruments ont été mis en œuvre. Des actions de formation continue ont été définies. D'importants recrutements de nouveaux agents du service public de l'emploi (SPE) ont été réalisés. En 2008, 1 000 agents supplémentaires ont été ainsi recrutés sur une base temporaire. Plusieurs vagues de recrutements ont suivi. Mais surtout, un accompagnement des demandeurs d'emploi plus précoce (dès le préavis de licenciement) est entrepris. Dans le même temps, des sanctions plus dures sont déterminées. Les demandeurs d'emploi sont par exemple dans l'obligation de se présenter dans les 3 mois qui suit la cessation de leur activité, sinon ils risquent une radiation temporaire du système d'assurance-chômage. Ce durcissement des politiques de l'emploi en Allemagne va être au cœur des réformes structurelles du marché du travail engagées au début des années 2000.

### **2.2.2 Les réformes structurelles du début des années 2000 (les Lois Hartz)**

Ce programme de réformes transforme de manière significative le fonctionnement du marché du travail et de ses institutions. Ce programme est en fait organisé autour de 4 principales réformes Hartz entre 2003 et 2005. Celles-ci répondent à une nouvelle philosophie d'action, celle du « *fördern und fordern* » (inciter et exiger). Elles comprennent 3 principaux objectifs :

1. Inciter davantage les demandeurs d'emploi à la recherche d'emploi ;
2. Améliorer le fonctionnement du service public d'un emploi (SPE) et l'accompagnement des demandeurs d'emploi ;

3. Et favoriser les recrutements grâce à des incitations financières à destination des entreprises.

### **La réforme Hartz I de 2003 comporte 3 orientations**

- L'instauration d'une loi générale d'activation et de transformation du SPE.
- L'encouragement de la flexibilité du travail : L'offre d'emplois non standards ou atypiques est favorisée. Le recours au travail intérimaire va être facilité et de nouveaux types d'agences de placement de personnel est voient le jour.
- Le durcissement des conditions de « *l'acceptabilité d'emploi* » par les demandeurs d'emploi : Un chômeur doit faire la démonstration qu'une proposition d'emploi n'est pas acceptable.

### **La réforme Hartz II de 2003 s'organise autour de 2 objectifs centraux qui sont**

- La poursuite de la flexibilisation du marché du travail : création des mini-jobs et midi-jobs subventionnés ;
- Et la mise en place des jobscenters à la place des bureaux de travail locaux.

### **La réforme Hartz III de 2004 va mettre en œuvre une nouvelle méthode et philosophie des politiques de l'emploi**

- La réorganisation de l'Agence fédérale de l'emploi à travers l'instauration d'une gestion par objectifs ;
- Et une nouvelle philosophie de conduite autour de principes de management du secteur privé (compétitivité, efficacité, évaluation, etc.).

### **La réforme Hartz IV de 2005 va se caractériser par un durcissement général des conditions d'attribution des allocations chômage autour de 4 points.**

- La période de réception des allocations de chômage est réduite (versée pendant 12 mois – 18 mois pour les + de 55 ans).
- L'allocation chômage de longue durée fusionne avec l'aide sociale.
- De nouvelles mesures d'aide à l'insertion sur le marché de travail, notamment des mesures de formation sont définies.
- Des prestations de l'allocation chômage (de niveau II) peuvent compléter de façon limitée des revenus d'activité insuffisante.

Ces réformes ont eu une forte incidence sur le fonctionnement du marché du travail. Depuis les Lois Hartz, il n'y a pas eu d'autres réformes structurelles de cette envergure, excepté celle de l'instauration d'un salaire minimum légal interprofessionnel en janvier 2015. On retrouve également dans ces réformes du marché du travail en Allemagne les trois fils directeurs des politiques publiques de l'emploi menées en France (favoriser la flexibilité, réduire le coût du travail et renforcer l'accompagnement – insertion). Mais à la différence de la France, ces réformes allemandes ont introduit une véritable rupture des logiques d'action de l'État dans un pays où le modèle social privilégiait surtout le dialogue social. Aussi, la législation du travail apparaissait-elle relativement peu développée du moins jusqu'aux années 2000. Nous pouvons nous poser cette dernière question. Quels sont les résultats de ces politiques publiques de l'emploi en France et en Allemagne sur le chômage ?

### 3 Pour quels résultats des politiques publiques de l'emploi

En France, les politiques de l'emploi représentent un ensemble hétérogène de mesures. Dans un contexte de massification du chômage, cette complexification des politiques publiques de l'emploi s'est accompagnée d'un fort accroissement des dépenses publiques de l'emploi (point 3.1.). En Allemagne, les réformes Hartz ont permis non seulement à l'économie allemande d'être plus résistante face à la crise de 2007<sup>10</sup>, mais aussi d'avoir contribué à une baisse significative du chômage – mais à quel prix (point 3.2.) ?

#### 3.1 Une multiplication des objectifs et un accroissement des dépenses des politiques de l'emploi en France

Le premier résultat des actions des pouvoirs publics en matière de lutte contre le chômage est la complexification croissante des mesures de lutte contre le chômage. Ces dernières forment aujourd'hui un ensemble de dispositifs non seulement hétérogènes, mais également très évolutifs. « *Trouver un emploi stable à ceux qui en recherchent un* » n'est plus l'objectif principal des politiques publiques de l'emploi. Comme le notait déjà J.-L. Dayan<sup>11</sup>, d'autres objectifs sont visés qui sont :

- Agir sur la qualification ;
- Agir sur l'activité ;

10 COE, *Les réformes des marchés du travail en Europe*, tome 2 : « Monographies », 5 novembre 2015, URL : [http://www.coe.gouv.fr/COE\\_Reformes\\_marches\\_travail\\_Tome\\_2\\_Monographies8204.pdf?file\\_url=IMG/pdf/COE\\_Reformes\\_marches\\_travail\\_Tome\\_2\\_Monographies.pdf](http://www.coe.gouv.fr/COE_Reformes_marches_travail_Tome_2_Monographies8204.pdf?file_url=IMG/pdf/COE_Reformes_marches_travail_Tome_2_Monographies.pdf).

11 Jean-Louis Dayan : « Que faut-il attendre des politiques de l'emploi ? ». Dans : *Revue de l'IREs*, n° 18 (printemps/été 1995), pp. 91-135.

- Agir sur les formes de l'emploi ;
- Agir sur l'employabilité ;
- Agir sur les modes de gestion de la main-d'œuvre ;
- Et agir sur les parcours individuels.

Cette complexification des mesures de politiques publiques de l'emploi rend compte aussi de dispositifs de lutte contre le chômage non stabilisés dans le temps. Cela amène beaucoup d'auteurs à s'interroger sur l'efficacité et la cohérence de ces instruments de politiques de l'emploi pour combattre le chômage, surtout que le taux de chômage en France est resté à un niveau relativement élevé tout au long de ces 3 dernières décennies. Si certains spécialistes du marché du travail pointent l'inefficacité de ces politiques pour lutter contre le chômage, d'autres cherchent à comprendre les raisons de ce processus de complexification des politiques de l'emploi. Pour Y. L'Horty par exemple, cette hétérogénéité des dispositifs de lutte contre le chômage peut s'expliquer par l'instabilité croissante de l'environnement économique, social et des comportements – aspirations des demandeurs d'emploi. L'auteur rappelait à juste titre selon nous qu'il faut au moins trois conditions pour lutter efficacement contre le chômage et donc assurer pour les demandeurs d'emploi des insertions réussies (ou réinsertions) dans l'emploi : 1. Il faut qu'il existe des offres de poste de travail en nombre suffisant ; 2. Il faut que ces offres correspondent ensuite aux profils des chômeurs et 3. Il faut enfin que les chômeurs les acceptent. Les trois conditions sont nécessaires, mais aucune n'est suffisante. Il suffit par exemple qu'une de ces trois conditions ne soit pas respectée pour que l'accès ou le retour à l'emploi ne soit pas couronnés de succès ou n'ait tout simplement pas lieu.<sup>12</sup>

De plus, ces trois conditions renvoient à des dimensions différentes des systèmes de régulation de l'emploi. La première condition est en relation avec les systèmes de production des entreprises, d'où une orientation des politiques d'insertion en direction des entreprises (incitations financières, exonérations de charges sociales, etc.). La seconde condition relève de l'adéquation entre postes offerts et caractéristiques professionnelles des chômeurs. Les questions de la formation et de la qualification apparaissent alors cruciales.<sup>13</sup> Enfin, la troisième condition concerne les publics en difficulté. Une politique de l'insertion doit nécessairement agir simultanément sur ces trois fronts; d'où cette tendance à la complexification des mesures de politiques de l'emploi.

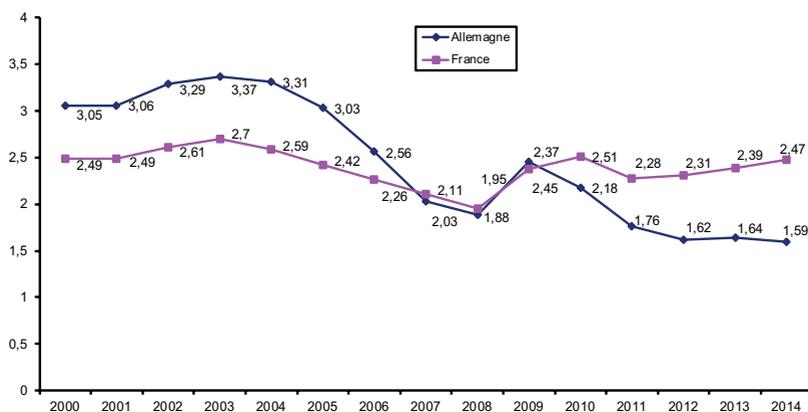
---

12 Yannick L'Horty : « Quelles politiques pour l'emploi ? Les politiques d'aide au retour à l'emploi ». Dans : *Cahiers français*, « Les nouvelles questions de l'emploi », n° 304 (2001), pp. 88-92, ici : p. 88.

13 André Gauron : « Quelles politiques pour l'emploi ? Qualification, formation, emploi ». Dans : *Cahiers français*, « Les nouvelles questions de l'emploi », n° 304 (2001), pp. 93-97.

Cette complexification des politiques publiques de l'emploi a favorisé un fort accroissement des dépenses publiques en France. Avec un montant annuel de 51 milliards d'euros en 2014, les dépenses en faveur des politiques du marché du travail sont devenues colossales pour des résultats très mitigés. Ces dépenses publiques en faveur du marché du travail représentent aujourd'hui, en France, 2,5% du PIB, un niveau resté relativement élevé depuis le début des années 2000 comparé à l'Allemagne (cf. graphique 1). Outre-Rhin, la maîtrise des dépenses publiques a constitué un axe majeur des politiques budgétaires qui s'est traduit dans un contexte de baisse importante du chômage par une forte réduction (une diminution de moitié entre 2000 et 2014) de cette part passant de 3,05% à 1,59% entre 2000 et 2014 en Allemagne.

**Graphique 1 : Les dépenses publiques en faveur du marché du travail en France et en Allemagne en % du PIB.**



Source : A partir des données d'Eurostat

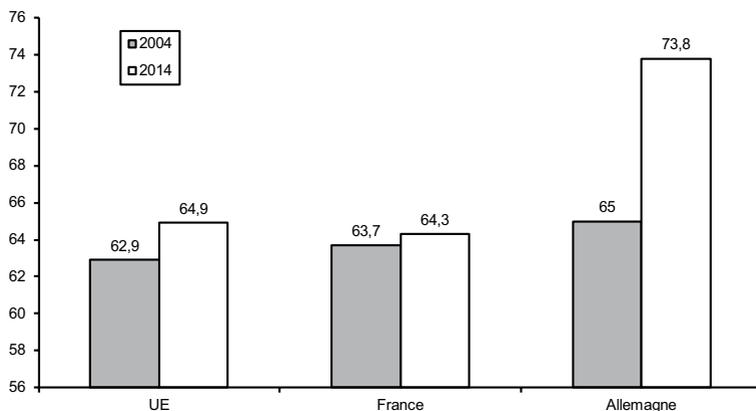
### 3.2 Des effets mitigés sur l'emploi et le chômage

Les possibilités d'insertion sur le marché du travail apparaissent plus difficiles en France comparées à l'Allemagne (point 3.2.1). C'est ce que mesure le taux d'emploi nettement plus faible en France. De l'autre côté du Rhin, le chômage a très fortement baissé ces dernières années, alors qu'en France, il s'est maintenu à un niveau élevé depuis les années 1990 (point 3.2.2). Ce sont les faibles niveaux de formation qui sont les plus concernés par le chômage en France (point 3.2.3). Mais les motifs d'inscription à Pôle emploi sont de plus en plus diversifiés (point 3.2.4). Enfin, si le chômage a fortement baissé en Allemagne, la pauvreté et la précarité ont connu à l'inverse un essor important (point 3.2.5).

### 3.2.1 Un taux d'emploi chroniquement faible en France comparé à l'Allemagne

Le taux d'emploi mesure l'ensemble des actifs occupés dans la population totale en âge de travailler. Il donne une information intéressante sur les capacités d'insertion qu'offre le marché du travail. Plus cet indicateur est élevé, plus les possibilités de placements apparaissent nombreuses. Comparé à son voisin direct, la France se caractérise par un taux d'emploi très inférieur à celui de l'Allemagne (presque 10 points de moins en 2014). Si entre 2004 et 2014, la situation française est relativement stable avec des taux d'emploi à ces deux dates autour de 64%, la situation en Allemagne s'est franchement améliorée. Dans ce dernier pays, le taux d'emploi a bondi de 65% en 2004 à presque 74% en 2014, atteignant presque l'objectif européen de 75% dans le cadre de la stratégie Europe 2020. Mais ce bon résultat, en Allemagne, est permis par la multiplication de petits jobs favorisés par les Lois Hartz du début des années 2000, comme nous l'avons précédemment vu. Il s'explique aussi par des raisons structurelles tenant à la dynamique démographique.

**Graphique 2: Le taux d'emploi (%) en France, en Allemagne et pour l'UE en 2004 et en 2014.**



Source : A partir des données d'Eurostat

### 3.2.2 Un taux de chômage élevé en France jamais redescendu en dessous de 7% ... Vs/ Forte baisse du taux de chômage en Allemagne

Le graphique ci-dessous indique des évolutions très contrastées du chômage des deux côtés du Rhin. Si le chômage est resté en France à un niveau relativement élevé (10,3% en 2016), il a fortement diminué en Allemagne (4,2% en 2016).

Trois principales raisons sont avancées pour expliquer cette amélioration très spectaculaire du chômage en Allemagne.

1. La première est relative aux durs choix politiques réalisés au début des années 2000 et menés à leur terme comme nous l'avons vu. Ceux-ci ont permis une baisse de la productivité du travail dans le secteur des services ayant généré ainsi de nombreux petits jobs, des emplois très précaires.
2. La seconde raison se rapporte à des éléments conjoncturels très favorables. En effet, l'activité économique allemande très rigoureuse a été alimentée par un dynamisme de l'activité des secteurs de la construction et de l'industrie tirée par des exportations très solides.
3. La troisième raison se réfère à des éléments structurels comme la tendance au vieillissement de la population et donc de la population active qui fait que chaque année les entrées sur le marché du travail sont de moins en moins nombreuses pour des départs à l'inverse en augmentation. Ce processus agit à la fois sur les taux de chômage et d'emploi qui s'améliorent structurellement.

„Pour rappel, le taux de chômage en France était de 3,5% en 1975, 9% en 1985 et 8,7% aujourd'hui (octobre 2018)“. Il n'est en fait jamais plus descendu en dessous de 7% depuis les années 1980 (cf. graphique 3). Le chômage a non seulement tendanciellement augmenté, mais s'est aussi fortement diversifié. Le chômage de longue durée, voire de très longue durée, s'est consolidé et ses formes se sont diversifiées entre un chômage d'insertion, un chômage de transition, un chômage de reconversion et un chômage d'exclusion.

**Graphique 3 : Evolution du taux de chômage de 1998 à 2016 (juillet) en France et en Allemagne (% , BIT).**



Source : A partir des données d'Eurostat

Considéré, durant les années 1970, comme un phénomène éphémère sur le marché du travail qu'il était possible de supprimer en restaurant tout simplement les mécanismes naturels autorégulateurs de l'offre et de la demande, à partir du début des années 1980, le chômage est perçu comme véritablement structurel, c'est-à-dire inscrit durablement dans le paysage économique et social. C'est ce dont témoigne d'une certaine façon cette tendance à la hausse du nombre de demandeurs d'emploi. Cette nouvelle perception du chômage comme un phénomène durable va inciter les pouvoirs publics à recourir à de nouveaux référents du marché du travail. Ces derniers appréhendent le marché du travail non plus comme un espace autorégulé grâce aux libres jeux de l'offre et de la demande, mais comme un espace segmenté qu'il convient de réguler grâce aux lois et aux institutions. L'État intervient alors plus fortement sur le marché du travail en conformité avec les préconisations keynésiennes.<sup>14</sup> Ces politiques de l'emploi vont permettre, tout au moins en France, de contenir la progression du chômage.

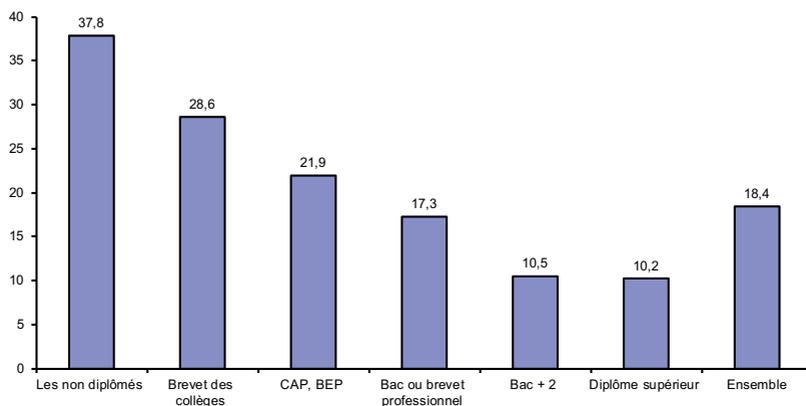
### **3.2.3 En France, un chômage concentré sur les faibles niveaux de formation**

Comme le montrent les données officielles sur le chômage, ce sont les catégories les plus fragiles (jeunes, seniors, étrangers, etc.) qui sont davantage victimes du chômage. Parmi ces catégories vulnérables, nous trouvons également les faibles niveaux de qualification. Ces personnes sont dans cette situation pour différentes raisons : soit parce qu'elles n'ont pas de diplôme ou un faible niveau de diplôme ou bien parce que les diplômes qu'elles possèdent ne répondent plus aux besoins du marché du travail. En France, en 2015, le taux de chômage des personnes de 15 à 29 ans n'ayant aucun diplôme s'établit à 37,8% contre 10,2% pour celles disposant d'un diplôme universitaire (cf. graphique 4). Le diplôme est un critère important, si ce n'est le principal critère d'accès à l'emploi. Le graphique 4 met d'ailleurs en évidence cette corrélation négative (ou inverse) entre niveau de diplôme et niveau du taux de chômage qui signifie que plus le niveau de diplôme est faible, plus le taux de chômage est important.

---

14 Un des enseignements du keynésianisme est que l'équilibre sur le marché du travail est une exception. Le chômage s'explique non pas à cause d'une insuffisance de la demande de travail par rapport à l'offre de travail sur le marché du travail comme le préconise la théorie libérale mais bien à cause d'une insuffisance de la demande effective c'est-à-dire une insuffisance de consommation et d'investissement dans le pays d'où la nécessité pour l'Etat d'intervenir plus fortement dans l'économie.

**Graphique 4 : Taux de chômage en 2015 des personnes de 15 à 29 ans selon le niveau de diplôme (%).**



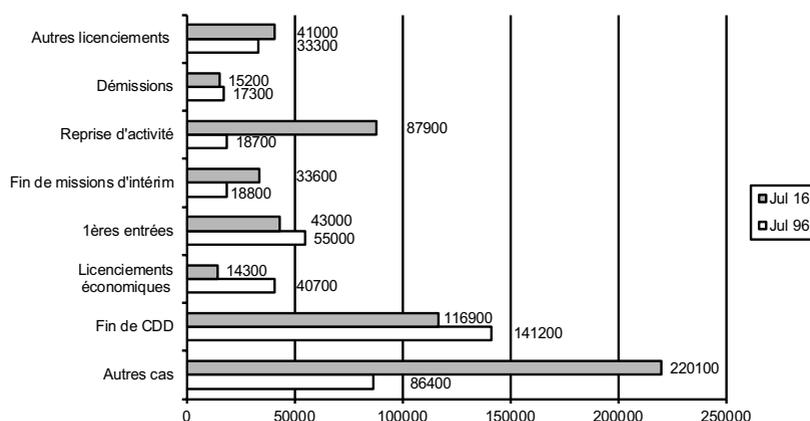
Source : A partir des données de l'INSEE

### 3.2.4 Des causes diversifiées et évolutives d'entrée dans le chômage ...

Mais à côté de la faiblesse du niveau de diplôme, il y a naturellement d'autres raisons d'entrée dans le chômage. C'est ce que montre le graphique 5 ci-dessous. Elles peuvent être liées à des causes personnelles (fin des études par exemple), sociales (difficultés d'insertion, de reconversion, situation d'exclusion), économiques (licenciements, délocalisation de l'entreprise, etc.). Ces causes d'entrée dans le chômage se sont diversifiées dans le temps. Elles sont plus difficiles à quantifier. C'est ce que montre l'effectif très élevé de la catégorie « autre cas », de loin le plus important (38% des demandeurs d'emploi en 2016), et celui qui a le plus progressé entre juillet 1996 et juillet 2016 (+155%). Dans cette catégorie, sont répertoriées des situations de demandeurs d'emploi très hétérogènes dont ceux qui le sont suite à une rupture conventionnelle de leur contrat de travail à durée indéterminée. En effet, la Loi n° 2008-596 du 25 juin 2008 portant sur la modernisation du marché du travail donne la possibilité aux employeurs et aux salariés de rompre le contrat qui les lie d'un commun accord. Cette disposition permet ainsi aux demandeurs d'emploi de percevoir des indemnités de chômage. Le graphique montre également que les demandeurs d'emploi en fin de contrat à durée déterminée ou en fin de mission d'intérim caractérisent un peu plus du quart des chômeurs en juillet 2016 (26,3%) contre un peu moins de 40% (38,9%) à la même date, 20 ans plus tôt. Les emplois temporaires constituent ainsi un important facteur d'alimentation du chômage. Rappelons que ces publics de travailleurs accèdent difficilement à des emplois

permanents. C'est ce qu'indique une étude récente<sup>15</sup> à propos des travailleurs intérimaires. L'auteur montre que seulement 9% des intérimaires qui ont réalisé une mission d'intérim en mars 2005 ont réussi à s'insérer dans l'emploi durable (contrat de travail à durée indéterminée) un an après. En légalisant certaines formes d'emplois précaires comme le travail intérimaire, un objectif important des politiques de l'emploi aussi bien en France qu'en Allemagne comme nous l'avons vu, les pouvoirs publics ont organisé des trappes à précarité, enfermant les travailleurs dans des situations intermédiaires entre l'emploi et le chômage.

**Graphique 5 : Les causes du chômage des demandeurs inscrits à Pôle emploi en juillet 1996 et en juillet 2016 (effectifs).**



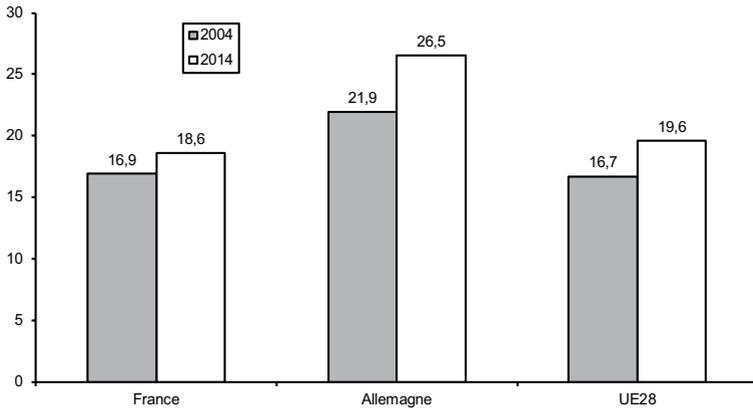
Source : A partir des données de Pôle emploi

### 3.2.5. Un accroissement de la précarité et de la pauvreté des travailleurs en Allemagne

Un des objectifs des politiques de l'emploi était de favoriser la flexibilité du travail aussi bien en France qu'en Allemagne pour diminuer le chômage. Les données publiées par Eurostat indiquent clairement un développement des petits jobs, du travail à temps partiel et des emplois temporaires plus fortement en Allemagne (cf. graphique 6).

15 Rachid Belkacem : « L'intérim. Un vecteur d'insertion des demandeurs d'emploi ou une trappe à précarité ? ». Dans : Bernard Balzani/ Philippe Capdevielle (éds.) : *Etudes sur l'insertion, Notions et dispositifs*, Presses universitaires de Nancy, Editions Universitaires de Lorraine, coll. « Salarier et transformations sociales », 2017, pp. 165-190.

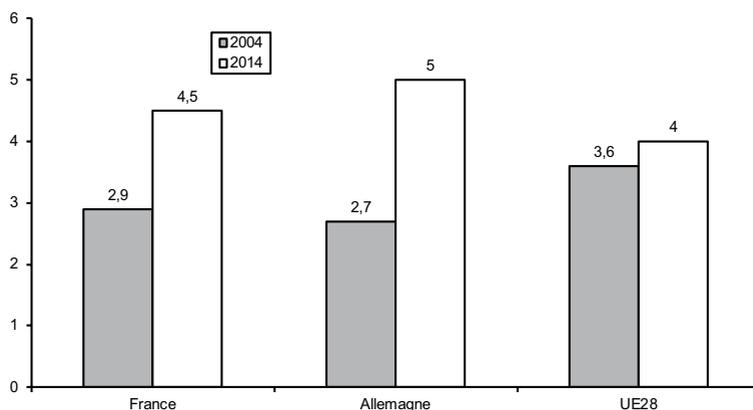
**Graphique 6 : Part des emplois à temps partiel en France, en Allemagne et pour UE28 en 2004 et 2014 – Personnes âgées de 15 à 64 ans (%).**



Source : A partir des données d'Eurostat

En Allemagne, la part des travailleurs à temps partiel parmi la population des actifs de 15 à 64 ans est passée de 21,9% en 2004 à 26,5% en 2014, soit presque 5 points de plus contre respectivement 16,9% et 18,6% à ces deux mêmes dates en France (cf. graphique 7). Les réformes du marché du travail en Allemagne ont eu un effet indéniable sur le développement du travail précaire. Comme le montrent encore les données d'Eurostat, la part des personnes âgées de 15 ans et plus devant occuper un second emploi a également fortement progressé de l'autre côté du Rhin. En 2004, 2,7% des travailleurs avaient un second emploi en Allemagne. Dix ans plus tard, ils sont pratiquement le double. La progression apparaît là encore un peu moins forte en France.

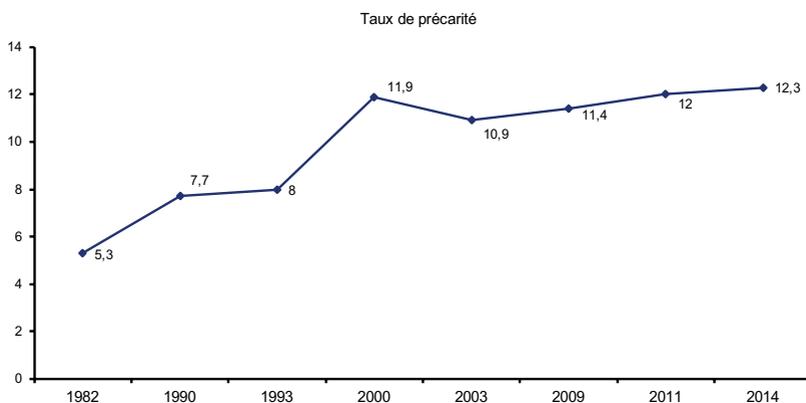
**Graphique 7 : Part des personnes âgées de 15 ans et plus ayant un second emploi (%).**



Source : A partir des données d'Eurostat

Toutes les formes d'emploi temporaire ont été favorisées par ces différentes initiatives de politiques publiques de l'emploi dans les deux pays. Comme le fait observer l'INSEE, cette évolution des emplois précaires a été constante depuis le début des années 1980. En 1982, 5,3% des travailleurs précaires étaient considérés précaires par l'INSEE. Pour cet organisme statistique, un travailleur précaire est une personne qui occupe surtout un emploi temporaire (intérim ou CDD). Leur part a plus que doublé en 30 ans (cf. graphique 8). Plus d'un travailleur sur 10 (12,3%) est aujourd'hui défini comme précaire, ce qui représente un total de 3,2 millions de travailleurs précaires pour 26 millions d'emplois (soit 12% des emplois) en France.

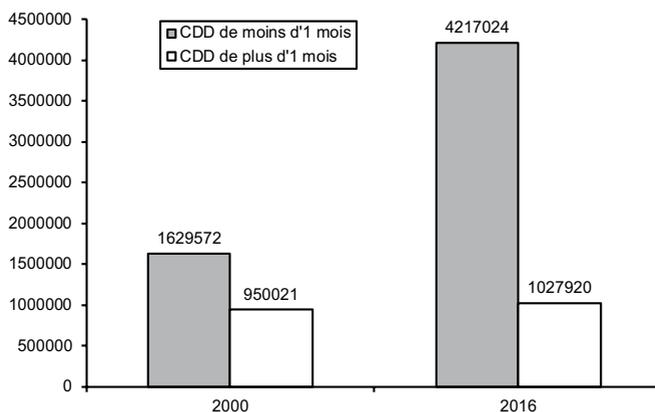
**Graphique 8 : Evolution de la part des travailleurs précaires en France (%).**



Source : A partir des données de l'INSEE

La poussée des emplois précaires est telle qu'aujourd'hui 7 recrutements sur 10 en France sont des embauches en CDD de moins d'un mois (cf. graphique 9).

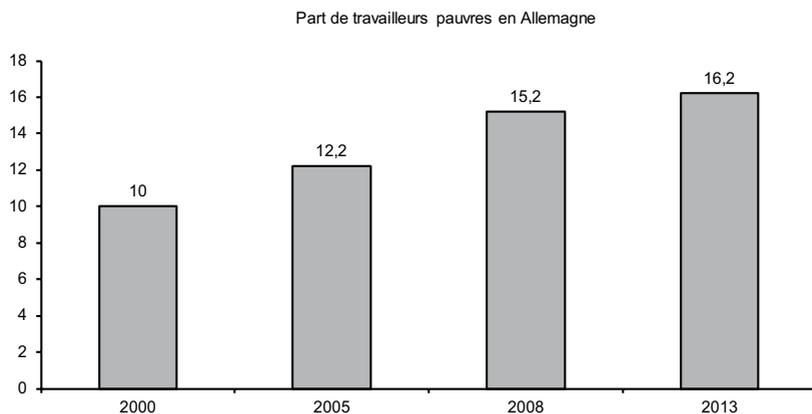
**Graphique 9 : Des recrutements sur contrats courts en France, au 4<sup>ème</sup> trimestre 2000 et au 4<sup>ème</sup> trimestre 2016.**



Source : A partir des données de ACOSS – Caisse nationale du Réseau des Urssaf

Mais le fait marquant aujourd'hui est que le travail protège de moins en moins contre la pauvreté. La France compte, en effet, entre 5 et 8,8 millions de pauvres, soit 1 million de pauvres de plus en 10 ans selon l'INSEE. Ce phénomène est encore plus marquant en Allemagne, comme le montre le graphique 10. La progression du nombre de travailleurs pauvres a même considérablement augmentée dans ce pays depuis le début des années 2000. La part de travailleurs pauvres dépasse 16% en 2013 soit 6 points de plus par rapport à 2000.

**Graphique 10 : Evolution de la part de travailleurs pauvres en Allemagne de 2000 à 2013.**



Source : A partir des données d'Eurostat

## Conclusion

En France et en Allemagne, les interventions de l'Etat ont été nombreuses pour des résultats très contrastés des deux côtés du Rhin. En France, la complexification croissante des mesures de politiques de l'emploi s'est accompagnée d'un fort accroissement des dépenses publiques pour des résultats en fin de compte très mitigés sur le chômage. En Allemagne, les effets des réformes du marché du travail engagées au début des années 2000, combinés à d'autres facteurs économiques et démographiques, ont produit des résultats plus positifs. Ce pays a connu à partir du milieu des années 2000 une baisse spectaculaire du nombre de demandeurs d'emploi, mais un essor plus important qu'en France de la précarité et de la pauvreté des travailleurs. Ces observations empiriques nous amènent à nous interroger sur les objectifs des politiques publiques de l'emploi et la

finalité des réformes du marché du travail. Il apparaît alors très clairement que « trouver un emploi stable à ceux qui en recherchent un » n'est plus l'objectif principal des politiques publiques de l'emploi des deux côtés du Rhin. Trois fils directeurs structurent et organisent les actions de l'Etat en France depuis les années 1970 en matière de lutte contre le chômage : favoriser la flexibilité du travail, baisser le coût du travail, développer la formation et l'accompagnement des demandeurs d'emploi. Ils ont donné lieu à un foisonnement de dispositifs, très hétérogènes, évolutifs et de plus en plus complexes particulièrement en France, si bien que les réformes actuelles du marché du travail ne constituent pas une véritable rupture, mais s'inscrivent bien dans la continuité des actions de l'État depuis une quarantaines d'années. Mais alors que veut dire réformer le marché du travail ? N'est-ce pas changer pour aller vers un mieux, vers un meilleur fonctionnement du marché du travail, afin d'améliorer la situation des travailleurs et des entreprises ?

## Bibliographie

- Belkacem, Rachid : *Institutionnalisation du travail intérimaire en France et en Allemagne. Une étude empirique et théorique*, Paris : L'Harmattan, coll. « Logiques économiques ».
- Belkacem, Rachid : « Le développement du travail intérimaire en Allemagne ». Dans : *Travail et Emploi*, vol. 2, n° 75 (1998), pp. 65-84.
- Belkacem, Rachid : « L'intérim. Un vecteur d'insertion des demandeurs d'emploi ou une trappe à précarité ? ». Dans : Bernard Balzani/ Philippe Capdevielle (éds.) : *Etudes sur l'insertion, Notions et dispositifs*, Nancy : Presses universitaires de Nancy - Éditions Universitaires de Lorraine, coll. « Salarariat et transformations sociales », 2017, pp. 165-190.
- Cahuc, Pierre/ Carcillo, Stéphane/ Zimmermann, Klaus F. : « L'emploi des jeunes peu qualifiés en France ». Dans : *Notes du conseil d'analyse économique*, vol. 4, n° 4 (2013), pp. 1-12.
- Chardon, Olivier : « L'emploi non qualifié depuis vingt ans, plus tertiaire et plus précaire ». Dans : *Problèmes économiques*, n° 2737 (21 novembre 2001), pp. 30-32.
- Conseil d'orientation pour l'emploi : *L'emploi et les politiques de l'emploi depuis la crise. Une approche internationale*, mai 2012, URL : <http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/134000031.pdf>.

- Conseil d'orientation pour l'emploi : *Les réformes des marchés du travail en Europe*, tome 1, rapport général, 5 novembre 2015, URL : [http://www.coe.gouv.fr/COE\\_reformes\\_marches\\_travail\\_Tome\\_1\\_Rapport\\_general3e02.pdf?file\\_url=IMG/pdf/COE\\_reformes\\_marches\\_travail\\_Tome\\_1\\_Rapport\\_general.pdf](http://www.coe.gouv.fr/COE_reformes_marches_travail_Tome_1_Rapport_general3e02.pdf?file_url=IMG/pdf/COE_reformes_marches_travail_Tome_1_Rapport_general.pdf).
- Cortes, Olivier/ Jean, Sébastien : « Comment mesurer l'impact du commerce international sur l'emploi ? Une note méthodologique ». Dans : *Économie et statistique*, n° 279-280 (1994), pp. 3-11.
- Dayan, Jean-Louis Dayan : « Que faut-il attendre des politiques de l'emploi ? ». Dans : *Revue de l'IRE*, n° 18 (printemps/été 1995), pp. 91-135.
- Gazier, Bernard : « Flexicurité et marchés transitionnels du travail. Esquisse d'une réflexion normative ». Dans : *Travail et emploi*, vol. 1, n° 113 (2008), pp. 117-128.
- Gazier, Bernard : *Assurance chômage, employabilité et marchés transitionnels du travail*, Université Paris 1/ MATISSE, CNRS UMR 8595, communication au Commissariat Général du Plan, séminaire : *Transformations du marché du travail et continuité de la protection sociale*, Paris, 1999.
- Gauron, André : « Quelles politiques pour l'emploi ? Qualification, formation, emploi ». Dans : *Cahiers français*, « Les nouvelles questions de l'emploi », n° 304 (2001), pp. 93-97.
- Ledrut, Raymond : *Sociologie du chômage*, Paris : Presses Universitaires de France, 1966.
- L'Horty, Yannick : « Quelles politiques pour l'emploi ? Les politiques d'aide au retour à l'emploi ». Dans : *Cahiers français*, « Les nouvelles questions de l'emploi », n° 304 (2001), pp. 88-92.
- L'Horty, Yannick : « Dix ans d'évaluation des exonérations sur les bas salaires ». Dans : *Connaissance de l'emploi*, n° 24 (janvier 2006), URL : <http://www.cce-recherche.fr/publications/connaissance-de-lemploi/dix-ans-devaluation-des-exonerations-sur-les-bas-salaires>, pp. 1-4.
- L'Horty, Yannick : « La fin des exonérations sur les bas salaires ? ». Dans : *Connaissance de l'emploi*, n° 25 (janvier 2006), URL : <http://www.cce-recherche.fr/publications/connaissance-de-lemploi/la-fin-des-exonerations-sur-les-bas-salaires>, pp. 1-4.

OCDE : *Les réformes structurelles. Impact sur la croissance et option pour l'avenir*, octobre 2014, URL : [https://www.oecd.org/france/FRANCE\\_ReformesStructurelles.pdf](https://www.oecd.org/france/FRANCE_ReformesStructurelles.pdf).

### Sites Web Eurostat

Anon. : « Structure et vieillissement de la population ». Dans : *eurostat. Statistics explained*, juin 2016, URL : [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Population\\_structure\\_and\\_ageing/fr](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Population_structure_and_ageing/fr).

Anon. : « Persons working part-time or with a second job ». Dans : *eurostat. Statistics explained*, décembre 2016, URL : [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Persons\\_working\\_part-time\\_or\\_with\\_a\\_second\\_job,\\_2004%E2%80%9314\\_\(%25\\_of\\_total\\_employment\)\\_YB16-fr.png](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Persons_working_part-time_or_with_a_second_job,_2004%E2%80%9314_(%25_of_total_employment)_YB16-fr.png)

Anon : « Contrat unique d'insertion (CUI). Parcours emploi compétences (PEC) ». Dans : *Service-Public.fr*, 12 avril 2018, URL : <https://www.service-public.fr/particuliers/vosdroits/F21006>.

L'ensemble des ressources en ligne a été consulté dernièrement le 12 juin 2018.



**Udo Rehfeldt**

# **Die deutschen und französischen Arbeitsbeziehungen im Wandel: Von der Divergenz der Modelle zur Konvergenz?**

## **Gliederung**

Abstract.....	74
1 Die Grundzüge des französischen Modells der Arbeitsbeziehungen.....	74
1.1 Die Interessenvertretung auf betrieblicher Ebene.....	75
1.2 Die Akteure der Arbeitsbeziehungen.....	76
1.3 Das historische Erbe: Späte Entwicklung der Tarifbeziehungen.....	80
1.4 Die 1980er und 1990er Jahre: Neue Dynamik der Tarifverhandlungen dank der gesetzlichen Verhandlungspflicht.....	82
1.5 2000-2008: Beschleunigte Reformen mit sozialer Konzertierung unter dem Druck der Arbeitgeber.....	82
1.6 2012-2015: Fortsetzung der Reformen und Scheitern der sozialen Konzertierung unter Staatspräsident Hollande .	85
1.7 2015-16: Das El-Khomri-Gesetz.....	87
1.8 2017: Die Macron-Verordnungen: Ein Mittel zur Beschäftigungsförderung?.....	88
2 Die Grundzüge des deutschen Modells der Arbeitsbeziehungen.....	90
2.1 Die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung.....	90
2.2 Dezentralisierung der Tarifverhandlungen durch Öffnungsklauseln.....	92
2.3 Sozialpartnerschaft, Kurzarbeit und Öffnungsklauseln in der Krise von 2008.....	95
2.4 Die Beschäftigungssicherung in der Industrie und ihr Preis.....	74
2.5 Fazit: Partielle Konvergenz zwischen den beiden Modellen.....	99
Literatur.....	100

## Abstract

Dieser Beitrag will die Entwicklung des deutschen und französischen Modells der Arbeitsbeziehungen vergleichend analysieren. Er beginnt mit einer Beschreibung der Grundzüge des französischen Systems<sup>1</sup> und versucht zu erklären, warum sich die tariflichen Beziehungen in Frankreich später als in Deutschland entwickelt haben. Dann werden die Veränderungen seit den Reformen der 80er Jahre dargestellt, insbesondere seit den Auroux-Gesetzen von 1982, die in Anlehnung an das deutsche Modell die betrieblichen Vertretungsstrukturen sowie die gewerkschaftlichen Verhandlungsrechte stärkten. Schließlich werden die strategischen Umorientierungen der Arbeitgeber behandelt, die seit 2000 eine Autonomie und den Vorrang der betrieblichen Abkommen fordern. Diese Forderungen haben ab 2004 ihren Niederschlag in einer Reihe von gesetzlichen Reformen gefunden, deren Höhepunkte das El-Khomri-Gesetz von 2016 und die Macron-Verordnungen von 2017 sind, die gegen gewerkschaftlichen Widerstand durchgesetzt wurden.

Im zweiten Teil werden die Grundzüge des deutschen Modells der Arbeitsbeziehungen und ebenso seine Veränderungen seit den 1980er Jahren dargestellt. Dieser Teil fällt kürzer aus, weil die Kenntnis der einzelnen Elemente des deutschen Modells, insbesondere seiner Akteure und Institutionen, vorausgesetzt werden darf. Schwerpunkt der Darstellung ist hier die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen durch Öffnungsklauseln. Dabei wird ein wesentlicher Unterschied zur französischen Entwicklung deutlich. Anders als die französischen Gewerkschaften haben die deutschen Gewerkschaften betriebliche Abweichungen auf der Grundlage von Tarifverträgen akzeptiert, um einen angedrohten gesetzlichen Eingriff zu verhindern. Insgesamt erweist sich die tarifvertragliche Dezentralisierung als ein wesentliches Element der Konvergenz zwischen den beiden Systemen.

## 1 Die Grundzüge des französischen Modells der Arbeitsbeziehungen

Anders als in Deutschland finden Tarifverhandlungen in Frankreich auf drei Ebenen statt: branchenübergreifend, auf Branchenebene und auf Betriebs- bzw. Unternehmensebene. Darüber hinaus gibt es institutionalisierte Formen tripartistischer ‚Konzertierung‘ zwischen Sozialpartnern und Regierung. Auf sämtlichen Ebenen hatten die Gewerkschaften lange Zeit ein Monopol als Partner für Tarifverhandlungen. Wir werden jedoch sehen, dass dieses Monopol auf betrieblicher Ebene zunehmend aufgeweicht wird.

---

1 Aufgrund des beschränkten Raumes konzentrieren wir uns hier auf den Privatsektor, ohne auf die Spezifika des öffentlichen Dienstes einzugehen. Auch gehen wir nicht auf die Mitarbeit der Sozialpartner in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen ein.

### 1.1 Die Interessenvertretung auf betrieblicher Ebene

Auf Betriebsebene wird dieses Verhandlungsrecht von den Gewerkschaftsdelegierten ausgeübt. Seit 2008 muss eine Gewerkschaft bei den betrieblichen Wahlen<sup>2</sup> mindestens 10 Prozent der Stimmen erhalten haben, um das Recht auszuüben, einen Gewerkschaftssekretär zu gründen und einen Gewerkschaftsdelegierten zu ernennen. Dieser Gewerkschaftsdelegierte muss selbst mindestens 10 Prozent der Stimmen auf seinen Namen vereinigt haben. Um gültig zu sein, muss ein Betriebsabkommen von Gewerkschaften unterzeichnet sein, die einzeln oder zusammen aufgrund dieser Wahlen mindestens 30 Prozent der Belegschaft vertreten, und darf nicht von Gewerkschaften angefochten worden sein, die mehr als 50 Prozent vertreten. Seit 2018 bedürfen alle Abkommen einer 50-Prozent-Mehrheit.<sup>3</sup>

Daneben gab es bis 2019 noch zwei weitere Institutionen der Arbeitnehmervertretung. Die wichtigste war der sog. **Betriebsausschuss** (*Comité d'établissement* bzw. *Comité d'entreprise*, abgekürzt als *CE*), gesetzlich verpflichtend für Betriebe mit mehr als 50 Arbeitnehmern. Er hatte hauptsächlich Informations- und Konsultationsrechte, einschließlich des Rechts auf externe Berater. In den letzten Jahren haben Betriebsausschüsse sowohl in rechtlicher als auch in praktischer Hinsicht eine wachsende Bedeutung für das Funktionieren des französischen Systems der Arbeitsbeziehungen.<sup>4</sup> Daneben gab es in Betrieben mit mehr als 10 Arbeitnehmern noch die Institution der sog. Belegschaftsdelegierten (*Délégués du personnel*, DP), zuständig für Beschwerden und die Kontrolle der Einhaltung von Gesetzes- und Tarifnormen, sowie schließlich den Ausschuss für Arbeitssicherheit und Arbeitsbedingungen (CHSCT), obligatorisch in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitnehmern.

Ab 2019 wird die Zusammenlegung dieser drei Gremien zu einem neuartigen „Sozial- und Wirtschaftsausschuss“ (*Comité social et économique*, CSE) obligatorisch. Das Ergebnis dieser Zusammenlegung ist eine Zentralisierung der

2 Hier handelte es sich bisher um Wahlen für den Betriebsausschuss bzw. die Belegschaftsdelegierten, nunmehr für den Sozial- und Wirtschaftsausschuss (s. u.). Die zu erzielenden Quoten beziehen sich auf den ersten Wahlgang, bei dem die Gewerkschaften ein Monopol für die Aufstellung der Wahllisten haben. Aufgrund eines Gesetzes von 2010 wurden zusätzlich Repräsentativitätswahlen in Kleinunternehmen mit weniger als 11 Beschäftigten abgehalten. Hier war die Wahlbeteiligung mit nur 10 % allerdings sehr gering, verglichen mit 43% bei den anderen betrieblichen Wahlen.

3 Allerdings gibt es seit 2016 die Möglichkeit, dass ein Abkommen, das nur von Gewerkschaften mit mehr als 30 Prozent unterzeichnet wurde, nachträglich durch ein Votum der Arbeitnehmer Gültigkeit erhält.

4 Vgl. IRES-DARES: *Les comités d'entreprise. Enquête sur les élus, les activités et les moyens*, Paris : Ministère de l'Emploi et de la Solidarité sociale, Les Editions de l'Atelier, 1998; Thomas Amossé/ Catherine Bloch-London/ Loup Wolff (Hgs.): *Les relations sociales en entreprise. Un portrait à partir des enquêtes « Relations professionnelles et négociations d'entreprise »* (REPONSE 1992-9193, 1998-1999 et 2004-2005), Paris : La Découverte, 2008; Marie-Noëlle Auberger: *Les comités d'entreprise. Nouvel âge ?*, Paris : La Documentation française, 2012.

betrieblichen Arbeitsbeziehungen und eine Abnahme der Zahl der betrieblichen Arbeitnehmervertreter. Zwar ist es möglich, zusätzliche Arbeitnehmervertreter zu bestellen, aber nur durch ein Betriebsabkommen.

Der Sozial- und Wirtschaftsausschuss übernimmt die Rechte der nunmehr zusammengelegten Gremien, je nach Größe des Betriebs. Ab 50 Beschäftigten verfügt er wie früher der Betriebsausschuss über ein autonomes Budget in Höhe von 0,2 Prozent der Bruttolöhne sowie über ein zusätzliches Budget für ‚soziokulturelle Aktivitäten‘ (Kantinen, Sport-, Freizeit-, Kultur- und Ferienprogramme). Er kann Tarifverträge zur Gewinnbeteiligung unterzeichnen, hat aber kein Recht auf Tarifverhandlungen zu anderen Themen. Nur falls es keine gewerkschaftlichen Vertreter im Betrieb gibt, können betriebliche Abkommen über andere Themen entweder mit gewählten Belegschaftsvertretern oder, falls auch diese fehlen, mit gewerkschaftlich mandatierten Beschäftigten ausgehandelt werden. In Betrieben mit weniger als 21 Beschäftigten ohne Gewerkschaftsdelegierte oder gewählte Arbeitnehmervertreter ist es seit 2019 möglich, einem Entwurf des Arbeitgebers vermittels einer Betriebsabstimmung mit Zwei-Drittel-Mehrheit den Status einer „Vereinbarung“ zu verleihen. Außerdem können betriebliche Abkommen nunmehr auch Verschlechterungen gegenüber den Branchentarifverträgen und, unter bestimmten Bedingungen, auch gegenüber gesetzlichen Vorschriften enthalten (zu diesen Reformen s. Teil 1.7 und 1.8). In der Praxis trafen die Arbeitgeber oft selbst in Betrieben mit Gewerkschaftsvertretern informelle Abkommen mit dem Betriebsausschuss, die von den Gerichten als einseitige Entscheidungen des Arbeitgebers anerkannt wurden. Seit 2019 ist es möglich, den Sozial- und Wirtschaftsausschuss durch einen „Betriebsrat“ (conseil d'entreprise) zu ersetzen, der auch die Verhandlungsrechte der Gewerkschaftsdelegierten einschließen würde. Dies kann jedoch nur über ein Betriebsabkommen mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften geschehen. Sämtliche Gewerkschaftsbünde haben sich gegen diese Neuerung ausgesprochen. Es ist deshalb zweifelhaft, ob sich Gewerkschaftsdelegierte finden werden, die über eine Mehrheit im Betrieb verfügen und bereit sind, auf ihre gesetzlichen Vertretungs- und Verhandlungsrechte zu verzichten.

Wirtschaftliche Mitbestimmung besteht nur in bescheidenem Maße in Form von Arbeitnehmervertretern in den Verwaltungs- oder Aufsichtsräten, und zwar seit 1983 in Höhe von einem Drittel in den öffentlichen Unternehmen, sowie später in geringer Höhe in den reprivatisierten Unternehmen. Seit 2014 ist die Präsenz von 1 oder 2 Vertretern, je nach Größe des Verwaltungs- oder Aufsichtsrats in Unternehmen mit mehr 1.000 Beschäftigten in Frankreich bzw. 5.000 weltweit verpflichtend. (Zur Debatte um die Ausweitung der Mitbestimmung s. Rehfeldt 2019.)

## 1.2 Die Akteure der Arbeitsbeziehungen

Sowohl auf Seiten der Gewerkschaften wie auf Seiten der Arbeitgeber zeichnet sich das französische System durch eine hohe Fragmentierung aus, die zu den höchsten in Europa zählt. Abgesehen von kurzen historischen Momenten (1918, 1936, 1945) war die Rate der gewerkschaftlichen Organisation immer niedrig. Sie ist seit Ende der 1970er Jahre dramatisch zurückgegangen und ist nunmehr die niedrigste aller westeuropäischen Länder. Seit dem Jahr 2000 hat sie sich bei 8% stabilisiert.<sup>5</sup> Die niedrige gewerkschaftliche Organisationsrate wurde immer durch eine hohe Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften und durch eine hohe Unterstützung bei den betrieblichen Wahlen ausgeglichen.<sup>6</sup> So erhielten in den Jahren 2005-2006 (die letzten verfügbaren Daten des Arbeitsministeriums) Gewerkschaftslisten bei den Betriebsausschusswahlen 77% der Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 64%. Obwohl die Streikrate jetzt relativ niedriger ist als in den 70er Jahren, ist sie immer noch eine der höchsten in Europa und auch signifikant höher in den Jahren 2005 bis 2014 als im vorangegangenen Jahrzehnt.<sup>7</sup> Dies ist vor allem auf eine hohe Streikbereitschaft im Transportsektor zurückzuführen, die 2010 ihren Höhepunkt erreichte.

Wir werden nun eine kurze Beschreibung der wichtigsten Gewerkschaftsakteure und ihrer strategischen Ausrichtung geben. Im Privatsektor gibt es fünf Gewerkschaftsbünde, die als repräsentativ auf der nationalen Ebene gelten.

- Die **CGT** (Confédération Générale du Travail) ist der älteste Gewerkschaftsbund, 1895 gegründet. Ursprünglich mit anarchosyndikalistischer Ausrichtung, besetzten nach dem Zweiten Weltkrieg Kommunisten die führenden Positionen. In den 1990er Jahren hat sich die CGT offiziell von der Kommunistischen Partei abgesetzt. Unter Bernard Thibault, Generalsekretär von 1999 bis 2013, unternahm die CGT eine strategische Umorientierung mit einer Doppelidentität sowohl als soziale Bewegung wie auch als Verhandlungsgewerkschaft. 2014 kam sie in eine schwere interne Krise, aus der sie bisher keine neue strategische Ausrichtung

---

5 Laut einer neueren Studie des Arbeitsministeriums stabilisierte sich die Rate der gewerkschaftlichen Organisation im Jahr 2013 auf einem höheren Niveau von 11%, 19% im öffentlichen Sektor und 8,5% im privaten Sektor; vgl. Maria Teresa Pignoni: „La syndicalisation en France“. In: *DARES Analyses*, n° 025 (Mai 2016), URL: <http://dares.travail-emploi.gouv.fr/IMG/pdf/2016-025.pdf>. Diese Studie basiert jedoch auf einer anderen Erhebung als die früher vom Ministerium veröffentlichten Daten. Eine retrospektive Langzeitreihe für diese neue Quelle steht nicht zur Verfügung.

6 Vgl. Dominique Andolfatto (Hg.): *Les syndicats en France*, Paris : La Documentation Française, 2013 [2004].

7 Vgl. Kurt Vandaele: „Interpreting Strike Activity in Western Europe in the Past 20 Years. The Labour Repertoire Under Pressure“. In: *Transfer*, Vol. 22, n° 3 (2016), S. 277-294.

führte. Trotz eines massiven Mitgliederrückgangs bleibt sie jedoch eine der beiden größten Gewerkschaften.

- Die **CFDT** (*Confédération Française Démocratique du Travail*) ist zur Zeit der grösste Gewerkschaftsbund, sowohl was die Zahl der Mitglieder wie die Zahl der Wähler betrifft. Sie wurde 1964 formell durch die Umbenennung des 1919 gegründeten christlichen Gewerkschaftsbundes CFTC (*Confédération Française des Travailleurs Chrétiens*) gegründet. Die Ersetzung von „christlich“ durch „demokratisch“ im Namen symbolisierte die offizielle Abkehr von den Grundsätzen der Soziallehre der katholischen Kirche – obwohl einige Elemente hiervon in Strategie und Praxis immer noch lebendig sind. In den 1970er Jahren verstand sich die CFDT als linke sozialistische Gewerkschaft mit dem Ziel der Selbstverwaltung (*autogestion*). 1978 initiierte sie eine Neuorientierung hin zu rein gewerkschaftlichen Methoden und Zielen (*resyndicalisation*), die durch soziale Konzertierung und Tarifverhandlungen zu verwirklichen sind. Mit dieser Umorientierung sollte die „Modernisierung“ der Wirtschaft und der Arbeitsbeziehungen gefördert werden.<sup>8</sup>
- **FO** (*Force Ouvrière*, offiziell **CGT-FO**) wurde 1948 gegründet und ist eine antikommunistische Abspaltung von der CGT. Seine Generalsekretäre waren immer Mitglieder der Sozialistischen Partei, aber es gibt auch syndikalistische, trotzkistische und gaullistische Fraktionen. FO ist im öffentlichen Sektor stärker präsent als in der Privatwirtschaft. Lange Zeit bevorzugter Partner von Arbeitgeberverbänden und Regierungen, verfolgt FO seit den 1990er Jahren eine autonome Gewerkschaftspolitik. Antikommunismus ist noch immer, zusammen mit dem Antiklerikalismus, der wichtigste ideologische Zement von FO. Trotzdem praktiziert die Gewerkschaft neuerdings punktuell Aktionseinheit mit der CGT.
- Seit 1964 setzt eine Minderheit der alten **CFTC** die christliche Tradition unter dem alten Namen fort.
- Die 1944 gegründete **CGC** (*Confédération Générale des Cadres*) wurde 1981 in **CFE-CGC** (*Confédération française de l'Encadrement-CGC*) umbenannt. Sie versteht sich als unpolitische Vertretung der leitenden Angestellten (*cadres*). In Frankreich umfasst diese Berufsgruppe hauptsächlich Techniker, Ingenieure, Kaufleute und Manager.

---

8 Vgl. Nicolas Defaud: *La CFDT (1968-1995). De l'autogestion au syndicalisme de proposition*, Paris : Presses de Sciences Po, 2009; Cécile Guillaume (Hg.): *La CFDT. Sociologie d'une conversion réformiste*, Rennes : Presses Universitaires de Rennes, 2014.

Im März 2013 veröffentlichte die Regierung zum ersten Mal die aggregierten Ergebnisse des Vierjahreszyklus 2009-12 der betrieblichen Wahlen, um die Repräsentativität der Gewerkschaften im privaten Sektor für die folgenden vier Jahre zu bestimmen. Auf nationaler Ebene konnten alle fünf Gewerkschaftsverbände die 8-Prozent-Schwelle überwinden und sich ihre Repräsentativität sichern. Im April 2017 wurden die Ergebnisse des zweiten Vierjahreszyklus veröffentlicht. Danach erhielten die CFDT 26% Prozent, die CGT 25%, FO 16%, CFE-CGC 11%, CFTC 9%. Andere sogenannte autonome Gewerkschaftsorganisationen, nämlich UNSA, Solidaires und die FSU, erreichten nicht die 8-Prozent-Schwelle, um als national repräsentativ angesehen werden zu können.

Auch die Arbeitgeberverbände sind fragmentiert, aber ihre Mitgliederquote ist im europäischen Vergleich recht hoch (rund 75% laut ICTWSS<sup>9</sup>). Trotz einiger Rivalitäten um die Mitgliedschaft treten sie im Allgemeinen einheitlicher auf als die Gewerkschaften, insbesondere bei den Tarifverhandlungen. Bei den Arbeitsgerichtswahlen haben die Arbeitgeberverbände immer gemeinsame Listen vorgelegt. In Ermangelung anderer Wahlergebnisse war es nicht einfach, die Repräsentativität jeder einzelnen Organisation zu bestimmen, da nur wenige Informationen über ihre Mitgliedschaft vorlagen. Viele Unternehmen zahlen zur gleichen Zeit Mitgliedsbeiträge an mehr als einen Branchenverband und einige Branchenverbände sind mehr als einem Bund angeschlossen. In einem 2014 verabschiedeten und 2016 geänderten Gesetz wurden erstmals Kriterien für die Repräsentativität von Arbeitgeberorganisationen gesetzlich festgesetzt. Im Gegensatz zum Gesetz über die gewerkschaftliche Repräsentativität von 2008 verankern diese Gesetze deren Repräsentativität nicht in den Wahlergebnissen, sondern in der Mitgliedschaft. Um als repräsentativ auf nationaler und Branchenebene angesehen zu werden, müssen diese Organisationen nachweisen, dass sie 8% der Anzahl der Unternehmen oder der Anzahl der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer repräsentieren.<sup>10</sup> Im April 2017 veröffentlichte die Regierung zum ersten Mal die offiziellen Ergebnisse ihrer eigenen Untersuchung über die Repräsentativität der Arbeitgeberverbände. Nach diesen Zahlen gelten drei Verbände als repräsentativ auf nationaler Ebene:

- Der **MEDEF** (*Mouvement des Entreprises de France*), früher CNPF, repräsentiert 29% der organisierten Unternehmen. Wenn es um die Anzahl der Beschäftigten in diesen Unternehmen geht, ist der MEDEF mit 71%

---

9 Vgl. Jelle Visser: *Data Base on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Settings, State Interventions and Social Pacts, 1960-2014*, Version 5.0, Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), October 2015, URL: [http://archive.uva-aias.net/uploaded\\_files/regular/ICTWSScodebook50-2.pdf](http://archive.uva-aias.net/uploaded_files/regular/ICTWSScodebook50-2.pdf)

10 Arbeitgeberverbände, die mehr als 50% der Arbeitnehmer in ihrem Sektor vertreten, haben künftig das Recht, sich gegen die Gültigkeit von Tarifverträgen auszusprechen, die von anderen Arbeitgeberorganisationen unterzeichnet wurden.

die repräsentativste Organisation. Seine strategischen Ausrichtungen spiegeln sehr oft die Dominanz der größeren Unternehmen wider.

- Der *Bund der kleinen und mittleren Unternehmen (CPME)*, früher **CGPME**, repräsentiert 35% der organisierten Unternehmen und damit die Mehrheit aller französischen Unternehmen, allerdings nur 25% der Anzahl der Beschäftigten.
- Die **U2P** (*Union des Entreprises de Proximité*), vormals **UPA** (*Union Professionnelle de l'Artisanat*), vertritt ein weiteres Drittel (36%) der Unternehmen, mehrheitlich kleine Arbeitgeber, insbesondere im Handwerk, repräsentiert aber nur 4% der beschäftigten Arbeitnehmer.

### 1.3 Das historische Erbe: Späte Entwicklung der Tarifbeziehungen

Im Vergleich zu Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern war das französische Modell bis Ende der 1970er Jahre durch ein niedriges Niveau an Tarifverhandlungen gekennzeichnet, das durch eine intensive staatliche Intervention kompensiert wurde, um sowohl die materiellen als auch die prozeduralen Regeln der Arbeitsbeziehungen festzusetzen. Einer der Gründe für diese Konfiguration war die Feindseligkeit des politischen Systems der Französischen Revolution gegen intermediäre Körperschaften, symbolisiert durch das Le-Chapelier-Gesetz von 1791, das die Korporationen verbot, die als Relikt des Ancien Régime angesehen wurden. Es sollte keine Vertretung des Volkes außer der parlamentarischen geben. Erst 1884 wurde das Verbot der Gewerkschaften aufgehoben und durch die rechtliche Anerkennung ersetzt. Die Mehrheit der Arbeitgeber blieb jedoch weiter Tarifverhandlungen gegenüber feindlich eingestellt.

Die Gewerkschaftsbewegung reagierte auf die Feindseligkeit der Arbeitgeber und des Staates mit Feindseligkeit gegenüber der bürgerlichen Demokratie und der kapitalistischen Ordnung. Der erste Gewerkschaftsbund, die 1895 gegründete CGT, strebte eine „vollständige Emanzipation“ der Arbeiterklasse durch „kapitalistische Enteignung“ an, auch wenn sie die „Erhöhung des Wohlbefindens der Arbeiter durch unmittelbare Verbesserung“ als ein Zwischenziel anerkannte.<sup>11</sup> Die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, waren nicht Kollektivverhandlungen, sondern „direkte Aktion“, was Boykott, Sabotage und vor allem Streiks bedeutete. Während des Ersten Weltkrieges entwickelte sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine reformistische Tendenz. In den 1930er Jahren gab es eine Annäherung hinsichtlich des Ziels der Arbeitnehmerbeteiligung zwischen der reformistischen (sozialistischen) Mehrheit der CGT und dem christlichen

---

11 Charta von Amiens 1906, zit. nach Claude Willard: *Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. Eine Einführung*, Frankfurt/New York: Campus, 1981, S. 127.

Gewerkschaftsbund CFTC. Während des Zweiten Weltkrieges spielten beide Bünde eine aktive Rolle in der Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung und sie waren im Nationalen Widerstandsrat (CNR) vertreten, der 1944 ein Programm der „wirtschaftlichen und sozialen Demokratie“ mit vier Säulen entwickelte: Verstaatlichung, Planung, Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung der Unternehmen und der gesamten Volkswirtschaft.

Im Jahr 1946 verkündete die noch heute geltende Präambel der Verfassung der Vierten Republik: „Jeder Arbeitnehmer beteiligt sich über seine Delegierten an der kollektiven Festlegung der Arbeitsbedingungen und der Unternehmensführung“.<sup>12</sup> Diese Ausrichtung ebnete den Weg für die Einführung von Betriebsausschüssen und die Entwicklung von Tarifverhandlungen auf Branchenebene. Die extensive Nutzung des Mechanismus der Allgemeinverbindlichkeitserklärung, die seit 1936 gesetzlich möglich war, erweiterte die Deckungsrate der französischen Arbeitskräfte durch Tarifverträge, die gegenwärtig bei über 95% liegt. Die Lohndynamik wurde jedoch hauptsächlich durch eine regelmäßige Erhöhung des 1951 eingerichteten gesetzlichen Mindestlohns (SMIC) angetrieben.

Die betriebliche Präsenz von Gewerkschaftsvertretern, die in einer wachsenden Zahl großer Unternehmen existierte, wurde erst nach dem Generalstreik vom Mai 1968 gesetzlich anerkannt. Der Generalstreik vom Mai 1968 war ein Symbol für die französische Besonderheit des Einsatzes von Konflikten. Im Gegensatz zur gängigen Praxis in Ländern wie Deutschland, wo der Streik von den Gewerkschaften nur als letztes Mittel betrachtet wird, falls die Verhandlungen gescheitert sind, war er in Frankreich eine notwendige Bedingung, um die Arbeitgeber (und manchmal auch den Staat) zu Verhandlungen zu zwingen. Arbeitskonflikte in Frankreich haben oft eine politische Dimension, weil die Gewerkschaften damit Druck auf die öffentlichen Akteure ausüben, um entweder eine Gesetzesreform oder eine Art Vermittlung zu erreichen, die die Konzessionen für die Arbeitgeber akzeptabler macht.

In den 1960er und 1970er Jahren wollten modernistische Eliten im gaullistischen Staatsapparat, die oft linkskatholisch orientiert waren, weitere Reformen des Systems der Arbeitsbeziehungen gegen den Widerstand von Arbeitgeberorganisationen initiieren. Ihr Ziel war es, die betrieblichen Vertretungsstrukturen sowie die gewerkschaftlichen Verhandlungsrechte zu stärken. Ihre Vorschläge waren größtenteils vom deutschen Modell der Tarifverhandlungen und der Mitbestimmung inspiriert. Der Begriff der Mitbestimmung, damals fälschlicherweise als „*cogestion*“ (also Co-Management) ins Französische übersetzt, wurde jedoch nicht nur von den Arbeitgeberverbänden abgelehnt, sondern auch von den drei großen Gewerkschaften CGT, CFDT und FO. CFDT und CGT revidierten erst Jahrzehnte später ihre Positionen.

---

12 Jacques Godechot (Hg.): *Les Constitutions de la France depuis 1789*, Paris: Garnier-Flammarion, 1970, S. 389.

#### 1.4 Die 1980er und 1990er Jahre: Neue Dynamik der Tarifverhandlungen dank der gesetzlichen Verhandlungspflicht

Eine neue Dynamik der Tarifverhandlungen wurde nach dem Wahlsieg der Linken durch die Auroux-Gesetze von 1982 ausgelöst, die weitgehend von den Ideen der CFDT beeinflusst wurden. Diese Gesetze verpflichten die Betriebe mit Gewerkschaftspräsenz, jährlich über Löhne und Gehälter, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Diese Verpflichtung betrifft auch die Branchenebene, jedoch nur diejenigen Branchen, für die bereits ein Tarifvertrag besteht. Die Verhandlungsthemen auf Betriebsebene wurden später erweitert, insbesondere 1998 anlässlich der Einführung der 35-Stunden-Woche, die zu einem weiteren Anstieg der Anzahl von Betriebsvereinbarungen führte. Die Auroux-Gesetze verursachten eine Änderung des strategischen Verhaltens der Arbeitgeber. Mehr und mehr Arbeitgeber entdeckten betriebliche Verhandlungen als eine Gelegenheit, die Schwächung der Gewerkschaften auf dieser Ebene auszunutzen. Die Erhebungen, die seit 1992 alle sechs Jahre vom Arbeitsministerium durchgeführt werden, zeigen, dass es sich in kleineren Unternehmen häufig nur um Scheinverhandlungen handelt, in denen die Gewerkschaften die Vorschläge des Arbeitgebers umstandslos akzeptieren.<sup>13</sup> Echte Verhandlungen finden nur in Unternehmen statt, in denen die Gewerkschaften stark genug sind, um Konfliktsituationen zu schaffen.<sup>14</sup> Was auch immer der Inhalt des Unternehmens und die Betriebsvereinbarungen sind, ihre Zahl hat seither unaufhaltsam zugenommen. Dabei haben die dezentralisierten Tarifverhandlungen sich nicht zu Lasten von Branchentarifverhandlungen entwickelt.<sup>15</sup> Letztere spielen aber weiterhin nur eine untergeordnete Rolle für die Lohndynamik, die im Wesentlichen durch den gesetzlichen Mindestlohn, betriebliche Tarifverhandlungen sowie übertarifliche Zahlungen bestimmt wird.<sup>16</sup>

---

13 Vgl. Amossé/ Bloch-London/ Wolff, *Les relations sociales en entreprise*.

14 Michel Cézard/ Anna Malan/ Patrick Zouary: „Conflits et régulation sociale dans les établissements“. In: *Travail et Emploi*, n° 66 (Jan. 1996), S. 19-38

15 Vgl. Tallard, Michèle/ Vincent, Catherine: „Les branches professionnelles sont-elles toujours un lieu pertinent de négociation des normes d'emplois ?“. In: *Droit Social*, n° 3 (März 2014), S. 212-218. Rehfeldt, Udo / Vincent, Catherine: „The decentralisation of collective bargaining in France: an escalating process“, in Leonardì, Salvo / Pedersini Roberto (eds.), *Multi-employer Bargaining Under Pressure. Decentralisation trends in five European countries*, Bruxelles: ETUI, 2018; S. 151-184.

16 Nicolas Castel/ Noélie Delahaie/ Héloïse Petit: „The Interrelationship of Collective Bargaining at Industry and Company-Levels in Wage Determination“. In: *Travail et Emploi*, n° 5 (2015), S. 31-63.

### 1.5 2000-2008: Beschleunigte Reformen mit sozialer Konzertierung unter dem Druck der Arbeitgeber

Seit 1999 wurden die Reformen des Systems der Arbeitsbeziehungen beschleunigt. Während die Auroux-Gesetze von 1982 das Ergebnis der Forderungen technokratischer Eliten und einiger Gewerkschaften waren, kam diesmal die Initiative für Veränderungen von den Arbeitgeberverbänden. Als Reaktion auf die Einführung der 35-Stunden-Woche durch die sozialistische Regierung Jospin im Jahr 1998 schlug der MEDEF den Gewerkschaften vor, über einen kompletten Umbau (*refondation*) des Systems der Tarifverhandlungen zu verhandeln und drohte andernfalls mit einem Auszug aus der paritätischen Verwaltung des Sozialversicherungssystems. Die Arbeitgeber verfolgten dabei mehrere Ziele. Ihr Hauptziel war es, den staatlichen Interventionismus in der sozialen Regulierung zu beseitigen und durch den Primat der Tarifverhandlungen zu ersetzen. Ein zweites Ziel war die Abschaffung des Günstigkeitsprinzips und die Herstellung des Vorrangs von Tarifverhandlungen auf Betriebsebene gegenüber der Branchenebene, auch dann, wenn die Regeln auf betrieblicher Ebene für die Arbeitnehmer weniger günstig wären. Ein wesentliches Ziel war dabei die Senkung der Arbeitskosten. Schließlich forderten die Arbeitgeber die Ausweitung der Möglichkeit, auf betrieblicher Ebene Abkommen auch ohne Gewerkschaften abzuschließen.

Die Gewerkschaften akzeptierten zu verhandeln und unterzeichneten schließlich eine Reihe von Vereinbarungen, in denen es den Arbeitgebern weitgehend gelungen ist, ihren Standpunkt durchzusetzen. Diese Vereinbarungen wurden „gemeinsame Stellungnahmen“ genannt. Die meisten dieser Vereinbarungen wurden von Gewerkschaften unterzeichnet, die in den Medien als „reformistisch“ charakterisiert wurden. Dies waren die CFDT, die CFTC und die CFE-CGC, teilweise auch die FO. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Begriff „reformistisch“ für diejenigen Gewerkschaften verwendet, die sich für die schrittweise Verbesserung der Arbeitnehmerrechte einsetzten, im Gegensatz zu jenen Gewerkschaften, die sich – wie die CGT – selbst als „revolutionär“ bezeichneten.<sup>17</sup> Nunmehr fand eine Umkehrung der Bedeutung des Wortes „reformistisch“ statt: Gewerkschaften werden jetzt als „reformistisch“ eingestuft, wenn sie die Forderungen nach einer „Reform“ des Arbeitsrechts akzeptieren, die zu einer Reduzierung der historischen Arbeitnehmerrechte führt.

Eine dieser Stellungnahmen, die im Juli 2001 von drei Arbeitgeberverbänden und vier Gewerkschaften (mit Ausnahme der CGT) unterzeichnet wurde, betraf

---

17 Historisch war die Bezeichnung „revolutionärer Syndikalismus“ ein Äquivalent für den Anarchosyndikalismus. Inzwischen akzeptiert selbst der Generalsekretär der CGT den Gedanken, dass alle Gewerkschaften und damit auch die CGT von ihrem Wesen her „reformistisch“ sind (Philippe Martinez in einem Interview mit *Le Monde*, 12. September 2015).

die Reform der Tarifverhandlungsverfahren. In dieser Vereinbarung hat es der MEDEF nicht geschafft, die totale Umkehrung der Normenhierarchie und die Abschaffung des Günstigkeitsprinzips durchzusetzen. Nur in Ausnahmefällen sollten Öffnungsklauseln erlaubt sein. Auf der anderen Seite aber sollten Kollektivverhandlungen nunmehr Vorrang vor der Gesetzgebung erhalten. So wie im Sozialprotokoll des Maastrichter Vertrages auf europäischer Ebene vorgegeben, sollte die Regierung vor jeder Gesetzgebungsinitiative auf dem Gebiet des Arbeitsrechts die Sozialpartner konsultieren und ihnen die Möglichkeit geben, sich durch Verhandlungen mit dem Thema zu befassen. Falls die Verhandlungen zu einer Vereinbarung führen, sollte diese vom Gesetzgeber umgesetzt werden, ohne den Inhalt und das „Gleichgewicht“ dieser Vereinbarung zu verändern.

In der Stellungnahme von 2001 haben die Arbeitgeber eine Form des Mehrheitsprinzips für die Gültigkeit von Tarifverträgen akzeptiert, wie es die beiden größten Gewerkschaften CGT und CFDT forderten. Bis dahin war ein Tarifvertrag gültig, sobald er von nur einer Gewerkschaft unterzeichnet wurde, die einem der fünf Gewerkschaftsverbände angeschlossen war, die 1966 von der Regierung als „national repräsentativ“ bezeichnet wurden. Künftig sollten Vereinbarungen auf nationaler oder Branchenebene nur dann gültig sein, wenn eine Mehrheit der Gewerkschaften nicht von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch macht.<sup>18</sup>

Im Gegensatz zu Tarifverträgen verlangten „gemeinsame Stellungnahmen“ eine gesetzliche Umsetzung, um juristisch wirksam werden zu können. Nach der Rückkehr der Rechten an die Regierung im Jahre 2002 wurde dieses Abkommen unter dem damaligen Arbeitsminister Fillon 2004 gesetzlich umgesetzt. Dabei wich jedoch das Fillon-Gesetz in einem wichtigen Punkt von der Vereinbarung ab: Unter dem Druck der Arbeitgeberverbände ließ das Gesetz Tarifabweichungen auf Betriebsebene zu, es sei denn, der Branchentarifvertrag schließt solche Abweichungen ausdrücklich aus. Nur in vier Bereichen sind solche Abweichungen weiterhin absolut untersagt: Mindestlöhne, Eingruppierungen, soziale Zusatzversicherungen und Finanzierung von Weiterbildungsfonds auf Branchenebene. In der Praxis wurde in der Folge jedoch weder auf Branchenebene noch auf Betriebsebene von dem Abweichungsrecht Gebrauch gemacht.

2007 wurde ein weiterer Bestandteil der Stellungnahme von 2001 durch das sog. Larcher-Gesetz umgesetzt, das die Regierung verpflichtet, vor einer Gesetzgebungsinitiative auf dem Gebiet des Arbeitsrechts den Sozialpartnern die Möglichkeit zu Verhandlungen zu geben und deren Ergebnissen anschließend

---

18 „Mehrheit“ bezog sich hier ausdrücklich auf die Anzahl der Organisationen und nicht auf ihre Repräsentativität in Bezug auf Mitgliedschaft oder Wahlergebnisse. Auf der betrieblichen Ebene wurden verschiedene Modelle eines Mehrheitsprinzips vorgeschlagen. In kleinen Betrieben ohne gewerkschaftliche Präsenz sollte es möglich sein, eine Vereinbarung mit gewählten Arbeitnehmervertretern oder mit von den Gewerkschaften beauftragten Arbeitnehmern auszuhandeln.

Gesetzesform zu verleihen. Gemäß diesem Gesetz muss die Regierung den Sozialpartner in der nationalen Tarifkommission jährlich ihre beschäftigungspolitischen Leitlinien sowie die Grundzüge der im folgenden Jahr geplanten Arbeitsrechtsreformen vorlegen.<sup>19</sup>

Überraschenderweise unterzeichneten 2008 die Arbeitgeberverbände eine gemeinsame Stellungnahme mit den zwei großen Gewerkschaften CGT und CFDT zur Neuregelung der gewerkschaftlichen Repräsentativität und des Mehrheitsprinzips. Danach sollten nur noch solche Gewerkschaften das Recht zur Teilnahme an Kollektivverhandlungen haben, die auf Branchenebene mindestens 8% und auf Unternehmensebene mindestens 10% der Stimmen bei den betrieblichen Wahlen erhalten haben. Betriebsabkommen, Branchenabkommen und branchenübergreifende Abkommen sollte nur dann gültig sein, wenn keine Gewerkschaften, die die Mehrheit der Beschäftigten vertreten, von ihrem Oppositionsrecht Gebrauch machen und wenn das Abkommen von einer oder mehreren Gewerkschaften unterzeichnet sind, die mindestens 30 % der Beschäftigten vertreten. Im August 2008 wurde die Stellungnahme durch das „Gesetz zur Erneuerung der sozialen Demokratie“ umgesetzt.

### **1.6 2012-2015: Fortsetzung der Reformen und Scheitern der sozialen Konzertierung unter Staatspräsident Hollande**

Der im Mai 2012 gewählte sozialistische Präsident François Hollande kündigte eine systematische Fortsetzung der Konzertierung mit den Sozialpartnern an und organisierte jährliche Gipfeltreffen mit dem Titel „Große Sozialkonferenzen“, auf denen die Reformpläne der Regierung vorgestellt wurden, die oft sehr nahe an den Forderungen der Arbeitgeber lagen. Die erste Sozialkonferenz wurde am 9. und 10. Juli 2012 einberufen. Die Regierung legte einen ‚Fahrplan‘ für Sozialpartnerverhandlungen vor, die bis Ende 2012 abgeschlossen werden sollten. Diese Verhandlungen endeten mit einer „nationalen branchenübergreifenden Vereinbarung“ (ANI) über Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherheit, die am 11. Januar 2013 von den Arbeitgeberverbänden und drei Gewerkschaftsverbänden (CFDT, CFTC und CFE-CGC) unterzeichnet wurde. Die CGT und FO weigerten sich, diese Vereinbarung zu unterzeichnen, konnten ihre Gültigkeit jedoch nicht in Frage stellen, weil sie zusammen nur über einen Stimmenanteil von 49,6% der national repräsentativen Gewerkschaften verfügten. Zentrales Element der Vereinbarung war die Möglichkeit, betriebliche Beschäftigungs-

---

<sup>19</sup> Allerdings stehen der Regierung verschiedene Möglichkeiten offen, diese Verpflichtung zu umgehen. So fallen z.B. die Altersrenten nicht zu den Themen des Arbeitsrechtes. Auch kann die Regierung ihre Konsultationsverpflichtung dadurch umgehen, dass sie eine Reform als „dringlich“ deklariert oder dass sie Vertreter der Regierungsparteien zu einer parlamentarischen Gesetzesinitiative veranlasst. All diese Möglichkeiten sind in der Folgezeit von Regierungen der Rechten wie der Linken ausgeschöpft worden.

sicherungsvereinbarungen auszuhandeln, die vorübergehend (für höchstens zwei Jahre) von Branchenabkommen über Entlohnung und Arbeitszeit abweichen können. Um gültig zu sein, müssen diese Betriebsvereinbarungen von Gewerkschaften unterzeichnet werden, die mehr als 50 Prozent der Arbeitnehmer bei den Arbeitsplatzwahlen vertreten. Wie versprochen übertrug die Regierung die Vereinbarung in ein „Gesetz zur Sicherung der Beschäftigung“, das im Juni 2013 vom Parlament verabschiedet wurde.

Wiederum nutzten nur sehr wenige Unternehmen diese Möglichkeit der Tarifabweichung. Nur zehn Verträge des neuen Typs wurden bis Ende 2016 unterzeichnet. Gleichzeitig unterzeichneten aber einige große Unternehmen, vor allem im Automobilssektor, Standortsicherungsabkommen eines anderen Typs, die in Frankreich als „Abkommen über Wettbewerbsfähigkeit“ (*accords de compétitivité*) bezeichnet werden. Auch in diesen Abkommen akzeptieren die Gewerkschaften Verschlechterungen der Löhne und Arbeitsbedingungen im Gegenzug für Beschäftigungsgarantien, aber diese Verschlechterung bezieht sich nur auf frühere Betriebsabkommen und unterschreitet in keinem Fall das Niveau der Branchenvereinbarungen.

Anfang 2014 forderte Hollande die Sozialpartner auf, einen „Verantwortungs- und Vertrauenspakt“ auszuhandeln, um seine Politik der Reduzierung der Steuer- und Sozialabgaben für die Unternehmen zu unterstützen, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und neue Arbeitsplätze schaffen sollte. Im März 2014 unterzeichneten die drei Gewerkschaften CFDT, CFTC und CFE-CGC eine solche Vereinbarung mit Arbeitgeberverbänden. Die CFE-CGC zog jedoch ihre Unterschrift zurück, weil sie wie die CGT und die FO der Auffassung war, dass diese Vereinbarung keine quantifizierten Verpflichtungen der Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeitsplätzen enthielt. Dies war das erste Versagen der sozialen Konzertierungspolitik Hollandes. Die dritte Sozialkonferenz im Juli 2014 bestätigte diesen Misserfolg. Die Arbeitgeberorganisationen beteiligten sich nur unter der Bedingung, dass die Regierung zwei Sozialreformprojekte zurückzieht. Schließlich verließen die Delegationen von CGT und FO und einiger autonomer Gewerkschaften die Konferenz.

Das Scheitern der Konzertierung im Jahr 2014 wiederholte sich im Januar 2015, als die Verhandlungen über die „Modernisierung des sozialen Dialogs“ erfolglos blieben. Diese Verhandlungen erfolgten auf der Grundlage eines Katalogs von Forderungen der Arbeitgeber, die betrieblichen Arbeitnehmervertretungsstrukturen zu „vereinfachen“. Diesmal weigerten sich nicht nur CGT und FO, sondern auch CFDT, CFTC und CFE-CGC, die vorgeschlagene Vereinbarung zu unterzeichnen, weil der Arbeitgeberverband CGPME es ablehnte, im Gegenzug regionale Gewerkschaftsvertreter einzurichten, die Tarifverträge für kleine Unternehmen ohne Gewerkschaftsdelegierten aushandeln könnten. Die Regierung

musste daher selber eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die im Juli 2015 als das sog. Rebsamen-Gesetz verabschiedet wurde, das den Forderungen der Arbeitgeber zur Neuordnung der betrieblichen Vertretungsstrukturen weitgehend nachgab. Zwar richtete es regionale paritätische Ausschüsse für Kleinbetriebe ein, aber ohne Kompetenz für Kollektivverhandlungen.

### 1.7 2015-2016: Das El-Khomri-Gesetz

Wir haben gesehen, dass die gesetzlichen Möglichkeiten zur Tarifabweichung in der Praxis unwirksam geblieben sind und sie nur von einer sehr kleinen Anzahl von Unternehmen in Anspruch genommen wurden. Unzufrieden mit diesem Ergebnis, setzte Premierminister Manuel Valls im April 2015 eine Expertenkommission ein unter dem Vorsitz von Jean-Denis Combrexelle, einem ehemaligen hohen Beamten des Arbeitsministeriums, bestehend aus 16 Mitgliedern, hauptsächlich Arbeitsrechtlern, Unternehmensberatern und Personalmanagern sowie Ökonomen, deren Befürwortung von Tarifabweichungen bekannt waren. Die Kommission wurde aufgefordert, „mutige“ Vorschläge zu machen, um „weiter zu gehen“ als die vorangegangenen Reformen. Ohne Überraschung empfahl der Combrexelle-Bericht<sup>20</sup> im September 2015, den Vorrang von Betriebsvereinbarungen einzuführen, mit Möglichkeit der Tarifabweichung auch nach unten in vier Bereichen: Löhne, Arbeitsbedingungen, Beschäftigung und Arbeitszeit. Branchenvereinbarungen sollten eine „kollektive öffentliche Ordnung“ für die Angelegenheiten definieren, von der nicht durch Unternehmensvereinbarungen, außer wenn sie für die Arbeitnehmer günstiger sind, abgewichen werden darf. Alle anderen Normen einer Branchenvereinbarung würden nur Gültigkeit haben, falls es keine entsprechende betriebliche Vereinbarung gibt.

Die Empfehlungen des Combrexelle-Berichts wurden von den Arbeitgeberverbänden einhellig begrüßt. Die CGT und FO erneuerten ihre Ablehnung. Kritik kam auch von der CFE-CGC und der CFTC. Premierminister Valls begrüßte den Bericht als Ganzes. Im November 2015 wies er die Arbeitsministerin Myriam El Khomri an, einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzubereiten, der im Februar 2016 als Vorentwurf vorlag und fast alle Vorschläge der Combrexelle-Kommission enthielt. Der Vorrang für Betriebsvereinbarungen war jedoch in einem ersten Schritt auf Arbeitszeit und Überstundenbezahlung beschränkt. Diese Neufassung des übrigen Arbeitsgesetzbuchs nach demselben Prinzip sollte einer Arbeitsrechts-Expertenkommission übertragen werden, die ihre Schlussfolgerungen nach zwei Jahren, also erst nach den Präsidentschaftswahlen von 2017 vorlegen sollte. Der Gesetzesentwurf führte auch einige Maßnahmen

---

20 Combrexelle, Jean-Denis: *La négociation collective, le travail et l'emploi*, France Stratégie, Paris, September 2015, URL: [http://www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/fs\\_rap-port\\_missionjdc\\_08092015.pdf](http://www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/fs_rap-port_missionjdc_08092015.pdf).

ein, die nicht Teil der Combrexelle-Empfehlung waren, wie die Kürzung von Abfindungszahlungen für entlassene Arbeitnehmer und die Möglichkeit für Minderheitsgewerkschaften, eine Betriebsvereinbarung zu unterzeichnen, die anschließend durch eine Abstimmung der Arbeitnehmer Gültigkeit erhalten sollte. Dieser Entwurf provozierte die Ablehnung aller Gewerkschaftsorganisationen, diesmal einschließlich der CFDT, sowie der wichtigsten Vertreter der Sozialistischen Partei. Die Regierung akzeptierte die Rücknahme des Entwurfs und verhandelte einige Änderungen mit dem CFDT. Insbesondere verschwand die Reduzierung der Abfindungszahlungen, zum Leidwesen des MEDEF. Die neue Version des Gesetzes fand die Zustimmung der CFDT, aber die Ablehnung der anderen Gewerkschaften, die bereits die Empfehlungen des Combrexelle-Berichts kritisiert hatten. Eine Koalition aus CGT, FO sowie einigen autonomen und studentischen Gewerkschaften organisierte Streiks und Massendemonstrationen. Meinungsumfragen zufolge wurde das Gesetz von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Es wurde schließlich vom Parlament im August 2016 als „Gesetz über die Arbeit und die Modernisierung des sozialen Dialogs“ verabschiedet und ist als El-Khomri-Gesetz oder „Loi Travail“ bekannt. Es wurde ohne Abstimmung angenommen, weil der Premierminister die Vertrauensfrage nach Art. 49.3 der französischen Verfassung stellte und so die Abgeordneten des linken Flügels der Sozialistischen Partei daran hinderte, Änderungen einzubringen.

### **1.8 2017: Die Macron-Verordnungen: Ein Mittel zur Beschäftigungsförderung?**

Das El-Khomri-Gesetz war wesentlich verantwortlich für die Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Linken, die den Weg freimachte für die Wahl von Emmanuel Macron zum Staatspräsidenten im Mai 2017. Bereits während des Wahlkampfs kündigte Macron an, dass er, einmal gewählt, prioritär die durch das El-Khomri-Gesetz eingeleitete Arbeitsrechtsreform fortsetzen wolle, und zwar in beschleunigter Form. Um lange Debatten im Parlament zu vermeiden, hat die Macron-Regierung ein Ermächtigungsgesetz (*Loi d'habilitation*) ausgearbeitet, das im Juli 2017 im Parlament von einer Mehrheit der neuen Präsidentschaftspartei und den Parteien der Rechten verabschiedet wurde. Auf der Grundlage dieses Gesetzes hat die Regierung im September 2017 fünf Verordnungen (*ordonnances*) verabschiedet. Vorgelangen waren formelle bilaterale Konsultationen mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden und eine abschließende gemeinsame dreistündige Sitzung zur Vorstellung der insgesamt 160 Seiten umfassenden Verordnungen.

Dieses Gesetzespaket ist sehr komplex. Die wesentlichen Veränderungen im Bereich der Tarifverhandlungen betreffen die Ausweitung des Vorrangs von

betrieblichen Abkommen mit Tarifabweichung und eine weitere Aufweichung des Verhandlungsmonopols der Gewerkschaften.

Die Arbeitgeberverbände begrüßten die Macron-Verordnungen, während sie von den Gewerkschaften einhellig abgelehnt wurden. Die CFDT, die zunächst das Macron-Reformprojekt mit der Hoffnung unterstützte, dass Macron im Gegenzug die Mitbestimmung auf Unternehmensebene verbessern würde, brachte ihre „Enttäuschung“ zum Ausdruck. Die CGT rief zu Protestaktionen und Streiks gegen die Reform auf, denen einige autonome Gewerkschaften und später auch die FO folgten. Trotz einer mehrheitlichen Ablehnung der Macron-Verordnungen durch die öffentliche Meinung haben diese Aktionen jedoch nur einen bescheidenen Zuspruch erhalten und waren nicht in der Lage, deren abschließende Verabschiedung durch das Parlament zu verhindern.

Sowohl das El-Khomri-Gesetz als auch die Macron-Verordnungen wurden als notwendig dargestellt, um den sozialen Dialog als Instrument für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Durch Tarifabweichungen sollte besser den Bedürfnissen der Unternehmen Rechnung getragen werden. Die Reformen stehen auch im Einklang mit den „länderspezifischen Empfehlungen“ der EU für Frankreich, die 2015 eine Senkung der Arbeitskosten durch Erleichterung von Tarifabweichungen für notwendig erachteten. Nachdem Frankreich von der Europäischen Kommission im Hinblick auf ein „übermäßiges Defizit“ überwacht wurde, hatte die Hollande-Regierung diese Empfehlungen freiwillig akzeptiert und im Gegenzug damit zusätzliche Fristen für die Verringerung des Defizits erhalten und drohende Strafen vermieden.

Die Frage ist, ob das französische System der Industriellen Beziehungen (IR-System) jetzt an einem Wendepunkt angelangt ist, an dessen Ende die vollständige Dezentralisierung der Tarifverhandlungen steht. Alles hängt davon ab, wie sich die betriebliche Verhandlungspraxis entwickeln wird. Werden die Arbeitgeber die neuen rechtlichen Instrumente nutzen, um unter Androhung von Werksschließungen und Standortverlagerungen die Arbeitskosten zu senken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern? Oder werden sie, wie einige der großen Unternehmen in der Vergangenheit, diese Instrumente weiterhin ignorieren und einen „hohen Weg“ der Wettbewerbsfähigkeit beschreiten, indem sie gute Beziehungen zu den Gewerkschaften anstreben, als Garantie für kooperative Arbeitsbeziehungen, Produktivitätssteigerungen und Qualitätsproduktion? Und schließlich: Werden die kleineren Unternehmen sich auf die Vorteile des Flächentarifs besinnen, um der Gefahr von Sozialdumping aus dem Weg zu gehen? Was immer die Antwort auf diese Fragen ist, so kann schon jetzt bezweifelt werden, dass die Gesetzesreformen von 2016-2017 tatsächlich in der Lage sind, die Dynamik der französischen Wirtschaft zu beschleunigen und neue

Arbeitsplätze zu schaffen. Vergleichende Untersuchungen sowohl der ILO<sup>21</sup> als auch der OECD<sup>22</sup> zeigen, dass das Arbeitsrecht kein wirksames Instrument zur Beschäftigungsförderung ist. Sie weisen insbesondere nach, dass es keinen empirischen Zusammenhang zwischen der Dezentralisierung der Tarifverhandlungen und der wirtschaftlichen Dynamik eines Landes gibt. Hingegen warnen diese Studien, dass eine ungehemmte Dezentralisierung negative Auswirkungen auf die tarifliche Abdeckung, die Einkommensgleichheit und die Lohndynamik hat, was wiederum negative Impulse für das Wachstum induziert.

## 2 Die Grundzüge des deutschen Modells der Arbeitsbeziehungen

Das deutsche Modell des sozialen Dialogs, das nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, hat zwischen der Wiedervereinigung von 1990 und den frühen 2000er Jahren eine Reihe von Veränderungen erfahren, ohne seine Grundzüge zu verändern. Die Wirtschaftskrise von 2008 hat seine Funktionsfähigkeit bewiesen, aber sie hat auch einige Mängel und Grenzen offengelegt. Das deutsche Modell ruht auf zwei Säulen: einerseits die „Sozialpartnerschaft“ auf Betriebsebene zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten und andererseits die „Tarifautonomie“ der Kollektivverhandlungen zwischen Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbänden, die durch das Grundgesetz gegen die Einmischung des Staates geschützt ist. In diesem zweiten Teil werden wir zunächst die Grundzüge des Modells beschreiben und dann seine Entwicklung in der jüngsten Krise analysieren.

### 2.1 Die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung

Das eigentliche Herzstück des deutschen Sozialpartnerschaftsmodells ist die betriebliche Mitbestimmung. Das deutsche System der Arbeitsbeziehungen ist der Prototyp eines „dualen Modells“, das durch zwei Kanäle der Arbeitnehmervertretung charakterisiert ist. Auf Betriebsebene gibt es nur einen Vertretungskanal, den Betriebsrat. Rechtlich ist dies kein Gewerkschaftskanal. In der Praxis sind es jedoch die Gewerkschaften, die die Listen für die Betriebsratswahlen vorlegen. Obwohl es für die Listenaufstellung, anders als in Frankreich, kein gesetzliches Monopol der Gewerkschaften gibt, sind etwa drei Viertel der gewählten

---

21 Cazes, Sandrine/ Khatiwada, Sameer/ Malo, Miguel Angel: „Employment protection and industrial relations: recent trends and labour market impacts“. In: *World of Work Report 2012*, International Labour Organization, Genf: ILO, 2012, S. 35-57.

22 OCDE: „Labour Losing to Capital. What Explains the Declining Labour Share?“. In: *Employment Outlook* (Juli 2012), S. 109-161, URL: [https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/empl\\_outlook-2012-4-en.pdf?expires=1532358429&id=id&accname=ocid53026278&checksum=9C9E82A9965C0ED08C9FFBB3048414B8](https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/empl_outlook-2012-4-en.pdf?expires=1532358429&id=id&accname=ocid53026278&checksum=9C9E82A9965C0ED08C9FFBB3048414B8).

Betriebsräte Mitglieder einer DGB-Mitgliedsgewerkschaft.<sup>23</sup> Sie werden von den Belegschaften zu Recht als betriebliche Gewerkschaftsvertreter betrachtet.

Das Betriebsrätegesetz von 1920 schuf eine für das deutsche Modell charakteristische Aufgabenverteilung zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft, die 1919 vom Vater dieses Modells, Hugo Sinzheimer, durch eine theoretische Unterscheidung gerechtfertigt wurde, wonach der Betriebsrat die „produktiven“ Interessen der Arbeitnehmer vertritt, die zumeist als gemeinsame Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betrachtet werden können. Die Gewerkschaften hingegen vertreten die Interessen der Arbeitnehmer an „Verteilung“, die konfliktorischen Charakter haben. Diese Konzeption gemeinsamer produktiver Interessen hat die Bildung von Produktivitätskoalitionen zur Verteidigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie erleichtert, die eine der Grundlagen der „Konfliktpartnerschaft“<sup>24</sup> bildet.

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist der Betriebsrat zu einer ‚vertrauensvollen Zusammenarbeit‘<sup>25</sup> mit dem Arbeitgeber verpflichtet, was bedeutet, dass er kein Streikrecht hat. Um diese Schwäche zu kompensieren, hat er nicht nur Informations- und Konsultationsrechte, sondern auch Mitbestimmungsrechte. In einer gesetzlich festgelegten Anzahl von Fällen ist dieses Mitbestimmungsrecht ein aufschiebendes Vetorecht und impliziert für den Arbeitgeber die Notwendigkeit, die Zustimmung des Betriebsrates in Form einer Betriebsvereinbarung einzuholen, um bestimmte Maßnahmen durchführen zu können. Es ist daher mehr als eine Verhandlungspflicht, wie sie in Frankreich existiert, sondern eine Einigungspflicht. Wenn keine Einigung erzielt wird, kann der Arbeitgeber eine Einigungsstelle anrufen, der von einer neutralen Person geleitet wird, die einvernehmlich oder andernfalls von einem Arbeitsgericht bestellt wird. Dieses Verfahren wird in der Praxis wenig verwendet. Da es keine Berufung gegen die Entscheidung dieses Organs gibt, bevorzugen die Parteien im Allgemeinen eine Verhandlungslösung. Der Betriebsrat hat auch das Recht, Betriebsvereinbarungen zu Themen auszuhandeln, für die er kein erzwingbares Mitbestimmungsrecht hat. Das Gesetz verbietet den Betriebsräten jedoch die Aushandlung von Vereinbarungen zu Themen, die üblicherweise in Tarifverträgen behandelt werden. Tarifabweichungen durch Betriebsvereinbarungen sind damit in Deutschland weder nach oben noch nach unten erlaubt, es sei denn der Tarifvertrag bestimmt dies anders.

---

23 Dribbusch, Heiner/ Birke, Peter: *Die DGB-Gewerkschaften seit der Krise*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2014, URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10716-22042015.pdf>.

24 Walther Müller-Jentsch (Hg.): *Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen industrieller Beziehungen*, München/Mering: Hampp, 1991.

25 Vgl. § 2 Abs. 1, Betriebsverfassungsgesetz.

Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte werden in den größeren Unternehmen ergänzt durch ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht in den Aufsichtsräten, das auch „überbetriebliche“ Mitbestimmung genannt wird. Es besteht in der Montanindustrie seit 1947 in paritätischer Form. Sie beruhte auf einem Angebot der Manager der Stahlunternehmen, um Unterstützung der Gewerkschaften zu erhalten für die Verhinderung der von den Besatzungsmächten geplanten Entflechtung der Konzerne. 1951 gab eine christlich-demokratische Regierung, die damals fest im sozialen Katholizismus verwurzelt war, mit Unterstützung der Kirche, aber gegen den Widerstand der Arbeitgeberverbände, dem Modell Rechtskraft für die gesamte westdeutsche Kohle- und Stahlindustrie. Die Gewerkschaftsbewegung hätte dieses Modell gerne auf alle großen Unternehmen ausgeweitet, aber erhielt 1952 nur eine Drittelbeteiligung in den Aufsichtsräten. Erst eine sozialdemokratisch geführte Regierung konnte 1976 ein Gesetz über die paritätische Mitbestimmung in den Großunternehmen verabschieden. Dieses System wurde gegen den Widerstand von Arbeitgeberverbänden errichtet, die 1976 erfolglos eine Beschwerde beim Verfassungsgericht einreichten.

Keine politische Kraft, abgesehen von der FDP, bestreitet heute in Deutschland die Notwendigkeit, dieses System zu bewahren. Im Jahr 2002 war die Mitbestimmung der einzige Bereich des Arbeitsrechts, das ausdrücklich aus der Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgeklammert wurde. Auch in den Augen der CDU und der Kanzlerin Angela Merkel hat sich die Mitbestimmung sowohl als Element des sozialen Friedens als auch als Faktor der Wettbewerbsfähigkeit bewährt. Hingegen sind die Arbeitgeberverbände nie von ihrer Opposition gegen die paritätische Mitbestimmung abgerückt. Ihre Opposition hat vor allem ideologische Motive. 2004 haben die Arbeitgeberverbände eine gemeinsame Kommission zur Mitbestimmung eingerichtet, die die Regierung aufforderte, die paritätische Mitbestimmung durch eine verhandelte Mitbestimmung zu ersetzen, wobei, falls die Verhandlungen scheitern, die Mitbestimmung auf ein Drittel der Sitze beschränkt werden sollte. Eine von Bundeskanzler Schröder 2005 eingerichtete paritätische Mitbestimmungskommission (Biedenkopf II) kam zu keiner einvernehmlichen Empfehlung zur Reform des Systems. Der 2006 vorgelegte Bericht der Experten in der Kommission sah hingegen die Notwendigkeit, das derzeitige System zu erhalten, sowohl aus wirtschaftlichen als auch demokratischen Gründen.

## **2.2 Dezentralisierung der Tarifverhandlungen durch Öffnungsklauseln**

Die zweite Säule des dualen Modells ist das System der Tarifautonomie auf Branchenebene. Hier verhandeln die Gewerkschaftsverbände mit den Arbeitgeberverbänden Tarifverträge, die sich mit Löhnen, Arbeitszeit und anderen Themen befassen. In einigen Branchen, wie der Chemie oder dem öffentlichen

Dienst des Bundes, werden Verhandlungen auf nationaler Ebene geführt, in anderen, wie der Metallindustrie, auf regionaler Ebene. In der Metallindustrie folgt die Neuverhandlung des Tarifvertrags immer demselben Ritual. Die IG Metall beschließt, die Verhandlungen in einer „Pilotregion“ zu beginnen, in der das Kräfteverhältnis für sie besonders günstig ist, in der Regel dort, wo ein bedeutender Teil der Automobilindustrie und ihr Zuliefernetzwerk konzentriert ist. Die auf dieser Ebene erzielte Einigung wird dann von den anderen Regionen aufgegriffen. Trotz erheblicher Lohnanpassung in den ostdeutschen Regionen bestehen zwischen West- und Ostdeutschland jedoch weiterhin Unterschiede.

Verhandlungen werden normalerweise ohne Streik durchgeführt. Gemäß den Rahmenvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sind Streikaktionen während der Laufzeit des Tarifvertrags verboten. Nach den internen Regelungen der Gewerkschaften muss vor der Einleitung eines Streiks eine Konsultation der Mitglieder erfolgen, die mit einer Dreiviertelmehrheit zustimmen müssen. Diese Regel stellt sicher, dass die Gewerkschaft, sobald der Streik ausgerufen wurde, ihn auch gewinnt. Im Vergleich zu Frankreich sind Streikaufrufe selten, werden aber massiv befolgt. Die IG Metall verlor nur einmal, im Jahre 2003, einen Streik in den mehr als 50 Jahren ihres Bestehens. Zunehmend werden die Verhandlungen von Warnstreiks begleitet, für die eine Abstimmung nicht notwendig ist. Das Grundgesetz garantiert kein individuelles Streikrecht. Das Streikrecht ist ein aus dem verfassungsrechtlichen Vereinigungsrecht abgeleitetes Recht und liegt daher ausschließlich in den Händen der Gewerkschaften. Sogenannte ‚Wilde Streiks‘ sind sehr selten. Nach der Rechtsprechung ist ein Streik nur dann rechtlich, wenn er nur eine Forderung stützt, die Gegenstand einer Tarifverhandlung ist. Politische Streiks oder Solidaritätsstreiks sind daher verboten.

Das System der Branchenverhandlungen steht seit langem unter dem Druck der Dezentralisierung. Schon in der Vergangenheit waren die Gewerkschaften gezwungen, in Unternehmen, die nicht einem Arbeitgeberverband angehören, Haustarife auszuhandeln. Der bekannteste Fall ist Volkswagen, wo der Haustarif in der Vergangenheit für die Arbeitnehmer günstiger war als der der Metallindustrie. In anderen Haustarifen hingegen mussten die Gewerkschaften oft weniger günstige Bedingungen als im Branchentarif einräumen. Dieses Phänomen hat sich seit der Wiedervereinigung 1990 potenziert. Damals konnten die Gewerkschaften zunächst eine Angleichung der Löhne und Arbeitszeiten im Osten an die des Westens durchsetzen. Dieser Erfolg wurde jedoch auf Kosten eines Rückgangs der tariflichen Deckungsrate erzielt. Die meisten der privatisierten Unternehmen im Osten hatten Wettbewerbsprobleme infolge hoher Lohnkosten und niedriger Produktivität angesichts veralteter Anlagen. Ein erheblicher Teil der Unternehmen wollte deshalb nicht Mitglied eines Arbeitgeberverbandes

werden, um nicht gezwungen zu sein, dessen Tarifvertrag anzuwenden. Um die Fiktion eines Flächentarifes für die wenigen Mitglieder der ostdeutschen Arbeitgeberverbände aufrechtzuerhalten, mussten die Gewerkschaften schließlich 1993 eine Härteklausele in den Tarifvertrag aufnehmen. Diese ermöglichte es einem Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vorübergehend von den Tariflöhnen abzuweichen. Diese Tarifabweichungen müssen von einer paritätischen Kommission genehmigt werden.

Einige Unternehmen im Westen haben diese Veränderungen im Osten aufmerksam verfolgt und beschlossen, sie für sich selbst zu nutzen. Die Tendenz, einen Arbeitgeberverband zu verlassen, hat sich damit auch auf den Westen ausgebreitet, besonders in kleinen Unternehmen und im expandierenden privaten Dienstleistungssektor, in dem die Gewerkschaften traditionell schwach etabliert sind. Die Verbände reagierten darauf mit der Einrichtung eines Mitgliederstatus „ohne Tarifbindung“. Der daraus resultierende Rückgang der tariflichen Deckungsrate ist inzwischen alarmierend hoch.<sup>26</sup> Dieser Rückgang konnte nicht durch die Zunahme der Zahl der Unternehmen mit Haustarif kompensiert werden.

Das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung war für die Gewerkschaften wenig hilfreich, da die rechtlichen Bedingungen seiner Nutzung zu restriktiv waren. Nach dem Gesetz konnte der Arbeitsminister nur dann einen Tarifvertrag als allgemeinverbindlich erklären, wenn dies von beiden Tarifparteien befürwortet wird und wenn bereits mehr als 50% der Arbeitnehmer der Branche durch den bestehenden Tarifvertrag abgedeckt sind. Im Jahr 2014 wurden weniger als 2% der unterzeichneten Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt. Eine auf Antrag der Gewerkschaften 2014 verabschiedete Reform erlaubt es nunmehr, eine Allgemeinverbindlichkeit zu erklären, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt.

Um das Instrument des Flächentarifs zu retten, fordern die Arbeitgeberverbände seit den 1990er Jahren eine stärkere Nutzung von Tarifabweichungen nach unten. Zur Rechtfertigung dieser Forderung verwiesen viele Unternehmen auf die neue Dimension der Globalisierung und drohten mit Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer. Eine solche Möglichkeit der Tarifabweichung wurde erstmals 1984 für die Metallindustrie in Form einer Öffnungsklausel eingeführt. Im Gegenzug für die Verkürzung der Arbeitszeit akzeptierten die Gewerkschaften damals eine gewisse Flexibilität der Arbeitszeit. Die Öffnungsklausel erlaubte einen Betriebsrat, abweichenden Arbeitszeiten für bestimmte Berufsgruppen

26 Vgl. Reinhard Bispinck/ Thorsten Schulten: „Wages, Collective Bargaining and economic Development in Germany“. In: *WSI Diskussionspapier*, n° 09 (2014), URL: [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_disp\\_191.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_disp_191.pdf); Peter Ellguth/ Susanne Kohaut: „Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2013“. In: *WSI-Mitteilungen*, n° 4 (2014), S. 286-295, URL: [https://www.boeckler.de/wsimit\\_2013\\_04\\_ellguth.pdf](https://www.boeckler.de/wsimit_2013_04_ellguth.pdf).

sowie die Modulation der Arbeitszeiten über einen langen Zeitraum auszuhandeln, abhängig von der Auftragslage, aber innerhalb von Bandbreiten, die im Branchentarifvertrag festgelegt waren. In den 1990er Jahren wurden solche Tarifabweichungen auf westdeutsche Unternehmen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgeweitet. Betriebsräte konnten damit vorübergehende Abweichungen für Lohn und Arbeitszeit im Tausch gegen Beschäftigungsgarantien aushandeln. Im Chemiesektor ermöglichten solche Klauseln seit 1995 die Rücknahme von Lohnzuschlägen und seit 1997 eine Senkung der Tarifföhne um bis zu 10%.

2003 drohte Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Vorstellung seiner „Agenda 2010“ den Sozialpartnern mit einer gesetzgeberischen Intervention, falls sie keine Einigung zur Ausweitung von Öffnungsklauseln finden. Diese Drohung hat ihre Früchte getragen. Ein Jahr danach unterzeichneten die IG Metall und der Arbeitgeberverband der Metallindustrie eine historische Vereinbarung namens „Pforzheimer Abkommen“, das nicht nur das Spektrum der Themen für Tarifabweichungen ausweitet, sondern auch deren Rechtfertigungen. Nunmehr können Abweichungen nicht nur dann vereinbart werden, wenn sich das Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, sondern auch um die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationsfähigkeit und die Investitionen des Unternehmens zu fördern sowie um die Beschäftigung zu sichern oder neue Arbeitsplätze zu schaffen. Solche Klauseln sind inzwischen Bestandteil sämtlicher Branchentarifverträge und etwa die Hälfte der Unternehmen, die Branchentarifverträge anwenden, nutzen Öffnungsklauseln.<sup>27</sup> Sie nutzen sie nicht nur zur Senkung der Löhne (dies vor allem für Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten), sondern zunehmend auch zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.<sup>28</sup>

---

27 Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten: *Sector-level bargaining and possibilities for deviations at company level. Germany*, Dublin: Eurofound, 2011, URL: <https://www.eurofound.europa.eu/publications/report/2011/germany/industrial-relations/sector-level-bargaining-and-possibilities-for-deviations-at-company-level-germany>.

28 Ellguth, Peter/ Kohaut, Susanne: „Öffnungsklauseln – Instrument zur Krisenbewältigung oder zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit?“. In: *WSI-Mitteilungen*, n° 6 (2014), S. 439-449, URL: [https://www.boeckler.de/wsimit\\_2014\\_06\\_ellguth.pdf](https://www.boeckler.de/wsimit_2014_06_ellguth.pdf).

### 2.3 Sozialpartnerschaft, Kurzarbeit und Öffnungsklauseln in der Krise von 2008

Im konjunkturellen Abschwung vom Herbst 2008 wurden sozialpartnerschaftliche Mechanismen sowohl auf makroökonomischer als auch auf Unternehmensebene reaktiviert.<sup>29</sup> Die große Überraschung war die Reaktivierung der tripartistischen Konzertierung auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die damals eine Große Koalition anführte. Zum ersten Mal seit dem Scheitern des Beschäftigungspaktes unter Kanzler Schröder im Jahre 2003 wurden im Dezember 2008 Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbände wieder zu einem Gipfelgespräch, genannt „Konjunkturgipfel“, ins Kanzleramt geladen. Ein zweiter Gipfel fand im April 2009 statt und schließlich ein dritter im Dezember 2009 nach der Konstituierung der Kleinen Koalition zwischen Christdemokraten und Liberalen.<sup>30</sup> Die Konjunkturgipfel sollten Möglichkeiten zur Bekämpfung der Auswirkungen des Zusammenbruchs der Nachfrage erörtern. Im Gegensatz zu früheren Gipfelgesprächen führten sie nicht zu Vereinbarungen, die von den Teilnehmern unterzeichnet wurden, aber sie hatten konkrete politische Ergebnisse in Form eines „Konjunkturpakets“, entsprechend den gemeinsamen Forderungen von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Teil dieses Pakets war die Ausweitung der gesetzlichen Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Kurzarbeit.

Die Kurzarbeit half, die Beschäftigung durch eine Reduzierung der geleisteten Arbeitsstunden aufrechtzuerhalten. Bei Kurzarbeit verringert sich das Gehalt proportional zur Arbeitszeitverkürzung. Die Verluste wurden jedoch teilweise durch das Arbeitslosengeld von der Bundesagentur für Arbeit kompensiert. Viele Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen sahen noch großzügigere Gehaltszuschläge vor. Um den Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit zu erhalten, muss das Unternehmen einen Antrag stellen, der entweder durch wirtschaftliche Schwierigkeiten oder durch einen starken Rückgang der Nachfrage zu rechtfertigen ist. Nach dem Gesetz bedarf Kurzarbeit der Zustimmung des Betriebsrats. Zeitkonten, die auf der Grundlage früherer Betriebsvereinbarungen eingerichtet wurden, waren ein weiteres wichtiges Instrument zur Abmilderung von

---

29 Vgl. Steffen Lehndorff: „Before the Crisis, in the Crisis, and Beyond. The Upheaval of Collective Bargaining in Germany“. In: *Transfer*, Vol. 17, n° 3 (2011), S. 341-354; Thomas Haipeter: „Sozialpartnerschaft in und nach der Krise. Entwicklungen und Perspektiven“. In: *Industrielle Beziehungen*, Vol. 19, n° 4 (2012), S. 387-411; Heiner Dribbusch/ Reinhard Bispinck: *The Ambiguity of Flexibilisation. Collective Bargaining and Union Crisis Management in the German Metalworking Industries during the Great Recession*, Paper presented at the 10<sup>th</sup> European Conference of ILERA, Amsterdam, 20-22 June 2013, 2013, URL: [http://ilera-europe2013.eu/uploads/paper/attachment/125/Dribbusch\\_Bispinck\\_Ambiguity\\_of\\_flexibilisation\\_ILERA\\_2013.doc](http://ilera-europe2013.eu/uploads/paper/attachment/125/Dribbusch_Bispinck_Ambiguity_of_flexibilisation_ILERA_2013.doc).

30 Es hat keine weiteren Gipfeltreffen dieser Art gegeben, entweder weil die Liberalen nicht daran interessiert waren oder weil die Regierung der Auffassung war, dass Deutschland keine wirtschaftlichen Probleme mehr habe.

wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Reduzierung von Überstunden und die Vorwegnahme von Urlaubstagen waren weitere wichtige Instrumente. In der Krise 2008-2009 haben die Unternehmen in der Regel zunächst diese drei Instrumente genutzt, bevor sie auf Kurzarbeit zurückgriffen. Seit Ende der 1980er Jahre sind Zeitkonten in den meisten Branchentarifverträgen über die Arbeitszeit enthalten. Anfangs hatten die Gewerkschaften ihre Zustimmung zu diesen Branchenverträgen als Gegenleistung für die Verkürzung der Arbeitszeit gegeben. Diese Motivation wurde dann auf den Erhalt der Beschäftigung in Krisensituationen ausgeweitet. Der Vorteil dieses Instruments für die Gewerkschaften besteht darin, dass es auf der Grundlage einer Öffnungsklausel des Tarifvertrags genutzt werden muss und dass die Aushandlung einer Betriebsvereinbarung erforderlich ist, die auch die Gewerkschaft einbezieht. In dieser Vereinbarung muss sich das Unternehmen verpflichten, vorübergehend auf Entlassungen zu verzichten. In der IG Metall sind diese dezentralen Verhandlungen Teil einer neuen Gewerkschaftspolitik, die als „betriebsnahe Tarifpolitik“ bezeichnet wird und darauf abzielt, die gewerkschaftliche Demokratie zu stärken. Ziel ist es, die Mitglieder im Betrieb an der Vorbereitung und Ausführung der Vereinbarungen zu beteiligen.

Eine der paradoxen Auswirkungen der Krise von 2008 war der Verzicht der deutschen Arbeitgeber auf die Forderung nach einer stärkeren Dezentralisierung per Gesetz. Auf dem Kongress der Bundesvereinigung der Arbeitgeber im November 2009 kündigte ihr Präsident sogar als Ziel die „Stärkung der Branchentarifverträge“ und die Rückkehr der widerspenstigen Unternehmen in den Rahmen dieser Vereinbarungen an. Angesichts der Ankündigung der Regierung, die staatlichen Subventionen für Kurzarbeit wieder zu reduzieren, haben Arbeitgeber und Gewerkschaft der Metallindustrie auf den Tarifvertrag von 1994 zurückgegriffen, der es ermöglicht, die wöchentliche Arbeitszeit im Austausch gegen eine Beschäftigungsgarantie zu reduzieren. Dies führte im Februar 2010 zur Vereinbarung „Zukunft in Arbeit“ als Anhang zum erneuerten Tarifvertrag für die Metallindustrie. Diese Vereinbarung enthält zwei Modelle zur Sicherung der Beschäftigung durch Betriebsvereinbarungen. Der erste erlaubt die Verteilung der Sommer- und Jahresendprämien auf die Monatslöhne, um die Arbeitslosenunterstützung zu verbessern. Das zweite Modell ermöglicht eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 28 Stunden ohne gewerkschaftliche Zustimmung und auf 26 Stunden mit gewerkschaftlicher Zustimmung, bei gleichzeitiger Beschäftigungsgarantie und partiellem Entgeltausgleich. Im Gegenzug erklärte sich die IG Metall bereit, die tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen um ein Jahr zu verschieben.

## 2.4 Die Beschäftigungssicherung in der Industrie und ihr Preis

Im Februar 2014 feierten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Metallurgie gemeinsam das zehnjährige Jubiläum des Pforzheimer Abkommens und zogen dabei eine positive Bilanz bezüglich der Öffnungsklauseln. Nach übereinstimmender Meinung hat dieses Abkommen Arbeitsplätze gerettet und gleichzeitig die notwendigen Fähigkeiten für eine wettbewerbsfähige Produktion bewahrt. Die Vereinbarung bremste auch die Mitgliederflucht aus den Arbeitgeberverbänden. Auf Seiten der Gewerkschaft war die Aushandlung von Beschäftigungsschutzvereinbarungen einer der Erklärungsfaktoren für den neuen Zustrom von Mitgliedern, der es ermöglichte, den Mitgliederschwund in der Metallindustrie zu stoppen. Sogar der Vertreter des linken Flügels in der IG-Metall-Führung, Hans-Jürgen Urban, bewertete die Auswirkungen dessen, was er „Krisenkorporatismus“ nennt, positiv und interpretiert es als „Allianz der Schwachen“, in diesem Fall der Gewerkschaften und großen Industrieunternehmen, gegen die Dominanz der Finanzmärkte.<sup>31</sup>

Dank der Kurzarbeit und der betrieblichen Vereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung hat Deutschland in den Jahren 2008-2009 rasch den temporären Rückgang der Produktion ohne einen signifikanten Anstieg der Arbeitslosenquote überwunden. Die Gewerkschaften haben den Unternehmen geholfen, die Kosten dieser Maßnahmen durch erhebliche Konzessionen bei den Tarifverhandlungen mitzutragen.

Dies führte 2009 zu einem weiteren Rückgang der realen Effektivlöhne, der einen Trend fortsetzte, der schon 2004 begonnen hat. Der allgemeine Rückgang der Lohndynamik in Deutschland ist das Ergebnis der Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern seit der Wiedervereinigung, die sich besonders im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor bemerkbar gemacht hat. Dort sind die Arbeitnehmer zunehmend Sozialdumpingstrategien durch Outsourcing an Unternehmen ohne Tarifvertrag oder mit einem weniger günstigen Tarifvertrag ausgesetzt. Die Verlangsamung der Lohndynamik ist damit auch das Ergebnis des Rückgangs der tariflichen Deckung, die im privaten Dienstleistungssektor besonders niedrig ist. Eine weitere Schwächung der Gewerkschaftspositionen ist eine Auswirkung der Hartz-Gesetze, die den Ausbau von Mini-Jobs und Teilzeitarbeit begünstigt haben. Dies hat dazu beigetragen, einen Niedriglohnsektor zu schaffen, der heute einer der größten in Europa ist. Er ist in Deutschland sogar noch größer als in Großbritannien, das das erste Opfer neoliberaler Strategien der Schwächung der Gewerkschaftsbewegung war.

---

31 Hans-Jürgen Urban: „Between Crisis Corporatism and Revitalisation. Trade Union Policy in the Era of European Financial Market Capitalism“. In: Steffen Lehndorff (Hg.): *Divisive Integration. The Triumph of Failed Ideas in Europe – Revisited*, Brüssel, ETUI, 2015, S. 269-294.

In Deutschland gibt es heute einen Dualismus zwischen einem dynamischen Industriebereich auf der einen Seite mit den höchsten Stundenlöhnen der Welt und einem Dienstleistungssektor auf der anderen Seite mit Niedriglöhnen.

Die Gewerkschaften sind sich zunehmend der Gefahr dieses Dualismus bewusst und haben nunmehr den Kampf gegen prekäre Beschäftigung in ihre Prioritäten gestellt.<sup>32</sup> Trotz erster positiver Ergebnisse dieser neuen Gewerkschaftsbemühungen ist es doch klar, dass die Verschärfung des Dualismus der Preis war, den die Gewerkschaften dafür zahlen mussten, dass sie die Verteidigung ihrer traditionellen Klientel von Insidern in den großen exportierenden Industriebetrieben zur Priorität erhoben hatten, wo es ihnen aber gelungen ist, das Funktionieren des sozialen Dialogs und das Beschäftigungsniveau aufrechtzuerhalten.

Im Industriesektor haben die Gewerkschaften schnell die moderate Lohnentwicklung während der Krise überwunden. Hier erlebten die realen Tarifföhne einen erheblichen Anstieg und haben auch zu einem Anstieg der realen Effektivlöhne geführt, wenn auch mit einer geringeren Geschwindigkeit, die es noch nicht vollständig erlaubt hat, den Kaufkraftverlust von 2000-2009 zu kompensieren. Diese neue Dynamik der Tarifföhne und in geringerem Maße der Effektivlöhne steht offensichtlich in Zusammenhang mit der Rückkehr des Wachstums durch die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Sie ist eine Art Belohnung für die Opfer, die während der Rezession 2008-2009 gemacht wurden. Diese wiedergefundene wirtschaftliche Gesundheit bleibt jedoch zerbrechlich, da sie durch die sinkende Auslandsnachfrage infolge der in einigen europäischen Ländern verhängten Sparmaßnahmen bedroht ist, aber auch durch eine nach wie vor schleppende Binnennachfrage infolge anhaltender Lohnzurückhaltung im privaten Dienstleistungssektor sowie der Sparpolitik der öffentlichen Haushalte.

## **2.5 Fazit: Partielle Konvergenz zwischen den beiden Modellen**

Nach anfänglich starken Diskrepanzen zwischen beiden Ländern überwiegen in der jüngsten Entwicklung die Elemente der Konvergenz. Diese betrifft zunächst die in beiden Ländern feststellbaren Tendenzen zur Fragmentierung und Dualisierung des Systems der Arbeitsbeziehungen. In beiden Ländern unterscheiden sich die Formen der Arbeitsbeziehungen immer mehr zwischen Groß- und Kleinunternehmen sowie zwischen Industrie und Dienstleistungssektor und in letzterem wiederum zwischen privatem und öffentlichem Sektor.

---

32 Reinhard Bispinck/ Thorsten Schulten: „Trade Union Responses to Precarious Employment in Germany“. In: *WSI-Diskussionspapiere*, n° 178 (Dez. 2011), URL: [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_disp\\_178.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_disp_178.pdf).

Das bedeutsamste Element der Konvergenz ist die Dezentralisierung der Kollektivverhandlungen mit Tendenz zur Tarifabweichung. Hier sahen wir aber, dass sie sich in Deutschland eher durch die Tarifparteien koordiniert vollzog, wenn auch unter der Drohung, neue gesetzgeberische Regelungen zu erlassen, während sie in Frankreich immer noch kontrovers ist, selbst innerhalb der Gewerkschaften, und nun durch beschleunigte Gesetzesreformen ermöglicht werden soll.

Nach wie vor unterscheiden sich Deutschland und Frankreich durch die Höhe der Arbeitslosigkeit, wobei ein stringenter Zusammenhang mit den Formen der Arbeitsbeziehungen nicht unbedingt nachzuweisen ist. Zweifellos haben die kooperativen Formen der Arbeitsbeziehungen in der deutschen Industrie zur Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit zu einer niedrigeren Arbeitslosenrate beigetragen. Auf der anderen Seite ist aber unklar, ob die immer noch eher konflikthaltigen Arbeitsbeziehungen in Frankreich ein Erklärungsfaktor oder ein Ergebnis der geringeren Wettbewerbsfähigkeit sind. Schließlich sei noch auf zwei weitere neuere Elemente der Konvergenz hingewiesen: Um die Erosion der Tarifsystems zu stoppen, haben die deutschen Gewerkschaften, nach einer Phase des Zögerns, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die bessere Nutzung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung eingefordert und auch erreicht. Diese haben sich als zwei wesentliche Funktionselemente des französischen Systems erwiesen.

## Literatur

- Amossé, Thomas/ Bloch-London, Catherine/ Wolff, Loup (Hgs.): *Les relations sociales en entreprise. Un portrait à partir des enquêtes « Relations professionnelles et négociations d'entreprise » (REPONSE 1992-9193, 1998-1999 et 2004-2005)*, Paris: La Découverte, 2008.
- Andolfatto, Dominique (Hg.): *Les syndicats en France*, Paris : La Documentation Française, 2013 [2004].
- Auberger, Marie-Noëlle: *Les comités d'entreprise. Nouvel âge?*, Paris: La Documentation française, 2012.
- Bispinck, Reinhard/ Schulten, Thorsten: „Wages, Collective Bargaining and economic Development in Germany“. In: *WSI Diskussionspapier*, n° 09 (2014), URL: [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_disp\\_191.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_disp_191.pdf).
- Bispinck, Reinhard/ Schulten, Thorsten: *Sector-level bargaining and possibilities for deviations at company level: Germany*, Dublin: Eurofound, 2011, URL: <https://www.eurofound.europa.eu/publications/report/2011/germany/industrial-relations/sector-level-bargaining-and-possibilities-for-deviations-at-company-level-germany>.

- Bispinck, Reinhard/ Schulten, Thorsten: „Trade Union Responses to Precarious Employment in Germany“. In: *WSI-Diskussionspapiere*, n° 178 (Dez. 2011), URL: [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_disp\\_178.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_disp_178.pdf).
- Castel, Nicolas/ Delahaie, Noélie/ Petit, Héloïse: „The Interrelationship of Collective Bargaining at Industry and Company-Levels in Wage Determination“. In: *Travail et Emploi*, n° 5 (HS 2015), S. 31-63.
- Cazes, Sandrine/ Khatiwada, Sameer/ Malo, Miguel Angel: „Employment protection and industrial relations. Recent trends and labour market impacts“. In: *World of Work Report 2012*, International Labour Organization, Genf: ILO, 2012, S. 35-57.
- Cézard, Michel/ Malan, Anna/ Zouary, Patrick: „Conflits et régulation sociale dans les établissements“. In: *Travail et Emploi*, n° 66 (Jan. 1996), S. 19-38.
- Combrexelle, Jean-Denis: *La négociation collective, le travail et l'emploi*, Paris: France Stratégie, September 2015, URL: [http://www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/fs\\_rap-port\\_missionjdc\\_08092015.pdf](http://www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/fs_rap-port_missionjdc_08092015.pdf).
- Defaud, Nicolas: *La CFDT (1968-1995). De l'autogestion au syndicalisme de proposition*, Paris: Presses de Sciences Po, 2009.
- Dribbusch, Heiner/ Birke, Peter: *Die DGB-Gewerkschaften seit der Krise*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2014, URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10716-22042015.pdf>.
- Dribbusch, Heiner/ Bispinck, Reinhard: *The Ambiguity of Flexibilisation. Collective Bargaining and Union Crisis Management in the German Metalworking Industries during the Great Recession*, Paper presented at the 10<sup>th</sup> European Conference of ILERA, Amsterdam, 20-22 June 2013, URL: [http://ilera-europe2013.eu/uploads/paper/attachment/125/Dribbusch\\_Bispinck\\_Ambiguity\\_of\\_flexibilisation\\_ILERA\\_2013.doc](http://ilera-europe2013.eu/uploads/paper/attachment/125/Dribbusch_Bispinck_Ambiguity_of_flexibilisation_ILERA_2013.doc).
- Ellguth, Peter/ Kohaut, Susanne: „Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2013“. In: *WSI-Mitteilungen*, n° 4 (2014), S. 286-295, URL: [https://www.boeckler.de/wsimit\\_2013\\_04\\_ellguth.pdf](https://www.boeckler.de/wsimit_2013_04_ellguth.pdf).
- Ellguth, Peter/ Kohaut, Susanne: „Öffnungsklauseln – Instrument zur Krisenbewältigung oder zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit?“. In: *WSI-Mitteilungen*, n° 6 (2014), S. 439-449, URL: [https://www.boeckler.de/wsimit\\_2014\\_06\\_ellguth.pdf](https://www.boeckler.de/wsimit_2014_06_ellguth.pdf).
- Godechot, Jacques (Hg.): *Les Constitutions de la France depuis 1789*, Paris: Garnier-Flammarion, 1970.

- Guillaume, Cécile (Hg.): *La CFDT. Sociologie d'une conversion réformatrice*, Rennes: Presses Universitaires de Rennes, 2014.
- Haipeter, Thomas: „Sozialpartnerschaft in und nach der Krise. Entwicklungen und Perspektiven“. In: *Industrielle Beziehungen*, Vol. 19, n° 4 (2012), S. 387-411.
- IRES-DARES: *Les comités d'entreprise. Enquête sur les élus, les activités et les moyens*, Paris: Ministère de l'Emploi et de la Solidarité sociale, Les Editions de l'Atelier, 1998.
- Lehndorff, Steffen: „Before the Crisis, in the Crisis, and Beyond. The Upheaval of Collective Bargaining in Germany“. In: *Transfer*, Vol. 17, n° 3 (2011), S. 341-354.
- Müller-Jentsch, Walther (Hg.): *Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen industrieller Beziehungen*, München/Mering: Hampp, 1999.
- OCDE: „Labour Losing to Capital. What Explains the Declining Labour Share?“. In: *Employment Outlook* (Juli 2012), S. 109-161, URL: [https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/empl\\_outlook-2012-4-en.pdf?expires=1532358429&id=id&accname=ocid53026278&checksum=9C9E82A9965C0ED08C9FFBB3048414B8](https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/empl_outlook-2012-4-en.pdf?expires=1532358429&id=id&accname=ocid53026278&checksum=9C9E82A9965C0ED08C9FFBB3048414B8).
- Pignoni, Maria Teresa: „La syndicalisation en France“. In: *DARES Analyses*, n° 025 (Mai 2016), URL: <http://dares.travail-emploi.gouv.fr/IMG/pdf/2016-025.pdf>.
- Rehfeldt, Udo: “Industrial Relations in France: From the underdevelopment of collective bargaining to the failure of neocorporatist concertation”, *Employee Relations*, Schwerpunktheft “Industrial relations in 21st century Europe”, Vol. 40, No. 4, Februar 2018, S. 617-633.
- Rehfeldt, Udo : „Unternehmensmitbestimmung in Frankreich: Neuere Entwicklungen und Debatten“, IMU-HBS, August 2019, [www.mitbestimmung.de](http://www.mitbestimmung.de)
- Rehfeldt, Udo / Vincent, Catherine: “The decentralisation of collective bargaining in France: an escalating process”, in Leonardi, Salvo / Pedersini Roberto (eds.), *Multi-employer Bargaining Under Pressure. Decentralisation trends in five European countries*, Brüssel: ETUI, 2018, S. 151-184.
- Tallard, Michèle/ Vincent, Catherine: „Les branches professionnelles sont-elles toujours un lieu pertinent de négociation des normes d'emplois ?“. In : *Droit Social*, n° 3 (März 2014), S. 212-218.
- Urban, Hans-Jürgen: „Between Crisis Corporatism and Revitalisation. Trade Union Policy in the Era of European Financial Market Capitalism“. In: Steffen Lehndorff (Hg.): *Divisive Integration. The Triumph of Failed Ideas in Europe – Revisited*, Brüssel: ETUI, 2015, S. 269-294.

Vandaele, Kurt: „Interpreting Strike Activity in Western Europe in the Past 20 Years. The Labour Repertoire Under Pressure“. In: *Transfer*, Vol. 22, n° 3 (2016), S. 277-294.

Visser, Jelle: *Data Base on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Settings, State Interventions and Social Pacts, 1960-2014*, Version 5.0, Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), October 2015, URL: [http://archive.uva-aias.net/uploaded\\_files/regular/ICTWSScodebook50-2.pdf](http://archive.uva-aias.net/uploaded_files/regular/ICTWSScodebook50-2.pdf).

Willard, Claude: *Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. Eine Einführung*, Frankfurt/New York: Campus, 1981.

Die Internetquellen wurden am 23.07.2018 auf ihren Fortbestand überprüft.



**Justine Roussie**

## **Les nationalisations de 1945 et 1981 en France**

### **Entre outil de souveraineté politique et interventionnisme économique**

#### **Table des matières**

Abstract. . . . .	106
Introduction. . . . .	106
1 Définitions et mise en perspectives du terme « nationalisation » . . . . .	108
1.1 Définitions . . . . .	108
1.2 Bref historique de l'intervention de l'Etat français dans l'économie . . . . .	110
1.3 Droit à la propriété et nationalisation. . . . .	112
2 Les nationalisations de 1944-1948 . . . . .	113
2.1 Le contexte économique. . . . .	113
2.2 Les motivations . . . . .	114
2.3 La mise en œuvre . . . . .	116
2.4 L'impact économique. . . . .	119
3 Les nationalisations de 1981-1982 . . . . .	121
3.1 Le contexte économique. . . . .	121
3.2 Les motivations . . . . .	122
3.3 La mise en œuvre . . . . .	123
3.4 L'impact économique. . . . .	126
Conclusion . . . . .	127
Zusammenfassung. . . . .	129
Bibliographie. . . . .	131

## Abstract

Outil condamné par les uns et privilégié par les autres du fait de son caractère interventionniste, la nationalisation d'entreprise a été un des pivots de la politique économique française au XX<sup>ème</sup> siècle. Nous avons comparé celles de 1944-1948 et celles de 1981-1982 dans le but de distinguer leurs motifs, leur mise en œuvre législative et leur impact économique. Nous nous sommes appuyés à la fois sur les textes législatifs et politiques donnant le cadre à ces nationalisations et sur les recherches scientifiques faites à posteriori. Les nationalisations de 1944-1948 ont été pensées par la Résistance et soutenues par l'ensemble des partis politiques désirant reconstruire le pays et redonner sa souveraineté économique à la France. Elles ont complètement transformé le rôle économique joué par l'Etat qui est devenu un « Etat-patron ». En 1946, 1 500 000 personnes travaillaient dans le secteur public, soit 11% de l'effectif salarié français. Les nouvelles entreprises publiques créaient 13,9% de la valeur ajoutée de l'ensemble des branches marchandes (agriculture non comprise). En 1981, les nationalisations ont été mises en place par conviction politique suite à l'élection du 1<sup>er</sup> gouvernement socialiste de la 5<sup>ème</sup> République. Le secteur économique public s'agrandit pour moderniser l'industrie et employait environ 1,9 million de personnes, dans plus de 3.000 entreprises. Il produisait 17,2% de la valeur ajoutée créée par l'ensemble des branches marchandes (agriculture non comprise).

## Introduction

« Les entreprises nationalisées produisent l'énergie, exploitent les transports, distribuent le crédit et pratiquent l'assurance. Par surcroît elles fabriquent aussi des avions et des voitures automobiles et elles interviennent dans les branches les plus diverses de l'activité nationale. »<sup>1</sup>

Bernard Chenot, alors professeur à l'Institut d'études politiques de Paris, ancien secrétaire général des Houillères du Nord de 1945 à 1946 et futur ministre de la Justice d'août 1961 à avril 1962, dresse ce portrait de l'étendue des entreprises publiques en 1956, soit une dizaine d'années après la fin de la première vague de nationalisations en France. Soixante ans plus tard, ces quelques lignes semblent, dans une certaine mesure, encore pertinentes pour décrire le secteur français des entreprises publiques.

---

1 Bernard Chenot : *Les entreprises nationalisées*, Paris : PUF, 1956, p. 5.

D'après les chiffres les plus récents de l'Institut national de la statistique et des études économiques (INSEE) publiés au début de l'année 2017<sup>2</sup>, 89 sociétés, dont Electricité de France (EDF), la SNCF et la Banque de France (pour évoquer l'énergie, les transports et le crédit), étaient directement contrôlées par l'Etat en France à la fin de l'année 2015. En ajoutant les filiales de ces entreprises, 1.625 sociétés étaient majoritairement contrôlées par l'Etat en 2015. En termes d'effectifs, 791.000 personnes étaient salariées de ces entreprises. En termes de valeur ajoutée, les entreprises publiques (hors secteurs agricoles et financiers) ont contribué à hauteur de 5% de la valeur ajoutée créée par l'économie française en 2014 (hors secteurs agricoles et financiers).

Dans la présente contribution seront étudiées et comparées en termes de motifs, de mise en œuvre législative et d'impacts économiques, les deux grandes vagues de nationalisations qui ont contribué à l'établissement de ce secteur économique public. La première vague de nationalisations a été lancée par le Conseil national de la Résistance (CNR) à la fin de la Seconde Guerre mondiale et a été implémentée de 1944 à 1948. La deuxième vague de nationalisations a eu lieu plus de trente ans plus tard sous le gouvernement de François Mitterrand et a été mise en place en 1981-1982.

Pour chacune d'entre elles, nous rappellerons tout d'abord le contexte historique et économique de leurs époques respectives. Nous expliquerons deuxièmement les motivations politiques et économiques ayant alimenté leur réalisation. Puis, nous nous pencherons sur la mise en œuvre législative des nationalisations dans le but de voir quelles formes de contrôle ont été imposées aux entreprises nationalisées et de distinguer les modalités retenues pour l'indemnisation des propriétaires privés. Ensuite nous tenterons de mesurer l'impact économique des nationalisations en nous basant sur leur résultat en termes d'emploi, de production et d'investissement.

Mais avant d'étudier tour à tour ces deux vagues de nationalisations, nous nous pencherons premièrement sur le terme même de nationalisation. Après l'avoir défini, nous montrerons que le pouvoir politique français, de l'Ancien Régime aux années 1930, a déjà usé de l'outil de la nationalisation pour intervenir dans l'économie nationale. Cette première partie sera également l'occasion de mettre en perspective l'évolution de l'idée de nationalisation vis-à-vis de l'idée du droit à la propriété. Finalement, nous dégagerons les points de convergence et de divergence des deux vagues de nationalisations. Il nous intéressera particulièrement de

---

2 Anon. : « Entreprises publiques ». Dans : Institut national de la statistique et des études économiques (éd.) : *Tableaux de l'économie française*, Insee Références, 2017, pp. 150-151, URL : <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2569438?sommaire=2587886&q=entreprises+publiques>. Par ailleurs, l'Insee définit une entreprise publique comme une « entreprise sur laquelle l'Etat peut exercer directement ou indirectement une influence dominante du fait de la propriété ou de la participation financière en disposant soit de la majorité du capital soit de la majorité des voix attachées aux parts émises. »

voir si les mêmes raisons ont été invoquées et si les mêmes forces politiques ont soutenu les nationalisations. De la même manière, la longévité des nationalisations effectuées semble pertinente à comparer.

Cette contribution sera principalement basée sur les ouvrages de Bernard Chenot, Geneviève Burdeau, et Claire Andrieu. Bernard Chenot jette en 1956 un regard plutôt critique sur les premières nationalisations de l'après-guerre<sup>3</sup>, tandis que la professeure de droit public Geneviève Burdeau délivre en 1984 une analyse immédiate des nationalisations du gouvernement Mitterrand<sup>4</sup>. L'historienne Claire Andrieu a, quant à elle, dirigée avec Lucette Le Van et Antoine Proust une analyse exhaustive des nationalisations de la Libération<sup>5</sup>. Par ailleurs, les réflexions et textes de l'historien Pierre Rosanvallon auront également été des sources précieuses dans la rédaction de cette contribution. On citera par exemple ses cours au Collège de France sur l'histoire intellectuelle et politique française de 1968 à 2018 et son ouvrage *L'État en France*.<sup>6</sup>

Une recherche et étude des sources primaires a également été menée. Il s'agit ici des nombreux textes législatifs instaurant les nationalisations (ordonnances de 1946 et loi de nationalisation de 1981) et des textes annonçant les projets de nationalisations, comme le programme commun du Conseil national de la Résistance de 1944 et le Programme commun de gouvernement du Parti communiste et du Parti socialiste de 1972.

## 1 Définitions et mise en perspectives du terme « nationalisation »

Dans cette première partie, on tâchera de définir le terme de nationalisation et de le replacer brièvement dans l'histoire française de l'intervention politique dans l'économie. On prendra également le temps de se pencher sur le droit à la propriété, une idée qui semble complètement incompatible avec la notion de nationalisation. On verra notamment que l'essoufflement du droit à la propriété a pu faciliter le recours à la nationalisation dans la mesure où il a contribué à justifier l'intervention directe de l'État dans le marché économique libéral.

---

3 Chenot, *Les entreprises nationalisées*.

4 Geneviève Burdeau : *Die französischen Verstaatlichungen*, Heidelberg : Verlagsgesellschaft Recht u. Wirtschaft, vol. 56, 1984.

5 Claire Andrieu/ Lucette Le Van/ Antoine Prost (éds.) : *Les nationalisations de la Libération. De l'utopie au compromis*, Paris, Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, 1987.

6 Pierre Rosanvallon : *L'État en France. De 1789 à nos jours*, Paris : Éditions du Seuil, 1990.

## 1.1 Définitions

Une nationalisation pourrait se définir, très sommairement, comme le simple mouvement de capital d'un propriétaire privé à un propriétaire public.

Au terme d'une analyse des rapports entre nationalisation et souveraineté, Olivier Beaud, professeur de droit public à l'Université Paris II, formule la définition suivante de nationalisation :

*« La nationalisation procède d'un acte exprès de puissance publique par lequel l'État, pour des motifs de police économique, transfère directement à son profit, la propriété d'entreprises détenues auparavant par des personnes privées. »<sup>7</sup>*

Olivier Beau définit la nationalisation selon cinq critères : l'objet visé (« la propriété d'entreprises [privées] »), les acteurs concernés (d'un côté « l'État » et de l'autre des « personnes privées »), la direction de l'opération (de la personne privée à l'État), sa nature et sa visée (« un acte exprès de puissance publique » et « la police économique »).

Il est intéressant de mettre en parallèle cette définition avec celle de Bernard Chenot, déjà cité en introduction, et qui, en 1956, décrit les nationalisations comme l'action de

*« réduire ou éliminer, de quelque manière que ce soit, la part du capital dans la gestion d'une affaire pour soumettre celle-ci à l'emprise de la collectivité publique, sous une forme quelconque. »<sup>8</sup>*

La lecture croisée de ces deux définitions, l'une généraliste, l'autre plus appliquée, met en avant la neutralité scientifique de la définition du juriste, mais montre aussi que la question de la nationalisation est chargée politiquement et idéologiquement. Là où Beaud évoque un transfert de propriété, Chenot parle de réduction et d'élimination du capital. Et là où Beaud utilise le terme de « police économique », Chenot met en avant le fait que la nationalisation vise à placer une entreprise non pas sous le contrôle, mais sous « l'emprise de la collectivité publique. » Le vocabulaire que Chenot utilise semble très critique et connoté négativement à l'égard des nationalisations et tend à les limiter à un outil économique anticapitaliste et communiste.

Mais un mot semble manquer dans les deux définitions. Alors que l'on pourrait s'attendre à ce que l'acteur public concerné soit la nation, ce sont l'État et la collectivité publique qui sont désignés comme les bénéficiaires et les moteurs de la nationalisation. D'un point de vue linguistique, le mot « nationalisation »

---

7 Olivier Beaud : « Nationalisations et souveraineté de l'État ». Dans : *Histoire@Politique*, vol. 3, n° 24 (2014), pp. 72-87, URL : <http://www.cairn.info/revue-histoire-politique-2014-3-page-72.htm>.

8 Chenot, *Les entreprises nationalisées*, p. 23.

résulte de l'ajout du suffixe - [a]tion au verbe « nationaliser » et traduit l'action de nationaliser. Ce dernier mot, apparu lors de la Révolution française, a d'abord eu le sens de rendre quelque chose national, de l'identifier à la nation. Très rapidement, « nationaliser » a ensuite signifié faire de quelque chose la propriété de la nation.<sup>9</sup> Les deux sens coexistent dans le terme « nationalisation » et l'on verra plus tard que le premier sens, chargé culturellement, jouera un rôle clé dans les nationalisations de la Libération.

Au final, les termes « nationalisations », « État » et « collectivité publique » sont, d'un point de vue juridique, quasi interchangeables dans la définition de « nationalisation » puisqu'il est accepté que l'État soit l'extension juridique de la nation.<sup>10</sup> C'est aussi une forme de collectivité publique, à côté par exemple des collectivités territoriales comme les départements et les communes. C'est lorsque l'interprétation du terme « nationalisation » devient politique et partisane que le choix de parler d'Etat ou de nation se révèle significatif : ceux défendant l'intérêt national et le bien commun opteront pour le terme nationalisation tandis que ceux opposés à cette opération économique parleront sur un ton critique d'« étatisation » en regrettant que l'État intervienne lourdement dans la sphère économique.

## 1.2 Bref historique de l'intervention de l'État français dans l'économie

On parle d'interventionnisme lorsqu'un gouvernement infère dans la vie économique à travers des mesures plutôt ponctuelles et sans cohérence directrice. Si un État détermine complètement l'orientation économique d'un pays, on parle de dirigisme économique. En France, le pouvoir politique est toujours plus au moins fréquemment et fortement intervenu dans la sphère économique.

On trouve déjà des formes d'interventionnisme dans l'Ancien Régime. Le règne de Louis XIV (1661-1715) est par exemple marqué par le colbertisme. Cette politique économique menée par le ministre des Finances du Roi, Jean-Baptiste Colbert, avait pour but d'augmenter les recettes de l'État en renforçant et stimulant la production et le commerce intérieurs. Colbert mit en place des mesures douanières protectionnistes pour rendre les biens étrangers moins compétitifs sur le marché intérieur. Dans le même temps, il soutint financièrement la production française, notamment dans le domaine du luxe, en créant les premières entreprises nationales : les manufactures royales.

Ces entreprises produisant entre autres de la porcelaine (à Sèvres), des tapisseries (aux Gobelins) et de la draperie (à Abbeville) étaient gérées par des particuliers et produisaient en fonction de l'offre et de la demande. Elles bénéfi-

9 Anon. : « Nationaliser ». Etymologie. Dans : *Trésor de la Langue Française informatisé*, s.a., URL : <http://www.cnrtl.fr/etymologie/nationaliser>.

10 Beaud, « Nationalisations et souveraineté ».

ciaient d'avantages financiers de la part de l'État lors de leur installation et sur le long terme. Ce dernier leur accordait par exemple un monopole de fabrication ou des exemptions fiscales. En contrepartie, l'entreprise devait respecter des critères de production définis par l'État. On notera que la manufacture des Gobelins, gérée par le Roi, n'était pas tenue de faire des profits. Gérée directement par le Roi, grâce à l'intermédiaire du ministre des Finances, Colbert, elle produisait des tapisseries et des meubles pour la Couronne.

Bien plus tard, la Première Guerre mondiale a imposé à l'État de gérer des activités économiques dont il ne s'occupait pas jusqu'alors : armement, transport, assurances, et ventes de céréales. La crise économique mondiale des années 1930 a marqué le début des nationalisations en France. Principalement motivées par des raisons économiques, ces nationalisations ont permis de sauver des entreprises clés de l'économie. Ces dernières, notamment dans le secteur du transport, s'étaient retrouvées en grande difficulté financière. L'État intervint une première fois pour les soutenir en leur prêtant des fonds. Rapidement, il fut clair que les entreprises ne pourraient rembourser ces prêts à l'État. La solution trouvée fut de fusionner leur capital et leurs biens avec du capital de l'État. Les diverses entreprises privées de chemin de fer ont vu leurs biens transférés en 1936 dans une seule société nationale publique, la Société nationale des chemins de fer. La SNCF était alors détenue à 49% par les entreprises privées et à 51% par l'État dont les créances initiales furent transformées en actions. La même solution avait entraîné en 1933 la fusion de cinq compagnies aériennes dans la société Air France, dans laquelle l'État ne possédait au début que 25% du capital. Par ailleurs, le gouvernement du Front populaire décida en 1936 l'expropriation des établissements se livrant à la fabrication ou au commerce des matériels de guerre, mais le gouvernement ne mit pas sur pied les revendications de la Confédération générale du travail (CGT, syndicat ouvrier) concernant la nationalisation des banques et des industries clés.

Par ailleurs, la Seconde Guerre mondiale fit éclater les limites de l'intervention de l'État dans l'économie. La loi de 1938 sur « l'organisation de la Nation pour le temps de guerre » stipula que toute l'économie du pays pouvait être placée sous le contrôle de l'État qui pouvait réglementer toutes formes d'activités de production, d'exportation et de consommation. La loi autorisait également la réquisition et l'exploitation de n'importe quel établissement industriel et commercial au nom de la satisfaction « d'un besoin du pays ».

Les événements de la première moitié du XX<sup>ème</sup> siècle constituèrent un tournant pour la représentation du rôle de l'État dans l'économie. Son intervention est désormais tolérée et illimitée. D'un autre côté, l'évolution des idées et convictions économiques depuis le XIX<sup>ème</sup> siècle favorisa également le recours aux nationalisations à la Libération.

### 1.3 Droit à la propriété et nationalisation

La nationalisation est un pouvoir propre à l'État, « un acte exprès de puissance publique » selon les mots d'Olivier Beaud cité plus haut. Ce pouvoir lui donne une puissance économique unique, mais le place en même temps en contradiction avec son statut de garant du droit de propriété, défini comme un droit « naturel(s) et imprescriptible(s) » dans l'article 2 de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789.

Dès la seconde moitié du XIX<sup>ème</sup> siècle on constate cependant que le droit à la propriété est compris de façon moins absolue et se trouve parfois complètement remis en question. Plusieurs raisons expliquent ce glissement intellectuel qui permet au concept de nationalisation de gagner en légitimité.

À l'heure de la révolution industrielle, le marxisme s'oppose à la propriété individuelle et capitaliste. Le manifeste communiste de Karl Marx et de Friedrich Engels prône « l'expropriation des expropriateurs » et fait de la collectivisation le pivot à l'époque de la révolution socialiste. En France, la pensée marxiste est représentée par le parti socialiste de l'époque, la Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO), et le syndicat ouvrier CGT. L'idée de la collectivisation des moyens de production transparaît dans le concept de nationalisation. Ce syndicat, proche du Parti communiste français fondé en 1920, réclama en 1936 la nationalisation des banques et de plusieurs industries clés.

L'opposition prolétariat/bourgeoisie se superpose dans la France du XIX<sup>ème</sup> siècle à une opposition politique entre monarchistes et républicains. L'historien Pierre Rosanvallon rappelle ainsi que l'idée de nationalisation apparaît dans le débat politique français dès la fin des années 1870 à l'occasion de grèves de mineurs.<sup>11</sup> Laïques et républicains, ces derniers s'opposent aux propriétaires des mines, royalistes et catholiques, qui leur imposent des conditions de travail épouvantables. À cette époque, le transfert de la propriété des mines est réclamé par les socialistes et se comprend comme une mesure républicaine visant à protéger les mineurs des décisions arbitraires de leurs patrons.

*« C'est parce qu'il est royaliste, c'est-à-dire étranger à la nation et à la République, que le capital privé doit être exproprié. Le capital privé est directement perçu comme le signe d'une permanence du vieux dans le neuf. C'est en ce sens que l'émergence de l'idée de nationalisation est indissociablement socialiste et républicaine, conclut Pierre Rosanvallon. »<sup>12</sup>*

11 Pierre Rosanvallon : « Les années 1968-2018. Une histoire intellectuelle et politique (10/11). La machine à conquérir le pouvoir. L'idéologie avant l'intelligible », cours au Collège de France. Dans : *France Culture*, 8 février 2016, URL : <https://www.franceculture.fr/emissions/les-cours-du-college-de-france/les-annees-1968-2018-une-histoire-intellectuelle-et-9>.

12 Pierre Rosanvallon : « L'idée de nationalisation dans la culture politique française ». Dans : *Le Débat*, vol. 10, n° 17 (1981), pp. 6-14.

Par ailleurs Bernard Chenot pointe du doigt que le développement du capitalisme au XIX<sup>ème</sup> siècle a entraîné un changement de la perception et de la connotation de la propriété.<sup>13</sup> La propriété de capital se limite à la possession d'un titre de rente et perd le caractère personnel et naturel de la propriété traditionnelle. Dès la fin du XIX<sup>ème</sup> siècle, l'État commence à légiférer en relativisant le droit à la propriété. Il s'invite par exemple dans les relations industrielles en légiférant sur la protection des travailleurs et passe des lois, notamment dans l'aménagement urbain, où l'intérêt général prime sur le droit de propriété.

Enfin les théories économiques de John Maynard Keynes, qui trouvent un écho conséquent dans l'après-guerre, réfutent la thèse libérale de l'autorégulation du marché et invitent l'État à réguler l'économie en jouant notamment sur la demande, les prix, la monnaie.

Les vagues de nationalisations que nous allons maintenant étudier constituent, avec l'épisode du Front populaire en 1936, les premières vraies politiques volontaires et d'envergure de création d'entreprises publiques. Les nationalisations de 1944-1948 prennent place dans une France où le service public était jusque-là peu significatif.

## 2 Les nationalisations de 1944-1948

De 1944 à 1948, le gouvernement provisoire, puis le gouvernement et l'assemblée parlementaire de la IV<sup>ème</sup> République française ont nationalisé quinze entités. Laissant de côté, du fait de leur particularité, la Sécurité sociale, la Banque d'Algérie, la Société nationale des entreprises de Presse et la Fondation nationale des sciences politiques (futur Sciences Po), les pouvoirs politiques français ont nationalisé : l'ensemble du secteur des mines, l'ensemble du secteur du gaz et de l'électricité, deux-cinquième des compagnies d'assurances, la Banque de France et les quatre plus grandes banques de dépôts, les usines Renault, l'entreprise Gnome et Rhône, le transport aérien, les transports en commun d'Ile de France et la marine marchande.

### 2.1 Le contexte économique

A la fin de la Seconde Guerre mondiale, la France fait face à des « urgences matérielles sans précédent historique »<sup>14</sup> que Pierre Rosanvallon rappelle ainsi :

*« 74 départements ont été touchés, contre seulement 13 en 1914-1918 ; des régions entières ont été dévastées ; les productions agricoles et industrielles ont plus souffert qu'en 1914-1918 (l'indice de la production industrielle est tombé à 38 en 1945 contre 100 en 1938) ; près de 1 200 000 immeubles ont*

---

13 Chenot, Les entreprises nationalisées, p. 16.

14 Rosanvallon, *L'Etat en France*, p. 243.

*été détruits ou endommagés. Globalement, on estime que plus du quart de la fortune nationale a été détruite (contre 10% environ pour la Première Guerre mondiale). La situation de pénurie est ainsi beaucoup plus marquée en 1945 qu'elle ne l'était en 1918. »<sup>15</sup>*

De plus, la production industrielle en 1943-1944 n'atteignait que le tiers de celle d'avant-guerre.<sup>16</sup> Face à la pénurie et aux besoins de la population, il s'agit de faire renaître l'économie française. Dans un premier temps, de 1945 à 1946, l'économie française reste plutôt autarcique et visait à pourvoir à ses besoins de manière indépendante.

Mais les relations économiques mondiales s'organisent de telle sorte que la France s'intègre peu à peu dans un système de libre-échange façonné par les États-Unis. Le programme financier pour reconstruire l'Europe, le Plan Marshall, invite la France et les pays d'Europe de l'Ouest à coopérer économiquement. La création en 1953 de la Communauté européenne du charbon et de l'acier (CECA) marque un premier pas vers un marché européen commun. Ce contexte de libéralisation des échanges internationaux a créé une certaine tension avec la vision keynésienne de l'économie, évoquée plus haut.

Mais à la Libération règne l'idée que seule une initiative de l'État serait capable d'assurer la reconstruction économique de l'industrie française. Les nationalisations furent, pour plusieurs raisons, l'un des moyens adoptés pour agir sur l'économie.

## 2.2 Les motivations

Aux origines des nationalisations de la Libération se trouve le programme d'action du Conseil national de la Résistance (CNR). Ce dernier, créé par le général de Gaulle, coordonnait les actions de la Résistance dans la France occupée. Le CNR était composé de plusieurs conseillers issus de huit mouvements de Résistance, de deux syndicats et de six partis politiques, des communistes aux chrétiens-démocrates. Il représentait toutes les tendances politiques de la Résistance.

Le programme d'action du CNR fut adopté le 15 mars 1944 au bout de cinq versions. Ce texte compilait un ensemble d'actions à entreprendre immédiatement contre l'ennemi et des mesures politiques à adopter après la guerre. En matière économique, les membres du CNR se sont mis d'accord sur la volonté d'instaurer plus de démocratie dans les entreprises, en donnant aux ouvriers le droit d'accéder aux fonctions de direction.

---

<sup>15</sup> Ibid.

<sup>16</sup> Hans-Jürgen Lüsebrink : *Einführung in die Landeskunde Frankreichs. Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, Kultur, Mentalitäten*, Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler, 2011, p. 40.

L'idée de plus de démocratie se retrouve dans la volonté de faire intervenir l'Etat dans l'économie, à travers un plan économique d'échelle nationale et la nationalisation des moyens de productions, de l'énergie, des assurances et du crédit.<sup>17</sup> Il est remarquable de voir que des forces politiques aussi éloignées que celles présentes au sein du CNR se soient mises d'accord sur un programme économique aussi dirigiste. Ce compromis semble remporté par les forces de gauche mais s'appuie également sur un sentiment répandu qui associe les nationalisations à une reconquête de la souveraineté nationale. Charles de Gaulle exprime ce sentiment avec beaucoup de vigueur à Alger le 14 juillet 1943 :

*« S'il existe encore des bastilles, qu'elles s'appêtent de bon gré à ouvrir leurs portes ! Car, quand la lutte s'engage entre le peuple et la Bastille, c'est toujours la Bastille qui finit par avoir tort. Mais c'est dans l'ordre que les Français entendent traiter leurs affaires et ne point sortir de la guerre pour entrer dans les luttes civiles. »*<sup>18</sup>

Au-delà du retour à la souveraineté nationale et de la conviction répandue que la nation devait être maître des secteurs clés de l'économie, d'autres raisons et arguments sont invoqués pour effectuer les nationalisations.

La réquisition et l'expropriation des entreprises ayant collaboré de manière notoire avec les forces ennemies sont des motivations qui poussent à nationaliser les usines Renault en créant la Régie des usines Renault. L'entreprise de construction de moteurs d'avion, Gnome et Rhône, subit également une nationalisation-sanction.

Aux yeux de l'Etat, les nationalisations étaient à la fois perçues comme un investissement nécessaire et comme un outil de politique économique puissant. L'état du marché financier à la sortie de la guerre n'aurait pas permis seul de combler les besoins en financement pour réparer et moderniser les mines et le réseau électrique et gazier. La nationalisation des secteurs de l'énergie, des assurances et d'une partie du secteur du crédit (Banque de France, Crédit Lyonnais, Société Générale, Comptoir national d'Epargne de Paris, Banque Nationale pour le Commerce et l'Industrie) se justifiaient en ce qu'elles permettaient à l'Etat d'agir globalement sur l'économie nationale.

Aux yeux des salariés et des syndicats, les nationalisations étaient considérées comme une source d'amélioration des conditions de travail, en termes de salaire et de statut. Au sein des milieux socialistes, on souhaitait les nationalisations dans le but d'éliminer les structures capitalistes d'avant-guerre.

---

17 Cf. Conseil National de la Résistance : « Le programme d'action de la Résistance (adopté par le CNR le 15 mars 1944) ». Dans : *Espoir*, n° 135 (juin 2003), URL : <http://www.charles-de-gaulle.org/wp-content/uploads/2017/10/Le-programme-daction-du-CNR.pdf>.

18 Charles de Gaulle : « Discours du 14 juillet 1943 à Alger », cité de : Andrieu/ Le Van/ Prost, *Les nationalisations de la Libération*, p. 235.

Selon Geneviève Burdeau, le contexte de la Libération a contribué à créer une inclinaison intellectuelle favorable au recours aux nationalisations :

*« Aus dieser Zeit stammt die Entwicklung dessen, was man die "Verstaatlichungsideologie" genannt hat, eine typisch französische Geistes schöpfung, welche die Debatten von 1981/82 maßgeblich beeinflusst hat und auf welche sich die aktuelle Diskussion über die Organisation des staatlichen Wirtschaftsbereichs immer wieder bezieht. »<sup>19</sup>*

### 2.3 La mise en œuvre

- Le cadre constitutionnel

Pour mettre en œuvre et concrétiser ses projets de nationalisations, le gouvernement provisoire (dirigeant la France du 3 juin 1944 au 27 octobre 1946) s'appuie en premier lieu sur la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789. L'article 17 de la Déclaration : ce réfère comme suit au droit de propriété

*« La propriété étant un droit inviolable et sacré, nul ne peut en être privé, si ce n'est lorsque la nécessité publique, légalement constatée, l'exige évidemment, et sous la condition d'une juste et préalable indemnité. »*

Cet article statue sur le caractère « inviolable et sacré » du droit à la propriétés mais permet à l'État d'en priver quelqu'un à plusieurs conditions : l'expropriation doit répondre d'une nécessité publique ; celle-ci doit être légalement constatée ; et une juste indemnité doit précéder l'expropriation.

A partir du 27 octobre 1946, le gouvernement de la IV<sup>ème</sup> République peut s'appuyer directement sur sa constitution, adoptée par référendum le 13 octobre 1946. L'article 9 du préambule précise que :

*« Tout bien, toute entreprise, dont l'exploitation a ou acquiert les caractères d'un service public national ou d'un monopole de fait doit devenir la propriété de la collectivité. »*

- Le calendrier législatif

Nous allons voir que cet article aura surtout servi aux trois dernières opérations de nationalisations. La réalisation des nationalisations souhaitées par le programme d'action du CNR s'est faite en trois actes, selon l'expression de l'historien Antoine Prost.<sup>20</sup>

Dans un premier temps, ce sont des entreprises précises qui ont été nationalisées. Entre septembre 1944 et 1945, les Houillères du Nord Pas-de-Calais, les usines Renault et l'entreprise Gnome et Rhône sont devenues propriétés de l'Etat.

19 Burdeau, *Die französischen Verstaatlichungen*, p. 11.

20 Antoine Prost : « Une pièce en trois actes ». Dans : Andrieu/ Le Van/ Prost, *Les nationalisations de la Libération*, pp. 236-246.

Les mines du Nord de la France, réquisitionnées le 27 septembre 1944, furent nationalisées par l'ordonnance du 13 décembre 1944<sup>21</sup> qui créa les Houillères du Nord et du Pas-de-Calais. L'ordonnance du 16 janvier 1945 entraîna la nationalisation des usines Renault. La totalité de l'actif et du passif de la société devinrent à 100% la propriété de l'Etat. Cette mesure punitive n'annonçait pas encore de politique générale de nationalisation. Par la suite, le gouvernement provisoire devint propriétaire de la grosse majorité des actions de l'entreprise Gnome et Rhône (ordonnance du 29 mai 1945) et des transports aériens (ordonnance du 26 juin 1945).

Avant de procéder aux grandes nationalisations, De Gaulle souhaita que le gouvernement provisoire attende l'avis du peuple souverain qui sembla y être favorable puisqu'un sondage IFOP indiqua en novembre 1944 que 60% des Français étaient favorables aux nationalisations.<sup>22</sup> La précaution de De Gaulle ne remet pas en cause sa volonté d'accomplir le programme d'action du CNR. Le 2 mars 1945, il prononça un discours devant l'Assemblée constituante où il souligna avec force le fait que l'Etat doit intervenir dans l'économie :

*« Oui, nous affirmons que c'est le rôle de l'État d'assurer lui-même la mise en valeur des grandes sources de l'énergie : charbon, électricité, pétrole, ainsi que des principaux moyens de transport : ferrés, maritimes, aériens, et des moyens de transmission, dont tout le reste dépend. C'est son rôle d'amener lui-même la principale production métallurgique au niveau indispensable. C'est son rôle de disposer du crédit (vifs applaudissements répétés) afin de diriger l'épargne nationale vers les vastes investissements qu'exigent de pareils développements et d'empêcher que des groupements d'intérêts particuliers puissent contrarier l'intérêt général. »<sup>23</sup>*

Toujours selon les sondages cités dans l'ouvrage dirigé par Claire Andrieu, 70% des Français sont favorables à la nationalisation des banques en avril 1945 (dont 81% des ouvriers et 57% des professions libérales). En juillet 1945, 62% des Français sont favorables à la nationalisation des mines, soit plus encore qu'en novembre 1944 (60%).

Les élections législatives du 21 octobre 1945 donnent vainqueurs les partis pro-nationalisations. Le Parti communiste français arriva en tête avec plus du quart des voix. La SFIO est troisième après le Mouvement Républicain Populaire (démocrate-chrétien et centriste), favorable à des nationalisations raisonnées. Ainsi la fin de l'année 1945 et l'année 1946 connaissent une vague de nationalisations. L'Assemblée constituante vota le 2 décembre 1945 la nationalisation des quatre grandes banques de dépôt et de la Banque de France. La loi du 8 avril 1946 transféra 100% du capital

---

21 Une ordonnance est un texte à valeur législative rédigé par le gouvernement à qui le parlement a délégué son pouvoir pour une durée limitée.

22 Andrieu/ Le Van/ Prost, Les nationalisations de la Libération, p. 237.

23 Ibid., p. 241.

des sociétés de gaz et d'électricité à l'Etat. Enfin, l'ensemble du secteur minier est nationalisé le 17 mai 1946. L'activité minière est réduite à une entreprise par bassin minier et est coordonnée par un organisme : les Charbonnages de France.

Le troisième et dernier acte des nationalisations a lieu deux ans plus tard, en 1948. L'Assemblée élue en novembre 1946 (où ni les communistes, ni les socialistes ne sont majoritaires) n'est pas favorable à de nouvelles nationalisations, alors même que la constitution de la toute nouvelle IV<sup>ème</sup> République les exige dans le cas où une « exploitation a ou acquiert les caractères d'un service public national ou d'un monopole ». Finalement, l'année 1948 voit le transfert de la propriété à l'État de la Compagnie générale transatlantique et de la Compagnie de messagerie maritime. Ces deux entreprises sont regroupées dans une société d'économie mixte, la Marine marchande. De la même manière, Air France, dont l'État était déjà actionnaire minoritaire, est transformé en société d'économie mixte, le 16 juin 1948. La création de la Régie autonome des transports parisiens (RATP), le 21 mars 1948, ferme la période des nationalisations d'après-guerre. L'on peut tout de même se demander si le cas de la Marine marchande et d'Air France sont vraiment des nationalisations. En effet, la création d'une société d'économie mixte implique un transfert de capital de l'État vers l'entreprise, en difficulté financière voire en déficit. Il ne s'agit pas d'un transfert du capital de l'entreprise vers l'État.

- Statut et fonctionnement des entreprises nationalisées

Les entreprises nationalisées n'ont pas de statut commun. Elles obéissent aux règles de leur statut particulier. Elles prennent la forme d'établissements publics (Houillères, EDF, GDF, Renault) ou de sociétés publiques (Banques, assurances, chemins de fer, compagnies de navigation maritime ou Air-France). La SNCF a le statut particulier d'être une société anonyme par actions. Les sociétés de la marine marchande nationalisées, la Compagnie générale transatlantique et la Compagnie de messagerie maritime, tout comme Air France, sont des sociétés d'économie mixte.

Les établissements publics sont soumis au droit public et gèrent des services séparés de l'ensemble des services gérés par l'Etat. Les sociétés publiques sont soumises au droit privé et commercial et laissent une place aux capitaux privés.

Selon Bernard Chenot, le statut d'entreprise nationalisée n'a que peu d'influence sur le fonctionnement de l'institution. Toutes les entreprises nationalisées sont soumises aux mêmes règles de tutelle et de contrôle de l'État. La tutelle du gouvernement s'exprime en influant sur les décisions prises et en désignant et révoquant les directeurs généraux. La masse des salariés a le même statut que ceux des entreprises privées de l'industrie et du commerce. Le gouvernement définit lui-même, selon une représentation tripartite de l'intérêt général, le nombre de sièges par groupe de représentants (employés, gouvernement, usagers du service

public) dans les Conseils d'Administration des entreprises nationalisées. Pour les Houillères du Nord et du Pas-de-Calais, la loi du 13 décembre 1944 définit la composition du comité consultatif (24 membres) et du conseil d'administration (« deux représentants du personnel ouvrier ou employé, un représentant des agents de maîtrise ou des cadres supérieurs ; un représentant des utilisateurs de la houille et autres produits ; un représentant du ministre chargé des mines ; un représentant du ministre de l'économie nationale », <sup>24</sup> désignés au sein du comité consultatif ; et le président directeur général nommé par le gouvernement). Les entreprises gérant un service public doivent soumettre les décisions d'exploitation au gouvernement qui fixe ainsi les tarifs de l'électricité et du chemin de fer. Le Parlement exerce en plus un contrôle de dépenses. La gestion des entreprises nationalisées apparaît très technocratique.

- Indemnisation

Il est difficile de résumer brièvement ici l'ensemble des modalités d'indemnisation. Tout de même on peut dégager quelques caractéristiques. Les indemnisations de la Libération se sont étalées sur le long terme et ont pris la forme de titres obligataires avec une période d'amortissement de cinquante ans. Elles ont été individuelles et adressées à chaque actionnaire, avec une attention particulière aux petits actionnaires et à l'exception des sociétés dont une seule activité a été nationalisée. Le taux d'indemnisation a été dans l'ensemble calculé en fonction des cours en bourses des sociétés nationalisées.

Les quatre grandes banques de dépôts, nationalisées le 2 décembre 1945, ont connu une indemnisation rigoureuse : annuelle, elle ne sera pas inférieure à 3% de la valeur de rachat. Pour les actionnaires des compagnies d'électricité nationalisées, l'intérêt minimum a été fixé à 3%.

## 2.4 L'impact économique

Il s'avère difficile de mesurer au niveau national, aussi bien dans les années 1940 que 1980-90, les performances économiques des entreprises nationalisées et plus largement des entreprises publiques. Comme on l'a vu plus haut il n'existe pas, dans les textes législatifs et juridiques, une définition précise de la notion d'entreprise publique qui permettait de mener ce travail statistique efficacement et facilement. En 1948, un projet de loi a tenté de faire adopter une définition des entreprises publiques, mais il n'a pas été adopté, et les textes relatifs aux nationalisations n'ont pas inclus de définition.

---

24 Gouvernement provisoire de la République française : « Ordonnance du 13 décembre 1944 portant institution des "Houillères nationales du Nord et du Pas-de-Calais" ». Dans : *Legifrance*, s.a. URL : <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000006069585&dateTexte=&categorieLien=cid>.

Les historiens et les statisticiens s'accordent tout de même sur le fait que le secteur public a joué un rôle important dans les dix années suivant les nationalisations d'après-guerre. Le secteur public, principalement à travers les grandes entreprises, a par exemple assuré 43,9% de l'investissement national total en 1949 et 41,5% en 1953.<sup>25</sup> En 1950, on constate que la production d'électricité, après la nationalisation du secteur en 1945, est de 34% plus élevée qu'en 1946.<sup>26</sup>

Les nationalisations ont transformé l'État en « État-patron » : 1 500 000 personnes travaillaient dans le secteur public en 1946<sup>27</sup>, après les grandes vagues de nationalisations. L'emploi public représenta entre 11% et 13% de l'effectif salarié de l'économie (hors secteur agricole) en 1946<sup>28</sup> et en 1959<sup>29</sup>.

La même année, la valeur ajoutée créée par les entreprises publiques correspondait à 13,9% de la valeur ajoutée de l'ensemble des branches marchandes (agriculture non comprise). En ce qui concerne l'investissement, la formation brute de capital fixe (FBCF) des entreprises publiques équivalait à 38,4% de la FBCF de l'ensemble des branches marchandes (agriculture non comprise).

En calculant la moyenne arithmétique des données sur l'emploi, la production et l'investissement pour chaque année à disposition (1959, 1963, 1969, 1973, 1976, 1979), Armand Bizaguet remarqua que c'est en 1959 que le secteur public eut l'impact le plus fort sur l'économie française, avec un agrégat estimé à 20,5-21% (contre 17,8% en 1979 et 15,5%, agrégat le plus bas, avant la crise pétrolière en 1973).

Il est à noter que même si les nationalisations de la Libération n'ont été défaites que très légèrement et tardivement. Les assurances furent par exemple privatisées dans les années 1990, comme la Société Générale en 1986. L'État diminua à partir des années 1980 sa participation au capital des entreprises Air France et Renault. L'historien Antoine Prost souligne que les nationalisations ont longtemps eu un statut d'intouchables, vu le contexte dans lequel elles ont été réalisées :

*« Les nationalisations de la Libération n'ont duré que parce qu'elles n'étaient pas l'œuvre d'un seul parti. Leur importance tient précisément à ce qu'elles constituent, avec les comités d'entreprises et la Sécurité sociale, le seul héritage durable de l'union de la Résistance. »<sup>30</sup>*

25 Abdelilah Hamdouch : *L'état d'influence. Nationalisations et privatisations en France*, Paris, Presses du CNRS, 1989, p. 37.:

26 Andrieu/ Le Van/ Prost, *Les nationalisations de la Libération*, pp. 356-357.

27 Armand Bizaguet : « L'importance des entreprises publiques dans l'économie française et européenne après les nationalisations de 1982 ». Dans : *Revue économique*, vol. 34, n° 3 (1983), pp. 434-465.

28 Andrieu/ Le Van/ Prost, *Les nationalisations de la Libération*, pp. 356-357.

29 Bizaguet, „L'importance des entreprises publiques“, pp. 434-465.

30 Prost, « Une pièce en trois actes », pp. 245-246.

### 3 Les nationalisations de 1981-1982

Les nationalisations de 1981-1982 ont lieu près de trente ans après les nationalisations de la Libération. Entretemps, le secteur public a légèrement évolué au gré de la création d'établissements ou de filiales d'établissements publics ou grâce à la prise de participation de l'État dans de nombreuses sociétés ou du fait de la fusion d'établissements. En 1979, le secteur public représentait 94% des emplois dans l'énergie<sup>31</sup> et 59,8% des emplois dans le secteur des transports et des télécommunications.<sup>32</sup> De plus, les entreprises publiques dans l'ensemble des branches marchandes (hors agriculture) produisaient 13% de la valeur ajoutée nationale.<sup>33</sup>

Le gouvernement socialiste élu en mai 1981 procéda à la nationalisation de cinq groupes industriels (Compagnie Générale d'Electricité, Compagnie Saint-Gobain, Péchiney-Ugine-Kuhlmann, Rhône-Poulenc, Thomson-Brandt), trente-neuf banques, deux compagnies financières (la Compagnie financière de Paris et des Pays-Bas et la Compagnie financière de Suez) et deux groupes sidérurgiques (Usinor et Sacilor). Par ailleurs, le gouvernement socialiste prit une participation majoritaire dans cinq autres entreprises (Matra, Dassault-Bréguet, Roussel-Uclaf, ITT-CGCT et CII-Honeywell-Bull).

#### 3.1 Le contexte économique

Au début des années 1980, la France se trouvait dans un contexte économique évidemment complètement différent de celui de l'après-guerre. L'économie française se situait dans un environnement économique mondialisé où le libre-échange s'était généralisé. A contre-courant de l'idéologie libérale, le gouvernement décida de procéder à des nationalisations d'entreprises impliquées dans des marchés étrangers.

La France du début des années 1980 faisait face à une situation économique difficile. Le choc pétrolier de 1973 alimenta une inflation qui se situait à hauteur de 17% en France cette même année.<sup>34</sup> Le second choc pétrolier en 1979 déboucha sur une multiplication par neuf des prix d'hydrocarbures.<sup>35</sup> La croissance économique et notamment la production industrielle ralentissaient fortement. Le chômage connut une forte augmentation à cette période et passa de 400 000 en 1974 à un million de chômeurs en 1976, puis à deux millions en 1981.

---

31 Bizaguët, « L'importance des entreprises publiques », p. 449.

32 Ibid.

33 Ibid.

34 Serge-Christophe Kolm : « La grande crise de 1974 ». Dans : *Annales. Économies, Sociétés, Civilisations*, 32e année, n° 4 (1977), pp. 815-823, ici : p. 820.

35 Serge Berstein : « FRANCE (Histoire et institutions). La France d'aujourd'hui ». *Encyclopædia Universalis* [en ligne], s.a., URL : <http://www.universalis.fr/encyclopedie/france-histoire-et-institutions-la-france-d-aujourd-hui/>.

C'est la première fois que les paliers des un et deux millions furent dépassés en France.<sup>36</sup>

La victoire de François Mitterrand à l'élection présidentielle du 21 mai 1981 marqua un tournant politique dans la V<sup>ème</sup> République française. C'est la première fois en effet que le Parti Socialiste dirige le gouvernement, qui comptera d'ailleurs également des ministres communistes.

### 3.2 Les motivations

L'historien Bernard précise que les nationalisations de 1982 « représentent une véritable priorité » et recouvrent un triple enjeu pour le gouvernement socialiste : symbolique, idéologique et économique.<sup>37</sup>

Les mesures de nationalisations faisaient partie des promesses électorales du Parti Socialiste depuis le début des années 1970. Ce dernier avait en effet signé un programme commun de gouvernement avec le Parti communiste français en 1972. Le chapitre sur la démocratisation et l'élargissement du secteur public prévoyait de nationaliser l'ensemble du secteur bancaire et financier, l'ensemble des ressources du sous-sol, du secteur de l'armement, de l'industrie spatiale et aéronautique, de l'industrie nucléaire et de l'industrie pharmaceutique. Le programme commun voulait aussi nationaliser une grande partie des industries électronique, chimique, sidérurgique, pétrolière et automobile. Au total, environ 1450 entreprises industrielles étaient visées par les nationalisations.<sup>38</sup>

Les ambitions des deux partis étaient triples : il s'agissait d'agrandir, de démocratiser et de restructurer le secteur public. En se dressant contre la concentration du capital entre les mains de certains grands groupes de niveau multinational, ils souhaitaient également que le gouvernement maîtrise tous les instruments financiers pour créer des emplois et redresser la production.

De nombreux débats et réflexions furent menés dans les années 1970 sur l'utilité des nationalisations. Un certain accord se fixa autour du fait que les nationalisations apportent du dynamisme à l'économie nationale (à travers la politique d'investissement à long terme des entreprises nationalisées). Les nationalisations étaient également perçues comme des lieux d'avancée sociale, des moteurs de la recherche et du développement et comme une réponse à l'internationalisation de l'économie. Geneviève Burdeau souligne que le contexte de la crise légitimait l'intervention de l'État dans l'économie nationale :

---

36 Frédéric Frangeul : « Les dates-clé du chômage en France ». Dans : *Europe* 1, 2 septembre 2012, URL : <http://www.europe1.fr/economie/les-dates-cle-du-chomage-en-france-1223991>.

37 Mathias Bernard : *Les Années Mitterrand. Du changement socialiste au tournant libéral*, Paris : Belin, 2015, p. 32.

38 Parti communiste français. *Programme commun de gouvernement actualisé*, Paris : Editions sociales, 1972.

« [...] die öffentliche Meinung war geneigt, vom Sektor der staatlichen Wirtschaft eine Förderung von Forschung und Investitionen zu erhalten, wie sie für einen Wiederaufschwung der Wirtschaft nötig sind; dies berechtigte zur Hoffnung, dass die Arbeitslosigkeit sinken würde. »<sup>39</sup>

Ainsi malgré la rupture de l'alliance communiste-socialiste à la fin des années 1970, le parti socialiste inclut des mesures de nationalisations dans son programme pour l'élection présidentielle de 1981. Comme énoncé dans le Programme Commun, le gouvernement de François Mitterrand souhaitait contrôler le crédit pour pouvoir mieux maîtriser l'économie nationale, développer les conditions de travail, et améliorer la compétitivité de l'économie française à travers une politique d'investissement forte et le développement de la recherche.

### 3.3 La mise en œuvre

Les nationalisations, dont le nombre a été réduit par rapport aux idées de 1972, furent réalisées très rapidement et presque d'un seul geste une fois le gouvernement élu. La quasi-totalité des nationalisations furent promulguées par la loi du 11 février 1982 sur laquelle nous reviendrons plus longuement.

Les autres opérations furent réalisées par la signature de protocoles entre le gouvernement et les entreprises concernées, tandis que les deux groupes sidérurgiques, leaders du marché en grande difficulté financière, Usinor et Sacilor, ont été nationalisés par la loi de finances du 18 novembre 1981 qui conclut la transformation des prêts de l'État à ces deux entreprises en actions.

Le cadre constitutionnel dans lequel ont lieu les nationalisations de 1981-1982 a légèrement changé par rapport à celui de la Libération. La constitution du 4 octobre 1958, adoptée par référendum le 28 septembre 1958, a fondé la V<sup>ème</sup> République et stipule dans son article 34 que c'est au parlement et non au gouvernement de fixer les règles concernant « les nationalisations d'entreprises et les transferts de propriété d'entreprises du secteur public au secteur privé. »<sup>40</sup> C'est donc le parlement qui a le maître mot en matière de nationalisation. En outre, la constitution du 4 octobre 1958 a créé une nouvelle institution dans le système politique français : le Conseil constitutionnel. Celui-ci peut être chargé par le parlement de vérifier le caractère constitutionnel des lois soumises au vote.

La Loi n° 82-155 du 11 février 1982, dite Loi de nationalisation, fut préparée dès la victoire de François Mitterrand à l'élection présidentielle, en mai 1981. Un premier projet de loi fut soumis à l'avis du Conseil d'État le 17 septembre

---

39 Burdeau, *Die französischen Verstaatlichungen*, p. 15.

40 Le Gouvernement de la République : *La Constitution*, entrée en vigueur le 4 octobre 1958, titre V, article 34, URL : <http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958/texte-integral-de-la-constitution-du-4-octobre-1958-en-vigueur.5074.html>.

1981, puis fut présenté au parlement le 23 septembre 1981. Les débats sur la loi ont débuté le 13 octobre à l'Assemblée Nationale, à majorité gouvernementale et qui adopta le texte le 18 décembre 1981. Cependant le Sénat refusa de voter la loi. L'opposition de droite déposa plus de 14.000 amendements, bloquant le processus législatif, et saisit le Conseil constitutionnel.

Par sa décision n°81-132 DC, le Conseil constitutionnel déclara le projet de loi du gouvernement anticonstitutionnel. Parmi les points soulignés par le Conseil constitutionnel, celui concernant le droit de propriété est particulièrement intéressant. Le Conseil constitutionnel était d'avis que vu le caractère constitutionnel et fondamental du droit à la propriété, la structure économique française, basée sur le capitalisme, aurait a fortiori un caractère constitutionnel. Ainsi, il serait anticonstitutionnel de vouloir légiférer pour limiter l'initiative économique privée. Cependant, le Conseil constitutionnel souligna que les mesures de nationalisations répondent ici à la « nécessité publique » exigée par l'article 17 de la Déclaration des droits de l'Homme et du Citoyen de 1789. En effet, le gouvernement justifia ces nationalisations pour faire face à la crise, promouvoir la croissance et combattre le chômage.

Le 16 janvier 1982, le gouvernement présenta un nouveau projet de loi à l'Assemblée, incluant de façon minutieuse toutes les recommandations du Conseil constitutionnel. Le Parlement adopta la loi de nationalisation le 5 février 1982. Le Conseil constitutionnel fut à nouveau saisi mais rejeta la plainte de non-constitutionnalité le 11 février 1982. La loi fut finalement promulguée le 13 février 1982 et entraîna la nationalisation de cinq groupes industriels (Compagnie Générale d'Electricité, Compagnie Saint-Gobain, Pêchiney-Ugine-Kuhlmann, Rhône-Poulenc, Thomson-Brandt), de trente-neuf banques et de deux compagnies financières (la Compagnie financière de Paris et des Pays-Bas et la Compagnie financière de Suez). Au total, en raison des filiales communes, ce sont 84 banques qui ont été nationalisées en 1982 : soit un effectif total de 88.000 personnes. Ces banques réalisaient 27% des dépôts à court terme du secteur bancaire et 30,5% des crédits de l'économie.<sup>41</sup>

Les cinq groupes nationalisés étaient des groupes multisectoriels, leaders sur leur marché principal et actifs dans des activités secondaires : Thomson-Brandt était le leader de l'électroménager. Pêchiney-Ugine-Kuhlmann (PUK) était le numéro un de l'aluminium, mais entretenait aussi des activités nucléaires. Rhône-Poulenc était le numéro de la chimie et Saint-Gobain-Pont-à-Mousson leader dans le verre plat.

En outre, le gouvernement de François Mitterrand passa entre octobre 1981 et le début de l'année 1982 plusieurs accords avec les dirigeants de cinq autres

---

41 Bizaguet, « L'importance des entreprises publiques », p. 458.

entreprises pour obtenir la participation majoritaire dans leur capital. L'État devint ainsi propriétaire majoritaire du groupe d'armement Matra, du groupe d'aéronautique Dassault-Bréguet, dans le laboratoire pharmaceutique Roussel-Uclaf, de la Compagnie générale des Constructions Téléphoniques et du groupe informatique CII-Honeywell-Bull.

- Statut et fonctionnement des entreprises nationalisées

La structure de contrôle sur les entreprises nationalisées était la même que celle des années 1940. Les directeurs généraux sont nommés par décret par le gouvernement. Les conseils d'administration se composent de représentants de l'État, de représentants des salariés et de personnalités compétentes dans le domaine d'activité de l'entreprise. Pour les groupes industriels le nombre de sièges se répartit comme suit : 7, 6, 5. Pour les banques et les compagnies financières, la répartition est équitable puisque chaque groupe de représentants dispose de quatre sièges.

Geneviève Burdeau signale que la loi de nationalisation n'apporta que peu de mesures sur le fonctionnement des entreprises nationalisées :

« *Im Gegensatz zu den Texten von 1945/46, welche Anweisungen für die Grundstrukturen der neuen öffentlichen Unternehmen gaben, muss man die Zurückhaltung des Gesetzes zur Rechtsstellung und Arbeitsweise der verstaatlichten Unternehmen unterstreichen.* »<sup>42</sup>

La volonté de démocratiser le secteur public, émise dans le programme commun de gouvernement de 1972, semble avoir disparu de l'esprit de la loi de nationalisation. Les employés ne disposaient pas de plus de contrôle sur les activités de leurs entreprises et restaient soumis au droit privé. L'objectif premier des nationalisations était de rendre une indépendance économique, technique et financière aux entreprises, non pas de modifier les conditions de travail et de gestion. Tout de même, une loi relative à l'organisation et à la démocratisation du secteur public fut votée le 26 juillet 1983.

- Indemnisation

L'indemnisation des actionnaires des entreprises nationalisées se fit par l'émission d'obligations à partir d'un délai de trois mois après la promulgation de la loi. Le rachat des actions se fit en fonction du cours moyen des actions entre le 1<sup>er</sup> octobre 1980 et le 31 décembre 1981 et « du montant des sommes distribuées sous formes de dividendes au titre de l'exercice 1980. »<sup>43</sup> La méthode d'indemnisation fut la même pour toutes les entreprises citées dans la loi de nationalisation.

---

42 Burdeau, *Die französischen Verstaatlichungen*, p. 38.

43 Anon. : « Loi de nationalisation (n° 82-155 du 11 février 1981) ». Dans : *Journal officiel de la République française*, 13 février 1982, p. 566, URL : [https://www.legifrance.gouv.fr/jo\\_pdf.do?id=JORFTEXT000000503960](https://www.legifrance.gouv.fr/jo_pdf.do?id=JORFTEXT000000503960).

Le coût des nationalisations au vu du second projet de loi adopté fut estimé à 35 milliards de francs.

### 3.4 L'impact économique

Dans les années 60, un changement dans le contrôle et le fonctionnement des entreprises publiques a été introduit, sous l'impulsion du rapport de M. Nora en 1967. Plus d'autonomie fut accordée à la direction des entreprises. Leur modernisation fut également encouragée. Et le gouvernement les « invita » à devenir compétitives en les laissant fixer des prix couvrant les coûts de production et grâce à une définition plus précise de leur mission de « service public ».

En termes d'emploi, les nationalisations ont fait augmenter les effectifs du secteur public avant tout dans les secteurs financiers et industriels. Après les nationalisations, les effectifs du secteur public bancaire s'élevaient à 89,9% des effectifs totaux des banques. Après 1982, les banques nationales représentaient 84,7% du crédit à l'économie (contre 54,2% avant).<sup>44</sup> Les effectifs globaux des entreprises publiques industrielles (au sens strict) étaient passés de 285 600 à 859 000 unités après 1982. Le secteur public représentait ainsi 18,6% des emplois industriels contre 6,1% avant.<sup>43</sup> Avec plus de 3 000 entreprises, le secteur public d'entreprises employait 1,9 million de personnes en 1982, soit 9% de la population active.<sup>45</sup>

En termes de valeur ajoutée, celle créée par les entreprises publiques industrielles après 1982 correspondait à 22,5% de la valeur ajoutée de la branche, contre 8% avant. L'ensemble du secteur public produisait après 1982 17,2% de la valeur ajoutée créée par l'ensemble des branches marchandes (agriculture non comprise), contre 13% avant.<sup>46</sup>

En termes d'investissement, les entreprises publiques industrielles participaient à hauteur de 23,8% à l'investissement total de la branche, contre 9,2% avant. Au niveau de l'ensemble du secteur public, l'augmentation n'est que de trois points : avant les nationalisations de 1982, la formation brute de capital fixe du secteur public s'élevait à 30% de l'ensemble des branches marchandes (agriculture non comprise), contre 33,5% après.<sup>47</sup>

Les nationalisations organisées par le gouvernement de François Mitterrand se sont limitées aux textes votés et aux accords passés en 1981-1982. Plusieurs

---

44 Bizaguet, « L'importance des entreprises publiques », p. 458.

45 Anon. : « L'évolution du périmètre du secteur public d'entreprises ». Dans : Direction de l'information légale et administrative (éd.) : *Vie publique. Au cœur du débat publique*, 19 août 2013, URL : <http://www.vie-publique.fr/decouverte-institutions/institutions/approfondissements/evolution-du-perimetre-du-secteur-public-entreprises.html>.

46 Bizaguet, « L'importance des entreprises publiques », p. 462.

47 Ibid.

raisons peuvent expliquer ce fait. Les nationalisations n'ont pas complètement fait leur preuve et ont engendré une perte de 20 milliards de francs.<sup>48</sup> La situation économique de la France ne s'améliora pas nettement. Mitterrand n'avait pas l'intention de nationaliser d'autres entreprises et opéra dès 1983 un virage en matière de politique économique en se détournant des outils traditionnels du Parti Socialiste. Il s'orienta lors de sa réélection en 1988 vers une politique de statut quo.

Par ailleurs, l'orientation de l'économie européenne et internationale dans les années 1980 n'était pas propice aux nationalisations. La construction du marché commun européen, la mondialisation et le néo-libéralisme contribuaient à limiter au minimum la place de l'Etat dans l'économie.

Une politique de privatisation a été menée par le parti de droite RPR (Rassemblement pour la République), majoritaire à l'Assemblée nationale après l'élection législative de 1986. Leur victoire sonna le début d'une vague de privatisations qui s'est poursuivie jusqu'à aujourd'hui, sous des gouvernements de gauche et de droite. Les lois du 2 juillet 1986 et du 6 août 1986 entraînent par exemple la privatisation de 14 entreprises publiques et de leurs 277 filiales dans les secteurs de l'industrie et de la finance. La Société Générale, nationalisée à la Libération, retrouva le secteur privé en 1986, tout comme Matra, les compagnies financières Parisbas et Suez, nationalisées en 1982. Les deux groupes sidérurgiques Usinor et Sacilor dont l'État avait pris la propriété en 1982 furent privatisées dans les années 1990, comme les assurances, sous contrôle de l'État depuis 1946.

## Conclusion

Notre étude s'est intéressée aux motifs, à la mise en œuvre législative et à l'impact économique des deux périodes de nationalisations de 1944-1948 et 1981-1982. Ces deux époques ont contribué à l'établissement d'un secteur économique public qui compte aujourd'hui 1 625 sociétés (filiales incluses), 791 000 salariés et crée 5% de la valeur ajoutée nationale (hors secteurs agricoles et financiers).<sup>49</sup>

A leur époque respective, l'impact économique de ces nationalisations était cependant bien plus important. Les nationalisations de 1944-1948 ont complètement transformé le rôle économique joué par l'État qui est devenu un « État-patron ». En 1946, après la réalisation des principales nationalisations, 1 500 000 personnes travaillaient dans le secteur public. L'emploi public représentait entre 11% et 13% de l'effectif salarié de l'économie (hors secteur

---

48 Bernard, *Les Années Mitterrand*, p. 33

49 Anon. : « Entreprises publiques », INSEE Références, p. 150

agricole) en 1946<sup>50</sup> et en 1959.<sup>51</sup> La même année, la valeur ajoutée créée par les entreprises publiques correspondait à 13,9% de la valeur ajoutée de l'ensemble des branches marchandes (agriculture non comprise). Après les nationalisations de 1981-1982, le secteur public économique employait environ 1,9 million de personnes en 1982, dans plus de 3.000 entreprises. L'impact en termes d'effectifs a été plus fort en 1982 en valeur absolue, mais proportionnellement seulement 9% de la population active était employée dans le secteur public d'entreprises en 1982, soit 2 à 4 points de moins qu'après la guerre. La différence est plus nette en ce qui concerne la valeur ajoutée. Après 1982, l'ensemble du secteur public produisait 17,2% de la valeur ajoutée créée par l'ensemble des branches marchandes (agriculture non comprise), contre 13% avant les nationalisations et 13,9% en 1959.<sup>52</sup>

Ces deux périodes sont souvent qualifiées de « vagues » de nationalisations. La métaphore ne semble que partiellement appropriée. Dans la mesure où les nationalisations des années 1940 ont affecté un grand nombre d'entreprises dans des secteurs très divers de l'économie nationale, de l'électricité aux banques en passant par Renault et Air France, on pourrait effectivement parler de vagues. Mais, les nationalisations de 1981-1982, limitées principalement à 5 groupes industriels et au secteur bancaire, ne font pas sur ce point l'impression d'une vague. C'est plutôt dû à la manière abrupte et directe dans laquelle elles ont été mises en place, à travers la loi du 11 février 1982, la loi de finances de 1981 et quelques accords entreprises-gouvernement, qu'elles font penser à une vague. A contrario, la mise en œuvre législative des nationalisations de l'après-guerre s'est étalée sur quatre années et a été individualisée pour chaque entreprise et secteur.

Ce qui différencie fondamentalement les deux vagues de nationalisations c'est le soutien dont elles ont bénéficié. Tandis qu'un consensus issu de la Résistance soula l'ensemble des partis politiques, des communistes aux conservateurs, et accompagna largement la réalisation des nationalisations en 1944-48, l'opposition fut forte et prononcée en 1981-1982. La droite vota contre la loi de nationalisation et remit en question la constitutionnalité de ces mesures.

Cette différence notoire influa grandement la longévité des nationalisations. Là où les nationalisations de la Libération peuvent être considérées comme un héritage durable de la Résistance, celles réalisées par François Mitterrand ont été rapidement défaites par l'opposition une fois arrivée au pouvoir.

Ceci s'explique notamment par les différences remarquées en ce qui concerne les motifs des nationalisations. Celles de 1944-48 ont été mises en place

---

50 Andrieu/ Le Van/ Prost, *Les nationalisations de la Libération*, pp. 356-357.

51 Bizaguet, « L'importance des entreprises publiques ».

52 Ibid., p. 462.

en réponse directe à la guerre : contre les collaborateurs et pour reconstruire le pays, dévasté économiquement. En 1944, il semblait nécessaire que l'État intervienne de telle manière dans l'économie et imposa un nouveau rapport à l'économie. Les nationalisations symbolisaient le retour à la souveraineté nationale. Les nationalisations de 1981 nourrissaient le but de relancer l'économie et de moderniser l'industrie. Elles étaient essentiellement motivées par une vision de gauche de l'économie et du rôle de l'État.

Il serait intéressant de voir si ces mesures de nationalisations représentent les dernières mesures économiques soutenant l'idée d'un État interventionniste. Autrement dit, il faudrait questionner la politique économique française des trente dernières années pour évaluer si elle traduit plutôt une adhésion ou plutôt un rejet de l'idée d'interventionnisme.

## **Zusammenfassung**

Der vorliegende Beitrag widmet sich den zwei Verstaatlichungswellen, die in Frankreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dazu beigetragen haben, einen staatlichen Wirtschaftssektor zu entwickeln. Dieser zählt heute (2016) 1 625 Unternehmen (einschließlich Tochterunternehmen) sowie 791 000 Beschäftigte und schafft 5% der nationalen Wertschöpfung (ausschließlich in den landwirtschaftlichen und finanziellen Sektoren).<sup>53</sup>

Der hier vorliegende Beitrag geht den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen zwei Perioden der Verstaatlichungen nach: den Verstaatlichungen in der Nachkriegszeit von 1944 bis 1948 und den Verstaatlichungen in den Jahren 1981-1982 unter der ersten von der sozialistischen Partei geführten Regierung der Fünften Französischen Republik. Dafür werden die Gründe, die Umsetzung und die ökonomischen Einflüsse der jeweiligen Verstaatlichungen verglichen.

In diesem Zusammenhang ist der Unterschied zwischen dem deutschen Begriff ‚Verstaatlichung‘ und den zwei zur Verfügung stehenden französischen Begriffen, ‚nationalisation‘ und ‚étatisation‘, hervorzuheben. Der erste auf Französisch genannte Begriff entspricht der Übersetzung des deutschen Wortes. Wortwörtlich ist Verstaatlichung aber dem Wort ‚étatisation‘ näher als dem der ‚nationalisation‘. Beide Begriffe entstehen aus dem Wort ‚Staat‘ bzw. ‚État‘. Nationalisation hingegen stammt aus dem Wort ‚nation‘. Darunter fällt also die Bedeutung, dass die Nation selbst zum Eigentümer eines Unternehmens wird und dass das Kapital eines Unternehmens der Nation unterworfen wird. Wenn man dabei berücksichtigt, dass das Wort ‚nationalisation‘ zur Zeit der französischen Revolution entstand, heißt das also, dass der französische Begriff für Verstaatlichung nicht nur den reinen wirtschaftlichen Kapitaltransfer von einem

---

53 Alle Zahlen dieses Absatzes aus Anon. : « Entreprises publiques », INSEE Références, S. 150.

privaten Unternehmen zum Staat beschreibt, sondern ebenso eine kulturelle und nationalidentifizierende Bedeutung beinhaltet.

Durch den Vergleich zwischen den zwei Verstaatlichungswellen wird die Metapher der Welle auf der einen Seite infrage gestellt und auf der anderen Seite widerlegt. Das Wortbild scheint zu stimmen, wenn man die Breite der Verstaatlichungen von 1944-1948 betrachtet. Diese Verstaatlichungen haben durch zahlreiche Gesetze und Verordnungen dazu geführt, sowohl den gesamten Strom-, Gas- und Bergbausektor als auch die Banque de France, vier der größten Depotbanken, zwei Fünftel der Versicherungsgesellschaften, die Auto- und Motorenhersteller Renault und Gnome et Rhône und zahlreiche Transportunternehmen, wie Air France und die RATP, zu verstaatlichen. Im Vergleich dazu wurden durch das Gesetz n°82-155 vom 11. Februar 1982 nur fünf Industriegruppen, 39 Depot- und Geschäftsbanken und zwei Finanzgesellschaften verstaatlicht. Das Haushaltsgesetz von 1981 sowie verschiedene Protokolle zwischen Staat und Unternehmensleitern haben dem Staat ebenfalls eine Mehrheitsbeteiligung in fünf weiteren Unternehmen (darunter die Rüstungsfirma Matra und der Flugzeughersteller Dassault) und zwei Stahl- und Eisengruppen (Usinor und Sacilor) gesichert.

Der durch die Verstaatlichungen geschaffene staatliche Wirtschaftssektor zählte 1946 1 500 000 Beschäftigte und 1982 1 900 000. Jedoch arbeiteten in der Periode von 1946 bis 1959 zwischen 11% und 13% der Franzosen im staatlichen Wirtschaftssektor (ausschließlich in der Landwirtschaft), im Jahr 1982 hingegen nur 9%. Trotzdem war in den 80er Jahren der staatliche Wirtschaftssektor produktiver als im Jahr 1959<sup>54</sup>: nach 1982 trug er mit 17,2% zur nationalen Wertschöpfung (unter Ausklammerung der Landwirtschaft) bei, in den 50er Jahren hingegen nur mit 13,9%.

Grundsätzlich unterscheiden sich die zwei Verstaatlichungsperioden in ihrer Dauer und Nachhaltigkeit. Können die Verstaatlichungen der Nachkriegszeit als das einzige langfristige Erbe der Résistance betrachtet werden, so sind die Verstaatlichungen von 1981-1982 schnell durch den Machtwechsel widerrufen worden.

Die jeweiligen Beweggründe für die zwei Verstaatlichungen geben eine Erklärung für diesen Unterschied. 1944-1948 wurden die Verstaatlichungsmaßnahmen als eine direkte Antwort auf den Krieg eingeleitet: einerseits um das Land wieder aufzubauen, andererseits um die *collaborateurs* zu bestrafen. 1944 schien der Staat der einzige fähige Akteur zu sein, der die nationale Wirtschaft steuern konnte. Außerdem existierte der Wunsch, durch den Staat und die Nation die Ökonomie bzw. die Arbeitsbeziehungen neu zu regulieren

---

54 Alle Zahlen dieses Absatzes aus Andrieu/ Le Van/ Prost, *Les nationalisations de la Libération*, S. 462.

und sogar zu demokratisieren. Die Rückeroberung der staatlichen Souveränität wurde somit auch auf wirtschaftlicher Ebene fortgesetzt. 1981 hingegen dienten die Verstaatlichungen der Bekämpfung der durch den Ölchock verursachten Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit. Zwei weitere Ziele stellten sowohl die Modernisierung der Industrie als auch die Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs dar. Die Verstaatlichungen von 1981-1982 wurden als eine linksorientierte wirtschaftspolitische Maßnahme präsentiert und sind hauptsächlich mit der Erklärung begründet worden, es sei die Rolle des Staats, die Wirtschaft zu regulieren.

Im Folgenden wäre es von zentraler Relevanz, zu analysieren, ob diese Verstaatlichungen die letzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen gewesen sind, im Rahmen derer das Konzept des Staats als intervenierender Wirtschaftsakteur griff. Anders formuliert ist im Folgenden eine Analyse der französischen Wirtschaftspolitik über eine Zeitspanne der letzten 30 Jahre notwendig, um schlussfolgern zu können, inwiefern diese zum Interventionismus tendiert oder nicht.

## Bibliographie

### Sources primaires

Anon. : « Loi de nationalisation (n° 82-155 du 11 février 1981) ». Dans : *Journal officiel de la République française*, 13 février 1982, p. 566, URL : [https://www.legifrance.gouv.fr/jo\\_pdf.do?id=JORFTEXT000000503960](https://www.legifrance.gouv.fr/jo_pdf.do?id=JORFTEXT000000503960).

Conseil National de la Résistance : « Le programme d'action de la Résistance (adopté par le CNR le 15 mars 1944) ». Dans : *Espoir*, n° 135 (juin 2003), URL : <http://www.charles-de-gaulle.org/wp-content/uploads/2017/10/Le-programme-daction-du-CNR.pdf>.

Le Gouvernement de la République : *La Constitution*, entrée en vigueur le 4 octobre 1958, titre V, article 34, URL : <http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958/texte-integral-de-la-constitution-du-4-octobre-1958-en-vigueur.5074.html>.

Le Gouvernement provisoire de la République française : « Ordonnance du 13 décembre 1944 portant institution des "Houillères nationales du Nord et du Pas-de-Calais" ». Dans : *Legifrance*, s.a., URL : <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000006069585&dateTexte=&categorieLien=cid>.

Parti communiste français : *Programme commun de gouvernement actualisé*, Paris : Editions sociales, 1972.

## Monographies

- Andrieu, Claire/ Le Van, Lucette/ Prost, Antoine (éds.) : *Les nationalisations de la Libération. De l'utopie au compromis*, Paris : Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, 1987.
- Bernard, Mathias : *Les Années Mitterrand. Du changement socialiste au tournant libéral*, Paris : Belin, 2015.
- Burdeau, Geneviève : *Die französischen Verstaatlichungen*, Heidelberg : Verlagsgesellschaft Recht u. Wirtschaft, vol. 56, 1984.
- Chenot, Bernard : *Les entreprises nationalisées*, Paris : PUF, 1956.
- Hamdouch, Abdelilah : *L'état d'influence. Nationalisations et privatisations en France*, Paris : Presses du CNRS, 1989.
- Lüsebrink, Hans-Jürgen : *Einführung in die Landeskunde Frankreichs. Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, Kultur, Mentalitäten*, Stuttgart/Weimar : J.B. Metzler, 2011.
- Rosanvallon, Pierre : *L'État en France. De 1789 à nos jours*, Paris : Éditions du Seuil, 1990.

## Articles

- Andrieu, Claire : « Présentation du programme d'action de la Résistance ». Dans : *Espoir*, n° 135 (juin 2003), URL : <http://www.charles-de-gaulle.org/pages/l-homme/dossiers-thematiques/1940-1944-la-seconde-guerre-mondiale/le-conseil-national-de-la-resistance/documents/presentation-du-programme-d-action-de-la-resistance.php>.
- Beaud, Olivier : « Nationalisations et souveraineté de l'État ». Dans : *Histoire@Politique*, vol. 3, n° 24 (2014), pp. 72-87, URL : <http://www.cairn.info/revue-histoire-politique-2014-3-page-72.htm>.
- Bizaguet, Armand : « L'importance des entreprises publiques dans l'économie française et européenne après les nationalisations de 1982 ». Dans : *Revue économique*, vol. 34, n° 3 (1983), pp. 434-465.
- Kolm, Serge-Christophe : « La grande crise de 1974 ». Dans : *Annales. Économies, Sociétés, Civilisations*, 32<sup>e</sup> année, n° 4 (1977), pp. 815-823.
- Rosanvallon, Pierre : « L'idée de nationalisation dans la culture politique française ». Dans : *Le Débat*, vol. 10, n° 17 (1981), pp. 6-14.

## Ressources en ligne

Anon. : « Entreprises publiques ». Dans : Institut national de la statistique et des études économiques (éd.) : *Tableaux de l'économie française*, INSEE Références, 2017, pp. 150-151, URL : <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2569438?sommaire=2587886&q=entreprises+publiques>.

Anon. : « L'évolution du périmètre du secteur public d'entreprises ». Dans : Direction de l'information légale et administrative (éd.) : *Vie publique. Au cœur du débat publique*, 19 août 2013, URL : <http://www.vie-publique.fr/decouverte-institutions/institutions/approfondissements/evolution-du-perimetre-du-secteur-public-entreprises.html>.

Anon. : « 'Nationaliser' Étymologie ». Dans : *Trésor de la Langue Française informatisé*, s.a., URL : <http://www.cnrtl.fr/etymologie/nationaliser>.

Berstein, Serge : « FRANCE (Histoire et institutions). La France d'aujourd'hui ». *Encyclopædia Universalis* [en ligne], s.a., URL : <http://www.universalis.fr/encyclopedie/france-histoire-et-institutions-la-france-d-aujourd-hui/>.

Frangeul, Frédéric : « Les dates-clé du chômage en France ». Dans : *Europe 1*, 2 septembre 2012, URL : <http://www.europe1.fr/economie/les-dates-cle-du-chomage-en-france-1223991>.

Rosanvallon, Pierre : « Les années 1968-2018. Une histoire intellectuelle et politique (10/11). La machine à conquérir le pouvoir. L'idéologie avant l'intelligible », cours au Collège de France. Dans : *France Culture*, 8 février 2016, URL : <https://www.franceculture.fr/emissions/les-cours-du-college-de-france/les-annees-1968-2018-une-histoire-intellectuelle-et-9>.

L'ensemble des ressources en ligne a été consulté dernièrement le 11 juin 2018.



**Klara Boos**

## ***Le patriotisme économique* - Zielsetzung, Maßnahmen und Debatten**

### **Gliederung**

Abstract. . . . .	135
1 Einleitung. . . . .	136
2 Eine Annäherung an den Begriff <i>patriotisme économique</i> . . . . .	138
3 Die Ursprünge des <i>patriotisme économique</i> . . . . .	117
3.1 Vorläufer des <i>patriotisme économique</i> . . . . .	139
3.2 Der Gebrauch des Begriffs. . . . .	140
4 Maßnahmen und Ziele des <i>patriotisme économique</i> . . . . .	142
4.1 Der defensive <i>patriotisme économique</i> . . . . .	142
4.2 Der offensive <i>patriotisme économique</i> . . . . .	148
5 In Frankreich geführte Debatten über den <i>patriotisme économique</i> . . . . .	150
5.1 Die Debatte in Politikerkreisen . . . . .	150
5.2 Die Debatte in Wirtschaftskreisen . . . . .	152
5.3 Die Debatte in Unternehmerkreisen. . . . .	155
6 Komparatistische Schlussbetrachtung: Ökonomischer Patriotismus in den USA. . . . .	157
Literatur. . . . .	159

### **Abstract**

Im Laufe der letzten 15 Jahre wurden vermehrt Fälle bekannt, in denen der französische Staat gezielt in das Wirtschaftsgeschehen eingegriffen haben soll, um seine Schlüsselindustrien zu fördern oder vor feindlichen Übernahmen zu schützen. Diese Praxis wurde 2005 vom damaligen Premierminister Dominique de Villepin

(UMP) als ‚*patriotisme économique*‘ (zu Deutsch: Wirtschafts-patriotismus oder ökonomischer Patriotismus) bezeichnet. Der zentrale Begriff ist seitdem nicht mehr aus der öffentlichen Debatte wegzudenken und wird von französischen Medien ebenso wie von führenden Politikern sowie Politik- und Wirtschaftsexperten regelmäßig aufgegriffen, wenn es darum geht, wirtschaftspolitische Entscheidungen des Landes zu verteidigen oder zu kritisieren. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich näher mit dem Begriff des *patriotisme économique* und beleuchtet seine Ursprünge sowie das ihm zu Grunde liegende Konzept. Darüber hinaus wird auf die Maßnahmen eingegangen, die der französische Staat unter der Flagge des *patriotisme économique* ergreift. Ein weiterer Fokus liegt auf der Debatte, die in Frankreich über den *patriotisme économique* geführt wird. Diese wird aus den Blickwinkeln von Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und Unternehmern betrachtet. Angestoßen von der *America-first*-Politik Donald Trumps, schließt die Arbeit mit einer komparatistischen Schlussbetrachtung, die den US-amerikanischen Wirtschaftspatriotismus in den Vordergrund rückt.

## 1 Einleitung

Im Juli 2005 verbreitete sich das Gerücht über eine angebliche Übernahme des französischen Getränke- und Lebensmittelunternehmens Danone durch den US-Amerikanischen PepsiCo-Konzern wie ein Lauffeuer in ganz Frankreich. Das Wirtschaftsmagazin *Challenges* hatte ohne Angabe von Quellen behauptet, der US-Riese wolle 25 bis 30 Milliarden Euro für den Danone-Konzern zahlen und habe bereits drei Prozent seines Firmenkapitals erworben.<sup>1</sup> Da das Gerücht seitens PepsiCo zunächst nicht offiziell dementiert worden war, gaben Vertreter aus Regierung, Opposition und Gewerkschaften zu verstehen, dass sie das Flaggschiff der französischen Lebensmittelindustrie nicht kampfflos aufgeben werden.

Als einer der ersten meldete sich der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der französischen Nationalversammlung, Patrick Ollier, zu Wort. In einem Fernseh-Interview mit *La Chaîne Info* gab er an, dass ihn die Vorstellung beunruhige, Danone könne in Abhängigkeit von PepsiCo geraten. Gleichzeitig sicherte er dem Konzern Unterstützung bei der Abwehr des ‚Übernahmeangriffes‘ zu.<sup>2</sup> Auf ähnliche Weise äußerte sich Innenminister Nicolas Sarkozy (UPM, heute *Les Républicains*) gegenüber der Tageszeitung *Le Monde*: „Sollte es ein feindliches Angebot für Danone geben, sollten die öffentlichen Stellen gemeinsam mit den Aktionären alles tun, um ihre Kräfte zur Blockade einer

1 Vgl. Valérie Gas: „Les français se lèvent tous pour Danone“. In: *rfi*, 20.07.2005, URL: [http://www1.rfi.fr/actufr/articles/067/article\\_37614.asp](http://www1.rfi.fr/actufr/articles/067/article_37614.asp).

2 Vgl. Le Monde.fr avec AFP et Reuters: „L’action Danone s’envole sous l’effet des rumeurs d’OPA de PepsiCo“. In: *Le Monde*, 19.07.2005, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/19/l-action-danone-s-envole-sous-l-effet-des-rumeurs-d-opa-de-pepsico\\_673627\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/19/l-action-danone-s-envole-sous-l-effet-des-rumeurs-d-opa-de-pepsico_673627_3234.html).

solchen Offensive zu mobilisieren.“<sup>3</sup> „Außerdem“, fuhr er fort, „ist es wichtig zu wissen, dass der Staat nicht darauf verzichten wird, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Frankreichs zu schützen.“<sup>4</sup> Diesen Aussagen schlossen sich selbst Vertreter der Opposition an.

Schlussendlich hatte das Engagement der Politiker jedoch nur theoretischen Charakter, da PepsiCo Ende Juli dem Gerüchtespuk ein Ende setzte und dementierte, an der Übernahme des Danone-Konzerns interessiert zu sein. Anders sah das Ganze im Jahr 2004 aus, als die Regierung Raffarin (2002-2005) das französische Pharmaunternehmen Sanofi erfolgreich bei der Fusion mit dem deutsch-französischen Wettbewerber Aventis unterstützte, um es damit zum drittgrößten Arzneimittelhersteller der Welt zu machen. Oder im Jahr 2006, als durch eine Fusion der beiden französischen Energiekonzerne Gaz de France und Suez eine Übernahme von Suez durch den italienischen Konkurrenten Enel abgewendet werden konnte.<sup>5</sup>

Die Fälle Danone, Sanofi und Suez sind nur wenige Beispiele für den gezielten Eingriff des französischen Staates in das Wirtschaftsgeschehen. Diese Praxis bzw. die Maßnahmen, die der Staat ergreift, um seine Schlüsselindustrien zu fördern oder vor feindlichen Übernahmen zu schützen, wurde 2005 vom damaligen Premierminister Dominique de Villepin (UMP) als ‚*patriotisme économique*‘ (zu Deutsch: Wirtschaftspatriotismus oder ökonomischer Patriotismus) bezeichnet. Der zentrale Begriff ist seitdem nicht mehr aus der öffentlichen Debatte wegzudenken und wird von französischen Medien ebenso wie von führenden Politikern, Politik- und Wirtschaftsexperten regelmäßig aufgegriffen, wenn es darum geht, wirtschaftspolitische Entscheidungen des Landes zu verteidigen oder zu kritisieren.

Doch was bedeutet der Begriff genau und welches Konzept liegt ihm zu Grunde? In welchen Maßnahmen drückt sich der *patriotisme économique* aus? Wer sind seine Befürworter, wer seine Gegner? Und ist das Ganze ein rein französisches Phänomen oder existiert der *patriotisme économique* auch in anderen Ländern Europas und der Welt?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, soll an erster Stelle eine Annäherung an die allgemeine Bedeutung des Begriffs ‚Wirtschaftspatriotismus‘ gewagt werden. Darauf folgt eine Betrachtung der Ursprünge des *patriotisme*

---

3 Gérard Davet: „Il n’est pas question de s’engager dans une nationalisation rampante“. In: *Le Monde*, 21.07.2005, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/21/m-sarkozy-pas-question-de-nationalisation-rampante\\_674292\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/21/m-sarkozy-pas-question-de-nationalisation-rampante_674292_3234.html), übers. v. Klara Boos.

4 Ibid.

5 Vgl. Marie Bartnik: „Ces rachats d’entreprises dans lesquels l’Etat est déjà intervenu“. In: *Le Figaro*, 01.04.2015, URL: <http://www.lefigaro.fr/societes/2015/04/01/20005-20150401ARTFIG00138-ces-rachats-d-entreprises-dans-lesquels-l-etat-est-deja-intervenu.php>.

*économique*, im Zuge dessen sowohl auf den Colbertismus als auch den Keynesianismus eingegangen wird. Im Anschluss daran stehen die defensiven und die offensiven Maßnahmen im Vordergrund, die der französische Staat unter der Flagge des *patriotisme économique* ergreift, sowie die Ziele, die er damit verfolgt. Schließlich werden die Debatten, die in Frankreich über den *patriotisme économique* geführt werden, aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. Aus dem aktuellen Anlass der ‚America first-Politik‘ des US-Präsidenten Donald Trump schließt dieser Beitrag mit einer komparatistischen Schlussbetrachtung, die den US-Amerikanischen Wirtschaftspatriotismus in den Vordergrund rückt.

## 2 Eine Annäherung an den Begriff *patriotisme économique*

Wie die Debatte in Kapitel fünf noch zeigen wird, gibt es keine allgemeingültige Definition des Begriffs *patriotisme économique*, sondern vielmehr divergierende und in der Regel subjektiv gefärbte Ansichten hinsichtlich seiner Bedeutung.

Um sich seinem Sinngehalt dennoch anzunähern, ist es hilfreich, zunächst den Begriff ‚Patriotismus‘ als konstitutives Element des *patriotisme économique* genauer zu betrachten. Unter diesem wird ganz allgemein die emotionale Bindung verstanden, die ein Individuum zu seinem Vaterland aufbaut und die sich beispielsweise in der Bereitschaft äußert, sein Heimatland zu verteidigen und voranzutreiben.<sup>6</sup> Damit einher geht die Entscheidung, zu einer Gemeinschaft zu gehören und die Geschichte sowie das gemeinsame Schicksal der Nation zu teilen.<sup>7</sup> Dieses Konzept des Patriotismus wird in unserem Fall auf die Wirtschaft des Landes übertragen. Wirtschaftlicher Patriotismus kann folglich verstanden werden als das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem wirtschaftlichen System, dessen Fortbestand es zu gewährleisten gilt. Besagtes Gefühl der Zugehörigkeit, das mit einem gewissen Nationalstolz einhergeht, kann bei den verschiedenen Teilnehmern eines Marktes, d.h. bei Verbrauchern, Unternehmen und Staat, die moralische Verpflichtung hervorrufen, die nationale Wirtschaft zu fördern und zugleich vor Gefahren zu schützen.<sup>8</sup> Diese Verpflichtung schlägt sich seitens der Verbraucher beispielsweise im Kauf bzw. Konsum heimischer Produkte und seitens des Staates in einer Reihe von Maßnahmen (vgl. Kapitel 4) – im Extremfall in aktiven Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen – nieder.

6 Vgl. o.A.: „Patriotisme“. In: *Larousse Lexikon*, URL: <http://www.larousse.fr/dictionnaires/francais/patriotisme/58708>.

7 Vgl.: Delbecq, Eric: *Patriotisme économique, un social-libéralisme?*, (eBook), Uppr Editions, 2016, S. 38.

8 Vgl. Marie-Francoise Delaite/ Jacques Poirot: „Patriotisme économique et développement durable“. In: *Développement durable et territoires*, Vol. 1, n° 3 (2010), URL: <https://journals.openedition.org/developpementdurable/8469>, S. 1.

An dieser Stelle soll darauf gewiesen werden, dass der *patriotisme économique* nicht mit dem häufig synonym gebrauchten *nationalisme économique* gleichgesetzt werden sollte. Letzterer unterscheidet sich von erstgenanntem insbesondere durch seine ablehnende Haltung gegenüber fremden Wirtschaftsnationen, die als Bedrohung für die heimische Wirtschaft angesehen werden. Anders als der nach außen gerichtete Wirtschaftspatriotismus setzt der Wirtschaftsnationalismus auf protektionistische Maßnahmen zum Schutz der heimischen Wirtschaft vor ausländischen Einflüssen. Damit einher geht ein übersteigertes Nationalgefühl, das sich in einem Gefühl der Überlegenheit über anderen Wirtschaftsnationen konkretisiert.<sup>9</sup> Aus diesem Grund wird der Begriff des *nationalisme économique* in der Regel autoritären Staaten und jener des *patriotisme économique* demokratischen Staaten wie z.B. Frankreich zugeschrieben.<sup>10</sup>

### 3 Die Ursprünge des *patriotisme économique*

#### 3.1 Vorläufer des *patriotisme économique*

Die Wurzeln des *patriotisme économique* reichen bis in die Periode des Absolutismus zurück. Bereits damals hatten in Frankreich staatliche Eingriffe in die Wirtschaft eine gewisse Tradition, die von Jean-Baptiste Colbert (1619-1683), dem Wirtschafts- und Finanzminister König Ludwig des XIV, begründet wurde.<sup>11</sup> Als Vater des sogenannten Colbertismus, „eine in Frankreich ausgeprägte Form des Merkantilismus“,<sup>12</sup> setzte er auf den Aufbau und die staatliche Förderung heimischer Manufakturen sowie auf die staatliche Regelung der Produktion.<sup>13</sup> Hinzu kamen hohe Export- und geringe Importquoten<sup>14</sup> sowie ein ausgeprägter Protektionismus, der sich im Schutz strategischer Ressourcen und in hohen Einfuhrzöllen niederschlug.<sup>15</sup>

9 Vgl. Redaktion: „Aux origines du patriotisme économique“. In: *Problèmes économiques*, n° 2903 (2006), S. 3.

10 Vgl. Sylvie Matelly/ Susanne Nies: „La nationalité des entreprises en Europe“. In: *La Revue internationale et stratégique*, Vol. 2, n° 62 (2006), S. 41-52, hier: S. 43.

11 Vgl. Joachim Schild/ Henrik Uterwedde: *Frankreich – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich, 1997, S.129.

12 O.A.: „Colbertismus“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, o.J., URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/colbertismus.html>.

13 Vgl. o.A.: „Merkantilismus“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, o.J., URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/614/merkantilismus-v9.htm>.

14 Vgl. Thomas Höpel/ Matthias Middell: *Einführung in die Geschichte Frankreichs 1500-1945*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 1999, S. 73 ff.

15 Vgl. Eric Delbecque: *Quel patriotisme économique ?*, Paris: Presses Universitaires de France, 2008, S. 26.

Mit seinen interventionistischen Maßnahmen verfolgte Colbert das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und die Wirtschaftskraft Frankreichs zu stärken, um die Staatseinnahmen des Landes zu erhöhen und dessen politische Macht auszubauen.<sup>16</sup>

Neben dem Colbertismus wurde der *patriotisme économique* gleichermaßen von den Ideen des britischen Wirtschaftswissenschaftlers John Keynes (1883-1946) geprägt. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1933) und der Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre beschäftigte sich jener mit der Frage, auf welche Weise die große Depression und die Unterbeschäftigung überwunden werden können. In seinen Ausführungen wandte sich Keynes vom sogenannten *laissez-faire*-Ansatz orthodoxer Liberalisten ab, laut dem sich der Markt selbst reguliert und der Staat sich vollständig aus dem Wirtschaftsprozess heraushalten soll.<sup>17</sup> Stattdessen war Keynes der Ansicht, der Staat müsse in Gestalt wirtschaftspolitischer Maßnahmen aktiv in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen, um zu dessen Stabilisierung sowie zur Sicherung der Vollbeschäftigung beizutragen.<sup>18</sup> Als zentrales Beispiel nennt er eine staatliche Konjunktursteuerung, bei der die fehlende private Nachfrage durch staatliche Nachfrage und Staatsausgaben kompensiert wird.<sup>19</sup> Auf diese Weise sollen ein hohes Nachfrageniveau und infolgedessen ein hoher Beschäftigungsstand erreicht werden.<sup>20</sup> Die Ideen Keynes dienten dem französischen Staat nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre hinein als Vorlage für eine interventionistische Wirtschaftspolitik, die sich unter anderem in besagter staatlicher Steuerung der Konjunktur manifestierte.<sup>21</sup>

Aus den vorausgegangenen Erläuterungen lässt sich schlussfolgern, dass sowohl Colbert als auch Keynes dem Staat eine zentrale Rolle bei der Regulierung wirtschaftlicher Prozesse zuteil werden lassen. Damit legten sie den Grundstein für den heutigen *patriotisme économique*, wengleich der Begriff als solcher zu ihrer Zeit noch keine Verwendung fand.

### 3.2 Der Gebrauch des Begriffs

„Erfunden“ wurde der Begriff des *patriotisme économique* wohl vom französischen Humoristen Alphonse Allais (1854-1905). Zumindest taucht der Ausdruck in seiner Novelle *Patriotisme économique. Lettre à Paul Déroulède* (1885) zum ersten Mal schriftlich auf.

16 Vgl. Schild/ Uterwedde, *Frankreich*, S. 129.

17 Vgl. Gerhard Willke: *John Maynard Keynes. Eine Einführung*, Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, 2012 [2002], S. 7-21.

18 Vgl. o.A.: „Keynesianismus“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, o.J., URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/keynesianismus.html>.

19 Vgl. o.A.: „Keynesianismus“. In: *Duden Wirtschaft von A bis Z*, o.J., URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19777/keynesianismus>.

20 Vgl. Willke, *John Maynard Keynes*, S. 14.

21 Vgl. Delbecque, *Quel patriotisme économique ?*, S. 44.

Im Rahmen seiner Narration gebrauchte er den Begriff jedoch in einem anderen Zusammenhang als dies heute der Fall ist, nämlich um einen chauvinistischen Widersacher zu verspotten.<sup>22</sup>

Danach sollte es gut hundert Jahre dauern, bis die Bezeichnung *patriotisme économique* wieder Verwendung fand, denn erst ab den 1990er Jahren wurde der Ausdruck vereinzelt von französischen Politikern aufgegriffen. Beispielsweise kann auf den Vortrag des ehemaligen Wirtschafts- und Finanzministers Jean Arthuis (1995-1997), anlässlich der Konferenz *L'économie française, les enjeux de la défense* (1997), verwiesen werden. Während seiner Ausführungen wandte sich Arthuis mit einem Appell direkt an sein Publikum: „Das, was unser Land morgen sein wird, hängt von der Fähigkeit eines jeden von uns ab, einen wahrhaftigen Wirtschaftspatriotismus zum Leben zu erwecken und aufrecht zu erhalten“.<sup>23</sup>

Des Weiteren wurde der Ausdruck 2001 vom damaligen Premierminister Lionel Jospin (1997-2002) in einem Interview mit der Zeitung *Ouest-France* verwendet. Auf die Frage, wie mit der ungewissen Lage, die seit den Anschlägen des 11. September herrsche, umgegangen werden solle, antwortete er wie folgt: „Angesichts des Terrorismus [...] haben die Unternehmensleiter eine Verantwortung: Sie müssen der Einschüchterung widerstehen und die Wirtschaft unterstützen. Lasst uns alle zusammen Wirtschaftspatriotismus zeigen“.<sup>24</sup> Jospin gebrauchte den Begriff folglich, um den Unternehmern und Konsumenten Mut zuzusprechen und trotz der bedrohlichen Lage das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Schließlich fand der Ausdruck darüber hinaus Eingang in den Bericht *Intelligence économique, compétitivité et cohésion sociale* (2003),<sup>25</sup> den der UMP-Abgeordnete Bernard Carayon im Auftrag des Premierminister Jean-Pierre Raffarin mit dem Ziel ausarbeitete, eine Art Bestandsaufnahme der französischen Wettbewerbsfähigkeit durchzuführen. In diesem bezeichnete er den *patriotisme*

22 Vgl. Andreas Heinemann: ‚Ökonomischer Patriotismus‘ in *Zeiten regionaler und internationaler Integration*, Tübingen: Mohr Siebeck, 2011, S. 11.

23 Jean Arthuis: ‚Déclaration de M. Jean Arthuis, ministre de l'économie et des finances, sur la notion de défense économique et la politique en matière d'intelligence économique‘. In: *Conférence intitulée „L'économie française, les enjeux de la défense“*, Institut des Hautes études de la défense nationale (IHEDN), Paris, 03.02.1997, URL: <http://discours.vie-publique.fr/notices/973060400.html>.

24 Jean-Yves Boulic/ Paul Burel/ Lionel Jospin: ‚Interview de M. Lionel Jospin, Premier ministre, dans ‚Ouest-France‘ du 27 septembre 2001, sur la situation internationale après les attentats aux États-Unis, les interpellations dans les réseaux islamistes intégristes, la situation économique et l'exhortation à un ‚patriotisme économique‘‘. In: *Ouest-France*, 27.09.2001, URL: <http://discours.vie-publique.fr/notices/013002740.html>, übers. v. Klara Boos.

25 Bernard Carayon: ‚Intelligence économique, compétitivité et cohésion sociale‘. In: *Base de Connaissance*, 09.02.2013, URL: <https://portail-ie.fr/ressource/textes-de-referance/658/rapport-carayon-2003-intelligence-economique-competitivite-et-cohesion-sociale>, übers. v. Klara Boos.

*économique* als „Garant unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts.“ Eine nähere Beleuchtung des Begriffs erfolgte in den Ausführungen Carayons jedoch zunächst nicht.

Obschon der Begriff des *patriotisme économique* – wie gerade aufgezeigt wurde – zuvor in verschiedenen Kontexten gebraucht worden war, schlug seine ‚wahre Geburtsstunde‘ erst am 27. Juli 2005. In keinem der genannten Fälle wurde der Ausdruck so medienwirksam verwendet wie in diesem und in keinem der Fälle schlug er solch heftige „innen- und außenpolitische Wellen, deren Wirkung [bis heute] anhält.“<sup>26</sup> An besagtem Tag machte Frankreichs damaliger Premierminister Dominique de Villepin (2005-2007) anlässlich der vermeintlich geplanten Übernahme des Danonekonzerns, auf einer Pressekonferenz folgende Aussage:

Ich möchte all unsere Energien rund um einen wahrhaftigen Wirtschaftspatriotismus sammeln. Ich weiß, dass dies nicht zum üblichen Sprachgebrauch gehört. Aber es geht darum, in einer sich wandelnden Welt unsere Kräfte zu bündeln. [...] Das bedeutet, dass wir Frankreich und das, was französisch ist, verteidigen. Das nennt sich Wirtschaftspatriotismus [...]. Viele Länder sind bereits mit wirksamen Mitteln ausgestattet, um ihre sensiblen Unternehmen vor feindlichen Handlungen zu schützen. Wir müssen das Gleiche tun.<sup>27</sup>

Die Aussagen De Villepins bringen uns zu der Frage, welche Maßnahmen der Staat unter der Flagge des *patriotisme économique* ergreift, um „Frankreich und das, was französisch ist“ zu schützen und welche Ziele er damit verfolgt“.

## 4 Maßnahmen und Ziele des *patriotisme économique*

Je nachdem, welches Ziel die vom französischen Staat eingesetzten Maßnahmen verfolgen, kann zwischen einem offensiven und einem defensiven Wirtschaftspatriotismus unterschieden werden.<sup>28</sup>

### 4.1 Der defensive *patriotisme économique*

Oberstes Ziel des defensiven *patriotisme économique* ist es, die strategisch wichtigen Bereiche der französischen Wirtschaft (z.B. den Spitzentechnologiesektor oder die Waffenindustrie) vor ausländischem Einfluss und insbesondere vor feindlichen

26 Henrik Uterwedde: „Patriotisme économique. Eine (nicht nur) französische Debatte“. In: *Dokumente*, n° 6 (2006), S.16-21, hier: S. 16.

27 Le Monde.fr avec AFP et Reuters: „Plaidoyer de Dominique de Villepin en faveur d'un ‚patriotisme économique‘“. In: *Le Monde.fr*, 27.07.2005, URL: [http://www.lemonde.fr/societe/article/2005/07/27/plaidoyer-de-dominique-de-villepin-en-faveur-d-un-patriotisme-economique\\_675859\\_3224.html](http://www.lemonde.fr/societe/article/2005/07/27/plaidoyer-de-dominique-de-villepin-en-faveur-d-un-patriotisme-economique_675859_3224.html), übers. v. Klara Boos.

28 Vgl. Redaktion: „Aux origines du patriotisme économique“, S. 3.

Übernahmen zu schützen.<sup>29</sup> Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der beschleunigten Globalisierung und der zunehmenden Öffnung des Kapitals französischer Industriekonzerne gegenüber externen Investoren, die seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachten ist.<sup>30</sup> Besagte Öffnung des Kapitals schlägt sich beispielsweise im französischen Leitindex CAC 40 nieder, von dessen 40 französischen Aktiengesellschaften (wie z.B. Total, L'Oréal oder Danone) 75% überwiegend im Besitz ausländischer Anleger sind.<sup>31</sup> In Bezug auf den Eingang ausländischer Investitionen gehört Frankreich damit seit Jahren zu den führenden Nationen Europas.<sup>32</sup> Neben den Vorteilen, die diese Investitionen mit sich bringen – wie der Beitrag zum Wirtschaftswachstum oder der Zufluss von Kapital<sup>33</sup> –, birgt der zunehmende Kapitalstrom aus dem Ausland auch Risiken. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich um Direktinvestitionen handelt, d.h. die Investitionen nicht nur der Geldanlage, sondern der Beteiligung an oder dem Erwerb von französischen Unternehmen dienen.<sup>34</sup> In diesem Fall können Investitionen als mögliches Instrument der Unterwanderung oder der Kontrollübernahme strategisch wichtiger Unternehmen eingesetzt werden, woraus sich eine Bedrohung für die nationale Sicherheit, d.h. für die öffentliche Ordnung, die Bevölkerung, die territoriale Einheit oder den Fortbestand öffentlicher Institutionen, ergeben könnte.<sup>35</sup> Diese Gefahr wird als umso größer eingeschätzt, wenn es sich um die Investitionen ausländischer Staatsfonds oder ausländischer Staatsunternehmen handelt, mit Hilfe derer fremde Regierungen auf den französischen Staat Einfluss nehmen könnten.<sup>36</sup> Aus ausländischen Direktinvestitionen könnte sich darüber hinaus ein Nachteil für die französische Wirtschaftsentwicklung und die nationale Wettbewerbsfähigkeit ergeben, da Firmenübernahmen nicht selten mit Standortverlagerungen einhergehen. Der Staat befürchtet demnach, dass durch die Übernahme französischer Unternehmen durch ausländische Investoren Forschungs- und Produktionsaktivitäten sowie Entscheidungszentren ins Ausland

---

29 Vgl. *ibid.*

30 Vgl. Dominique Plihon: „La nationalité des entreprises sont-ils solubles dans la mondialisation?“. In: *La revue internationale et stratégique*, Vol. 2, n° 62 (2006), S. 65-74, hier: S. 67.

31 Vgl. Christine Kerdellant: „Cac 40. Le diktat des actionnaires étrangers“. In: *L'Express/L'Expansion*, 19.01.2016, URL: [http://lexpansion.lexpress.fr/actualiteeconomie/cac-40-le-diktat-des-actionnaires-etrangees\\_1754932.html](http://lexpansion.lexpress.fr/actualiteeconomie/cac-40-le-diktat-des-actionnaires-etrangees_1754932.html).

32 Vgl. Pascal Dupeyrat: *Mondialisation et patriotisme économique. Quand l'État s'invite dans les secteurs stratégiques*, Neuilly-sur-Seine: Jacques Marie Laffont Editeur, 2015, S. 46.

33 Vgl. Augustin Landier/ David Thesmar: „Quel patriotisme économique au XXIe siècle?“. In: *Problèmes économiques* (2006), S. 28-30, hier: S. 29.

34 Vgl. o.A.: „Ausländische Direktinvestitionen“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, o.J., URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/direktinvestition.html>.

35 Vgl. Dupeyrat, *Mondialisation et patriotisme économique*, S. 55-61.

36 Vgl. Heinemann, *Ökonomischer Patriotismus*, S. 88.

verlegt werden, was in der Regel zum Verlust von Knowhow sowie zum Verlust von Arbeitsplätzen führt.<sup>37</sup>

Damit sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die nationale Sicherheit Frankreichs garantiert werden können, hat die französische Regierung trotz der grundsätzlich geltenden Investitionsfreiheit einige Schlüsselindustrien definiert, in denen ausländische Direktinvestitionen „einem staatlichen Genehmigungsvorbehalt unterworfen [werden]“.<sup>38</sup>

Diese Schlüsselindustrien wurden im Jahre 1990 erstmals vom französischen Staat in einer Verordnung determiniert, umfassten zunächst jedoch nur Investitionen, die die öffentliche Ordnung bzw. die öffentliche Sicherheit sowie das Gesundheitswesen in Frage stellten oder die Produktion bzw. den Vertrieb von Waffen, Munition und Kriegsmaterial betrafen. Durch den rasanten technologischen Fortschritt und den Anstieg der Kapitalströme begann der französische Staat jedoch zunehmend an der Wirkungskraft der Verordnung zu zweifeln, zumal diese der Verteidigung der nationalen Interessen nicht mehr gerecht wurde. Aufgrund dessen wurde die Gesetzeslage in den Jahren 1996 und 2004 zunächst angepasst, bis unter der Regierung De Villepin im Dezember 2005 eine vollständig überarbeitete Verordnung (decret n° 2005-1739) verabschiedet wurde.<sup>39</sup>

Diese umfasst eine Liste mit elf strategischen Wirtschaftszweigen, in denen ausländische Direktinvestitionen nicht ohne staatliche Genehmigung getätigt werden dürfen. Dazu zählen: der Glücksspielsektor, die Sicherheitstechnik, die Biotechnologie, die Impfstoffherstellung, Kommunikations- und Abhöranlagen, die IT-Sicherheit, die Verschlüsselungstechnologie, die Produktion oder der Vertrieb von Wirtschaftsgütern mit doppeltem Verwendungszweck (zivil und militärisch), Unternehmen, die Geheimnisse der nationalen Verteidigung wahren, Zulieferfirmen für das Verteidigungsministerium und die Waffenproduktion.<sup>40</sup> Während die Genehmigungspflicht für Investoren aus EU-Mitgliedsstaaten nur für die ersten sieben Wirtschaftszweige gilt, werden Investitionen aus Drittstaaten in allen elf Fällen einer Prüfung durch das Wirtschaftsministerium unterzogen.<sup>41</sup> Dieses kann der Übernahme zustimmen, sie jedoch ebenso ablehnen oder an Bedingungen knüpfen.<sup>42</sup>

---

37 Vgl. Uterwedde, „Patriotisme économique“, S. 18.

38 Ibid., S. 17.

39 Vgl. Dupeyrat, *Mondialisation et patriotisme économique*, S. 89-97.

40 O.A.: „Décret n° 2005-1739 du 30 décembre 2005 réglementant les relations financières avec l'étranger et portant application de l'article L. 151-3 du code monétaire et financier“. In: *Le service public de la diffusion du droit*, 31.12.2005, URL: <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORF-TEXT000000268021&categorieLien=id>.

41 Vgl. o.A.: „Tour du monde du patriotisme économique“. In: *Problèmes économiques* (2006), S. 8.

42 Vgl. Dupeyrat, *Mondialisation et patriotisme économique*, S. 150 ff.

Gut acht Jahre nachdem die Verordnung der Regierung De Villepin in Kraft getreten war, änderte sich die Gesetzeslage hinsichtlich der Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen erneut. Auslöser dafür war das Übernahmeangebot, welches der US-Amerikanische General Electric Konzern dem französischen TGV-Hersteller Alstom – „Symbol der industriellen Stärke Frankreichs und des französischen Einfallsreichtums“<sup>43</sup> – Ende April 2014 für seine Energiesparte unterbreitete. Angesichts der strategischen Bedeutung Alstoms für die französische Industrie, reagierte die Regierung um Premierminister Manuel Valls (2014-2016) und allen voran der damalige Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg stark beunruhigt. Gleichzeitig war sich Frankreichs Führung jedoch bewusst, dass ihr zum damaligen Zeitpunkt keine rechtliche Grundlage zur Verfügung stand, um sich der Übernahme zu widersetzen.<sup>44</sup>

Ebendiese Situation sollte sich mit dem Dekret n° 2014-479 vom 14. Mai 2014 jedoch ändern. Die Verordnung, nach ihrem Initiator Arnaud Montebourg auch *Décret Montebourg* genannt, räumt dem französischen Staat ein zusätzliches Vetorecht bei der Übernahme französischer Firmen durch ausländische Investoren ein.<sup>45</sup> Genauer gesagt erweitert sie die elf strategischen Wirtschaftszweige des Dekrets von 2005 um das Transport- und Gesundheitswesen sowie um die Bereiche Telekommunikation, Energie (Strom-, Gas-, Kohlenwasserstoffversorgung) und Wasserversorgung.<sup>46</sup>

„Die Entscheidung, die wir zusammen mit dem Premierminister getroffen haben, ist eine wirtschaftspatriotische Entscheidung“, sagte Arnaud Montebourg kurz nach der Veröffentlichung des Dekretes in einem Interview mit *Le Monde*, „die Maßnahmen zum Schutz der strategischen Interessen Frankreichs sind eine Rückeroberung unserer Stärke. Sie sind das Ende des *laissez-faire*“.<sup>47</sup> Dass der Wirtschaftsminister mit seinen Aussagen nicht Unrecht hatte, zeigt ein Blick auf die Unternehmen des Leitindex CAC 40: Durch die Ausdehnung der Verordnung

---

43 Arnaud Montebourg, zit. in: Isabelle Chaperon/ Cédric Pietralunga: „Alstom. Arnaud Montebourg exprime sa ‚vigilance patriotique‘“. In: *Le Monde.fr*, 25.04.2014, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/04/25/rapprochement-ge-alstom-le-gouvernement-travail-a-d-autres-solutions\\_44072703234.html?xtmc=montebourg\\_alstom&xtrc=38](http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/04/25/rapprochement-ge-alstom-le-gouvernement-travail-a-d-autres-solutions_44072703234.html?xtmc=montebourg_alstom&xtrc=38).

44 Vgl. Cédric Pietralunga/ David Revault d'Allonnes: „Alstom. L'État signe un décret de ‚patriotisme économique‘“. In: *Le Monde.fr*, 14.05.2014, [http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/05/14/l-etat-s-arme-pour-protoger-les-industries-strategiques\\_4418777\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/05/14/l-etat-s-arme-pour-protoger-les-industries-strategiques_4418777_3234.html).

45 Vgl.: mik/AFP: „Monsieur ‚Made in France‘ beansprucht ein Vetorecht“. In: *Spiegel Online*, 15.05.2014, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/frankreichs-wirtschaftsminister-kaempft-gegen-die-globalisierung-a-969674.html>.

46 Vgl.: Dupeyrat, *Mondialisation et patriotisme économique*, S. 134.

47 Cedric Pietralunga/ David Revault d'Allonnes: „Montebourg. ‚Le décret sur les entreprises, c'est la fin du laissez-faire‘“. In: *Le Monde.fr*, 15.05.2014, URL: [http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/05/15/arnaud-montebourg-le-decret-sur-les-entreprises-c-est-du-laissez-faire\\_4419368\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/05/15/arnaud-montebourg-le-decret-sur-les-entreprises-c-est-du-laissez-faire_4419368_823448.html), übers. v. Klara Boos.

sind allein zwei Drittel der 40 stärksten börsennotierten französischen Unternehmen vor feindlichen Übernahmen geschützt.<sup>48</sup>

Auch im Streit um den Verkauf der Alstom-Energiesparte an General Electric konnte sich der Staat durch das neue Dekret einen Vorteil verschaffen, da es ihm eine wichtige Rolle als Verhandlungspartner einräumte.<sup>49</sup> Zwar stimmte Frankreich letzten Endes einer Übernahme zu, hatte Dank der neuen Verordnung allerdings die Möglichkeit, sein Einverständnis an eine 20%-Beteiligung am führenden TGV-Produzenten zu knüpfen, um sein Mitspracherecht nicht zu verlieren und um die nationalen Interessen des Landes zu wahren.<sup>50</sup>

Neben den beiden Dekreten, die in den vorangegangenen Abschnitten näher betrachtet wurden, hat der französische Staat weitere rechtliche Maßnahmen ergriffen, um seine Schlüsselindustrien im Namen des *patriotisme économique* besser vor ausländischen Übernahmeversuchen zu schützen. Zu diesen zählt unter anderem der Artikel 34 des ‚Gesetzes für das Vertrauen und die Modernisierung der Wirtschaft‘, das im Juli 2005 verabschiedet wurde. Der Artikel sieht vor, dass jeder Investor, der in Frankreich ein börsennotiertes Unternehmen übernehmen möchte, auch dessen in- und ausländische Tochtergesellschaften übernehmen muss.<sup>51</sup> Auf diesem Wege wird beispielsweise die Übernahme des französischen Autokonzerns Renault deutlich erschwert, da er mit 44 Prozent am japanischen Autobauer Nissan beteiligt ist.<sup>52</sup> Ein möglicher Interessent müsste folglich „nicht nur rund 22 Mrd. Euro für Renault aufbringen, sondern zusätzlich 40 Mrd. Euro für Nissan“<sup>53</sup>, was die Übernahme für den Investor zu einer teuren Angelegenheit machen würde. Da das Gesetz demgemäß vor allem die Übernahme des Automobilkonzerns Renault erschweren soll, wird es in der Presse auch gerne als ‚Lex Renault‘ bezeichnet.<sup>54</sup>

Abgesehen von juristischen Maßnahmen hat der französische Staat diverse Finanzinstrumente erarbeitet, um seine Unternehmen „weniger anfällig für

48 Vgl.: Dupeyrat, *Mondialisation et patriotisme économique*, S. 99.

49 Laurent Martinet: „Patriotisme économique. Montebourg a-t-il trouvé l’arme fatale?“. In: *L’Express/L’Expansion*, 15.05.2014, URL: [http://lexpansion.lexpress.fr/actualite-economique/patriotisme-economique-montebourg-a-t-il-trouve-l-arme-fatale\\_1543567.html](http://lexpansion.lexpress.fr/actualite-economique/patriotisme-economique-montebourg-a-t-il-trouve-l-arme-fatale_1543567.html).

50 Vgl. Stefan Simons: „Französischer Patriotismus siegt im Bieterstreit um Alstom“. In: *Spiegel Online*, 20.06.2014, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/alstom-bieterstreit-siemens-geht-leer-aus-a-976538.html>.

51 Vgl. Uterwedde, „Patriotisme économique“, S. 16.

52 Vgl. Holger Alich: „Frankreich schützt heimische Champions“, in: *Handelsblatt*, 21.10.2005, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/experten-kritisieren-lex-renault-frankreich-schuetzt-heimische-champions/2566276.html>.

53 Ibid.

54 Vgl. Uterwedde, „Patriotisme économique“, S. 16.

ausländische Übernahmeversuche zu machen“.<sup>55</sup> Auch diese gelten als dem defensiven Wirtschaftspatriotismus zugehörig.

Als Beispiel für ein solches Finanzinstrument kann der öffentliche Staatsfonds *Fonds stratégique d'investissement* genannt werden, der im Dezember 2008 unter dem Eindruck der Finanzkrise und auf Initiative des Präsidenten Nicolas Sarkozy gegründet worden war. Der Fonds wurde mit einem anfänglichen Volumen von 20 Mrd. Euro ausgestattet und soll einerseits strategisch wichtige Unternehmen vor Übernahmen schützen sowie andererseits entwicklungsstarke kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, da diese oftmals keinen Zugang zu ausreichenden finanziellen Mitteln für ihre Weiterentwicklung haben.<sup>56</sup> Demnach soll der Staatsfonds verhindern, dass französische Unternehmen aufgrund fehlender heimischer Investoren auf ausländische Geldgeber zurückgreifen müssen.<sup>57</sup> Im Sommer 2013 wurde der *Fonds stratégique d'investissement* in die neugegründete Investitionsbank BPI (Banque publique d'investissement) integriert<sup>58</sup>, die „mit Mitteln von 35 bis 40 Milliarden Euro ausgestattet [...], vor allem an mittlere und kleine Unternehmen ausleiht.“<sup>59</sup>

Als ein weiteres Finanzinstrument des defensiven *patriotisme économique*, das französische Unternehmen besser vor ausländischem Einfluss schützen soll, gilt die Förderung von Volksaktien sowie von Belegschaftsaktien.<sup>60</sup> Indem beispielsweise der Erwerb von Belegschaftsaktien „durch die Ausgabe von Gratis-Aktien an Beschäftigte“<sup>61</sup> erleichtert wird, soll versucht werden, zumindest einen Teil des Unternehmenskapitals in der Hand französischer Anleger zu behalten.

Fälschlicherweise wird der *patriotisme économique* oftmals nur mit den zuvor genannten juristischen Maßnahmen in Verbindung gebracht und deshalb häufig mit dem Protektionismus gleichgesetzt. Entgegen dieser Annahme steht der defensiven Form des Wirtschaftspatriotismus eine offensive Form gegenüber, die weniger darauf abzielt, ausländische Unternehmen an der Übernahme nationaler Schlüsselindustrien zu hindern, sondern vielmehr das Ziel verfolgt, mit Hilfe einer aktiven Standortpolitik ausländische Investoren anzulocken.

---

55 Ibid. S. 27.

56 Vgl. O. W. (lefigaro.fr) avec agences: „L'État lance son fonds souverain à 20“. In: *Le Figaro.fr*, 20.11.2008, URL: <http://www.lefigaro.fr/economie/2008/11/20/04001-20081120ARTFIG00420-le-fonds-souverain-francais-operationnel-le-mois-prochain-.php>.

57 Vgl. Dupeyrat, *Mondialisation et patriotisme économique*, S. 200.

58 Vgl. *ibid.*, S. 208.

59 Christian Schubert: „Paris gründet Staatsbank für den Mittelstand“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.10.2012, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/frankreich-paris-gruendet-staatsbank-fuer-den-mittelstand-11929477.html>.

60 Vgl. Guillaume Duval: „La boîte à outil du patriotisme économique“. In: *Alternatives Économiques*, n° 240, 01.10.2005, URL: <http://www.alternatives-economiques.fr/boite-a-outil-patriotisme-economique/000-31519>.

61 Vgl. Uterwedde, „Patriotisme économique“, S. 17.

Das nächste Teilkapitel wird sich näher mit den Maßnahmen des offensiven *patriotisme économique* beschäftigen.

#### 4.2 Der offensive *patriotisme économique*

Unter der offensiven Form des *patriotisme économique* werden alle staatlichen Maßnahmen verstanden, die darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Standortes Frankreich zu fördern, zu verbessern oder hervorzuheben.<sup>62</sup> Auf diese Weise sollen Unternehmen mit hoher Wertschöpfung<sup>63</sup> angelockt und dazu angeregt werden, ihre Produktionsstätten sowie ihre Forschungs- und Entwicklungszentren in Frankreich anzusiedeln, um zum französischen Wirtschaftswachstum beizutragen. Darüber hinaus soll vermieden werden, dass bereits in Frankreich agierende Industrieunternehmen ihre Aktivitäten ins Ausland verlagern und Arbeitsstellen abbauen.<sup>64</sup>

Ein Mittel, auf das der Staat zurückgreift, um den Industriestandort Frankreich für ausländische Unternehmen attraktiv zu machen, ist die Bewilligung von Subventionen.<sup>65</sup> Diese werden in der Regel in Form von direkten Geldleistungen oder in Form von steuerlichen Nachlässen gewährt.<sup>66</sup>

Neben Subventionen ist der Aufbau eines positiven Länderimages ein zentraler Aspekt des offensiven *patriotisme économique*. Ein solches ist wichtig, um Frankreich national und international ein hohes Ansehen zu verschaffen und sich im Hinblick auf bestimmte Merkmale wie beispielsweise Qualität oder Innovationsfähigkeit von anderen Nationen abzusetzen.<sup>67</sup> Zu diesem Zweck setzt der französische Staat seit mehreren Jahren auf die Promotion des ‚Made in France‘, d.h. auf die Förderung von in Frankreich gefertigten oder zumindest dort fertiggestellten Produkten. Eine Vorreiterrolle bei der Förderung des ‚Made in France‘ nahm der ehemalige Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg ein. Im Jahre 2012 warb er auf der Titelseite des *Le Parisien*-Magazins im marinegestreiften Pullover der bretonischen Bekleidungsfirma Armor Lux und mit einer Küchenmaschine des französischen Herstellers Moulinex auf dem Arm für französische Firmen bzw. deren Produkte.<sup>68</sup>

---

62 Vgl. Delbecq, *Quel patriotisme économique ?*, S. 42 f.

63 Vgl. Sandra Desmettre: „Les dessous du patriotisme économique“. In: *Regards croisés sur l'économie*, Vol. 1, n° 3 (2008), S. 286-290, hier: S. 290.

64 Vgl. Matelly/ Nies, „La nationalité des entreprises en Europe“, S. 47.

65 Vgl. Delbecq, *Quel patriotisme économique ?*, S. 156.

66 Vgl. o.A.: „Subventionen“. In: *Duden Wirtschaft von A-Z*, URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20798/subventionen>.

67 Vgl. Delbecq, *Patriotisme économique. Un social-libéralisme ?*, pos. 616 ff.

68 Vgl. Guillaume Errard: „Montebourg pose en égerie du ‚made in France‘“. In: *Le Figaro.fr*, 19.10.2012, URL: <http://www.lefigaro.fr/conso/2012/10/18/05007-20121018ARTFIG00680-montebourg-pose-en-egerie-du-made-in-france.php>.

Die Förderung der heimischen Produktion spielte auch während des Präsidentschaftswahlkampfes im Jahre 2012 eine große Rolle. So machte beispielsweise Francois Bayrou, Spitzenkandidat der Zentristen, das Thema ‚Made in France‘ zu einem der Hauptaspekte seines Wahlprogramms und auch Marine Le Pen, Vorsitzende des rechtsextremen *Front National*, rief während ihrer Wahlkampagnen die Verbraucher dazu auf, französisch zu kaufen.<sup>69</sup> Der Appell und die Werbekampagnen der Politiker scheinen bei den Wählern Wirkung zu zeigen, denn immer mehr Franzosen sind laut des französischen Forschungsinstituts Credoc bereit, bei ihrem Einkauf Wirtschaftspatriotismus zu zeigen und die heimische Industrie zu unterstützen: Waren im Jahre 1997 lediglich 37 Prozent der Verbraucher bereit dazu, mehr Geld für ein Produkt ‚Made in France‘ zu zahlen, waren es 2015 rund 70 Prozent.<sup>70</sup>

Wie zu Beginn des Teilkapitels angesprochen, zielt die offensive Form des *patriotisme économique* gleichermaßen auf den Erhalt und den Ausbau der französischen Wettbewerbsfähigkeit ab. Aus diesem Grund stehen die gezielte Förderung der Forschung und Entwicklung sowie der Innovationsfähigkeit in Frankreich an erster Stelle.<sup>71</sup> Damit diese Bereiche gestärkt werden können, hat die Regierung Raffarin im Jahre 2004 beschlossen, Kompetenzzentren (*pôles de compétitivité*) in den zentralen Bereichen der französischen Wirtschaft, z.B. in der Nanotechnologie oder der Automobilindustrie, zu gründen.<sup>72</sup> Diese bringen Unternehmen unterschiedlichster Größe mit Akteuren aus Forschungseinrichtungen und Ausbildungszentren zusammen<sup>73</sup> und basieren auf „der Grundüberlegung, dass räumliche Nähe die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Entstehung von Wissen und Innovationen fördert.“<sup>74</sup> Darüber hinaus hat der französische Staat eine nationale Forschungsagentur (*Agence nationale de recherche*) sowie das Programm *French* ins Leben gerufen. Während erstere Projekte der Grundlagenforschung finanziell unterstützt<sup>75</sup>, soll das 2013 gestartete Programm der *French Tech* junge Unternehmer aus dem

---

69 Vgl. Stefan Simons: „Wahlkampf der Wirtschaftspatrioten“. In: Spiegel Online, 26.12.2011, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/frankreichs-praesidentschaftskandidaten-wahlkampf-der-wirtschaftspatrioten-a-804677.html>.

70 Vgl. Gesche Wüpper: „‚Made in France‘ wird zum Wahlkampfthema“. In: *Welt*, 12.09.2016, URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article158063401/Made-in-France-wird-zum-Wahlkampfthema.html>.

71 Vgl. Dupeyrat, *Mondialisation et patriotisme économique*, S. 48.

72 Vgl. Delbecq, *Quel patriotisme économique ?*, S. 89.

73 Vgl. Pascal Kauffmann: „Frankreichs neue Industriepolitik“. In: *DGAPanalyse Frankreich*, Vol. 04, n° 11 (2007), URL: [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/13133/ssoar-2007-kauffmann-frankreichs\\_neue\\_industriepolitik.pdf?sequence=1](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/13133/ssoar-2007-kauffmann-frankreichs_neue_industriepolitik.pdf?sequence=1), S. 12.

74 O.A.: „Cluster“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, o.J., URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/cluster.html>.

75 Vgl. Kauffmann, „Frankreichs neue Industriepolitik“, S.11.

Ausland anlocken, „die ihre Ideen mit einem Projekt in Frankreich auf den Weg bringen wollen.“<sup>676</sup>

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Maßnahmen des *patriotisme économique* ausführlich beleuchtet worden sind, sollen im Folgenden die kontroversen Debatten näher betrachtet werden, die in Frankreich über den *patriotisme économique* geführt werden.

## 5 In Frankreich geführte Debatten über den *patriotisme économique*

### 5.1 Die Debatte in Politikerkreisen

Sei es in Diskursen von Politikern, Ökonomen oder Unternehmern, der Begriff des *patriotisme économique* ist spätestens seit der flammenden Rede De Villepins in öffentlichen Debatten omnipräsent.

Auf politischer Ebene steht der *patriotisme économique* insbesondere im Rahmen der Präsidentschaftswahlen immer wieder im Mittelpunkt zahlreicher Diskussionen. Beispielsweise spielte der Begriff 2012 in den Wahlkampagnen von Nicolas Sarkozy oder in jenen von Marine Le Pen immer dann eine wichtige Rolle, wenn es um die Förderung des ‚Made in France‘ oder um die Verteidigung der wirtschaftspolitischen Interessen Frankreichs ging. Auch bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl nimmt der *patriotisme économique* wieder einen festen Platz in unterschiedlichen politischen Diskursen ein.<sup>77</sup>

Werden diese genauer betrachtet, lässt sich in erster Linie feststellen, dass das Konzept des *patriotisme économique* keinem der politischen Lager fest zugeordnet werden kann. Der Wirtschaftspatriotismus findet demnach Befürworter und Gegner sowohl im linken Flügel als auch im Zentrum, im rechten und im rechtsextremen Flügel. Dessen ungeachtet ergeben sich einmal mehr, einmal weniger starke Unterschiede beim Gebrauch des Begriffs, da ein jeder Politiker den *patriotisme économique* auf seine Weise definiert und interpretiert. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2017 und hinsichtlich der Interpretation des *patriotisme économique* ist die wohl größte Diskrepanz zwischen den Aussagen der Spitzenkandidatin des *Front National*, Marine Le Pen und jenen ihrer Kontrahenten Francois Fillon (*Les Républicains*) und Emmanuel Macron (*En marche!*) erkennbar.

76 Vgl. O.A.: „Mit French Tech Ticket ein Startup in Paris gründen“. In: *Frankreich in Deutschland* (Webseite der Französischen Botschaft), Stand: 28.09.2015, URL: <http://www.ambafrance-de.org/Mit-French-Tech-Ticket-ein-Start-up-in-Paris-grunden>.

77 Vgl. o.A.: „Le patriotisme économique credo porteur de la présidentielle“. In: *Le Parisien.fr*, 13.01.2017, URL: <http://www.leparisien.fr/flash-actualite-economie/le-patriotisme-economique-credo-porteur-de-la-presidentielle-13-01-2017-6564183.php>.

In ihrem insgesamt 144-Punkte umfassenden Wahlprogramm<sup>78</sup> tritt Le Pen im Zeichen eines neuen „patriotischen Modells zugunsten der Beschäftigung“ unter anderem für den „Schutz strategischer Wirtschaftssektoren durch die Kontrolle ausländischer Investitionen [...] mit Hilfe einer Behörde für Wirtschaftssicherheit“ ein. Darüber hinaus macht sie sich stark für die „Etablierung eines wahrhaftigen Wirtschaftspatriotismus“, der gelingt, „indem sich Frankreich von den Zwängen der Europäischen Union befreit und indem französische Firmen bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.“ Im September 2016 unterstrich sie diese zentrale Aussage ihres Programms noch einmal auf der Konferenz *Les Assises du Produire en France*, die jährlich in Reims stattfindet: „Zu sagen, man wolle Wirtschaftspatriotismus zeigen, ohne aus der EU auszutreten, ist Unsinn. Unsere Souveränität, die wir durch das Verlassen der EU wiedererlangen, ist unabdingbar für das Made in France.“<sup>79</sup>

Eine vollkommen andere Auffassung des *patriotisme économique* vertritt hingegen Emmanuel Macron, was er Anfang März 2017 in einem Interview mit dem französischen Radiosender RTL deutlich zum Ausdruck brachte. Darin erklärte er, wie seiner Ansicht nach „ein wahrhaftiger Wirtschaftspatriotismus errichtet wird“, nämlich „auf zwei Arten“: Erstens durch den Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit, weshalb Macron eigens ein Wettbewerbsprogramm auf die Beine gestellt hat, und zweitens durch die Verteidigung und den Schutz von Schlüsselindustrien auf europäischem Niveau. Letzteres möchte er umsetzen durch eine europäische Kontrolle der Auslandsinvestitionen sowie durch einen ‚Buy European Act‘, d.h. die ‚Reservierung‘ des europäischen Marktzugangs für Unternehmen, die mindestens die Hälfte ihrer Produktion in Europa ansiedeln.<sup>80</sup> Für Macron manifestiert sich ein wahrer *patriotisme économique* folglich in der Zusammenarbeit der EU-Staaten und nicht wie für Le Pen im Protektionismus und im Verlassen der Europäischen Union.

Neben Macron hat auch sein Kontrahent Francois Fillon andere Vorstellungen davon, was heute unter dem Begriff *patriotisme économique* zu verstehen ist:

Ich stehe für eine modernisierte und erneuerte Form des Wirtschaftspatriotismus. Es handelt sich dabei nicht um Protektionismus, sondern darum, unsere Interessen zu stärken und zu verteidigen, unter Beachtung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit [...]. Ich halte es für notwendig, mit gleichen Waffen zu kämpfen. Es ist nicht normal, dass der europäische Markt für alle geöffnet ist, wenn es um einige unserer industriellen Schlüsselbereiche geht, die großen

78 O.A.: „Programme“. In: *Le Shopping de Marine*, o.J., URL: <https://www.marine2017.fr/wp-content/uploads/2017/02/projet-presidentiel-marine-le-pen.pdf>, übers. v. Klara Boos.

79 Marine Le Pen, zit. in: Philippe Brochen: „A Reims, tous pour le ‚Made in France‘, mais lequel ?“. In: *Libération*, 09.09.2016, URL: [http://www.liberation.fr/futurs/2016/09/09/a-reims-tous-pour-le-made-in-france-mais-lequel\\_1491373](http://www.liberation.fr/futurs/2016/09/09/a-reims-tous-pour-le-made-in-france-mais-lequel_1491373), übers. v. Klara Boos.

80 Claire Gaveau/ François Lenglet: „Le programme de Macron ignore la question du ‚patriotisme économique‘“. In: RTL, 03.03.2017, URL: <http://www.rtl.fr/actu/politique/le-programme-de-macron-ignore-la-question-du-patriotisme-economique-7787503738>, übers. v. Klara Boos.

nordamerikanischen der asiatischen Märkte für unsere Unternehmen jedoch geschlossen sind.<sup>81</sup>

Wirtschaftspatriotismus bedeute demzufolge für den Spitzenkandidaten der Rechten, Frankreich und Europa mit den gleichen Waffen auszustatten wie seine Konkurrenten, er meint jedoch nicht, sich durch protektionistische Maßnahmen von ihnen abzuschotten.

Dieser Grundgedanke Fillons ist nicht neu, sondern angelehnt an die Ideen des Abgeordneten Bernard Carayon, der den *patriotisme économique* „zu seinem Kernanliegen gemacht hat“ und „nicht müde [wird], in die Debatte öffentlich einzugreifen.“<sup>82</sup> In zahlreichen Essays<sup>83</sup>, die in regelmäßigen Abständen z.B. in *Le Figaro*, *Les Échos* oder *La Tribune* erscheinen, versucht er zum Ausdruck zu bringen, dass der Wirtschaftspatriotismus eine legitime und scharfsinnige Antwort auf „alle Formen des Dopings ist, die auf den internationalen Märkten zu beobachten sind.“<sup>84</sup> Dabei nimmt er Bezug auf die Maßnahmen, die andere Wirtschaftsnationen wie die USA oder China ergreifen, um ihre Schlüsselindustrien zu fördern oder vor ausländischen Übernahmen zu schützen. Der französische *patriotisme économique* beruhe demnach lediglich auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit<sup>85</sup> und ist laut Carayon die „Bedingung für eine gelungene Integration in eine globalisierte Weltwirtschaft.“<sup>86</sup>

Wird die politische Ebene verlassen und die Debatte um den *patriotisme économique* stattdessen in Wirtschaftskreisen weiterverfolgt, lässt sich schnell feststellen, dass dort viel kritischere Töne angeschlagen werden.

## 5.2 Die Debatte in Wirtschaftskreisen

Libérale Wirtschaftsexperten, wie Mathieu Laine, Vincent Bénard oder Nicolas Baverez, setzen den Wirtschaftspatriotismus in erster Linie mit Protektionismus und Antiliberalismus gleich.<sup>87</sup> Darüber hinaus sehen sie in ihm eine „Waffe der

---

81 François Fillon: „Présentation du projet présidentiel“. In: o.J., URL: <https://www.fillon2017.fr/presentation-projet-presidentiel/>, übers. v. Klara Boos.

82 Uterwedde, „Patriotisme économique“, S. 19.

83 Eine Übersicht über alle bisherigen Veröffentlichungen ist abrufbar unter <http://bernardcarayon-avocat.fr/publications/>.

84 Bernard Carayon: „Défense et illustration du patriotisme économique“. In: *Le Monde.fr*, 03.07.2014, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/07/03/defense-et-illustration-du-patriotisme-economique\\_4450444\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/07/03/defense-et-illustration-du-patriotisme-economique_4450444_3234.html), übers. v. Klara Boos.

85 Vgl. *ibid.*

86 Vgl. *ibid.*

87 Vgl. dazu die Videoaufzeichnung der Debatte „Le patriotisme économique. Justifications et limites“ zwischen Jean Pisani-Ferry und Nicolas Baverez. In: *Canal U*, 20.10.2006, URL: [https://www.canal-u.tv/video/universite\\_de\\_tous\\_les\\_savoirs/le\\_patriotisme\\_economique\\_justifications\\_et\\_limites.1488](https://www.canal-u.tv/video/universite_de_tous_les_savoirs/le_patriotisme_economique_justifications_et_limites.1488).

Ausgrenzung<sup>88</sup>, da die staatlichen Initiativen zur Abwehr von Firmenübernahmen ausländische Investoren einerseits entmutigen, in französische Unternehmen zu investieren<sup>89</sup>, und sie andererseits dazu veranlassen, Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen.<sup>90</sup> Vor diesem Hintergrund sei auch das im Jahre 2014 erlassene *Décret Montebourg* ein Schritt in die falsche Richtung.<sup>91</sup> In den Augen liberaler Ökonomen stellt der *patriotisme économique* schließlich ebenso eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit und für das Wachstum französischer Unternehmen dar, da diese nicht von den Vorteilen einer Übernahme – z.B. der Steigerung der Produktivität oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze – profitieren können.<sup>92</sup>

Befürworter des Wirtschaftspatriotismus widersprechen hingegen der These, dass die Maßnahmen, die der französische Staat im Namen des *patriotisme économique* ergreift, protektionistisch seien und die Zusammenarbeit mit anderen Wirtschaftsnationen behindere. Die strategischen Interessen seines Landes zu sichern, sei nichts weiter als ein legitimes Ziel der Politik und habe nichts mit Autarkie oder einem generellen Misstrauen gegenüber ausländischem Kapital zu tun.<sup>93</sup> Um die Aussagekraft ihrer Gegenargumente zu unterstreichen, verweisen die Fürsprecher des *patriotisme économique* immer wieder auf aktuelle Statistiken sowie die Unternehmen des CAC 40: Die Tatsache, dass in der Industrie einer von vier Beschäftigten für ein ausländisches Unternehmen arbeitet<sup>94</sup> und sich mehr als 40% des Kapitals der 40 größten börsennotierten Unternehmen in der Hand ausländischer Anteilseigner befindet, spreche schließlich gegen den protektionistischen Charakter des *patriotisme économique*. Darüber hinaus habe der Staat zu keinem Zeitpunkt auf Handelsbeschränkungen, sondern im Gegenteil auf einen offensiven Wirtschaftspatriotismus und eine aktive Standortpolitik gesetzt.<sup>95</sup>

Werfen wir von den Befürwortern des *patriotisme économique* wieder einen Blick zurück zu seinen Gegnern: Während sich manche Ökonomen damit begnügen, die negativen und schädlichen Eigenschaften des *patriotisme économique*

---

88 Vincent Benard: „Le patriotisme économique, arme d'exclusion“. In: *Le Figaro.fr*, 15.10.2007 [04.11.2006], URL: [http://www.lefigaro.fr/debats/2006/11/04/01005-20061104ARTFIG90604-le\\_patriotisme\\_economique\\_arme\\_d\\_exclusion.php](http://www.lefigaro.fr/debats/2006/11/04/01005-20061104ARTFIG90604-le_patriotisme_economique_arme_d_exclusion.php)

89 Pascal Salin: „Le décret anti-OPA? C'est du chauvinisme ridicule !“. In: *Les Échos.fr*, 03.06.2014, URL: [https://www.lesechos.fr/03/06/2014/LesEchos/21700-130-ECH\\_pascal-salin----le-decret-anti-opa---c-est-du-chauvinisme-ridicule----.htm](https://www.lesechos.fr/03/06/2014/LesEchos/21700-130-ECH_pascal-salin----le-decret-anti-opa---c-est-du-chauvinisme-ridicule----.htm).

90 Vgl. Philippe Manière: „Le protectionnisme financier n'est pas le bon patriotisme économique“. In: *La revue internationale et stratégique*, Vol. 3, n° 63 (2006), S. 101-104, hier: S. 102.

91 Vgl. Salin, „Le décret anti-OPA?“.

92 Vgl. Manière, „Le protectionnisme financier“, S. 102.

93 Vgl. Delbecq, *Quel patriotisme économique ?*, S. 77.

94 Vgl. Dupeyrat, *Mondialisation et patriotisme économique*, S. 46.

95 Vgl. Delbecq, *Quel patriotisme économique ?*, S. 29 ff.

hervorzuheben, kommen Wirtschaftsexperten wie Dominique Plihon und Elie Cohen schlichtweg zu dem Schluss, dass Wirtschaftspatriotismus in der heutigen Zeit keinen Platz und vor allem keine Grundlage mehr hat. Dies liege hauptsächlich daran, dass die Nationalität von Unternehmen im Kontext einer finanziellen Globalisierung nur noch eine geringe Rolle spiele und Unternehmen längst nicht mehr national, sondern multinational agieren.<sup>96</sup> Durch die Internationalisierung von Kapital, Absatzmärkten und Produktion sei es demnach überflüssig, bestimmte Unternehmen als französisch zu bezeichnen<sup>97</sup>, da sie „ihre Hauptmärkte und Beschäftigten überwiegend außerhalb der nationalen Grenzen haben“<sup>98</sup> und ihre Interessen demgemäß nicht mehr mit jenen des französischen Staates übereinstimmen.<sup>99</sup> Infolgedessen ergebe es für den französischen Staat ebenso wenig Sinn, die Übernahme von Unternehmen aus Nationalstolz zu verhindern, damit französisch bleibt, was ohnehin nicht mehr französisch ist.<sup>100</sup> Als Sinnbild dafür wird von Kritikern gerne der Fall Danone angeführt: Als im Jahre 2005 die Gerüchte um eine vermeintliche Übernahme des Konzerns laut wurden und sich ganz Frankreich hinter den Lebensmittelhersteller stellte, erwirtschaftete Danone bereits weniger als 20% seines Umsatzes in Frankreich und befand sich bereits zu 42% in der Hand ausländischer Kapitalanleger.<sup>101</sup>

In den Augen Dominique Plihons hat der *patriotisme économique* somit nur Sinn, wenn er kleine und mittlere französische Unternehmen erreicht, da diese, anders als multinationale Konzerne wie Total oder Renault, lokal verwurzelt und daran interessiert sind, ihre Aktivitäten in Frankreich zu intensivieren.<sup>102</sup>

Nach Meinung der Wirtschaftsexperten liegt neben der finanziellen Globalisierung noch ein weiteres Motiv für die ‚Grundlosigkeit‘ des *patriotisme économique* vor: Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, dass die Nationalität des Kapitals (negative) Auswirkungen auf Standortentscheidungen oder die Beschäftigungspolitik hat, wodurch die staatlichen Maßnahmen zum Schutz

---

96 Vgl. Dominique Plihon: „Illusion du patriotisme économique dans une économie globalisée“, in: *La Revue internationale et stratégique*, Vol. 3, n° 63 (2006), S. 109-112, hier: S. 109.

97 Vgl. Jean-Jacques Rosa: „Patriotisme économique ou souverainisme corporatiste ?“, In: *La Revue parlementaire.fr*, n° 887 (2006), URL: <http://jeanjacques.rosa.pagesperso-orange.fr/Patriotisme%20economique%20ou%20souverainisme%20corporatiste.pdf>.

98 Uterwedde, „Patriotisme économique“, S. 20.

99 Vgl. Desmettre, „Les dessous du patriotisme économique“, S. 287.

100 Mathieu Laine: „Le patriotisme économique ou le syndrome de la Nurserie Française“. In: *La Revue parlementaire.fr*, n° 887 (2006), URL: <http://presseparlementaire.fr/pages/RP887/RP887-debats-mathieu-laine.htm>.

101 Vgl. Le Monde.fr: „Faut-il redouter une OPA sur Danone?“. In: *Le Monde.fr*, 22.07.2005, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/22/faut-il-redouter-une-opa-sur-danone\\_674783\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/22/faut-il-redouter-une-opa-sur-danone_674783_3234.html).

102 Vgl. Plihon, „Illusion du patriotisme économique“, S. 110 f.

französischer Unternehmen hinfällig werden.<sup>103</sup> Entgegen der weit verbreiteten Annahme habe demnach die Übernahme französischer Unternehmen durch ausländische Investoren nicht automatisch einen Stellenabbau und Standortverlagerungen zur Folge, sondern gehe stattdessen mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie dem Anstieg der Produktivität einher. Aus dem gleichen Grund könne nicht behauptet werden, dass die Interessen Frankreichs besser von französischen Unternehmensleitern repräsentiert werden<sup>104</sup> oder sich jene großzügiger gegenüber ihren Beschäftigten verhalten.<sup>105</sup> Ebendies zeige einmal mehr der Danonekonzern, der unter der Führung des Franzosen Frank Riboud zu Beginn der 2000er durch Standortverlagerungen, Standortschließungen und den Abbau von Arbeitsplätzen negative Schlagzeilen gemacht hatte.<sup>106</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass man sich in Wirtschaftskreisen über die Ablehnung des „defensiven, wenig effizient[en] und letztlich unsinnige[n]“<sup>107</sup> *patriotisme économique* weitgehend einig ist. Einige Ökonomen fordern den Staat deshalb dazu auf, die Investitionen ausländischer Unternehmen nicht von vornherein zu unterbinden, sondern zu prüfen, inwiefern diese zum Wirtschaftswachstum Frankreichs beitragen können. Darüber hinaus vertritt ein Großteil der Wirtschaftsexperten den Standpunkt, dass sich der Staat auf eine aktive Standortpolitik beschränken sollte, „die auf modernen Infrastrukturen und einer ambitionierten Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik beruht.“<sup>108</sup>

Nachdem in den vorangegangenen Teilkapiteln bereits die Meinung von Politikern und Wirtschaftsexperten zum Tragen kam, soll im Folgenden die Debatte um den *patriotisme économique* aus dem Blickwinkel der Unternehmer betrachtet werden.

### 5.3 Die Debatte in Unternehmerkreisen

Werden die Standpunkte verschiedener Unternehmer in Bezug auf den *patriotisme économique* näher unter die Lupe genommen, so lässt sich in erster Linie feststellen, dass es in Unternehmerkreisen sowohl Gegner als auch Befürworter des Konzeptes gibt.

---

103 Vgl. Elie Cohen: „Patriotisme économique et politique industrielle“. In: Uwe Blaurock/ Fernand Hörner/ Klaus Mangold (Hgs.): *Schutz vo(r)m Staat. Industriepolitik in Deutschland und Frankreich*, Freiburg: Frankreich-Zentrum der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 2010, S. 19-42, hier: S. 25.

104 Vgl. Rosa, „Patriotisme économique ou souverainisme corporatiste?“.

105 Landier/ Thesmar, „Quel patriotisme économique au XXIe siècle?“, S. 29 f.

106 Vgl. Plihon: „La nationalité des entreprises“, S. 70.

107 Uterwedde, „Patriotisme économique“, S. 21.

108 Ibid.

So verhält sich beispielweise der liberal eingestellte Denis Payre sehr ablehnend gegenüber dem *patriotisme économique*. In diesem und insbesondere im *Décret Montebourg*, sieht er eine neue Maginot-Linie, die ausländische Investoren entmutige, ihre Investitionen in Frankreich zu tätigen. Darüber hinaus berge das Dekret ein hohes Risiko für jene Unternehmen, die für ihre Entwicklung auf ausländisches Kapital angewiesen sind. In den Augen des Unternehmers bedeutet wahrer Wirtschaftspatriotismus folglich, dass sich der Staat darauf beschränkt, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, um in Frankreich Arbeitsplätze zu erhalten.<sup>109</sup> Ähnlich kritische Töne schlägt Ernest-Antoine Seillière an. Der Ex-Chef des Unternehmerverbandes MEDEF (*Mouvement des entreprises en France*) ist der Auffassung, dass alle Arten von Wirtschaftspatriotismus negative Auswirkungen auf das Image Frankreichs haben, da sie den Verdacht erwecken, der französische Staat würde seine Unternehmen ausländischen vorziehen.<sup>110</sup>

Andere Unternehmer äußern sich dem *patriotisme économique* gegenüber weniger kritisch und verteidigen die Maßnahmen der französischen Regierung. So gibt beispielsweise Michel Landel, Hauptgeschäftsführer des Cateringsunternehmens Sodexo Alliance, an, die Reaktion der französischen Regierung zu verstehen, da Wirtschaftspatriotismus auch in anderen Nationen, z.B. in China oder den USA, zu finden sei.<sup>111</sup> An diese Aussagen knüpfen jene Pierre Nantermes an. Der ehemalige Vorsitzende der Wirtschaftskommission des MEDEF hält es demnach für notwendig, dass französische Unternehmen sich mit den gleichen Waffen verteidigen können wie ihre Angreifer. Maßnahmen, die das Prinzip der Gegenseitigkeit in internationalen Operationen sicherstellen, seien folglich gerechtfertigt.<sup>112</sup> Schließlich schlägt sich ebenso Jacques Veyrat, Chef der Investmentgesellschaft Impala, auf die Seite der französischen Regierung: „Es ist nachvollziehbar, dass der Staat einige strategische Unternehmen hat, die er vor ausländischer Kontrollübernahme schützt.“<sup>113</sup>

Das vorangegangene Kapitel hat gezeigt, dass spätestens seit der Lancierung des Begriffs durch Dominique de Villepin in Frankreich eine lebhafte und stets aktuelle Debatte über den *patriotisme économique* im Gange ist, an der sich Politiker, Wirtschaftsexperten und Unternehmer gleichermaßen beteiligen. Die Beispiellosigkeit dieses dynamischen Diskurses bedeutet jedoch nicht, dass sich

---

109 Vgl. O.A.: „Denis Payre: „On décourage les investisseurs étrangers“. In: *Le Parisien*, 16.05.2014, URL: <http://www.leparisien.fr/espace-premium/fait-du-jour/on-decourage-les-investisseurs-etrangers-16-05-2014-3844175.php>.

110 Vgl. Ernest-Antoine Seillière, zit. in: *Sénat* (Webseite des französischen Senats), URL: <https://www.senat.fr/rap/r06-347-1/r06-347-145.html#fnref173>.

111 Vgl. Annie Kahn: „Les patrons se méfient du patriotisme économique“. In: *Le Monde*, 14.03.2006, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2006/03/14/les-patrons-se-mefient-du-patriotisme-economique\\_750508\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2006/03/14/les-patrons-se-mefient-du-patriotisme-economique_750508_3234.html).

112 Vgl. *ibid.*

113 Stellungnahme Jacques Veyrat, in: *ibid.*, übers. v. Klara Boos.

das Phänomen des ökonomischen Patriotismus nur auf Frankreich beschränkt, was in der folgenden Schlussbetrachtung am Beispiel der USA gezeigt werden soll.

## 6 Komparatistische Schlussbetrachtung: Ökonomischer Patriotismus in den USA

In seinem Wesen unterscheidet sich der amerikanische Wirtschaftspatriotismus kaum vom französischen *patriotisme économique*. Obwohl die USA als eine sehr offene Volkswirtschaft gelten und weltweit das Hauptziel ausländischer Investitionen ist<sup>114</sup>, werden auch dort eingehende Investitionen systematisch und streng kontrolliert<sup>115</sup>, sobald sie im Verdacht stehen, die nationale Sicherheit zu gefährden.<sup>116</sup> Anders als in Frankreich werden ausländische Direktinvestitionen jedoch nicht im Wirtschaftsministerium geprüft, sondern im 1975 gegründeten Investitionskontrollausschuss (*Committee on Foreign Investment in the United States*).<sup>117</sup> Dieser hat die Möglichkeit, eine Übernahme aus dem Ausland an Bedingungen zu knüpfen und besitzt seit der sogenannten ‚Exon Florio-Bestimmung‘ aus dem Jahre 1988 gleichermaßen die Befugnis, nach Zustimmung des Präsidenten eine Übernahme zu blockieren, „wenn [diese] die nationale Sicherheit des Landes gefährdet“.<sup>118</sup> Die Bestimmung wurde 2007 durch den *Foreign Investment and National Security Act of 2007* um die Bereiche ‚kritische Infrastrukturen‘ und ‚kritische Technologien‘ erweitert.<sup>119</sup>

Neben gesetzlichen Maßnahmen zur Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen hat die USA darüber hinaus bestimmte wirtschaftspatriotische Instrumente erarbeitet, um die Leistung und die Wettbewerbsfähigkeit US-Amerikanischer Unternehmen gezielt zu fördern. Als Beispiel dafür kann zunächst der sogenannte *Buy American Act* angeführt werden, der bereits im Jahre 1933 unter dem Eindruck der großen Depression verabschiedet worden war. Dieser sieht vor, dass bei öffentlichen Aufträgen, sei es auf kommunaler oder auf bundesstaatlicher Ebene, amerikanische Firmen bevorzugt werden müssen. Angebote aus dem Ausland dürfen hingegen nur angenommen werden, wenn sie deutlich unter dem

---

114 Vgl. Eric Albert/ Stéphane Lauer/ Frédéric Lemaître: „Patriotisme économique“. Comme les pays mettent leur industrie à l’abri“. In: Le Monde.fr, 15.05.2014, URL: [http://www.lemonde.fr/europeennes-2014/article/2014/05/15/comment-les-grandes-puissances-mettent-leur-industrie-a-l-abri\\_4418908\\_4350146.html](http://www.lemonde.fr/europeennes-2014/article/2014/05/15/comment-les-grandes-puissances-mettent-leur-industrie-a-l-abri_4418908_4350146.html).

115 Vgl. Matelly/ Nies, „La nationalité des entreprises en Europe“, S. 44.

116 Vgl. Heinemann, ‚Ökonomischer Patriotismus‘, S. 28.

117 Vgl. *ibid.*

118 *ibid.*

119 Vgl. *ibid.*, S. 30.

günstigsten Angebot eines US-amerikanischen Unternehmens liegen.<sup>120</sup> Ein weiteres Beispiel für die Ankurbelung der nationalen Wirtschaft ist der *Small Business Act* von 1953, der zur Gründung der Bundesbehörde *Small Business Administration* führte. Diese soll die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in den USA fördern, indem sie ihnen den Markteintritt erleichtert und sie mit Entwicklungskrediten unterstützt.<sup>121</sup> Auf der Liste der wirtschaftspatriotischen Instrumente der USA steht darüber hinaus die ‚Buy-American Klausel‘ des 2009 erlassenen amerikanischen Aufschwungs- und Reinvestitionsgesetzes (*American Recovery and Reinvestment Act*). Diese legt fest, dass jegliche Materialien und Ausrüstungsgegenstände, die für staatlich finanzierte Konjunkturprojekte verwendet werden, aus amerikanischer Produktion stammen müssen.<sup>122</sup> Nachdem die Klausel international auf Kritik gestoßen war, wurde vom US-Senat jedoch nachträglich festgelegt, dass amerikanische Materialien nur dann bevorzugt werden sollen, wenn dies keinen internationalen Abkommen widerspreche.<sup>123</sup>

Im Gegensatz zum französischen *patriotisme économique* wird der amerikanische Wirtschaftspatriotismus kaum von öffentlichen und medienwirksamen Debatten begleitet. Nicht zuletzt aus diesem Grund blieb er in den letzten Jahren von der internationalen Presse weitgehend unbeachtet. Mit der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten sollte sich diese Situation allerdings ändern. Fortan gab es in den USA nicht mehr nur stille wirtschaftspatriotische Maßnahmen, sondern in gleicher Weise die passenden politischen Reden dazu.

Bereits vor seiner Wahl und weit vor seiner offiziellen Amtseinführung machte Trump aus seiner (wirtschafts)patriotischen Gesinnung kein Geheimnis. Somit wurde schon während des Wahlkampfes deutlich, dass er die Devise ‚*America first*‘ zum leitenden Prinzip seiner Wirtschafts- und Außenpolitik machen würde.<sup>124</sup> Auch nach seiner Wahl rückte er von diesem Kurs nicht ab, was er bereits im Januar 2017 unter Beweis stellte. So drohte er dem Autokonzern General Motors mit hohen Einfuhrzöllen, wenn dieser nicht davon absehe, einige Modelle für den US-amerikanischen Markt in Mexiko zu fertigen. Auf ähnliche Weise griff er den japanischen

---

120 Vgl. Paul R. Krugman/ Maurice Obstfeld: *Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft*, München: Pearson Studium, 2009 [1996, Originaltitel: *International Economics. Theory and Policy*], S. 272.

121 Delbecque, *Patriotisme économique. Un social-libéralisme ?*, pos. 312.

122 O.A.: ‚Buy American‘-Klausel beunruhigt deutsche Wirtschaft“. In: *Spiegel Online*, 30.01.2009, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-konjunkturpaket-buy-american-klausel-beunruhigt-deutsche-wirtschaft-a-604655.html>.

123 Vgl. O.A.: ‚US-Senat entschärft ‚Buy-American‘-Vorschrift“. In: *Welt*, 05.02.2009. URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article3150187/US-Senat-entschaerft-Buy-American-Vorschrift.html>.

124 Vgl. Dana Schülbe: ‚Was Donald Trump für die USA will – und was Hillary Clinton“. In: *RP Online*, 22.07.2016, URL: <http://www.rp-online.de/politik/ausland/us-wahlen/was-donald-trump-fuer-die-usa-will-und-was-hillary-clinton-aid-1.5955712>.

Autohersteller Toyota oder deutsche Autokonzerne wie Daimler oder BMW an. Letztere müssten sich auf einen Strafzoll in Höhe von 35% einstellen, sollten sie ihre Autos in Mexiko und nicht in den USA produzieren.<sup>125</sup>

Spätestens Trumps Einführungsrede vom 20. Januar 2017 machte deutlich, dass der amerikanische Wirtschaftspatriotismus oder gar Wirtschaftsnationalismus zumindest in den nächsten fünf Jahren eine erkennbar wichtigere Rolle einnehmen würde als noch in den Jahren zuvor:

Vom heutigen Tag an wird eine neue Vision unser Land regieren. Vom heutigen Tag an wird es nur noch Amerika zuerst heißen, Amerika zuerst [...] wir müssen unsere Grenzen vor der Verwüstung schützen, die andere Länder anrichten, die unsere Produkte herstellen, unsere Unternehmen stehlen und unsere Arbeitsplätze zerstören [...] Wir werden [...] unsere Nation mit amerikanischen Händen und amerikanischer Arbeit wieder aufbauen. Wir werden zwei einfachen Regeln folgen – amerikanisch kaufen und Amerikaner anheuern.<sup>126</sup>

Das Ergebnis der US-Wahl hat gezeigt, dass Donald Trump mit seinen wirtschaftspatriotischen Parolen und seinem ‚America first-Programm‘ bei den Amerikanern auf Zustimmung stieß.

## Literatur

### Selbständige Veröffentlichungen

Delbecq, Eric: *Patriotisme économique. Un social-libéralisme ?*, Toulouse: Uppr Editions, 2016.

Delbecq, Eric: *Quel patriotisme économique ?*, Paris: Presses Universitaires de France, 2008.

Dupeyrat, Pascal: *Mondialisation et patriotisme économique. Quand l'État s'invite dans les secteurs stratégiques*, Neuilly-sur-Seine: Jacques Marie Laffont Editeur, 2015.

Heinemann, Andreas: ‚Ökonomischer Patriotismus‘ in *Zeiten regionaler und internationaler Integration*, Tübingen: Mohr Siebeck, 2011.

---

125 Vgl. Michael Kröger: „Trumps Einbahnstraße“. In: *Spiegel Online*, 16.01.2017, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/donald-trump-und-die-strafzoll-drohung-bmw-und-co-um-gelassenheit-bemuecht-a-1130182.html>.

126 Die deutsche Version der Einführungsrede Donald Trumps ist vollständig abrufbar unter: O.A.: „Trumps Rede im Wortlaut“. In: *Zeit Online*, 20.01.2017, URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/rede-amtsantritt-donald-trump-inauguration-komplett/komplettansicht>.

- Höpel, Thomas/ Middell, Matthias: *Einführung in die Geschichte Frankreichs 1500-1945*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 1999.
- Krugman, Paul R./ Obstfeld, Maurice: *Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft*, München: Pearson Studium, 2009 [1996, Originaltitel: *International Economics. Theory and Policy*].
- Schild, Joachim/ Uterwedde, Henrik: *Frankreich – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich, 1997.
- Willke, Gerhard: *John Maynard Keynes. Eine Einführung*, Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, 2012 [2002].

### Unselbständige Veröffentlichungen

- Cohen, Elie: „Patriotisme économique et politique industrielle“. In: Uwe Blau-rock/ Fernand Hörner/ Klaus Mangold (Hgs.): *Schutz vo(r)m Staat. Industriepolitik in Deutschland und Frankreich*, Freiburg: Frankreich-Zentrum der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 2010, S. 19-42.
- Delaite, Marie-Francoise/ Poirot, Jacques: „Patriotisme économique et développement durable“. In: *Développement durable et territoires*, Vol. 1, n° 3 (2010), URL: <https://journals.openedition.org/developpementdurable/8469>.
- Desmettre, Sandra: „Les dessous du patriotisme économique“. In: *Regards croisés sur l'économie*, Vol. 1, n° 3 (2008), S. 286-290.
- Duval, Guillaume: „La boîte à outils du patriotisme économique“. In: *Alternatives Économiques*, n° 240, 01.10.2005, URL: <http://www.alternatives-economiques.fr/boite-a-outil-patriotisme-economique/00031519>.
- Kauffmann, Pascal: „Frankreichs neue Industriepolitik“. In: DGAPanalyse Frankreich, Vol. 04, n° 11 (2007), URL: [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/13133/ssoar-2007-kauffmann-frankreichs\\_neue\\_industriepolitik.pdf?sequence=1](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/13133/ssoar-2007-kauffmann-frankreichs_neue_industriepolitik.pdf?sequence=1).
- Laine, Mathieu: „Le patriotisme économique ou le syndrome de la Nurserie Française“. In: *La Revue parlementaire.fr*, n° 887 (2006), URL: <http://pres-separlementaire.fr/pages/RP887/RP887-debats-mathieu-laine.htm>.
- Landier, Augustin/ Thesmar, David: „Quel patriotisme économique au XXI<sup>e</sup> siècle?“. In: *Problèmes économiques* (2006), S. 28-30.
- Manière, Philippe: „Le protectionnisme financier n'est pas le bon patriotisme écono-mique“. In: *La Revue internationale et stratégique*, Vol. 3, n° 63 (2006), S. 101-104.

Matelly, Sylvie/ Nies, Susanne: „La nationalité des entreprises en Europe“. In: *La Revue internationale et stratégique*, Vol. 2, n° 62 (2006), S. 41-52.

O.A.: „Tour du monde du patriotisme économique“. In : *Problèmes économiques* (2006), S. 8.

Plihon, Dominique: „Illusion du patriotisme économique dans une économie globalisée“, in: *La Revue internationale et stratégique*, Vol. 3, n° 63 (2006), S. 109-112.

Plihon, Dominique : „La nationalité des entreprises sont-ils solubles dans la mondialisation ?“. In: *La Revue internationale et stratégique*, Vol. 2, n° 62 (2006), S. 65-74.

[Redaktion]: „Aux origines du patriotisme économique“. In: *Problèmes économiques*, n° 2903 (2006), S. 3.

Uterwedde, Henrik: „Patriotisme économique. Eine (nicht nur) französische Debatte“. In: *Dokumente*, n° 6 (2006), S.16-21.

### Internetquellen

Albert, Eric/ Lauer, Stéphane/ Lemaître, Frédéric: „Patriotisme économique“. Comme les pays mettent leur industrie à l’abri“. In: *Le Monde.fr*, 15.05.2014, URL: [http://www.lemonde.fr/europeennes-2014/article/2014/05/15/comment-les-grandes-puissances-mettent-leur-industrie-a-l-abri\\_4418908\\_4350146.html](http://www.lemonde.fr/europeennes-2014/article/2014/05/15/comment-les-grandes-puissances-mettent-leur-industrie-a-l-abri_4418908_4350146.html).

Alich, Holger: „Frankreich schützt heimischen Champions“. In: *Handelsblatt*, 21.10.2005, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/experten-kritisieren-lex-renault-frankreich-schuetzt-heimische-champions/2566276.html>.

Arthuis, Jean: „Déclaration de M. Jean Arthuis, ministre de l’économie et des finances, sur la notion de défense économique et la politique en matière d’intelligence économique“. In: *Conférence intitulée „L’économie française, les enjeux de la défense“*, Institut des Hautes études de la défense nationale (IHEDN), Paris, 03.02.1997, URL: <http://discours.vie-publique.fr/notices/973060400.html>.

Bartnik, Marie: „Ces rachats d’entreprises dans lesquels l’État est déjà intervenu“. In: *Le Figaro*, 01.04.2015, URL: <http://www.lefigaro.fr/societes/2015/04/01/20005-20150401ARTFIG00138-ces-rachats-d-entreprises-dans-lesquels-l-etat-est-deja-intervenu.php>.

- Benard, Vincent: „Le patriotisme économique, arme d'exclusion“. In: *Le Figaro.fr*, 15.10.2007 [04.11.2006], URL: [http://www.lefigaro.fr/debats/2006/11/04/01005-20061104ARTFIG90604-le\\_patriotisme\\_economique\\_arme\\_d\\_exclusion.php](http://www.lefigaro.fr/debats/2006/11/04/01005-20061104ARTFIG90604-le_patriotisme_economique_arme_d_exclusion.php).
- Boulic, Jean-Yves/ Burel, Paul/ Jospin, Lionel: „Interview de M. Lionel Jospin, Premier ministre, dans ‚Ouest-France‘ du 27 septembre 2001, sur la situation internationale après les attentats aux États-Unis, les interpellations dans les réseaux islamistes intégristes, la situation économique et l'exhortation à un ‚patriotisme économique‘. In: *Ouest-France*, 27.09.2001, URL: <http://discours.vie-publique.fr/notices/013002740.html>.
- Brochen, Philippe: „A Reims, tous pour le ‚Made in France‘, mais lequel ?“. In: *Libération*, 09.09.2016, URL: [http://www.liberation.fr/futurs/2016/09/09/a-reims-tous-pour-le-made-in-france-mais-lequel\\_1491373](http://www.liberation.fr/futurs/2016/09/09/a-reims-tous-pour-le-made-in-france-mais-lequel_1491373).
- Carayon, Bernard: „Défense et illustration du patriotisme économique“. In: *Le Monde.fr*, 03.07.2014, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/07/03/defense-et-illustration-du-patriotisme-economique\\_4450444\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/07/03/defense-et-illustration-du-patriotisme-economique_4450444_3234.html).
- Carayon, Bernard: „Intelligence économique, compétitivité et cohésion sociale“. In: *Base de Connaissance*, 09.02.2013, URL: <https://portail-ie.fr/ressource/textes-de-referance/658/rapport-carayon-2003-intelligence-economique-competitivite-et-cohesion-sociale>.
- Chaperon, Isabelle/ Pietralunga, Cédric: „Alstom. Arnaud Montebourg exprime sa ‚vigilance patriotique‘“. In: *Le Monde.fr*, 25.04.2014, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/04/25/rapprochement-ge-alstom-le-gouvernement-travaille-a-d-autres-solutions\\_4407270\\_3234.html?xtmc=montebourg\\_alstom&xtcr=38](http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/04/25/rapprochement-ge-alstom-le-gouvernement-travaille-a-d-autres-solutions_4407270_3234.html?xtmc=montebourg_alstom&xtcr=38).
- Davet, Gérard: „Il n'est pas question de s'engager dans une nationalisation rampante“. In: *Le Monde*, 21.07.2005, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/21/m-sarkozy-pas-question-de-nationalisation-rampante\\_674292\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/21/m-sarkozy-pas-question-de-nationalisation-rampante_674292_3234.html).
- Errard, Guillaume: „Montebourg pose en égérie du ‚made in France‘“. In: *Le Figaro.fr*, 19.10.2012, URL: <http://www.lefigaro.fr/conso/2012/10/18/05007-20121018ARTFIG00680-montebourg-pose-en-egerie-du-made-in-france.php>.
- Fillon, François: „Présentation du projet présidentiel“. In: URL: <https://www.fillon2017.fr/presentation-projet-presidentiel/>.
- Gas, Valérie: „Les français se lèvent tous pour Danone“. In: *rfi*, 20.07.2005, URL: [http://www1.rfi.fr/actufr/articles/067/article\\_37614.asp](http://www1.rfi.fr/actufr/articles/067/article_37614.asp).

- Gaveau, Claire/ Lenglet, François: „Le programme de Macron ignore la question du ‚patriotisme économique‘“. In: *RTL*, 03.03.2017, URL: <http://www.rtl.fr/actu/politique/le-programme-de-macron-ignore-la-question-du-patriotisme-economique-7787503738>.
- Kahn, Annie: „Les patrons se méfient du patriotisme économique“. In: *Le Monde*, 14.03.2006, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2006/03/14/les-patrons-se-mefient-du-patriotisme-economique\\_750508\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2006/03/14/les-patrons-se-mefient-du-patriotisme-economique_750508_3234.html).
- Kerdellant, Christine: „Cac 40. Le diktat des actionnaires étrangers“. In: *L'Express/L'Expansion*, 19.01.2016, URL: [http://lexpansion.lexpress.fr/actualiteeconomie/cac-40-le-diktat-des-actionnaires-etrangers\\_1754932.html](http://lexpansion.lexpress.fr/actualiteeconomie/cac-40-le-diktat-des-actionnaires-etrangers_1754932.html).
- Kröger, Michael: „Trumps Einbahnstraße“. In: *Spiegel Online*, 16.01.2017, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/donald-trump-und-die-strafzoll-drohung-bmw-und-co-um-gelassenheit-bemueht-a-1130182.html>.
- [Le Monde.fr]: „Faut-il redouter une OPA sur Danone?“. In: *Le Monde.fr*; 22.07.2005, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/22/faut-il-redouter-une-opa-sur-danone\\_674783\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/22/faut-il-redouter-une-opa-sur-danone_674783_3234.html).
- [Le Monde.fr avec AFP et Reuters]: „Plaidoyer de Dominique de Villepin en faveur d'un ‚patriotisme économique‘“. In: *Le Monde.fr*; 27.07.2005, URL: [http://www.lemonde.fr/societe/article/2005/07/27/plaidoyer-de-dominique-de-villepin-en-faveur-d-un-patriotisme-economique\\_675859\\_3224.html](http://www.lemonde.fr/societe/article/2005/07/27/plaidoyer-de-dominique-de-villepin-en-faveur-d-un-patriotisme-economique_675859_3224.html).
- [Le Monde.fr avec AFP et Reuters]: „L'action Danone s'envole sous l'effet des rumeurs d'OPA de PepsiCo“. In: *Le Monde*, 19.07.2005, URL: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/19/l-action-danone-s-envole-sous-l-effet-des-rumeurs-d-opa-de-pepsico\\_673627\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2005/07/19/l-action-danone-s-envole-sous-l-effet-des-rumeurs-d-opa-de-pepsico_673627_3234.html).
- Martinet, Laurent: „Patriotisme économique. Montebourg a-t-il trouvé l'arme fatale?“. In: *L'Express/L'Expansion*, 15.05.2014, URL: [http://lexpansion.lexpress.fr/actualite-economie/patriotisme-economique-montebourg-a-t-il-trouve-l-arme-fatale\\_1543567.html](http://lexpansion.lexpress.fr/actualite-economie/patriotisme-economique-montebourg-a-t-il-trouve-l-arme-fatale_1543567.html).
- [mik/AFP]: „Monsieur ‚Made in France‘ beansprucht ein Vetorecht“. In: *Spiegel Online*, 15.05.2014, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/frankreichs-wirtschaftsminister-kaempft-gegen-die-globalisierung-a-969674.html>.
- O.A.: „Ausländische Direktinvestitionen“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, o.J., URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/direktinvestition.html>.

- O.A.: „,Buy American‘-Klausel beunruhigt deutsche Wirtschaft“. In: *Spiegel Online*, 30.01.2009, o.J., URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-konjunkturpaket-buy-american-klausel-beunruhigt-deutsche-wirtschaft-a-604655.html>.
- O.A.: „Cluster“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, o.J., URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/cluster.html>.
- O.A.: „Colbertismus“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/colbertismus.html>.
- O.A.: „Décret n° 2005-1739 du 30 décembre 2005 réglementant les relations financières avec l'étranger et portant application de l'article L. 151-3 du code monétaire et financier“. In: *Le service public de la diffusion du droit*, 31.12.2005, URL: <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000268021&-categorieLien=id>.
- O.A.: „Denis Payre: ,On décourage les investisseurs étrangers“. In: *Le Parisien*, 16.05.2014, URL: <http://www.leparisien.fr/espace-premium/fait-du-jour/on-decourage-les-investisseurs-etrangers-16-05-2014-3844175.php>.
- O.A.: „Keynesianismus“. In: *Duden Wirtschaft von A bis Z*, o.J., URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19777/keynesianismus>.
- O.A.: „Keynesianismus“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, o.J., URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/keynesianismus.html>.
- O.A.: „Le patriotisme économique. Justifications et limites“ (Videoaufzeichnung der Debatte zwischen Jean Pisani-Ferry und Nicolas Baverez). In: *Canal U*, 20.10.2006, URL: [https://www.canal-u.tv/video/universite\\_de\\_tous\\_les\\_savoirs/le\\_patriotisme\\_economique\\_justifications\\_et\\_limites.1488](https://www.canal-u.tv/video/universite_de_tous_les_savoirs/le_patriotisme_economique_justifications_et_limites.1488).
- O.A.: „Le patriotisme économique crédo porteur de la présidentielle“. In: *Le Parisien.fr*, 13.01.2017, URL: <http://www.leparisien.fr/flash-actualite-economie/le-patriotisme-economique-credo-porteur-de-la-presidentielle-13-01-2017-6564183.php>.
- O.A.: „Merkantilismus“. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*, o.J., URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/614/merkantilismus-v9.htm>.
- O.A.: „Mit French Tech Ticket ein Startup in Paris gründen“. In: *Frankreich in Deutschland* (Webseite der Französischen Botschaft), Stand: 28.09.2015, URL: <http://www.ambafrance-de.org/Mit-French-Tech-Ticket-ein-Startup-in-Paris-grunden>.

- O.A.: „Patriotisme“. In: *Larousse Dictionnaire*, o.J., URL: <http://www.larousse.fr/dictionnaires/francais/patriotisme/58708>.
- O.A.: „Programme“. In: *Le Shopping de Marine*, o.J., URL: <https://www.marine2017.fr/wp-content/uploads/2017/02/projet-presidentiel-marine-le-pen.pdf>.
- O.A.: „Subventionen“. In: *Duden Wirtschaft von A-Z*, o.J., URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20798/subventionen>.
- O.A.: „Trumps Rede im Wortlaut“. In: *Zeit Online*, 20.01.2017, URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/rede-amtsantritt-donald-trump-inauguration-komplett/komplettansicht>.
- O.A.: „US-Senat entschärft ‚Buy-American‘-Vorschrift“. In: *Welt*, 05.02.2009. URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article3150187/US-Senat-entschaerft-Buy-American-Vorschrift.html>.
- [O.W. (lefigaro.fr) avec agences]: „L’État lance son fonds souverain à 20“. In: *Le Figaro.fr*, 20.11.2008, URL: <http://www.lefigaro.fr/economie/2008/11/20/04001-20081120ARTFIG00420-le-fonds-souverain-francais-operationnel-le-mois-prochain.php>.
- Pietralunga, Cédric/ Revault d’Allonnes, David: „Alstom. L’État signe un décret de ‚patriotisme économique‘“. In: *Le Monde.fr*, 14.05.2014, [http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/05/14/l-etat-s-arme-pour-protoger-les-industries-strategiques\\_4418777\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/05/14/l-etat-s-arme-pour-protoger-les-industries-strategiques_4418777_3234.html).
- Pietralunga, Cedric/ Revault d’Allonnes, David: „Montebourg. ‚Le décret sur les entreprises, c’est la fin du laisser-faire‘“. In: *Le Monde.fr*, 15.05.2014, URL: [http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/05/15/arnaud-montebourg-le-decret-sur-les-entreprises-c-est-du-laisser-faire\\_4419368\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/05/15/arnaud-montebourg-le-decret-sur-les-entreprises-c-est-du-laisser-faire_4419368_823448.html).
- Rosa, Jean-Jacques: „Patriotisme économique ou souverainisme corporatiste ?“. In: *La Revue parlementaire.fr*, n° 887 (2006), URL: <http://jeanjacques.rosa.pagesperso-orange.fr/Patriotisme%20economique%20ou%20souverainisme%20corporatiste.pdf>.
- Salin, Pascal: „Le décret anti-OPA? C’est du chauvinisme ridicule !“. In: *Les Échos.fr*, 03.06.2014, URL: [https://www.lesechos.fr/03/06/2014/LesEchos/21700-130-ECH\\_pascal-salin-----le-decret-anti-opa---c-est-du-chauvinisme-ridicule----.htm](https://www.lesechos.fr/03/06/2014/LesEchos/21700-130-ECH_pascal-salin-----le-decret-anti-opa---c-est-du-chauvinisme-ridicule----.htm).

- Schubert, Christian: „Paris gründet Staatsbank für den Mittelstand“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.10.2012, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/frankreich-paris-gruendet-staatsbank-fuer-den-mittelstand-11929477.html>.
- Schülbe, Dana: „Was Donald Trump für die USA will – und was Hillary Clinton“. In: *RP Online*, 22.07.2016, URL: <http://www.rp-online.de/politik/ausland/us-wahlen/was-donald-trump-fuer-die-usa-will-und-was-hillary-clinton-aid-1.5955712>.
- Seillière, Ernest-Antoine, zit. in: *Sénat* (Webseite des französischen Senats), o.J., URL: <https://www.senat.fr/rap/r06-347-1/r06-347-145.html#fnref173>.
- Simons, Stefan: „Französischer Patriotismus siegt im Bieterstreit um Alstom“. In: *Spiegel Online*, 20.06.2014, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/alstom-bieterstreit-siemens-geht-leer-aus-a-976538.html>.
- Simons, Stefan: „Wahlkampf der Wirtschaftspatrioten“. In: *Spiegel Online*, 26.12.2011, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/frankreichs-praesidentschaftskandidaten-wahlkampf-der-wirtschaftspatrioten-a-804677.html>.
- Wüpper, Gesche: „„Made in France‘ wird zum Wahlkampfthema“. In: *Welt*, 12.09.2016, URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article158063401/Made-in-France-wird-zum-Wahlkampfthema.html>.

Die Internetquellen wurden am 29.05.2018 auf ihren Fortbestand geprüft.

**Anke Rehlinger**

## **Die Großregion als Fachkräftepool Europas**

### **Gliederung**

Abstract. . . . .	167
1 Einleitung. . . . .	168
2 Wirtschaftliche Entwicklung der Teilräume der Großregion. . . . .	169
3 Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitnehmermobilität. . . . .	147
3.1 Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle. . . . .	147
3.2 Task-Force-Grenzgänger. . . . .	172
3.3 Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung. . . . .	175
4 Schluss. . . . .	178
Literatur. . . . .	179

### **Abstract**

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen der Regionen innerhalb der Großregion gerade in den vergangenen 50 Jahren haben dazu geführt, dass sie heute mit über 230.000 Grenzpendlern das größte Grenzgängeraufkommen innerhalb der Europäischen Union aufweist. Das Saarland und Lothringen sind bestrebt, die grenzüberschreitende Mobilität für beide Regionen gewinnbringend zu nutzen, denn während das Saarland von allen Regionen innerhalb der Großregion die ungünstigsten demografischen Eckdaten aufweist, sind in Lothringen überdurchschnittlich viele junge Erwerbspersonen ohne Arbeit.

Unter anderem hat sich neben der sprachlichen Barriere das duale Ausbildungssystem als Hemmschuh für die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften aus Lothringen in Richtung des Saarlands erwiesen. Um Hemmnisse für Grenzgänger abzubauen, wurde 2011 die Task Force Grenzgänger eingerichtet, die unter anderem den Entscheidungsträgern auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Grenzgängern unterbreitet. Beim Nachfolgeprojekt, der Task Force Grenzgänger 2.0, bildet unter anderem die Verbesserung der Situation von grenzüberschreitenden Auszubildenden durch eine stärkere Vernetzung der Ausbildungssysteme einen Schwerpunkt.

Mit der „Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung“ wurde 2013 eine Institution geschaffen, welche die interkulturelle Handlungskompetenz von Auszubildenden im Saarland und Lothringen stärken will. Aufgrund der unterschiedlichen Ausbildungssysteme in beiden Ländern liegt der Fokus zunächst auf der Verzahnung von schulischer Ausbildung im Heimatland und praktischer Ausbildung im Nachbarland. Die Ergebnisse der Arbeit der Fachstelle in den ersten Jahren sind ermutigend und haben gezeigt, dass gerade zahlreiche französische Auszubildende ein Interesse an beruflichen Erfahrungen im Ausland haben. Nach dem Ende der ersten Projektphase 2016 wurde das Projekt räumlich ausgeweitet und damit ein weiterer von noch vielen notwendigen Schritten unternommen, um die beruflichen Perspektiven von Jugendlichen auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt zu verbessern.

## 1 Einleitung

Die aktuellen Grenzen in der Großregion SaarLorLux mit ihren 11 Mio. Einwohnern sind zwar noch recht jung, aber dennoch kann sie bereits auf eine lange gemeinsame Geschichte zurückblicken. Neben den Unterschieden sind es auch diese Gemeinsamkeiten, die letztlich die Gründung der Euroregion SaarLorLuxRhein im Jahr 1995 motiviert haben. Aber die Großregion ist weit mehr als ein regionaler, Staatsgrenzen überschreitender Zusammenschluss. Denn die Regionen haben in Europa einen großen Stellenwert, sie prägen die europäische Identität ganz maßgeblich und der Gedanke eines „Europas der Regionen“<sup>1</sup> hat ohne Zweifel seinen Ursprung in unserer Großregion. So stand bereits hinter der Montanunion, die 1952 in Kraft trat und in der Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande vertreten waren, die Erkenntnis, dass Herausforderungen gemeinsam viel besser gemeistert werden können, als das dies jedes Land für sich alleine vermag. Mit der Aufgabe betraut, die Kohle- und Stahlindustrie überregional zu koordinieren und mit der in Luxemburg ansässigen Hohen Behörde, die gemeinsame Regelungen für alle Mitgliedsstaaten erlassen konnte, war die Montanunion die erste supranationale Organisation und Wegbereiter der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und damit des heutigen Europa.<sup>2</sup>

- 
- 1 Vgl. Peter Hilpold/ Christoph Parathoner/ Walter Steinmair (Hgs.): *Europa der Regionen*, Berlin/Heidelberg: Springer, 2016.
  - 2 Vgl. Maria Albrecht/Wolfgang Meyer: „Grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik: Institutionen und institutionelle Steuerung des Arbeitsmarktes in der Großregion SaarLorLux-Rheinland-Pfalz-Wallonien“. In: Jürgen Meyer/ Luitpold Rampeltshammer (Hgs.): *Grenzüberschreitendes Arbeiten in der Großregion SaarLorLux* (Schriften der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt), Saarbrücken: Universaar, 2012, S. 79-152, hier: S. 83.

Die Montankrise in den 70er Jahren, der die bestehenden Institutionen, insbesondere auch die Montanunion, nicht ausreichend gewachsen waren, machte grenzüberschreitende Lösungsansätze notwendig, um den Strukturwandel in der schon damals von grenzüberschreitenden Verflechtungen geprägten Region zu bewältigen. Dies hat in der Folge dazu geführt, dass die Zusammenarbeit zwischen den Regionen stärker formalisiert wurde, beispielsweise durch die Regierungs- und die Regionalkommission. Trotzdem hat sich der Strukturwandel in den einzelnen Teilräumen der Großregion stark unterschiedlich vollzogen.

## 2 Wirtschaftliche Entwicklung der Teilräume der Großregion

Während Luxemburg den Strukturwandel sehr schnell vollzogen hat und das Banken- und Versicherungsgewerbe heute einen Großteil der wirtschaftlichen Leistung ausmacht, sind im Saarland mittlerweile die Automobilindustrie und Dienstleistungsunternehmen zu den wichtigsten Arbeitgebern geworden. In Lothringen, das einen fast vollständigen Niedergang der Schwerindustrie zu verzeichnen hatte, in Wallonien, wo der Dienstleistungssektor den Rückgang in der Schwerindustrie nur teilweise kompensieren konnte, sowie in der Westpfalz, die den Abzug der alliierten Truppen und den Wegfall der Schuhindustrie zu verkraften hatte und die, wie die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, auch noch heute bei der Arbeitslosenquote deutlich über dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt liegt, ist der Strukturwandel nicht in dem Maße gelungen, wie in Luxemburg und im Saarland.<sup>3</sup>

Dieses unterschiedliche Maß, in dem die wirtschaftlichen Umbrüche in den Teilregionen bewältigt wurden, hat dazu geführt, dass die Großregion mit über 230.000 Grenzpendlern<sup>4</sup> heute das größte Grenzgängeraufkommen innerhalb der europäischen Union aufweist. Auf die Großregion mit knapp 3 Prozent der Erwerbspersonen auf dem Gebiet der EU<sup>5</sup> geht etwa ein Viertel aller grenzüberschreitenden Pendelbewegungen innerhalb der EU zurück.<sup>6</sup> An diesen Zahlen zeigt sich, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit bei den unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausrichtungen und Voraussetzungen der Teilregionen eine große Chance bietet.

---

3 Vgl. Albrecht/Meyer, „Grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik“, S. 86 ff.

4 Vgl. Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA): „Grenzgängermobilität“. In: *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion*, 11. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 16. Gipfel der Exekutiven der Großregion, Saarbrücken, IBA, Januar 2019, URL: [http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/11\\_IBA-Bericht\\_2019/IBA\\_2019\\_Grenzgaenger\\_DE.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/11_IBA-Bericht_2019/IBA_2019_Grenzgaenger_DE.pdf), S. 11.

5 Vgl. IBA: „Zusammenfassung“. In: *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion*, 5. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 10. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken: IBA, 2007, URL: [https://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/DE\\_IBA-Bericht\\_No5.pdf](https://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/DE_IBA-Bericht_No5.pdf), S. V-XIV, hier: S.V.

6 Vgl. Albrecht/Meyer, „Grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik“, S. 89.

Allein ins Saarland pendeln täglich fast 16.000 Grenzgänger aus Lothringen<sup>7</sup> und machen es nach Luxemburg zum wichtigsten grenzüberschreitenden Beschäftigungspol in der Großregion, während Lothringen und Wallonien die größten Herkunftsregionen für Auspendler darstellen. Diese grenzüberschreitende Mobilität, von der alle Teilregionen profitieren können, gilt es auch von Seite der Politik zu gestalten, um so die Nachteile, die sich für sie als Regionen in nationaler Randlage ergeben, auszugleichen und die Abwanderung von Fachkräften aus der Großregion zu verhindern.

Das gilt nicht nur für die Arbeitnehmermobilität. Auch in anderen Bereichen können die Regionen voneinander profitieren, beispielsweise bei der Patientmobilität, wo die grenzüberschreitende Mobilität einen wichtigen Beitrag zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung leisten könnte, oder im Bereich der grenzüberschreitenden medizinischen Ausbildung. Und auch bei der Studierendenmobilität, wo es schon heute möglich ist, dass Studierende im Rahmen des UniGR (Universität der Großregion)-Studierendenstatus kostenfrei an einer UniGR-Partneruniversität Lehrveranstaltungen besuchen, können die Regionen voneinander profitieren. Gerade die UniGR hat bereits einen enormen Beitrag zur Mobilitätsbereitschaft der Studenten und Doktoranden innerhalb der Großregion geleistet und damit ganz wesentlich dazu beigetragen, Schranken abzubauen. Durch ihr Angebot an Qualifikationen, die dem Bedarf der Unternehmen der Großregion und Europas entsprechen, leistet sie einen wichtigen Beitrag zu zwei der größten Herausforderungen in der nahen Zukunft, nämlich der Bewältigung des demografischen Wandels und der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Großregion. Wenn es gelingt, das Bildungsangebot der UniGR grenzüberschreitend noch besser zu vermarkten, dann wird sich die Sichtbarkeit der Großregion als Lehr- und Forschungsstandort langfristig noch steigern lassen und dadurch auch überregional Studierende und somit zukünftige Fachkräfte anziehen.

### **3 Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitnehmermobilität**

#### **3.1 Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle**

Auch wenn das Schengen-Abkommen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Arbeitnehmer in der Großregion zahlreiche Vorteile gebracht haben, sind die Unterschiede in den nationalen Arbeitsmarktsystemen noch immer ein Hemmschuh und erfordern politisches Handeln. Dazu ist es notwendig, zunächst einmal möglichst präzise Informationen über den Arbeitsmarkt in der Großregion zu besitzen. Zu diesem Zweck wurde auf dem 4. Gipfel der Großregion im Jahr

---

<sup>7</sup> Vgl. IBA, „Grenzgängermobilität“, S. 5.

1998 die Einrichtung der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) beschlossen, die Informationen über den Arbeitsmarkt in den Teilregionen sammelt sowie Analysen zur Beschäftigungslage des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts anfertigt und mit der Erstellung des ersten Berichts zur Arbeitsmarktsituation in der Großregion 2001 ihre Arbeit aufnahm. Eine Erkenntnis des 9. Berichts der IBA ist, dass wir uns auf ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial bei wachsender Gesamtbevölkerung einstellen müssen; bis zum Jahr 2050 wird das Erwerbspersonenpotenzial in der Großregion um 805.000 Personen zurückgehen, das entspricht einer Verminderung um 12 Prozent.<sup>8</sup>

Das Saarland weist dabei von allen Teilgebieten der Großregion die ungünstigsten demografischen Eckdaten auf, was sich schon heute durch einen Mangel an Fachkräften in bestimmten Berufszweigen wie Mechatronik und Automatisierungstechnik, der Energietechnik oder in den Bereichen Sanitär, Heizung und Klimatechnik bemerkbar macht.<sup>9</sup> Gleichzeitig zeigen die Daten der IBA, dass sich für Jugendliche mit einem niedrigen Ausbildungsniveau die Situation auf dem Arbeitsmarkt oftmals schwierig gestaltet.<sup>10</sup> Vor diesem Hintergrund muss es gelingen, den Anteil der Geringqualifizierten zu senken; mit Projekten wie „Ausbildung jetzt“ ist das Saarland bestrebt, jeden Menschen nach der Schule in eine Ausbildung zu vermitteln. Aber in Zusammenarbeit mit den anderen Regionen lässt sich in der Großregion gemeinsam noch weitaus mehr erreichen. Durch Kooperationen bei der grenzüberschreitenden Ausbildung können hier Fachkräfte mit interkultureller Handlungskompetenz ausgebildet werden, denen danach die ganze Großregion für ihre berufliche Zukunft offensteht.

19 Prozent der zwischen 15 und 24-jährigen Erwerbspersonen in der Großregion sind ohne Arbeit. Damit liegt die Großregion zwar unter dem Durchschnitt der EU von 20,4 Prozent, aber einzelne Teilregionen wie Wallonien mit 32,2 Prozent und Lothringen mit 29,1 Prozent weisen deutlich höhere Werte auf, während das Saarland mit 11,9 Prozent und Rheinland-Pfalz mit 7,4 Prozent deutlich darunter liegen.<sup>11</sup>

---

8 IBA: „Demographische Entwicklung“. In: Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion, 11. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 16. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken: IBA, Januar 2019, URL: [www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/11\\_IBA-Bericht\\_2019/IBA\\_2019\\_Demografie\\_DE.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/11_IBA-Bericht_2019/IBA_2019_Demografie_DE.pdf), S. 2.

9 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr: *Zukunftsarbeit für das Saarland*. Die saarländische Strategie zur Fachkräftesicherung, Saarbrücken: Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar, 2015, URL: [https://www.saarland.de/dokumente/res\\_wirtschaft/fachkraefte\\_komplett.pdf](https://www.saarland.de/dokumente/res_wirtschaft/fachkraefte_komplett.pdf), S. 11.

10 Vgl. IBA: „Die Situation junger Menschen“. In: *Arbeitsmarktsituation*, 9. Bericht (2014), [http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/9\\_IBA-Bericht\\_2014/141118\\_Jugend\\_DE.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/9_IBA-Bericht_2014/141118_Jugend_DE.pdf), S. 16.

11 IBA: „Grenzgängermobilität“. In: Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion, 11. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 16. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken: IBA, Januar 2019, URL: [www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/11\\_IBA-Bericht\\_2019/IBA\\_2019\\_Demografie\\_DE.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/11_IBA-Bericht_2019/IBA_2019_Demografie_DE.pdf), S. 3.

Daher gibt es das Bestreben von Seiten Lothringens und des Saarlandes, diese Situation für beide Seiten gewinnbringend zu nutzen, indem offene Ausbildungsplätze im Saarland mit französischen Jugendlichen zu besetzen versucht werden. Denn nur durch Investitionen in die Beschäftigungsfähigkeit und die Mobilität der zukünftigen Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt der Großregion und in Europa kann es gelingen, den in manchen Teilgebieten Europas immer stärker spürbaren Fachkräftemangel sowie die andauernd hohe Jugendarbeitslosigkeit in anderen Regionen zusammen zu bekämpfen.

Insbesondere bei den jungen Auspendlern aus Frankreich zeigt sich aber in den Daten der IBA eine starke Präferenz für Arbeitgeber in Luxemburg und Wallonien.<sup>12</sup> Beinahe jeder fünfte Pendler aus Frankreich nach Luxemburg oder Wallonien ist jünger als 30 Jahre; bei denjenigen, die aus Frankreich nach Deutschland pendeln, ist es nur jeder zehnte, „der deutsche Arbeitsmarkt mit dem ausgeprägten dualen Ausbildungssystem scheint [...] für junge Menschen aus Frankreich weniger attraktiv zu sein“.<sup>13</sup> Neben dem dualen Ausbildungssystem und der sprachlichen Barriere verhindern zudem teilweise unterschiedliche Qualifikationsanforderungen für dieselbe Tätigkeit die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften.

### 3.2 Task Force Grenzgänger

Aber auch mit zahlreichen weiteren Problemen und rechtlichen Hürden sehen sich Grenzgänger konfrontiert. Ein Fall, der ganz konkret die Gruppe der Politiker betrifft, ist, dass politische Mandatsträger als Grenzgänger innerhalb der Großregion Schwierigkeiten haben, politischen Urlaub, d.h. Arbeitsfreistellung oder Arbeitszeitverkürzung zur Ausübung ihres politischen Mandats, zu bekommen. Zwar gibt es dazu in allen Teilräumen der Großregion verschiedene nationale Regelungen, die aber alle gemeinsam haben, dass sie die Personengruppe der Grenzgänger unberücksichtigt lassen.<sup>14</sup>

Um Hemmnisse für Grenzgänger abzubauen, wurde deshalb 2011 die „Task Force Grenzgänger“ (TFG) eingerichtet, die dem Referat Interregionale Arbeitsmarktpolitik im Wirtschaftsministerium angegliedert ist und bis 2015 die Aufgabe hatte, strukturelle, administrative und juristische Fallstricke aufzuspüren. Im Rahmen ihrer Tätigkeit arbeitet sie mit Akteuren wie den Beratern von EURES zusammen, dem 1993 gegründeten europaweiten Netzwerk, das die

---

12 Vgl. IBA: „Die Situation junger Menschen“ (2014), S. 52.

13 Vgl. *ibid.*

14 Vgl. Task Force Grenzgänger (TFG): Förderung der Arbeitsmarktmobilität in der Großregion. 12 Lösungen der Task Force Grenzgänger, Saarbrücken: Task Force, 2014, URL: <http://www.grossregion.net/Mediathek/Veroeffentlichungen/Foerderung-der-Arbeitsmarktmobilitaet-in-der-Grossregion-12-Loesungen-der-Task-Force-Grenzaenger>, S. 13 ff.

innereuropäische Mobilität im Bereich des Arbeitsmarktes über Grenzen hinweg fördert, aber auch mit Grenzgängervereinigungen und der Arbeitskammer. Die Task Force sucht nach juristischen und administrativen Lösungen und macht den Entscheidungsträgern auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Grenzgängern.

Insofern gibt es innerhalb der in der grenzüberschreitenden Arbeitsmarktpolitik tätigen Institutionen, die auf den ersten Blick recht unübersichtlich erscheinen mag, eine klare Aufgabenteilung, mit der die Regionen die existierenden Probleme lösen wollen: EURES kümmert sich um die Beratung der Grenzgänger, die IBA liefert arbeitsmarktrelevante Informationen und die Task Force erarbeitet juristische Lösungsverschlüsse zur Verbesserung des Grenzgängerwesens.

Die Vermutung, die der 9. Bericht des IBA bereits nahelegt, nämlich, dass es nicht nur für Arbeitnehmer, sondern auch für Auszubildende bei der Ausübung einer Beschäftigung bzw. einer Ausbildung auf der anderen Seite der Grenze immer noch zahlreiche juristische und administrative Hemmnisse gibt, hat sich bei der Arbeit der Task Force Grenzgänger bestätigt. Deshalb wurde im Nachfolgeprojekt, der Task Force Grenzgänger der Großregion 2.0 (TFG 2.0), das Ende Oktober 2016 genehmigt worden ist, die Zielgruppe erweitert.

Die Task Force Grenzgänger 2.0 befasst sich zukünftig auch mit Hemmnissen, mit denen grenzüberschreitende Studenten, Auszubildende, Praktikanten und Personen in Weiterbildungsmaßnahmen konfrontiert werden. Hier möchte die Task Force ebenfalls Lösungsvorschläge unterbreiten, die das Überqueren der Grenze erleichtern. Damit soll das Grenzgängeraufkommen nicht nur auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, sondern auch auf dem grenzüberschreitenden Ausbildungsmarkt gesteigert werden. Ziel ist die Förderung der deutsch-französischen Handlungskompetenz und der Arbeitsmobilität junger Menschen in der Region.

Sollte das gelingen, so würde dies in Bezug auf Lothringen und das Saarland dazu führen, die Jugendarbeitslosigkeit in Lothringen zu verringern und offene Ausbildungsplätze in den saarländischen Unternehmen leichter besetzen zu können. Jungen Menschen würde es dadurch ermöglicht, leichter einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, sei es in Lothringen, im Saarland oder in einem anderen Raum der Großregion. Das würde auch dazu beitragen, einer Abwanderung von Arbeitskräften aus der Großregion vorzubeugen. In einer kürzlich fertiggestellten Untersuchung zu „Transnationaler Mobilität von Auszubildenden in der Grenzregion“, die an der Universität des Saarlandes erstellt wurde, gaben die Auszubildenden einer Projektklasse mit grenzüberschreitender Ausbildung auf die Frage, wo sie später gerne arbeiten und wohnen würden, fast ausnahmslos

die Großregion an.<sup>15</sup> Das zeigt, dass die Großregion von jungen Menschen als mehr wahrgenommen wird als ein politisch-administratives Gebilde. Sollte es gelingen, durch die Stärkung des beruflichen Interesses junger Menschen an der Nachbarregion und die Vernetzung der Ausbildungssysteme die individuelle Mobilität zu fördern und die interkulturelle Handlungskompetenz zu erhöhen, dann kann in der Großregion ein Fachkräftepotenzial entstehen, von dem alle Teilräume der Großregion profitieren. Dazu müssen die bereits bestehenden engen wirtschaftlichen Verflechtungen in der Großregion ins Ausbildungssystem übertragen werden. So könnte ein Betrag dazu geleistet werden, einem drohenden Fachkräftemangel in einigen Branchen im Saarland entgegenzuwirken.

Im November 2012 hat die Task Force eine umfangreiche Analyse zu grenzüberschreitender Berufsausbildung vorgelegt. Ziel ist es, der nächsten Generation den Einstieg in den großregionalen Arbeitsmarkt zu erleichtern.<sup>16</sup> Kern der sich hinter dieser umfassenden Fragestellung verbergenden Problematik sind die historisch gewachsenen, unterschiedlichen Bildungssysteme der vier Mitgliedstaaten der Großregion, die eine grenzüberschreitende Berufsausbildung erschweren. Die Arbeitsergebnisse zu diesem Thema hat die TFG in einer Bestandsaufnahme zusammengefasst. Da diese Bestandsaufnahme gezeigt hat, dass es aufgrund unterschiedlicher Barrieren wie Sprache oder Mobilität ohne Führerschein schwierig ist, Jugendliche für eine komplette Ausbildung im Nachbarland zu gewinnen, haben Lothringen und das Saarland am 25.9.2013 eine Absichtserklärung unterzeichnet, um den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt im Bereich der Ausbildung und Weiterbildung stärker miteinander zu verbinden. Während grenzüberschreitende Ausbildung früher nur in Einzelfällen vorkam, hat sich dies aufgrund des gestiegenen Interesses und des vermehrten Bedarfs nach Vergleichbarkeit von Abschlüssen mittlerweile geändert und eine klare Regelung notwendig gemacht, um die sehr unterschiedlichen Ausbildungssysteme kompatibler zu gestalten.

Mit der 2014 geschlossenen Rahmenvereinbarung über die Kooperation in der grenzüberschreitenden beruflichen Aus- und Weiterbildung Saarland – Lothringen sowie dem Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland – Lothringen ist diese notwendige Grundlage für grenzüberschreitende

---

15 Vgl. Sophia Dorka/ Julia Frisch: „Transnationale Mobilität von Auszubildenden in der Grenzregion. Ein Projektbericht zum Forschungsprojekt der Arbeitskammer des Saarlandes und der Kooperationsstelle Wirtschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes zum Abkommen über die Grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen“, 19.09.2017, URL: [https://www.uni-saarland.de/fileadmin/user\\_upload/Sonstiges/KoWA/forschung/berichte/AbschlussberichtTransnationale\\_Azubis\\_Korrekturen\\_Korrigiert\\_12092017.pdf](https://www.uni-saarland.de/fileadmin/user_upload/Sonstiges/KoWA/forschung/berichte/AbschlussberichtTransnationale_Azubis_Korrekturen_Korrigiert_12092017.pdf), Vgl. auch den Beitrag von S. Dorka und J. Frisch im vorliegenden Band.

16 Vgl. TFG: *Grenzüberschreitende Berufsausbildung in der Großregion. Bestandsaufnahme*, Saarbrücken: Task Force, 2012, URL: [https://www.tf-grenzgaenger.eu/fileadmin/user\\_upload/Veroeffentlichungen/Bestandsaufnahme\\_TFG\\_de\\_0414.pdf](https://www.tf-grenzgaenger.eu/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Bestandsaufnahme_TFG_de_0414.pdf).

Ausbildungen geschaffen. Auf Basis des Abkommens ist es möglich, dass lothringische Auszubildende den theoretischen Teil der Ausbildung an einer lothringischen Schule auf Französisch absolvieren, den praktischen Teil aber in einem ausbildenden Betrieb im Saarland. So erwerben die Jugendlichen einen beruflichen Abschluss ihres Heimatlandes mit vertieftem Wissen und mit vertiefter Erfahrung der Berufspraxis im Nachbarland. Durch Absolvieren eines zusätzlichen Jahres an einer deutschen Berufsschule kann zudem der deutsche Abschluss erreicht werden. Das gleiche gilt auch für saarländische Auszubildende, die den praktischen Teil in Lothringen ableisten können, während sie eine saarländische Berufsschule besuchen. Dass mit dem Präsident des Conseil régional, dem Präfekten des Département Moselle, der Académie Metz-Nancy, der Chambre de Commerce et d'Industrie de la Région Lorraine, der Chambre de Métiers de Lorraine und der Regionaldirektion für Ernährung, Landwirtschaft und Forst auf lothringischer Seite und der Ministerpräsidentin, der Industrie- und Handelskammer (IHK), der Handwerkskammer (HWK), der Landwirtschaftskammer, der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit und der Agentur für Arbeit Saarland auf saarländischer Seite insgesamt 12 Partner aus Politik und Verwaltung das Abkommen unterzeichnen mussten, zeigt schon die Komplexität des Handlungsfeldes, in dem wir uns hier bewegen. Mit der „Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung“ mit Sitz bei der Verbundausbildung Untere Saar in Dillingen wurde daher 2013 eine Institution geschaffen, die durch das saarländische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes und den Verband der Metall- und Elektroindustrie des Saarlandes finanziert wird,<sup>17</sup> und die zunächst einmal mit einem niedrigschwelligen Angebot, nämlich der Vermittlung von Praktika, die interkulturelle Sprach- und Handlungskompetenz bei Jugendlichen fördern und den Kontakt zwischen Jugendlichen und Betrieben auch über Staatsgrenzen hinweg herstellen will.

### 3.3 Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung

Um zu verstehen, weshalb die saarländische Landesregierung mit der ‚Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung‘ zunächst auf ein Angebot setzt, bei dem grenzüberschreitende Erfahrungen durch die Verzahnung von schulischer Ausbildung im Heimatland und praktischer Ausbildung im Nachbarland gemacht werden sollen, ist ein Blick auf die unterschiedlichen Ausbildungssysteme der beiden Länder hilfreich.

---

17 Julien Robichon/ Alexandra Schwarz: „Die Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung“. In: Christoph Vatter (Hg.): *Praktikum – stage. Interkulturelle Herausforderungen, praktische Umsetzung und didaktische Begleitung von schulischen Praktika im Partnerland. Ergebnisse und didaktische Materialien des COMENIUS-Regio-Projekts NEWAP*, St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, 2013, S. 73-89, hier: S. 73.

Die berufliche Ausbildung in Deutschland ist weitgehend durch das duale System geprägt, bei dem die betriebliche Ausbildung und der parallele Besuch einer Berufsschule in der Regel auf einem Ausbildungsvertrag zwischen dem Auszubildenden und dem ausbildenden Betrieb beruhen. Die duale Ausbildung ist durch eine hohe Praxiskomponente gekennzeichnet, womit die Betriebe bei der Bestimmung der Inhalte der Ausbildung eine ganz wesentliche Rolle einnehmen, während die schulische Bildung mit durchschnittlich acht bis zwölf Wochenstunden insbesondere im Vergleich zum französischen Ausbildungssystem eine untergeordnete Rolle spielt.

Gewisse Ähnlichkeiten mit der dualen Ausbildung in Deutschland weist in Frankreich die Ausbildung in einem Centre de formation d'apprentis auf, das häufig gleich für mehrere Berufe zuständig ist und überwiegend privaten Trägern unterliegt. Bei dieser Ausbildungsform schließen die Unternehmen mit dem Auszubildenden einen Lehrvertrag ab. Im Gegensatz zum deutschen Ausbildungsvertrag handelt es sich bei diesen Lehrverträgen allerdings bereits um Arbeitsverträge, so dass die Einstellung eines Auszubildenden für französische Unternehmen eine weitaus stärkere Festlegung und Bindung darstellt als für deutsche Unternehmen. Eine Auswertung der berufsbildenden Einrichtungen entlang der saarländisch-lothringischen Grenze hat gezeigt, dass diese Ausbildungsform nur von einer Minderheit der jungen Franzosen wahrgenommen wird.<sup>18</sup>

Das macht bereits deutlich, dass die duale Ausbildung in Frankreich nicht über das gesellschaftliche Ansehen verfügt, wie dies in Deutschland der Fall ist. Das eher schlechte Image der dualen Ausbildung in Frankreich stellt deshalb auch einen Hemmschuh für die grenzüberschreitende Ausbildung dar. Ein weitaus größerer Teil der jungen Franzosen entscheidet sich für eine Ausbildung in schulischer Form. Im Gegensatz zu Deutschland erfolgt die Ausbildung bei dieser Form in der Regel zunächst an einem *lycée professionnel* oder *lycée technique*, einer Ganztagschule mit wenigen praktischen Anteilen und 31 bis 36 Wochenstunden Unterricht. Circa drei Viertel der französischen „Auszubildenden“ besuchen ein solches berufliches Gymnasium. Daher richtet sich das Angebot der Fachstelle an französische Jugendliche, die ein *Bac professionnel* oder ein *Brevet de Technicien Supérieur* (BTS) absolvieren und unterstützt sie bei der Durchführung ihrer Praxisphasen in Deutschland.<sup>19</sup>

Aber nicht nur Auszubildende in Frankreich können von einem Praktikum im Nachbarland profitieren, auch für Auszubildende aus dem Saarland kann sich ein Praktikum in Lothringen positiv auf ihre beruflichen Möglichkeiten auswirken. Wegen der geographischen Nähe ist die saarländische Wirtschaft in

---

18 Vgl. Dorka/Frisch, „Transnationale Mobilität“.

19 Ibid.

einem deutlich stärkeren Ausmaß durch die Beziehungen zu Frankreich geprägt. Viele Unternehmen im Saarland haben intensive Wirtschaftsbeziehungen nach Frankreich, unterhalten dort Tochterunternehmen oder sind selbst französische Tochterunternehmen. Auch der saarländische Einzelhandel profitiert durch zahlreiche französische Kunden von der Grenznähe und hat deshalb ein großes Interesse an zweisprachigen Mitarbeitern, was sich auch an den starken Aktivitäten einzelner Akteure wie Globus oder Möbel Martin bei der Akquise Auszubildender aus Frankreich zeigt. Auf deutscher Seite richtet sich das Angebot an Jugendliche, die bei einem saarländischen Betrieb eine Ausbildung absolvieren.

Allerdings hat sich bei der Evaluation gezeigt, dass an diversen Stellen die Unterschiede zwischen den Bildungssystemen ein Hindernis darstellen, wie beispielsweise bei der Einschätzung der Wertigkeit eines *Bac professionnel*, das in Frankreich als berufsqualifizierender Abschluss gesehen wird, während deutsche Unternehmen Praktika eher als Vorstufe zu einer Ausbildung sehen und aus diesem Grund für die besondere Relevanz der Praxisphasen im französischen System sensibilisiert werden müssen.<sup>20</sup> Zudem sind die Zeiten für die Praxisphasen im französischen System festgeschrieben und fallen zum Teil in die saarländischen Ferien- und Urlaubszeiten und machen die Akquise von aufnehmenden Betrieben im Saarland in dieser Zeit schwierig. Bei der Mobilitätsrichtung Deutschland - Frankreich besteht ein Problem darin, dass Auszubildende entsprechend ihrem Ausbildungsgrad in Unternehmen als Arbeitskräfte eingesetzt werden, auf deren Ausfall wegen eines Auslandsaufenthalts sich daher nicht jeder Betrieb einlassen kann bzw. will. Hinzu kommt, dass die Ausbildungsbetriebe auch für die Dauer des Auslandsaufenthalts die Ausbildungsvergütung weiterzahlen müssen. Die Praktikumsbetriebe in Frankreich könnten diese Kosten zwar übernehmen, aber da die Praktikanten von den französischen Lycées keinen Anspruch auf Vergütung haben, ist es unwahrscheinlich, dass sie dies auch tun. Es hat sich auch gezeigt, dass einige der interessierten Auszubildenden sich scheuen, ihrem Arbeitgeber den Wunsch nach einem Praktikum in Lothringen mitzuteilen, da sie das als zu fordernd empfinden.<sup>21</sup>

Trotz dieser Herausforderungen ist die Bilanz der Fachstelle in den sechs Jahren ihrer Arbeit ermutigend. Sie hat über 600 Informationsveranstaltungen vor 10.737 deutschen und französischen Schülerinnen und Schülern angeboten. In rund 500 Fällen kamen Praktika oder Ausbildungsabschnitte im Nachbarland zustande. Seit 2016 fanden darüber hinaus 24 grenzüberschreitende Betriebsbesichtigungen statt. Die Fachstelle veranstaltete 25 interkulturelle Workshops mit 342 Teilnehmern und 73 französische Jugendlichen nahmen an der Universität

---

20 Vgl. Robichon/Prinz, „Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung“, S. 86 f.

21 Ibid., S. 87 f.

populaire transfrontalière in Forbach an interkulturellen Aktivitäten teil. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die französischen Auszubildenden ein größeres Interesse an beruflichen Erfahrungen im Ausland zeigen, als dies bei der Mobilität der deutschen Auszubildenden der Fall ist. Das hängt sicherlich einerseits damit zusammen, dass von den Lycées Praktika in Deutschland ausdrücklich gewünscht sind und von ihnen entsprechend gefördert werden, wohingegen auf der deutschen Seite neben dem Auszubildenden auch der Betrieb zustimmen muss.

Bei den saarländischen Betrieben ist festzustellen, dass das Interesse an der Aufnahme von Franzosen größer ist als die Bereitschaft, eigene Azubis zu den Nachbarn zu entsenden. Dem wollen die IHK Saarland und andere Kammern nun gezielt dadurch abhelfen, dass sie Betriebe ansprechen, die wirtschaftliche Beziehungen zu Frankreich pflegen. Natürlich muss man bei diesen Zahlen und Problemen festhalten, dass die grenzüberschreitende Ausbildung damit noch immer ein eher zartes Pflänzchen ist, aber eines, das weiter gepflegt werden sollte. Auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung hat im Programm INTERREG VA Großregion 2014-2020 als oberstes Ziel ausgerufen, die Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt der Großregion zu fördern durch die Finanzierung von gemeinsamen Projekten im Bereich Bildung und Ausbildung sowie durch die Aufhebung von Mobilitätshindernissen, mit denen Arbeitnehmer und Auszubildende konfrontiert sind. Mit Geldern aus dem INTERREG-Programm sowie des Wirtschaftsministeriums und von weiteren Partnern in einer Gesamthöhe von 2,7 Mio. Euro ist es gelungen, die Zukunft der Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung bis 2021 zu sichern und das Projekt gleichzeitig auszuweiten auf die Westpfalz sowie auf die Zielgruppe der Fachoberschüler, um auch hier Hürden abzubauen, die grenzüberschreitende Mobilität weiter zu erhöhen, die grenzüberschreitende Ausbildung besser miteinander zu verzahnen und damit dazu beizutragen, dass Jugendliche in der Großregion interkulturelle und sprachliche Erfahrungen sammeln können.

#### **4 Schluss**

Mit der Rahmenvereinbarung über die Kooperation in der grenzüberschreitenden beruflichen Aus- und Weiterbildung zwischen Lothringen und dem Saarland, mit der Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung oder auch mit dem deutsch-französischen Berufsschulzweig Automobil sind die ersten Schritte unternommen worden, um die fachliche Sprachkompetenz, die Mobilität und die beruflichen Zukunftschancen von Jugendlichen in der saarländisch-lothringischen Grenzregion und teilweise auch darüber hinaus zu fördern. Ein großer Teil des Weges liegt allerdings noch vor uns. In der schon erwähnten Untersuchung zu transnationaler Mobilität von Auszubildenden setzen sich Julia Frisch und

Sophia Dorka kritisch mit den bisherigen Ergebnissen auseinander und fordern unter anderem eine verbesserte Kommunikation zwischen Politik, Institutionen und Unternehmen sowie mehr Öffentlichkeitsarbeit, um Unklarheiten und Vorurteile über die Ausbildungssysteme im Partnerland bei Unternehmen und angehenden Auszubildenden abzubauen. Aber die Menschen in der Großregion haben bereits in den fünfziger Jahren gezeigt, dass sie in der Lage sind, Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Das sollte optimistisch stimmen, dass sich auch bezüglich der Sicherung des Fachkräftenachwuchses und damit der Zukunftsfähigkeit der Großregion als Wirtschaftsstandort die Erkenntnis durchsetzen wird, dass sich Herausforderungen gemeinsam besser bewältigen lassen, als das jede Region für sich alleine vermag.

## Literatur

- Albrecht, Maria/ Meyer, Wolfgang: „Grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik: Institutionen und institutionelle Steuerung des Arbeitsmarktes in der Großregion SaarLor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonien“. In: Jürgen Meyer/ Luitpold Rampeltshammer (Hgs.): *Grenzüberschreitendes Arbeiten in der Großregion SaarLorLux*, Schriften der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, Saarbrücken: Universaar, 2012, S. 79-152.
- Dorka, Sophia/ Frisch, Julia: „Transnationale Mobilität von Auszubildenden in der Grenzregion. Ein Projektbericht zum Forschungsprojekt der Arbeitskammer des Saarlandes und der Kooperationsstelle Wirtschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes zum Abkommen über die Grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen“, 19.09.2017. In: URL: [https://www.uni-saarland.de/fileadmin/user\\_upload/Sonstiges/KoWA/forschung/berichte/AbschlussberichtTransnationale\\_Azubis\\_Korrekturen\\_Korrigiert\\_12092017.pdf](https://www.uni-saarland.de/fileadmin/user_upload/Sonstiges/KoWA/forschung/berichte/AbschlussberichtTransnationale_Azubis_Korrekturen_Korrigiert_12092017.pdf).
- Hilpold, Peter/ Parathoner, Christoph/ Steinmair, Walter (Hgs.): *Europa der Regionen*, Berlin/Heidelberg: Springer, 2016.
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: „Situation junger Menschen“. In: *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion*, 10. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 15. Gipfel der Exekutiven der Großregion, Saarbrücken: IBA, Februar 2017, URL: [http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/10.\\_IBA-Bericht\\_\\_2016\\_\\_IBA\\_Jugend\\_DE\\_web.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/10._IBA-Bericht__2016__IBA_Jugend_DE_web.pdf).

- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: „Grenzgängermobilität“. In: *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion*, 10. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 15. Gipfel der Exekutiven der Großregion, Saarbrücken: IBA, November 2016, URL: [http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/10\\_IBA-Bericht\\_2016\\_IBA\\_Grenzgaenger\\_DE\\_web.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/10_IBA-Bericht_2016_IBA_Grenzgaenger_DE_web.pdf).
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: „Demographische Entwicklung“. In: *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion*, 9. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 14. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken: IBA, November 2014, URL: [http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/9\\_IBA-Bericht\\_2014/141118\\_Demografie\\_DE.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/9_IBA-Bericht_2014/141118_Demografie_DE.pdf).
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: „Die Situation junger Menschen“. In: *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion*, 9. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 14. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken: IBA, November 2014, [http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/9\\_IBA-Bericht\\_2014/141118\\_Jugend\\_DE.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/9_IBA-Bericht_2014/141118_Jugend_DE.pdf).
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: „Zusammenfassung“. In: *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion*, 5. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 10. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken: IBA, 2007, URL: [https://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/DE\\_IBA-Bericht\\_No5.pdf](https://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/DE_IBA-Bericht_No5.pdf), S. V-XIV.
- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr: *Zukunftsarbeit für das Saarland. Die saarländische Strategie zur Fachkräftesicherung*, Saarbrücken: Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar, 2015, URL: [https://www.saarland.de/dokumente/res\\_wirtschaft/fachkraefte\\_komplett.pdf](https://www.saarland.de/dokumente/res_wirtschaft/fachkraefte_komplett.pdf).
- Robichon, Julien/ Schwarz, Alexandra: „Die Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung“. In: Christoph Vatter (Hg.): *Praktikum – stage. Interkulturelle Herausforderungen, praktische Umsetzung und didaktische Begleitung von schulischen Praktika im Partnerland. Ergebnisse und didaktische Materialien des COMENIUS-Regio-Projekts NEWAP*, St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, 2013, S. 73-89.
- Task Force Grenzgänger: *Förderung der Arbeitsmarktmobilität in der Großregion. 12 Lösungen der Task Force Grenzgänger*, Saarbrücken: Task Force, 2014, URL: <http://www.grossregion.net/Mediathek/Veroeffentlichungen/Foerderung-der-Arbeitsmarktmobilitaet-in-der-Grossregion-12-Loesungen-der-Task-Force-Grenzgaenger>.

Task Force Grenzgänger: *Grenzüberschreitende Berufsausbildung in der Großregion. Bestandsaufnahme*, Saarbrücken: Task Force, 2012, URL: [https://www.tf-grenzgaenger.eu/fileadmin/user\\_upload/Veroeffentlichungen/Bestandsaufnahme\\_TFG\\_de\\_0414.pdf](https://www.tf-grenzgaenger.eu/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Bestandsaufnahme_TFG_de_0414.pdf).

Die Internetquellen wurden am 30.05.2018 auf ihren Fortbestand überprüft.



Sophia Dorka, Julia Frisch

## Interkulturelle Dimensionen transnationaler Ausbildungsprojekte

### Das Abkommen zur grenzüberschreitenden Ausbildung Saarland-Lothringen

#### Gliederung

Abstract . . . . .	183
1 Einleitung: Das Abkommen und seine Rahmenbedingungen . . . . .	184
2 Das Abkommen in der Praxis: Interkulturelle Herausforderungen . . . . .	185
2.1 Ausbildungssysteme und Finanzierung . . . . .	186
2.2 Soziale Wertigkeiten der Abschlüsse . . . . .	189
2.3 Bewerbungsfristen und -modalitäten . . . . .	190
2.4 Sprachkenntnisse und -ausbildungen . . . . .	192
2.5 Zielgruppen, Nachfrage und Motivation . . . . .	193
2.6 Politischer Rahmen und Zielsetzung . . . . .	195
3 Empfehlungen und rezente Entwicklungen . . . . .	197
Literatur . . . . .	201

#### Abstract

In diesem Beitrag wird das ‚Abkommen zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung Saarland-Lothringen‘ bezüglich seiner Entstehung und Umsetzung untersucht. Jugendlichen im Saarland und in Lothringen steht es seit 2014 offen, sich im Rahmen dieses Abkommens für eine grenzüberschreitende Ausbildung zu entscheiden, in der sie den praktischen Teil der Ausbildung im Nachbarland und den theoretischen Teil im Heimatland in der Muttersprache absolvieren können. Die ersten Auszubildenden starteten im Jahr 2015, die Jugendlichen – bisher überwiegend junge Französinnen – werden ihre grenzüberschreitende Ausbildung bald abschließen.

Sowohl bei den institutionellen und wirtschaftlichen AkteurInnen wurde das Abkommen lange und intensiv diskutiert. Die Mehrheit der Befragten in diesem Personenkreis hält die grenzüberschreitende Ausbildung für eine hervorragende Möglichkeit, um dem Fachkräftemangel im Saarland entgegenzuwirken und die Jugendarbeitslosigkeit in Lothringen zu verringern. Jedoch warfen insbesondere die Anfänge der Implementierung viele organisatorische Fragen auf.

In diesem Beitrag soll untersucht werden, wie das Abkommen zustande kam, welche AkteurInnen im Entstehungsprozess involviert waren und wo die spezifischen interkulturellen Herausforderungen der Umsetzung liegen. Handelt es sich bei dem Abkommen wirklich um eine Möglichkeit, die grenzüberschreitende Berufsmobilität von Jugendlichen in der Großregion zu erhöhen? Welche Herausforderungen – organisatorischer und interkultureller Natur – müssen sowohl von den Jugendlichen als auch von den Institutionen und Unternehmen gemeistert werden? Welche Zukunft sehen die grenzüberschreitenden Auszubildenden für sich? Die Autorinnen haben in einer von der Arbeitskammer des Saarlandes geförderten Studie die Entstehung und Implementierung des Abkommens untersucht und präsentieren hier ihre Erkenntnisse.

## 1 Einleitung:

### Das Abkommen und seine Rahmenbedingungen

Im Juni 2014 wurde das gemeinsame ‚Abkommen zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung Saarland-Lothringen‘ in Metz von zwölf PartnerInnen unterzeichnet, darunter die Ministerpräsidentin des Saarlandes und der Vorsitzende des Conseil Régional de Lorraine. Dieses politische Abkommen will den Grundstein für eine neue Form der Berufsausbildung zwischen den Regionen legen: Von nun an können sich Auszubildende dazu entscheiden, in einer grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung den theoretischen Unterricht in ihrer Heimatregion in ihrer Muttersprache zu absolvieren, während der praktische Anteil in einem Unternehmen auf der anderen Seite der Grenze stattfindet. Im ersten Ausbildungsjahr, das im August beziehungsweise September 2015 begann, nahmen zwölf Jugendliche diese Möglichkeit wahr: Zehn von ihnen begannen eine Ausbildung im Bereich BTS NRC<sup>1</sup> mit theoretischer Ausbildung am *Centre de formation d'apprentis* (CFA) Henri Nominé in Sarreguemines, Lothringen, und praktischer Ausbildung in Filialen der saarländischen Unternehmen Möbel Martin und Globus. Die beiden anderen Auszubildenden begannen ihre technische Ausbildung im Unternehmen Michelin in Homburg/Saar in Kooperation mit einem CFA in Yutz, ebenfalls Lothringen.

---

1 *Brevet de Technicien Supérieur Négociation Relation Client*, entspricht in etwa einer Verkaufs- und Vertriebsausbildung

Bereits vor der ersten Umsetzung der grenzüberschreitenden Ausbildung im Jahr 2015 deuteten sich jedoch Unklarheiten bezüglich der konkreten praktischen Ausgestaltung an. Seitens der betroffenen oder interessierten Unternehmen, der Berufsschulen und der SchülerInnen wurde Kritik an fehlender oder fehlerhafter Kommunikation beziehungsweise dem Mangel an konkreten AnsprechpartnerInnen laut. Diese vorläufigen ‚Anlaufschwierigkeiten‘ konnten insbesondere im Jahr 2017 reduziert werden, jedoch sind diese symptomatisch für die Entstehung und Umsetzung des Rahmenabkommens. So wurden wichtige kulturelle und systembedingte Unterschiede bei der Entstehung des Abkommens und der Konzeption der Umsetzung nicht ausreichend beachtet. Auch die mangelnden Sprachkenntnisse auf beiden Seiten der Grenze sowie die Situation der öffentlichen Verkehrsmittel stellen bei der konkreten Umsetzung der grenzüberschreitenden Ausbildung noch Probleme dar.

In einer Studie des Lehrstuhls für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation sowie der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes, finanziert von der Arbeitskammer des Saarlandes, wurden das Rahmenabkommen von seiner Entstehung bis zur Implementierung sowie die daraus entstandenen grenzüberschreitenden Ausbildungsverhältnisse untersucht. Schwerpunkte waren dabei die soeben angesprochenen interkulturellen und praktischen Herausforderungen einer solchen wirtschafts- und bildungspolitischen Kooperation ebenso wie die transnationalen Implikationen der praktischen Umsetzung.

Dieser Artikel skizziert die interkulturellen Herausforderungen der grenzüberschreitenden Ausbildung in Lothringen und im Saarland sowie die rezenten Entwicklungen im Jahr 2017. Im ersten Abschnitt werden die interkulturellen und systembedingten Unterschiede insbesondere in den Ausbildungssystemen erläutert. Anschließend werden interkulturelle Chancen und (bereits umgesetzte) Lösungsansätze diskutiert, bevor die Autorinnen Empfehlungen für eine Umsetzung der grenzüberschreitenden Ausbildung, die sowohl die interkulturellen als auch die systembedingten Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich anerkennt und konstruktiv integriert, geben.

## **2 Das Abkommen in der Praxis: Interkulturelle Herausforderungen**

Aufgrund seiner Transnationalität und seiner Komplexität birgt das Rahmenabkommen einige Herausforderungen interkultureller Natur, die einerseits in den Unterschieden zwischen den deutschen und französischen Ausbildungssystemen, Verwaltungsstrukturen und differenten Bewerbungsmodalitäten begründet liegen, andererseits ihren Ursprung in weicheren Faktoren wie der stark divergierenden

sozialen Wertigkeit von Ausbildungsabschlüssen oder ungleich ausgeprägten Sprachkenntnissen haben.

Im Folgenden werden diese Themenfelder daher explizit auf ihr interkulturelles Konfliktpotenzial, ihre heterogenen Ausprägungen in Deutschland und Frankreich bzw. im Saarland und in Lothringen und ihren ermittelten Einfluss auf die Pilotphase des Abkommens zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung hin untersucht.

## 2.1 Ausbildungssysteme und Finanzierung

Die berufliche Ausbildung ist in Deutschland weitgehend durch das duale System geprägt. Die betriebliche Ausbildung und der parallele Besuch einer Berufs(fach)schule beruhen in der Regel auf einem Berufsausbildungsvertrag zwischen dem Auszubildenden und dem ausbildenden Betrieb, wobei eine hohe Praxiskomponente kennzeichnend ist und die Betriebe im Wesentlichen die Inhalte der Ausbildung bestimmen. Die schulische Bildung spielt mit durchschnittlich acht bis zwölf Wochenstunden eine untergeordnete Rolle.<sup>2</sup> Zusätzlich besteht grundsätzlich die Möglichkeit, eine außerbetriebliche Ausbildung zu absolvieren, wobei diese Form der Ausbildung deutlich seltener in Anspruch genommen wird.<sup>3</sup>

Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 503.229 betriebliche und 18.865 außerbetriebliche Ausbildungsverträge unterzeichnet.<sup>4</sup> Im Unterschied zu Deutschland erfolgt die Ausbildung in Frankreich in der Regel zunächst an einem *lycée professionnel*, einer Ganztagschule mit wenigen praktischen Anteilen und 31 bis 36 Wochenstunden Unterricht.<sup>5</sup> Circa drei Viertel der französischen „Auszubildenden“ besuchen ein solches berufliches Gymnasium, das entgegen der häufigen (deutschen) Annahme durchaus praktische Elemente in Werkstätten, jedoch nicht im Betrieb wie in Deutschland, enthält. Ziel ist der Erwerb eines *Certificat d'aptitude professionnelle* (CAP), d.h. eines Berufsbefähigungszeugnisses für bestimmte Berufe, eines *Brevet d'études professionnel* (BEP), d.h. eines Prüfungszeugnisses für eine ganze Berufssparte, oder eines *Baccalauréat professionnel* (Bac pro), eines „Berufsabiturs“, das früher überwiegend besonders begabten CAP- bzw. BEP-InhaberInnen offenstand.<sup>6</sup> Diese Ausbildungsform

2 Ute Hippach-Schneider/ Martina Krause/ Christian Woll: *Berufsbildung in Deutschland. Kurzbeschreibung*, Luxemburg: Cedefop (Cedefop Panorama Series 136), 2007, S. 26.

3 Agentur für Arbeit Hildesheim: „Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung“. In: *Bundesagentur für Arbeit*, o.J., URL: <https://www.arbeitsagentur.de/web/content/DE/dienststellen/rdnsh/hildesheim/Agentur/BuergerinnenundBuerger/Ausbildung/Detail/index.htm?dfContentId=L6019022DSTBA1640944>.

4 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): *Berufsbildungsbericht 2016*, Bonn: 2016, URL: [https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht\\_2016.pdf](https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2016.pdf), S. 15.

5 Ernst Ulrich Große/ Heinz-Helmut Lüger: *Frankreich verstehen*, Darmstadt: Primus, 2000, S. 223-226.

6 Ibid.

sieht zumindest einen bestimmten Praktikumszeitraum im örtlichen Betrieb vor und wird von der Mehrheit der Auszubildenden angestrebt.

Demgegenüber steht die *Formation professionnelle en alternance*, die betriebliche alternierende duale Lehrausbildung im Unternehmen und in einem Ausbildungszentrum, dem *Centre de formation des apprentis* (CFA), das häufig gleich für mehrere Berufe zuständig ist und überwiegend meist privaten Trägern (Handwerkskammern) unterliegt. Die pädagogische Aufsicht übernimmt jedoch das nationale Bildungsministerium.<sup>7</sup> Gegenwärtig nur von ca. einem Viertel der französischen Auszubildenden wahrgenommen, verfolgt die eigentliche französische „Lehre“ ebenfalls den Erwerb eines CAP, eines BEP oder eines Bac Pro, wobei häufig ein „Bac+2“, also einer zweijährigen Qualifikationsphase nach dem Abitur, und der Erwerb eines *Brevet de technicien supérieur* (BTS) angestrebt werden. Die Unternehmen schließen mit dem Auszubildenden einen *contrat d'apprentissage* (Lehrvertrag) ab. Für die ausbildenden Unternehmen bedeutet die Einstellung eines *apprenti* zudem häufig eine gewisse Festlegung und Bindung, da es sich, nicht wie in Deutschland, um einen Ausbildungsvertrag, sondern bereits um einen Arbeitsvertrag handelt. Das *Brevet professionnel* (BP), *Brevet de technicien* (BT) sowie das *Diplôme universitaire technique* (DUT) zählen zu den weiteren Ausbildungsabschlüssen, die im französischen Bildungssystem zu erreichen sind und unterschiedliche Anforderungsansprüche an den Inhalt der Ausbildung stellen. Die Ausbildungsformen werden in Frankreich in verschiedene Kategorien unterteilt. Während „Niveau VI“ und „Niveau V bis“ die Personen beschreiben, die keinen schulischen Abschluss erhalten bzw. ihre Ausbildung abgebrochen haben, bezieht sich die Kategorie „Niveau V“ auf ArbeitnehmerInnen, die ihre Ausbildung entweder mit einem BEP oder CAP abgeschlossen haben. Das „Niveau IV“ bezieht sich auf das Bac Pro und auf ein nicht abgeschlossenes Studium. „Niveau III“ umfasst die Ausbildungsabschlüsse DUT und BTS und „Niveau II“ schließt Personen mit einem abgeschlossenen Studium (Bachelor-Niveau) ein. In der letzten Kategorie „Niveau I“ werden diejenigen gefasst, die über einen Master-Abschluss, eine Promotion oder einen Abschluss an einer „Grande École“ verfügen.<sup>8</sup>

Auch die Finanzierung der beiden Berufsbildungssysteme unterscheidet sich in vielen Punkten. In Deutschland zahlen die Unternehmen, die Ausbildungen anbieten, Kammer- und Prüfungsgebühren. Pro Auszubildenden bezahlten so die saarländischen Betriebe im Jahr 2016 etwa 199€ für die

---

7 Werner Zettelmeier: „Wie entsteht eine Ausbildungsordnung bzw. ein beruflicher Abschluss in Frankreich“. In: Georg Rothe (Hg.): *Berufliche Bildung in Deutschland*, Karlsruhe, Universitätsverlag, 2008, S. 478-482, hier: S. 480.

8 Onisep Auvergne: „Diplômes et niveaux de qualification“. In: *onisep.fr/clermont*, Juni 2012, S. 1-4, hier: S. 1.

Eintragung, Betreuung, Zwischen- und Abschlussprüfung eines Berufsausbildungsverhältnisses.<sup>9</sup> Weitere Ausgaben für das Unternehmen sind die Betreuung der Auszubildenden im Betrieb sowie das Gehalt der Auszubildenden. Die Unternehmen können durch die Bundesagentur für Arbeit finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie beispielsweise schwerbehinderte Auszubildende einstellen.<sup>10</sup> Die französischen Unternehmen hingegen finanzieren das Ausbildungssystem durch eine Abgabe an den Staat. Die Höhe der Abgabe orientiert sich u.a. an der Größe des Unternehmens, den gezahlten Brutto-Gehältern und der Anzahl der Angestellten.<sup>11</sup> Diese Abgabe dient teilweise der Finanzierung der Centres de formation des apprentis. Zusätzlich erhalten sie noch Subventionen der Regionen.<sup>12</sup>

Im Saarland (994.287 EinwohnerInnen)<sup>13</sup> haben im Jahr 2014 7.317 Auszubildende eine duale Ausbildung begonnen.<sup>14</sup> Über die Hälfte (58,9%) der Ausbildungsstellen sind in den Bereichen von Industrie und Handel angesiedelt, 29,5% im Bereich Handel und 2,2% in der Landwirtschaft.<sup>15</sup> In Lothringen (2.356.585 EinwohnerInnen)<sup>16</sup> befanden sich im Jahr 2011 insgesamt 17.004 Jugendliche<sup>17</sup> in einem Ausbildungsverhältnis. Im Jahr 2012 absolvierten 43% der lothringischen Auszubildenden (Kategorie V und IV) eine Ausbildung im Bereich „agrolimentaire, alimentation, cuisine“; also im Bereich der Lebensmittelverarbeitung und Küche. 33% der Ausbildungen erfolgten im Handel bzw. im Baugewerbe.

- 
- 9 Industrie- und Handelskammer Saarland: „Gebührentarif“. In: *Saarland.IHK.de*, 26.04.2016, URL: <http://www.saarland.ihk.de/ihk-saarland/Integrale?MODULE=Frontend.Media&ACTION=ViewMediaObject&Media.PK=1215&Media.Object.Type=full>.
  - 10 Bundesagentur für Arbeit: „Förderung von Menschen mit Behinderungen“. In: *Arbeitsagentur.de*, URL: <https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/finanziell/foerderung-menschen-mit-behinderung>.
  - 11 OPCA des Industries de l'Ameublement, du Bois, des Matériaux pour la Construction et l'Industrie et de l'Intersecteurs Papiers Cartons: „Le financement de l'apprentissage“. In: *opca3plus.fr*, URL: [ [https://www.opca3plus.fr/Espace\\_Et Entreprises/342-Le\\_financement\\_de\\_l\\_apprentissage](https://www.opca3plus.fr/Espace_Et Entreprises/342-Le_financement_de_l_apprentissage) | [https://www.opca3plus.fr/Espace\\_Et Entreprises/342-Le\\_financement\\_de\\_l\\_apprentissage](https://www.opca3plus.fr/Espace_Et Entreprises/342-Le_financement_de_l_apprentissage) ].
  - 12 O.A.: „Le financement de l'apprentissage“. In: *L'Apprenti*, o.J., URL: <https://www.lapprenti.com/html/cfa/financement.asp>.
  - 13 Statistisches Amt Saarland: „Fortgeschriebener Bevölkerungsstand am Jahresende 1926 bis 2015“. In: *Statistisches Amt Saarland*, 18.07.2016, URL: [https://www.saarland.de/dokumente/thema\\_statistik/Fortgeschriebener\\_Bevoelkerungsstand\\_ab\\_1926\(1\).pdf](https://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/Fortgeschriebener_Bevoelkerungsstand_ab_1926(1).pdf), S. 1.
  - 14 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): *Berufsbildungsbericht 2015*, Berlin, 2015, URL: [https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht\\_2015.pdf](https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2015.pdf), S. 23.
  - 15 Ibid.
  - 16 INSEE: „Évolution et structure de la population en 2013. Région de Lorraine (41)“. In: *Institut national de la statistique et des études économiques*, 30.06.2016, URL: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2020130?sommaire=2106142&geo=REG-41>.
  - 17 George Asseraf (Hg.): *Le guide apprentissage en Lorraine. Du cap au diplôme d'ingénieur*, Metz: Onisep Lorraine, 2015, S. 6.

Weitere beliebte Berufsfelder finden sich im Bereich der Pflegeberufe und der weiteren Dienstleistungen (Friseure, Kosmetiker).<sup>18</sup>

## 2.2 Soziale Wertigkeiten der Abschlüsse

Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen lässt sich in beiden Ländern feststellen. Bei genauerer Analyse der Verteilung der Bildungskategorien in Lothringen ist deutlich zu erkennen, dass Bildungsabschlüsse der Kategorien V und IV abnehmen, während Bildungsabschlüsse der Kategorien III und höher seit Mitte der 1990er Jahre stetig zunehmen. Die soziale Wahrnehmung der Ausbildung und der mit ihr verknüpften späteren beruflichen (Aufstiegs-)Chancen spielen eine nicht zu vernachlässigende Rolle in dieser Entwicklung. Auch in Deutschland sinken die Zahlen der Auszubildenden bzw. steigen die Studierendenzahlen deutlich (Wintersemester 2015/2016: 2.757.799 Studierende<sup>19</sup>; 2015: 1.337.004 Auszubildende)<sup>20</sup>, doch im Vergleich zu Frankreich ist die duale Ausbildung in Deutschland weitaus etablierter und deutlich weiter verbreitet. 2014 befanden sich insgesamt 405.882 Personen in Frankreich in einer Ausbildung.<sup>21</sup> Zu diesem Zeitpunkt wurden in Deutschland mehr als dreimal so viele Auszubildende verzeichnet. Dies verdeutlicht, dass die Ausbildung in Deutschland eine viel wichtigere Stellung einnimmt. Das deutsche Sprichwort „Handwerk hat goldenen Boden“ illustriert die positive Grundeinstellung zu dieser Ausbildungsform deutlich.

In Frankreich hingegen erfährt die Lehre (die *apprentissage*) keine solche Anerkennung: Die Ausbildung wird im Vergleich zu einem universitären Abschluss als weniger prestigeträchtig betrachtet. In einer Umfrage aus dem Jahr 2013 gaben 56% der jungen Befragten an, dass eine solche Ausbildung von Anderen als deutlich weniger wertvoll betrachtet würde.<sup>22</sup> Aus diesem Grund wird sie als letzte Möglichkeit gesehen, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. In einer anderen Umfrage aus dem Jahr 2007 gaben immerhin 18% der Befragten an, dass ein Grund für die Entscheidung, eine Ausbildung zu absolvieren, insbesondere der

---

18 Ibid.

19 Statistisches Bundesamt: *Studierende in Deutschland*. In: *Statista - Das Statistik-Portal*, 2017, URL: <https://de.statista.com/statistik/studie/id/6378/dokument/studenten-in-deutschland-statista-dossier/>, S. 7.

20 Statistisches Bundesamt: „Anzahl der Auszubildenden in Deutschland von 1950 bis 2015“. In: *Statista – Das Statistik Portal*, o.J., <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156916/umfrage/anzahl-der-auszubildenden-in-deutschland-seit-1950/>.

21 Marine Rabreau: „Le piteux état de l'apprentissage en France“. In: *lefigaro.fr*, 15.03.2016, URL: <http://www.lefigaro.fr/economie/le-scan-eco/dessous-chiffres/2016/01/08/29006-20160108ART-FIG00002-le-piteux-etat-de-l-apprentissage-en-france.php>.

22 CCI Paris Ile-de-France: „Image de l'apprentissage: en net progrès!“ In: *CCI-Paris-IDF.fr*, 01.01.2014, URL: <http://www.cci-paris-idf.fr/informations-territoriales/ile-de-france/actualites/image-apprentissage-net-progres-ile-de-france>.

Mangel an anderen beruflichen Alternativen sei.<sup>23</sup> Dieser Unterschied liegt u.a. in der frühen umfangreichen Industrialisierung Deutschlands begründet. Die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und dem Staat im Bereich der beruflichen Bildung konnte sich so über einen langen Zeitraum hin entwickeln. Die umfangliche Industrialisierung Frankreichs erfolgte jedoch erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Das moderne Berufsbildungswesen entwickelte sich vergleichsweise spät. Die staatliche Ausgestaltung der Wirtschaft (*planification*) sowie der Berufsausbildung schloss den potentiellen Einfluss von Unternehmen auf diese Ausbildungsstrukturen weitestgehend aus.<sup>24</sup>

### 2.3 Bewerbungsfristen und -modalitäten

In mehreren Interviews, die im Rahmen der Studie geführt worden sind, wurden die bestehenden Unterschiede in den Gepflogenheiten und Abläufen von Bewerbungen auf Ausbildungsplätze als Hindernisse für die Aufnahme einer grenzüberschreitenden Ausbildung benannt. Wenn auch in der Forschung hinlänglich diskutiert,<sup>25</sup> sind diese kulturellen Unterschiede bei vielen jugendlichen BewerberInnen noch nicht umfassend bekannt. Dies geht aus mehreren Interviews mit VertreterInnen beratender Stellen wie der Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung hervor, die im Rahmen der Studie von Dorka und Frisch geführt worden sind.<sup>26</sup>

So zeigen sich französische ArbeitgeberInnen häufig irritiert von sehr umfassenden Bewerbungsschreiben deutscher Jugendlicher, die für eine Praktikums- oder Ausbildungsbewerbung neben einem ausführlichen Lebenslauf und einem Motivationsschreiben auch Zeugnisse, Nachweise vorhergegangener Erfahrungen und Angaben zu Freizeitaktivitäten und ehrenamtlichem Engagement enthalten. Diese Angaben sind für einen französischen Ausbildungsbetrieb in der Regel nicht von Interesse: Neben einem kurzem Lebenslauf ist es vor allem das Anschreiben, das als eine Art Eisbrecher darüber entscheidet, ob es zu einem telefonischen oder persönlichen Kennenlernen beider Parteien kommt, welches wiederum

---

23 Isa Aldeghi/ Cohen-Sacli, Valérie: „L'apprentissage. Une image et des conditions à améliorer“. In: *Crédoc. Consommation et Modes de vie*, n° 199 (Jan. 2007), S. 1-4, hier: S. 2.

24 Große/Lüger, *Frankreich verstehen*.

25 Christoph Vatter (Hg.): *Praktikum / stage. Interkulturelle Herausforderungen, praktische Umsetzung und didaktische Begleitung von schulischen Praktika im Partnerland. Ergebnisse und didaktische Materialien des COMENIUS-Regio-Projekts NEWAP*, hrsg. unter Mitarbeit von Hans-Jürgen Lüsebrink und Joachim Mohr, St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, 2013.

26 Sophia Dorka/ Julia Frisch, *Transnationale Mobilität von Auszubildenden in der Grenzregion. Abschlussbericht des von der Arbeitskammer des Saarlandes geförderten Forschungsprojekts der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt und des Lehrstuhls für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation der Universität des Saarlandes*, Saarbrücken: 2017, URL: [https://www.uni-saarland.de/fileadmin/user\\_upload/Sonstiges/KoWA/forschung/berichte/AbschlussberichtTransnationale\\_Azubis\\_Korrekturen\\_Korrigiert\\_12092017.pdf](https://www.uni-saarland.de/fileadmin/user_upload/Sonstiges/KoWA/forschung/berichte/AbschlussberichtTransnationale_Azubis_Korrekturen_Korrigiert_12092017.pdf).

über das Zustandekommen eines Ausbildungsverhältnisses entscheidet. Ebenso häufig sind es vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, die Praktika oder Jobs über eine persönliche, häufig spontane Vorsprache im Geschäft oder Unternehmen ohne vorherigen schriftlichen Kontakt vergeben. Die komplexen Bewerbungsunterlagen nach deutscher Gewohnheit wirken daher auf französische Arbeitgeber, die noch keine Erfahrungen mit deutschen Jugendlichen hatten, überladen, überambitioniert und somit abschreckend.

Weiterhin bewerben sich deutsche Jugendliche in der Regel mit einem großen zeitlichem Vorlauf von mehreren Monaten bis hin zu einem Jahr bei für sie interessanten Arbeitgebern, was durch die notwendigen Vorlaufzeiten beispielsweise bei Pflichtpraktika in Schulen bedingt ist. Französische Unternehmen planen jedoch eher kurzfristig mit PraktikantInnen und können daher mehrere Monate vor einem gewünschten Praktikumsbeginn häufig noch keine Zu- oder Absage treffen.<sup>27</sup> Dies stellt die Jugendlichen wiederum vor Probleme in ihren Schulen, da dort eine frühzeitige Zusage zwecks Planungssicherheit erwartet wird – ein Umstand, der eine Nichtberücksichtigung französischer Praktikumsgeber von deutscher Seite begünstigt fehlende grenzüberschreitende Erfahrung. Die wirkt sich somit auch negativ auf die spätere Ausbildungssuche aus, bei der das Nachbarland dann keine Berücksichtigung findet.

Aus der anderen Perspektive betrachtet, haben deutsche ArbeitgeberInnen mit französischen Praktikums- und Ausbildungssuchenden sehr häufig das Problem, dass diese sich zu kurzfristig bewerben. Für französische SchülerInnen ist es üblich, sich ca. vier bis acht Wochen vor dem gewünschten Praktikumsstart nach einem Platz umzusehen. Mit dieser Vorlaufzeit ist in den meisten deutschen Unternehmen und Institutionen jedoch keine Einstellung mehr möglich, zumal dabei für die Personalverantwortlichen kaum Zeit bliebe, die Bewerbungsunterlagen kritisch zu überprüfen und ein offizielles Bewerbungsgespräch durchzuführen. Die in Frankreich je nach Branche und Unternehmensgröße durchaus noch übliche persönliche Bewerbung, bei der die Interessierten spontan im Unternehmen, z.B. in einem Ladengeschäft, vorsprechen und um einen Praktikums- oder Ausbildungsplatz bitten, ist in Deutschland nur noch selten üblich. Ebenso unüblich sind Bewerbungsunterlagen im bereits beschriebenen französischen Stil aus kurzem Lebenslauf und Anschreiben, die aus der Sicht eines deutschen Unternehmens mangels Zeugnissen und ähnlichen offiziellen Nachweisen unvollständig und unseriös wirken.

Es ist als eine äußerst hilfreiche Entwicklung im Hinblick auf diese Problematik zu werten, dass ein erhöhtes Bewusstsein für diese Unterschiede mittlerweile Einzug in viele Unterstützungsprogramme für SchülerInnen gehalten hat,

---

27 Ibid., S. 43.

beispielsweise bei Beratungsangeboten vom Verband Ausbildung Untere Saar e.V., von MobiPro, dem *Centre d'information et d'orientation*, der Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung oder den im Saarland rezent eingerichteten Stellen für die entsprechende transnationale Ausbildungsvermittlung und -beratung bei der Agentur für Arbeit. Auf diese Weise können die grenzüberschreitend interessierten SchülerInnen rechtzeitig vor Aufnahme des Bewerbungsprozesses auf diese Unterschiede hingewiesen und es kann eine kulturell angepasste Bewerbung unterstützt und angeleitet werden. Trotzdem sind vielen ArbeitgeberInnen beiderseits der Grenze diese Unterschiede noch nicht bewusst, sodass die Einstellung von BewerberInnen aus der Nachbarregion häufig erschwert wird.

## 2.4 Sprachkenntnisse und -ausbildungen

Eine der zentralen Zielsetzungen des Abkommens für die grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen ist es, angehenden BerufsschülerInnen die Möglichkeit zu geben, den praktischen Teil der Ausbildung im Nachbarland zu absolvieren und den theoretisch-schulischen Teil in ihrer Wohnregion, sodass sie die ihnen gewohnte Schulsprache beibehalten können. Auf diese Weise sollen Ängste bezüglich der eigenen Sprachkenntnisse und der fremdsprachlichen Anforderungen einer Ausbildung im Nachbarland abgebaut und die sprachlichen Hürden für die Aufnahme einer grenzüberschreitenden Ausbildung gesenkt werden.<sup>28</sup>

Die Herausforderungen, die eine fremdsprachliche praktische Ausbildung mit sich bringt, sind hoch: Fachvokabular einzelner Branchen wird selten im schulischen Fremdsprachenunterricht vermittelt, zudem nehmen die deutschen und französischen Sprachkenntnisse der jeweiligen Nachbarsprache generell eher ab als zu, sodass in ausbildenden Betrieben nicht unbedingt entsprechend sprachkompetente AusbilderInnen als Unterstützung zur Verfügung stehen.<sup>29</sup> Grenzüberschreitende Auszubildende benötigen daher eine besondere sprachliche Förderung und Unterstützung, sofern sie nicht zweisprachig aufgewachsen sind (siehe Abschnitt 2.5). Allerdings sieht das Abkommen selbst keine derartigen Maßnahmen vor, denn dort heißt es knapp formuliert: Je nach Bedarf werden die Partner sich bemühen, den Auszubildenden einen verstärkten Sprachunterricht anzubieten.<sup>30</sup> Wie diese Bemühungen konkret aussehen und wie der Bedarf erhoben werden soll, ist nicht definiert und dementsprechend Ermessenssache der Bildungsträger und Ausbildungsbetriebe sowie der Auszubildenden, denen

---

28 Ibid., S. 19.

29 Ibid., S. 21.

30 O.A.: „Artikel 9. Sprachkompetenz“. In: O.A., *Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen*, Metz, 2014, URL: [http://www.saarland.de/dokumente/thema\\_europa/Rahmen-ver-ein-ba-rung\\_und\\_Ab-kommen.pdf](http://www.saarland.de/dokumente/thema_europa/Rahmen-ver-ein-ba-rung_und_Ab-kommen.pdf), S. 9.

von politischer Seite zumindest offiziell keine spezifische Unterstützung zu diesem grundlegenden Thema an die Hand gegeben wird. Es steht zu befürchten, dass gerade kleine Betriebe mit der Ausbildung von fremdsprachigen Auszubildenden sehr gefordert sind und daher möglicherweise von Beginn an den Abschluss eines solchen Ausbildungsvertrags ablehnen. Auf diese Problemlage und mögliche Vorgehensweisen angesprochen, haben mehrere Unternehmen und Kammern diese Überlegungen bestätigt und gleichzeitig betont, dass vor allem die Fach- und Arbeitsvokabulare und weniger die Alltagskommunikation für neue Auszubildende schwierig zu bewältigen wären, wenn sie sich für eine grenzüberschreitende Ausbildung entschieden.<sup>31</sup> In größeren Betrieben, die vor allem auf saarländischer Seite bereits ein hohes Aufkommen an GrenzgängerInnen unter ihren Beschäftigten haben, könnte diese Herausforderung intern über Konzepte wie Sprachpaten oder Sprachtandems bewältigt werden, wenn nicht gar die AusbilderInnen selbst über entsprechende Kenntnisse verfügen. Schulungen oder Weiterbildungsprogramme zur Sprachmittlung wären aus wissenschaftlicher Sicht jedoch angeraten, um Konflikte und Kommunikationsprobleme zu vermeiden. Daraus entstehende Mehrkosten der Ausbildung wiederum sind nach aktuellem Stand durchaus ein weiterer Hinderungsgrund für die Aufnahme von Auszubildenden aus dem Nachbarland.

## 2.5 Zielgruppen, Nachfrage und Motivation

Zur Einschätzung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung in Lothringen und im Saarland wurden für eine Studie<sup>32</sup> im Jahr 2015 Jugendliche befragt, die gemeinsam die Projektklasse für den Ausbildungsabschluss „BTS Négotiation Relation Client“ am CFA in Sarreguemines besuchten.<sup>33</sup> Insgesamt umfasste die Klasse acht SchülerInnen, wobei die Geschlechter gleich verteilt waren. Bei der Frage nach der Motivation, sich für die grenzüberschreitende Berufsausbildung zu entscheiden, gaben alle befragten SchülerInnen an, dass die Sprache eine große Rolle gespielt habe. Die Mehrheit wollte ihre deutschen Sprachkenntnisse verbessern bzw. sprach bereits sehr gut Deutsch. Viele der SchülerInnen bezeichneten sowohl Deutsch als auch Französisch als ihre Muttersprachen. Die anderen gaben an, über sehr gute Deutschkenntnisse zu verfügen.

Auch die Vorstellung, mit diesem Abschluss leichter einen Arbeitsplatz zu finden, wurde sehr häufig geäußert. Dementsprechend fielen die Antworten auf die Frage nach den Erwartungen an die grenzüberschreitende Berufsausbildung aus: Die grenzüberschreitenden Auszubildenden versprachen sich von dem

---

31 Dorka/Frisch, *Transnationale Mobilität von Auszubildenden in der Grenzregion*, S. 21.

32 Ibid.

33 Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Auswertung der Fragebögen der Projektklasse Möbel Martin/Globus und einer regulären Klasse am CFA in Sarreguemines.

Ausbildungsabschluss starke Chancen auf dem Arbeitsmarkt, gerne auch mit einer Doppeldiplomierung. Insgesamt nahmen die SchülerInnen die grenzüberschreitende Berufsausbildung an sich sowie die Betreuung im Betrieb als sehr positiv wahr. Als vielversprechend wurde ebenso die Tatsache eingeschätzt, dass es sich um eine binationale Ausbildung handelt und das grenzüberschreitende Arbeiten somit bereits im Alltag integriert würde. Als weiterer ausschlaggebender Aspekt wurde der hohe Praxisbezug genannt. Die einzigen negativen Äußerungen bezogen sich auf den frühen Arbeitsbeginn am Morgen und noch einige kleinere Sprachschwierigkeiten.

Insgesamt ergab sich das Bild, dass diese Auszubildenden die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Ausbildung sehr schätzten und sehr motiviert waren, diese wahrzunehmen. Auf die Frage, wo sie später gerne arbeiten und wohnen wollen würden, gaben fast ausnahmslos alle SchülerInnen die Großregion an. Viele von ihnen würden weiter gerne ihren Lebensschwerpunkt an der deutsch-französischen Grenze belassen. Andere gaben an, sehr gerne in Deutschland arbeiten und leben zu wollen. Viele berichten davon, dass das Umfeld sehr stolz auf sie sei und ihren mutigen Schritt über die Grenze loben würde. Zusätzlich gaben sie an, auf große Unterstützung und Ermutigung zählen zu können.

Zum Vergleich wurden 14 französische BerufsschülerInnen zu ihrer Ausbildung befragt, welche sie in Frankreich ohne die grenzüberschreitenden Aspekte absolvierten. Insbesondere im Kontrast zu den Antworten der Kontrollgruppe wird schnell deutlich, wie positiv die BerufsschülerInnen der grenzüberschreitenden Projektklasse dem Arbeiten im grenzüberschreitenden Kontext und Deutschland gegenüberstanden. Die Kontrollgruppe gab mehrheitlich an, über keine bzw. sehr geringe Deutschkenntnisse zu verfügen. Auch die Wahrnehmung Deutschlands als potentieller Wohn- oder Arbeitsort fiel deutlich negativer aus. Viele der SchülerInnen gaben zwar an, in Deutschland einzukaufen bzw. die Freizeit- und Unterhaltungsangebote zu nutzen. Gleichzeitig wurde häufig bekundet, kein weiteres Interesse an Sprache und Kultur des Nachbarlands zu haben. Dementsprechend konnten sich nur wenige von ihnen vorstellen, später selbst in Deutschland oder der saarländischen Grenzregion zu arbeiten oder zu wohnen.

Hinsichtlich der Möglichkeit der grenzüberschreitenden Berufsausbildung gab etwa die Hälfte aus der Kontrollgruppe an, bereits davon gehört zu haben. Insgesamt berichteten jedoch drei SchülerInnen, zumindest zeitweise in Betracht gezogen zu haben, selbst diese Form der Ausbildung zu beginnen. Auf die Frage, warum sie sich gegen eine grenzüberschreitende Ausbildung entschieden haben, wurden von den SchülerInnen unterschiedliche Gründe genannt. Neun von vierzehn Befragten meinten, dass ihre Sprachkenntnisse nicht ausreichen würden. Auch das mangelnde Informationsangebot, die nicht ausreichenden

öffentlichen Verkehrsanbindungen, das mangelnde Interesse in Deutschland zu arbeiten sowie die Tatsache, die Ausbildung in Lothringen absolvieren zu wollen, wurden als Begründungen genannt. Dennoch gab etwa die Hälfte der SchülerInnen an, eine grenzüberschreitende Berufsausbildung für prinzipiell sinnvoll zu halten, wenn die persönlichen Sprachkenntnisse dafür ausreichen würden.

Aus der Gegenüberstellung der beiden Auswertungen wurde die überproportional hohe Motivation der Projektklasse sehr deutlich. Die SchülerInnen dort verfügen über sehr gute deutsche Sprachkenntnisse und möchten ihren Lebensschwerpunkt in der Großregion verankern bzw. gerne in den deutschen Arbeitsmarkt eintreten. Sie verknüpfen mit dem Nachbarland positive Assoziationen und sind mit dem Angebot der grenzüberschreitenden Ausbildung zufrieden. Es ist davon auszugehen, dass die grenzüberschreitende Ausbildung momentan insbesondere junge Menschen mit hoher Motivation, guten Noten und sehr guten Sprachkenntnissen anzieht. Inwieweit auch Jugendliche sich in den nächsten Jahren für diese Form der Ausbildung interessieren werden, die weniger Motivation und/oder Sprachkenntnisse aufweisen, bleibt abzuwarten. Aus der Motivation der BerufsschülerInnen lässt sich auch die Zielgruppe der grenzüberschreitenden Ausbildung ableiten. Angesprochen werden insbesondere Jugendliche, die über solide Sprachkenntnisse der Nachbarregion verfügen und sich bereits im Alltag regelmäßig dort aufhalten. Ein großer Teil der befragten BerufsschülerInnen entstammt binationalen Familien, bzw. Grenzgänger-Familien, in denen der Grenzübertritt für das Erwerbsleben eine Normalität darstellt. Des Weiteren verfügen sie über gute Schulnoten und sind bezüglich ihrer beruflichen Zukunft sehr motiviert und engagiert. Zudem weisen sie konkrete Vorstellungen in Hinsicht auf die Grenzregion auf und darüber, welche Rolle diese in ihrem künftigen Leben spielen sollte. Es wird jedoch schnell deutlich, dass es sich bei den grenzüberschreitenden Auszubildenden um Ausnahmen handelt. Die Mehrheit der Jugendlichen in der Grenzregion verfügt nicht über derart gute Sprachkenntnisse. Zudem wählen junge Menschen mit guten Noten häufiger ein Studium und entscheiden sich seltener für eine duale Ausbildung.

## 2.6 Politischer Rahmen und Zielsetzung

Die Untersuchung des Entstehungsprozesses des Abkommens hat ergeben, dass das bereits 2013 verabschiedete „Rahmenabkommen zur grenzüberschreitenden Ausbildung am Oberrhein“<sup>34</sup> zwischen Baden-Württem-

---

34 Deutsch-Französisch-Schweizerische Oberrheinkonferenz: „Rahmenabkommen zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung“. In: *Oberrheinkonferenz.org*, 2013, URL: <https://www.oberrheinkonferenz.org/de/wirtschaft/uebersicht-news/aktuelle-informationen/items/rahmen-abkommen-zur-grenzueberschreitenden-berufsbildung.html>.

berg und dem Elsass als Vorbild für das saarländisch-lothringische Abkommen fungiert hat. Zwar sind am Oberrhein die Zielgruppen anders zugeschnitten, indem beispielsweise auch Bachelor-Abschlüsse in die Statistik des Abkommens mit einfließen, und auch die Finanzierungsfrage ist dort eindeutiger geregelt: Der Conseil Régional des Elsass übernimmt die Kosten des französischen Ausbildungsfonds für die deutschen grenzüberschreitend auszubildenden Unternehmen. Ungeachtet dieser Unterschiede in der konkreten Ausgestaltung bestätigen sowohl die befragten saarländischen UnternehmensvertreterInnen, die Kammern und auch die politischen Ebenen beider Regionen, dass sich bei der Ausgestaltung und beim Wunsch nach einem grenzüberschreitenden Abkommen zur Berufsausbildung am Beispiel Oberrhein orientiert wurde.<sup>35</sup> Das Oberrhein-Abkommen kann somit als begünstigender Faktor bei der Entstehung des saarländisch-lothringischen Vertrags bewertet werden.

Die innerhalb der Untersuchung am häufigsten genannte Erklärung für die Entstehung des Rahmenabkommens ist die mit derzeit knapp 25% verhältnismäßig hohe Jugendarbeitslosigkeit in Lothringen und der spartenabhängig bestehende Fachkräftemangel im Saarland.<sup>36</sup> Dieser Überlegung zufolge sollen die französischen Jugendlichen, die in Lothringen nach ihrem Schulabschluss weder studieren noch einen Ausbildungsplatz finden, die freien Ausbildungsplätze in saarländischen Betrieben übernehmen. Bereits vor dem Rahmenabkommen signalisierten vereinzelte Gewerbe Interesse daran, lothringische Jugendliche auszubilden. Insbesondere grenznahe Dienstleistungsunternehmen mit einem französischen Kundenstamm wie Friseure und Geschäfte, die sich in direkter Nähe zur deutsch-französischen Grenze befinden, erhofften sich, auf diesem Weg mittel- und langfristig französischsprachige MitarbeiterInnen zu gewinnen. Aufgrund dieser Nachfragen signalisierte, parallel zum großen Engagement einzelner saarländischer Unternehmen, auch die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes der Landesregierung bereits nach dem Zustandekommen des Oberrheinabkommens 2013/2014, dass für eine regionale Vertragsvariante eine signifikante Nachfrage bestünde.<sup>37</sup> Allerdings steht diese Argumentation in starkem Kontrast zur offiziellen politischen Lesart in Lothringen und auch im Saarland, wo man sich deutlich gegen die Zielsetzung, lothringische arbeitslose Jugendliche im Saarland in Arbeit zu bringen und somit den dortigen

---

35 Dorka/Frisch, *Transnationale Mobilität von Auszubildenden in der Grenzregion*.

36 Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: „Situation des Arbeitsmarktes“. In: *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion*, 9. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 14. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken, IBA, November 2014, URL: [http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/9\\_IBA-Bericht\\_2014/141118\\_Situation\\_Arbeitsmarkt\\_DE.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/9_IBA-Bericht_2014/141118_Situation_Arbeitsmarkt_DE.pdf), S. 3.

37 Dorka/Frisch, *Transnationale Mobilität von Auszubildenden in der Grenzregion*, S. 33.

Arbeitsmarkt zu stärken, verwehrt.<sup>38</sup> Es steht zu vermuten, dass es sich hierbei um einen kulturell-politischen Konflikt handelt, bei dem die AkteurInnen auf Ausbildungsseite rhetorisch abweichend von der politischen Ebene über das Thema der ungleichen Wirtschaftsstärke in beiden Teilregionen sprechen: Es soll der Eindruck vermieden werden, dass die lothringische Wirtschaft als schwächer eingeschätzt wird und dass dauerhaft lothringische Arbeitskräfte ins Saarland abgeworben werden sollen. Dies erklärt sich aus einer sensiblen politischen Rücksichtnahme auf die lothringischen PartnerInnen, auch wenn die offizielle Ablehnung der klaren Benennung dieser Entstehungsgründe für das Abkommen bei einigen Beteiligten weiterhin für Unverständnis sorgt, wie die Untersuchung gezeigt hat.<sup>39</sup> So entsteht auf beiden Seiten der Grenze ein gewisses Misstrauen dem Abkommen gegenüber, da neben den bereits angesprochenen praktischen Herausforderungen die eigentliche Zielsetzung offiziell verborgen zu bleiben scheint oder zumindest widersprüchlich diskutiert wird. Zusätzlich wird das Abkommen seitens der saarländischen Landesregierung weiterhin als fertiges Produkt ohne weiteren Diskussions- und Steuerungsbedarf gesehen, sodass sich Unternehmen und Berufsschulen mit der konkreten Umsetzung und den daraus resultierenden bürokratischen, finanziellen und kulturellen Herausforderungen allein gelassen fühlen, was die innere Distanz dieser AkteurInnen zu den Möglichkeiten des Abkommens vergrößert.

### 3 Empfehlungen und rezente Entwicklungen

Im Herbst 2017 nahmen neun französische Jugendliche eine grenzüberschreitende Ausbildung auf.<sup>40</sup> Die Zahl der neuen grenzüberschreitenden Auszubildenden stieg damit nicht wesentlich an, blieb jedoch stabil. Eine weitläufige Ausbreitung der grenzüberschreitenden Ausbildung im saarländisch-lothringischen Kontext wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren noch nicht einstellen. Obwohl einige notwendige Ergänzungen etabliert wurden (BeraterInnen zur grenzüberschreitenden Ausbildung der Agentur für Arbeit, finanzielle Unterstützung beim Schulgeld), gilt es noch offene Probleme zu lösen.

Im Rahmen der Studie<sup>41</sup> zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung wurde deutlich, dass die meisten AkteurInnen sowohl im Saarland als auch in Lothringen die durch das Rahmenabkommen geschaffenen Möglichkeiten sehr

---

38 Ibid., S. 34.

39 Ibid., S. 35.

40 Bundesagentur für Arbeit/ Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland: „Berufsausbildung ohne Grenzen – Im September starten erneut französische Jugendliche mit einer grenzüberschreitenden Ausbildung im Saarland“. In: *Arbeitsagentur.de. Presseinformationen 2017*, n°. 042/2017 (08.09.2017). URL: <https://www3.arbeitsagentur.de/web/content/DE/Detail/index.htm?dfContentId=EGOV-CONTENT537553>.

41 Dorka/Frisch, *Transnationale Mobilität von Auszubildenden in der Grenzregion*.

schätzen. Alle im Rahmen der Studie befragten GesprächspartnerInnen sahen in dem Abkommen eine bedeutende Stärkung der saarländisch-lothringischen Zusammenarbeit im Bildungssektor.

Jedoch wurde auch eine gewisse Unzufriedenheit bezüglich verschiedener Aspekte deutlich formuliert. Insbesondere das geringe Informationsangebot wurde von Seiten der Auszubildenden, der Unternehmen und verschiedener Institutionen kritisiert. So wurden den ForscherInnen folgende Kontaktpersonen und -stellen von den Befragten genannt, die von ihnen kontaktiert wurden: die Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung, TÜV Nord/FSL, CIO, IHK/HWK, Académie Metz-Nancy, CFA, Agentur für Arbeit, Pôle Emploi, EURES-BeraterInnen, verschiedene Unternehmen. Diese unvollständige Aufzählung verdeutlicht, dass das Rahmenabkommen und seine Umsetzung im ersten Jahr der Implementierung noch viele Unklarheiten aufwies und potentielle NutzerInnen nicht wussten, an wen sie sich bei Fragen wenden konnten.

Im Gespräch mit Institutionen und Unternehmen offenbarte sich zudem, dass Kernbestandteile des Abkommens unterschiedlich wahrgenommen bzw. interpretiert wurden. Teilweise falsche Informationen wurden weitergegeben und sorgten für Missverständnisse und Unzufriedenheit. Auch hinsichtlich der politischen Zielsetzung herrschte Unklarheit. Während die politische Ebene im Saarland die Bedeutung der lothringischen Jugendarbeitslosigkeit für die Entstehung des Rahmenabkommens klar verneinte, sah die Mehrheit der anderen AkteurInnen dies jedoch als einen ausschlaggebenden Faktor zur Entstehung des Abkommens an und kommunizierte dies auch nach außen. Diese Diskrepanz hätte durch eine bessere Kommunikation der politischen Verantwortlichen gegenüber den AkteurInnen vermieden werden können.

Die breitflächige Informationsverteilung ist für ein transnationales Projekt wie die grenzüberschreitende Ausbildung, in dem eine Vielzahl an AkteurInnen eingebunden ist, essenziell. Die Begleitung sowohl der ArbeitgeberInnen als auch der Jugendlichen geht weit über die bloße Vermittlung hinaus. So müssen beispielsweise die Arbeitsverträge erklärt und ggf. übersetzt werden; eventuell treten Probleme während der Ausbildung auf und müssen mit Kammern oder anderen Institutionen geklärt werden. Auch bei der anfänglichen Bewerbung benötigen die Jugendlichen Unterstützung, da sich die Bewerbungsprozesse in beiden Ländern teilweise stark unterscheiden. Aus diesem Grund wurden im Januar 2017 zwei AusbildungsvermittlerInnen von der Agentur für Arbeit in Saarbrücken eingestellt. Beide sollen sowohl für interessierte und bereits involvierte Ausbildungsbetriebe als auch für Berufsschulen und interessierte SchülerInnen Ansprechpartner sein. Beide Stellen sind zunächst auf zwei Jahre befristet. Es wäre wünschenswert, wenn diese Koordinationsstellen auch darüber hinaus bestehen würden, da sich der Informationsbedarf im Rahmen der

grenzüberschreitenden Ausbildung auch bei einem erhöhten Bekanntheitsgrad nur unwesentlich verringern würde.

Der finanzielle und personale Mehraufwand, den die Unternehmen im Rahmen der grenzüberschreitenden Ausbildung auf sich nehmen, stellt ein weiteres Hindernis dar. Im Gespräch mit VertreterInnen verschiedener Unternehmen wurde ein prinzipielles Interesse an dieser Ausbildungsform signalisiert. Gleichzeitig äußerten sie jedoch auch, dass der erwartete Mehraufwand sowie mangelnde Informations- und Unterstützungsmöglichkeiten sie abschreckten. Vor allem, da der Mehraufwand keinen Mehrwert im Sinne einer Doppeldiplomierung nach sich zieht – eine Kritik, die so gut wie alle Befragten äußerten. Größere Unternehmen können sich diesen Aufwand eher finanziell und zeitlich leisten. Kleinere und Mittlere Unternehmen könnten aus Sorge vor dieser Belastung vor den Möglichkeiten des Rahmenabkommens zurückschrecken. Diese Sorgen wurden jedoch anscheinend von staatlicher Seite in beiden Ländern ernst genommen. Im August 2017 kündigte die Region Grand Est an, die Schulgelder der französischen grenzüberschreitenden Auszubildenden im Saarland, die ein CAP anstreben, zu übernehmen.<sup>42</sup> Gleichzeitig wurde in diesem Artikel darauf hingewiesen, dass die Beträge des Schulgeldes stark voneinander abweichen und je nach Fall zwischen 200 und 2000€ pro Jahr liegen könnten. Hier liegt ein weiteres Indiz vor, dass die Kommunikation bezüglich des Schulgeldes nicht eindeutig ausfiel

Die Beherrschung der Sprache des Nachbarlandes stellt eine wichtige Anforderung dar, um die grenzüberschreitende Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren. Die SchülerInnen der Projektklasse zeichnen sich nicht nur durch eine hohe Motivation aus, sondern verfügen zudem über ausgezeichnete Sprachkenntnisse. Leider handelt es sich hierbei um eine Ausnahme. Die Deutsch- und Französischkenntnisse bei jungen Menschen nehmen in beiden Regionen ab. Die Frankreich-Strategie des Saarlandes sieht vor, aus dem Bundesland einen multilingualen Raum zu machen, in dem der Großteil der Bevölkerung über mindestens gute Französischkenntnisse verfügt. Jedoch stieß der im Befragungszeitraum diskutierte Vorschlag zur Bildungsreform in Frankreich auf Kritik. Dieser sah u.a. vor, den Deutsch-Unterricht einzuschränken, was von vielen als ein politisches Signal verstanden wurde. Doch die Sprachdefizite finden sich auch auf Seiten der Institutionen. So beherrschen einige BerufsberaterInnen auf deutscher oder französischer Seite nicht genügend die Sprache des Nachbarlandes. Für die deutsch-französische Kooperation im Allgemeinen und die grenzüberschreitenden Berufsausbildung im Besonderen ist die Förderung der Sprachkenntnisse von großer Bedeutung und sollte von beiden Seiten Unterstützung erfahren.

---

42 Stephanie Schwarz: „Frankreich fördert Saar-Ausbildungsbetriebe“. In: *Saarbrücker Zeitung*, 22.08.2017, URL: [https://www.saarbruecker-zeitung.de/wirtschaft/sz-wirtschaft/frankreich-foerdert-saar-ausbildungsbetriebe\\_aid-2533674](https://www.saarbruecker-zeitung.de/wirtschaft/sz-wirtschaft/frankreich-foerdert-saar-ausbildungsbetriebe_aid-2533674).

Es wurde deutlich, dass die duale Ausbildung in Deutschland generell über höheres gesellschaftliches Ansehen verfügt. Das schlechte Image in Frankreich stellt eine Hürde für die Ausweitung der grenzüberschreitenden Ausbildung dar. Es ist zu diskutieren, ob bessere Informationsangebote zu einer größeren Nachfrage seitens der französischen Jugendlichen führen würden. Denn auch bei Kindern von GrenzgängerInnen lässt sich dieses Phänomen feststellen: Selbst ihre Eltern sind nicht immer in der Lage oder willens, sie von den Vorteilen einer Ausbildung bzw. dem Arbeiten im Nachbarland zu überzeugen. Warum genau diese Diskrepanz zwischen den hohen GrenzgängerInnen-Zahlen und dem ausbleibenden Nachwuchs besteht, konnte im Rahmen dieses Forschungsprojekts nicht geklärt werden. Es ist jedoch zu empfehlen, diese Zusammenhänge in einem anderen unabhängigen Projekt zu untersuchen.

Ein weiterer Punkt, der sehr oft angesprochen wurde, ist die fehlende Infrastruktur der öffentlichen Verkehrsmittel. Alle befragten Auszubildenden nutzen das Auto, um zur Berufsschule oder zum Ausbildungsbetrieb zu gelangen. Eine grenzüberschreitende Ausbildung wurde sogar abgebrochen, nachdem der Auszubildende sich nicht mehr in der Lage sah, die langen Strecken per ÖPNV zurückzulegen.

Basierend auf diesen Forschungsergebnissen können nun folgende Empfehlungen abgegeben werden: Essenziell für den weiteren Erfolg der grenzüberschreitenden Ausbildung wäre unter anderem der Ausbau der Infrastrukturen, um die Mobilitätsprobleme der Auszubildenden zu verbessern. Ob dies über die Organisation von Fahrgemeinschaften oder Sammelbussen geschieht bzw. die Unternehmen finanzielle Unterstützung erhalten, müsste zwischen den AkteurInnen geklärt werden.

Auch die Kommunikation der AkteurInnen untereinander bedarf einer grundlegenden Verbesserung. Die Bestandteile des Rahmenabkommens sollten klar und eindeutig formuliert und an alle betreffenden Unternehmen und Institutionen weitergegeben werden. Hierbei wäre es besonders interessant, explizit auch ArbeitgeberInnen aus Lothringen anzusprechen und aufzuklären, da diese bisher kein ausreichendes Interesse an der grenzüberschreitenden Berufsausbildung signalisiert haben.

Zu empfehlen ist ebenso die Vertiefung der Kenntnisse über das Bildungssystem und die Ausbildungsformalitäten im Nachbarland bei allen AkteurInnen. Auch Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenz sollten nicht vernachlässigt werden, damit in zukünftigen Gesprächen zum Abkommen und bei der Auswertung der Pilotphase weniger Unklarheiten auftreten als bisher.

Zu guter Letzt sollte seitens der Verantwortlichen darüber diskutiert werden, ob es im Rahmen einzelner Ausbildungen nicht doch die Möglichkeit gäbe, eine Doppeldiplomierung einzuführen oder zumindest eine gesicherte Anrechenbarkeit

der Abschlüsse ohne zusätzliche Ausbildungs- oder Anerkennungszeiten. Dies wäre ein deutliches Signal an die Auszubildenden, dass ihr Einsatz gewürdigt wird und würde zudem zu besseren Bewerbungschancen im Nachbarland führen, da keine Zweifel mehr an der Übertragbarkeit des Abschlusses entstehen würden. Außerdem könnte ein Doppelabschluss auch Unternehmen davon überzeugen, dass sich die Ausbildung nach dem neuen System lohnt: So könnten den AbsolventInnen leichter Stellen in Filialen des Nachbarlandes oder bei Kunden, Zulieferfirmen oder ähnlichem vermittelt werden, ohne dass es Schwierigkeiten bei der Anerkennung der Abschlüsse und somit beispielsweise auch bei der tariflichen Eingruppierung gäbe.

## Literatur

- Agentur für Arbeit Hildesheim: „Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung“. In: *Bundesagentur für Arbeit*, o.J., URL: <https://www.arbeitsagentur.de/web/content/DE/dienststellen/rdsnb/hildesheim/Agentur/BuergerinnenundBuerger/Ausbildung/Detail/index.htm?dfContentId=L6019022DSTBAI640944>Aldeghi, Isa/ Cohen-Sacchi, Valérie: „L'apprentissage. Une image et des conditions à améliorer“. In: *Crédoc. Consommation et Modes de vie*, n° 199 (Jan. 2007), S. 1-4.
- Asseraf, George (Hg.): *Le guide apprentissage en Lorraine. Du cap au diplôme d'ingénieur*, Metz: Onisep Lorraine, 2015.
- Bundesagentur für Arbeit: „Finanzielle Hilfen“, 14.08.2015. In: *Arbeitsagentur.de*, URL: <https://www3.arbeitsagentur.de/web/content/DE/dienststellen/rdsat/erfurt/Agentur/Detail/index.htm?dfContentId=L6019022DSTBAI517331>.
- Bundesagentur für Arbeit/ Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland: „Berufsausbildung ohne Grenzen – Im September starten erneut französische Jugendliche mit einer grenzüberschreitenden Ausbildung im Saarland“. In: *Arbeitsagentur.de. Presseinformationen 2017*, n°. 042/2017 (08.09.2017), URL: <https://www3.arbeitsagentur.de/web/content/DE/Detail/index.htm?dfContentId=EGOV-CONTENT537553>.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): *Berufsbildungsbericht 2016*, Bonn, 2016, URL: [https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht\\_2016.pdf](https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2016.pdf).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): *Berufsbildungsbericht 2015*, Berlin: 2015, URL: [https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht\\_2015.pdf](https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2015.pdf).

- CCI Paris Ile-de-France: „Image de l'apprentissage: en net progrès!“. In: *CCI-Paris-IDF.fr*, 01.01.2014, URL: <http://www.cci-paris-idf.fr/informations-territoriales/ile-de-france/actualites/image-apprentissage-net-progres-ile-de-france>.
- Deutsch-Französisch-Schweizerische Oberrheinkonferenz: „Rahmenabkommen zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung“. In: *Oberrheinkonferenz.org*, 2013, URL: <https://www.oberrheinkonferenz.org/de/wirtschaft/uebersicht-news/aktuelle-informationen/items/rahmenabkommen-zur-grenzueberschreitenden-berufsbildung.html>.
- Große, Ernst Ulrich/ Lüger, Heinz-Helmut: *Frankreich verstehen*, Darmstadt: Primus, 2000.
- Hippach-Schneider, Ute/ Krause, Martina/ Woll, Christian: *Berufsbildung in Deutschland. Kurzbeschreibung*, Luxemburg: Cedefop (Cedefop Panorama Series 136), 2007.
- Industrie- und Handelskammer Saarland: „Gebührentarif“. In: *Saarland.IHK.de*, 26.04.2016, URL: <http://www.saarland.ihk.de/ihk-saarland/Integrale?MODULE=Frontend.Media&ACTION=ViewMediaObject&Media.PK=1215&Media.Object.ObjectType=full>.
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: „Situation des Arbeitsmarktes“. In: *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion*, 9. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 14. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken: IBA, November 2014, URL: [http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user\\_upload/Berichte/9\\_IBA-Bericht\\_2014\\_/141118\\_Situation\\_Arbeitsmarkt\\_DE.pdf](http://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/Berichte/9_IBA-Bericht_2014_/141118_Situation_Arbeitsmarkt_DE.pdf).
- Lasserre, René/ Uterwedde, Henrik: „Gesellschaft“. In: René Lasserre/ Joachim Schild/ Henrik Uterwedde (Hgs.): *Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich, 1997, S. 189-248.
- O.A.: *Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen*, Metz: 2014, URL: [http://www.saarland.de/dokumente/thema\\_europa/Rahmenvereinbarung\\_und\\_Abkommen.pdf](http://www.saarland.de/dokumente/thema_europa/Rahmenvereinbarung_und_Abkommen.pdf).
- O.A.: „Le financement de l'apprentissage“. In: *L'Apprenti*, o.J., URL: <https://www.lapprenti.com/html/cfa/financement.asp>.
- Onisep Auvergne: „Diplômes et niveaux de qualification“. In: *onisep.fr/clermont*, Juni 2012, URL: [http://www.onisep.fr/content/download/610488/12124550/file/diplome\\_niveau\\_qualification\\_auvergne.pdf](http://www.onisep.fr/content/download/610488/12124550/file/diplome_niveau_qualification_auvergne.pdf), S. 1-4.

- OPCA des Industries de l'Ameublement, du Bois, des Matériaux pour la Construction et l'Industrie et de l'Intersecteurs Papiers Cartons: „Le financement de l'apprentissage“. In: *opca3plus.fr*, URL: [https://www.opca3plus.fr/Espace\\_Entreprises/342-Le\\_financement\\_de\\_l\\_apprentissage](https://www.opca3plus.fr/Espace_Entreprises/342-Le_financement_de_l_apprentissage) | [https://www.opca3plus.fr/Espace\\_Entreprises/342-Le\\_financement\\_de\\_l\\_apprentissage](https://www.opca3plus.fr/Espace_Entreprises/342-Le_financement_de_l_apprentissage).
- Rabreau, Marine: „Le piteux état de l'apprentissage en France“. In: *lefigaro.fr*, 15.03.2016, URL: <http://www.lefigaro.fr/economie/le-scan-eco/dessous-chiffres/2016/01/08/29006-20160108ARTFIG00002-le-piteux-etat-de-l-apprentissage-en-france.php>.
- Schwarz, Stephanie: „Frankreich fördert Saar-Ausbildungsbetriebe“. In: *Saarbrücker Zeitung*, 22.08.2017, URL: [https://www.saarbruecker-zeitung.de/wirtschaft/sz-wirtschaft/frankreich-foerdert-saar-ausbildungsbetriebe\\_aid-2533674](https://www.saarbruecker-zeitung.de/wirtschaft/sz-wirtschaft/frankreich-foerdert-saar-ausbildungsbetriebe_aid-2533674).
- Statistisches Amt Saarland: „Fortgeschriebener Bevölkerungsstand am Jahresende 1926 bis 2015“. In: *Statistisches Amt Saarland*, 18.07.2016, URL: [https://www.saarland.de/dokumente/thema\\_statistik/Fortgeschriebener\\_Bevoelkerungsstand\\_ab\\_1926\(1\).pdf](https://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/Fortgeschriebener_Bevoelkerungsstand_ab_1926(1).pdf), S. 1.
- Statistisches Bundesamt: *Studierende in Deutschland*, Statista Dossier, 2017, URL: <https://de.statista.com/statistik/studie/id/6378/dokument/studenten-in-deutschland-statista-dossier>.
- Statistisches Bundesamt: „Anzahl der Auszubildenden in Deutschland von 1950 bis 2015“. In: *Statista – Das Statistik Portal*, o.J., <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156916/umfrage/anzahl-der-auszubildenden-in-deutschland-seit-1950/>.
- Vatter, Christoph (Hg.): *Praktikum / stage. Interkulturelle Herausforderungen, praktische Umsetzung und didaktische Begleitung von schulischen Praktika im Partnerland. Ergebnisse und didaktische Materialien des COMENIUS-Regio-Projekts NEWAP*, hrsg. unter Mitarbeit von Hans-Jürgen Lüsebrink und Joachim Mohr, St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, 2013.
- Zettelmeier, Werner: „Wie entsteht eine Ausbildungsordnung bzw. ein beruflicher Abschluss in Frankreich“. In: Georg Rothe (Hrsg.): *Berufliche Bildung in Deutschland*, Karlsruhe: Universitätsverlag, 2008, S. 478-482.

Die Internetquellen wurden am 24.07.2018 auf ihren Fortbestand geprüft.



**Yves Frenette, Marc-André Gagnon**

## **Résistance et reconnaissance: deux siècles de syndicalisme canadien**

### **Table des matières**

Introduction . . . . .	205
1 Naissance de l'action syndicale (1820-1870) . . . . .	207
2 Institutionnalisation (1870-1914) . . . . .	209
3 Radicalisme et nouvelles organisations (1914-1944) . . . . .	214
4 L'âge d'or des travailleurs (1944-1980)? . . . . .	217
5 Les syndicats à l'heure du néolibéralisme (1980-) . . . . .	220
Conclusion . . . . .	221
Bibliographie . . . . .	221

### **Introduction**

«Les unions, qu'ossa donne»? Le titre du monologue de l'humoriste Yvon Deschamps (1968) composé alors que le Québec est secoué par la Révolution tranquille a de quoi laisser songeur. Monologuiste célèbre, Deschamps met en scène un employé servile et émasculé prêt à tout pour satisfaire son patron. Au moment où les effectifs syndicaux de la province croissent à un rythme important (7% entre 1961 et 1971) et que les valeurs sociales dominantes connaissent de profonds changements, la relation paternaliste dépeinte par Deschamps semble appartenir à une autre époque<sup>1</sup>. Cependant, malgré un enracinement séculaire de l'institution syndicale, les travailleurs syndiqués ne représentent toujours, à la fin de la décennie de 1960, qu'une minorité de la main-d'œuvre canadienne. Qu'est-ce qui explique cette situation ?

Dans ce chapitre, nous proposons un tour d'horizon de l'expérience syndicale canadienne selon une perspective diachronique. Mettant en relief l'hostilité des

---

1 Jacques Rouillard : *Histoire du syndicalisme québécois*, Montréal: Boréal, 1989, p. 289.

employeurs, la résistance des pouvoirs publics à reconnaître la légitimité des syndicats et les divisions internes propres au mouvement ouvrier, nous rappelons que les objectifs poursuivis par les syndicats dépassent largement les rangs de leurs membres et jouent un rôle de premier plan dans la contestation de l'ordre établi, qu'il soit politique, économique ou social. En outre, à la suite de l'historien Craig Heron, nous avançons que le système politique canadien a façonné le mouvement ouvrier dans ses structures et ses stratégies, les travailleurs ayant été assujettis, dès le départ, au parlementarisme et à la règle de droit<sup>2</sup>. De plus, au Canada, les responsabilités en matière de travail sont partagées entre le gouvernement fédéral et les Provinces, ce qui a obligé les organisations ouvrières à cibler leurs interlocuteurs étatiques, selon qu'il s'agisse de reconnaissance syndicale, de conditions de travail ou d'arbitrage. Ce fait a accentué les distinctions régionales au sein du mouvement ouvrier, distinctions qui sont aussi fondamentales pour la structure de l'économie dans le développement du syndicalisme canadien. Nous évoquons aussi les nombreux emprunts au syndicalisme américain. Ce transfert est particulièrement déterminant dans la deuxième moitié du XIX<sup>e</sup> siècle, les ouvriers canadiens se dotant alors de structures similaires à celles de leurs voisins. Il en résultera au XX<sup>e</sup> siècle une tension entre l'intégration aux grands syndicats américains et l'autonomie des organisations canadiennes. Notons aussi que, jusqu'à la Grande Dépression, la nature continentale du marché du travail amène des dizaines de milliers de travailleurs à courir les usines de part et d'autre de la frontière canado-américaine à la recherche d'un emploi. Et, est-il besoin de le préciser, la classe ouvrière canadienne n'est pas homogène. Elle s'est construite sur des différences de classe, de genre, d'ethnicité et de religion. En raison des limites d'espace, nous ne pouvons tenir compte de ces différences autant que nous le souhaiterions. Nous nous attardons plutôt à la distinction québécoise qui est marquée par la langue et la culture, au premier chef le catholicisme de la majorité des travailleurs.<sup>3</sup>

Organisé chronologiquement, notre texte rend compte du développement du syndicalisme canadien en cinq temps. Premièrement, il sera question de la naissance de l'action syndicale dans la première moitié du XIX<sup>e</sup> siècle, période marquée par l'éphémérité des organisations et la spontanéité des grèves. En second

---

2 Craig Heron : *The Canadian Labour Movement. A Short History*, Toronto : Lorimer, 1996, p. xv.

3 Pour des survols de l'histoire du syndicalisme au Canada, consulter Craig Heron : *The Canadian Labour Movement*; Charles Lipton : *The Trade Union Movement of Canada. 1827-1959*, Montréal : Canadian Social Publications, 1966 ; Eugene Forsey : *Trade Unions in Canada. 1812-1902*, Toronto : University of Toronto Press, 1982 ; Desmond Morton : *Working People. An Illustrated History of the Canadian Labour Movement*, Montreal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 2007. Pour le Québec, voir Fernand Harvey (éd.) : *Le mouvement ouvrier au Québec*, Montréal : Boréal, 1980 ; Jacques Rouillard : *Le syndicalisme québécois. Deux siècles d'histoire*, Montréal : Boréal, 2004 ; Jacques Rouillard : *L'expérience syndicale au Québec. Ses rapports à l'État, à la nation et à l'opinion publique*, Montréal : VLB éditeur, 2009.

lieu, nous nous penchons sur l'institutionnalisation de l'action syndicale après 1867, année de la fondation de la Confédération canadienne. Bien qu'il reste peu de traces tangibles de cette période dans les structures syndicales contemporaines, cette phase coïncide avec la fondation des premières organisations de masse, la mise en place d'organes à l'échelle nationale et la création de journaux ouvriers. C'est aussi l'époque des premières tentatives des travailleurs pour briguer les suffrages dans les législatures. Dans un troisième temps, nous nous attardons à l'action syndicale et aux conflits de classe lors des révoltes ouvrières au lendemain de la Première Guerre mondiale. Symbolisée par la grève générale de Winnipeg (1919), cette période en est une de restructuration des syndicats. Au Québec, on assiste alors au développement du syndicalisme confessionnel. Un quart de siècle plus tard, soit en 1944, le décret en conseil CP 1003 protège le droit à la syndicalisation et oblige les employeurs canadiens à reconnaître les organisations ouvrières. Nous abordons ensuite l'évolution du mouvement ouvrier à l'époque des Trente Glorieuses et l'essor de l'État-providence. Dès les lendemains de la Seconde Guerre mondiale, une série de conflits force le gouvernement fédéral à légiférer de nouveau à propos des relations de travail. Malgré le spectre du communisme, de nouvelles formes d'engagement public s'implantent chez les travailleurs. Enfin, nous esquissons brièvement les effets du néolibéralisme sur le syndicalisme à partir des années 1980.

## 1 Naissance de l'action syndicale (1820-1870)

La naissance du syndicalisme est partie prenante de la transition au capitalisme et de l'industrialisation de l'Amérique du Nord britannique. L'exportation grandissante de produits bruts (blé et bois) vers la Grande-Bretagne et l'essor du secteur financier au cours du premier tiers du XIX<sup>e</sup> siècle entraînent une hausse de la demande pour les produits manufacturiers et favorisent l'émergence du salariat. Apparaissent alors les premières fabriques dans les villes.<sup>4</sup> Leur avènement contribue à l'étiollement du système des maîtres et des apprentis qui était jusque-là la norme. La transition au capitalisme ne se manifeste pas que dans la transformation des structures de production. Elle est également apparente dans la volonté des élites de soumettre les anciens artisans à la discipline industrielle en mettant de l'avant divers règlements et lois visant à structurer le marché du travail, et à restreindre la mobilité des travailleurs.<sup>5</sup>

---

4 Robert Sweeny : *Why Did We Choose to Industrialize? Montreal, 1819-1849*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 2015.

5 Albert Schrauwers : « The Gentlemanly Order and the Politics of Production in the Transition to Capitalism in the Home District, Upper Canada ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 65 (printemps 2010), p. 9-45 ; Robert Tremblay : « Retour sur les origines du mouvement ouvrier québécois. Profil et aspirations des militants syndicaux et démocrates durant les années 1830 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 72 (automne 2013), p. 11-36.

En contrepartie, les classes populaires urbaines devenant de plus en plus dépendantes du marché, elles prennent conscience «de la puissance des élites économiques et bureaucratiques – celles qui accaparent le grand commerce et une partie du pouvoir de réglementation».<sup>6</sup>

C'est là le contexte dans lequel le mouvement ouvrier voit le jour dans la décennie de 1830, à une époque de contestation politique généralisée.<sup>7</sup> Au Bas-Canada (Québec), l'action syndicale touche d'abord les charpentiers et les menuisiers (1818), les tailleurs de vêtements (1823) et les typographes (1824, 1827-1844)<sup>8</sup>. Dans la colonie voisine du Haut-Canada (Ontario), des travailleurs se rassemblent dans une société amicale, la *Mechanics Association*.<sup>9</sup> Cette année-là, les imprimeurs de Toronto réclament la journée de travail de dix heures, une cause qui mobilise également les charpentiers et les menuisiers de Montréal lors de deux grèves en 1833-1834.<sup>10</sup> Dans les colonies atlantiques, on met sur pied des associations comme la *Mechanic's Society de Saint-Jean*, Terre-Neuve (1827), dans le but de favoriser l'éducation des travailleurs.<sup>11</sup>

Naissant quasi spontanément lors d'un conflit de travail, les premières organisations syndicales mordent en général la poussière quand celui-ci est résolu. Mais la grève s'implante durablement comme moyen de pression. En effet, les débrayages deviennent de plus en plus fréquents et violents, particulièrement le long des canaux en construction, où s'entassent des centaines d'ouvriers qui vivent dans des conditions très difficiles.<sup>12</sup> La plus emblématique de ces mobilisations est sans doute la grève du canal de Beauharnois en 1843. Alors qu'il est courant de penser que les débrayages sont à cette époque spontanés,

- 
- 6 Gilles Paquet/ Jean-Pierre Wallot : *Un Québec moderne. 1760-1840*, Montréal : Hurtubise HMH, 2007.
  - 7 Allan Greer : *The Patriots and the People. The Rebellion of 1837 in Rural Lower Canada*, Toronto, University of Toronto Press, 1993 ; Louis-Georges Harvey : *Le printemps de l'Amérique française. Américanité, anticolonialisme et républicanisme dans le discours politique québécois, 1805-1837*, Montréal : Boréal, 2005 ; Michel Ducharme : *Le concept de liberté au Canada à l'époque des révolutions atlantiques 1776-1838*, Montréal : McGill-Queen's University Press, 2010.
  - 8 Jacques Rouillard : « Répertoire des syndicats au Québec 1827-1896 ». Dans : Jean Hamelin (éd.) : *Histoire des travailleurs québécois 1850-1896*, Montréal : Presses de l'Université du Québec, 1973, p. 203-217.
  - 9 Carol Wilton : *Popular Politics and Political Culture in Upper Canada, 1800-1850*, Montréal/ Kingston : McGill-Queen's University Press, 2000.
  - 10 David-Thierry Ruedel : « La main-d'œuvre en milieu urbain au Bas-Canada. Conditions et relations de travail ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 41, no 3 (hiver 1988), p. 389-402.
  - 11 Leona M. English : « Teaching the "Morally and Economically Destitute". 19th-Century Adult Education Efforts in Newfoundland ». Dans : *Acadiensis*, vol. XLI, no 2 (été-automne 2012), p. 66-88.
  - 12 William N.T. Wylie : « Poverty, Distress, and Disease. Labour and the Construction of the Rideau Canal, 1826-32 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 11 (printemps 1983), p. 7-29.

l'anthropologue Roland Viau nuance cette interprétation en montrant l'importance de la cohésion des travailleurs et l'existence d'une société secrète qui planifie l'action ouvrière.<sup>13</sup>

L'État réagit en véritable gendarme, en utilisant le poids de l'appareil judiciaire afin de limiter les activités syndicales. En outre, apeuré par la grève de Beauharnois, il renforce son pouvoir sur les chantiers publics à la faveur d'une loi (1845) qui prévoit la formation d'une milice et donne le pouvoir aux officiers de la paix de conduire des perquisitions préventives. Deux ans plus tard, le Parlement du Canada-Uni modifie la Loi sur les maîtres et les apprentis pour interdire les coalitions ouvrières<sup>14</sup>.

Ces balbutiements du mouvement syndical sont néanmoins des signes annonciateurs. En effet, les ouvriers valorisent un discours qui fait appel à leur respectabilité et à la légitimité de leur action. L'accroissement des salaires, la réduction du nombre d'heures de travail, l'existence d'une concurrence injuste, le contrôle à l'accès au marché de l'emploi et la gestion des embauches seront des thèmes porteurs dans les décennies suivantes. Les premiers conflits syndicaux font aussi ressortir les tensions entre divers groupes de travailleurs en compétition pour les emplois<sup>15</sup>. Enfin, les militants de la première heure goûtent à la politique lors des soulèvements populaires de 1837-1838.<sup>16</sup>

## 2 Institutionnalisation (1870-1914)

Dans le dernier tiers du XIX<sup>e</sup> siècle, le Canada s'industrialise et s'urbanise à un rythme accéléré. Montréal, Hamilton, Toronto, Winnipeg, Kitchener, Québec et d'autres localités connaissent une croissance sans précédent. L'introduction de machines-outils et l'essor des manufactures font disparaître ce qui reste du monde de l'artisanat.<sup>17</sup> De nouvelles industries (textile, agroalimentaire, acier) apparaissent et le réseau ferroviaire révolutionne les transports.

---

13 Roland Viau : *Du pain ou du sang. Les travailleurs irlandais et le canal Beauharnois*, Montréal : Presses de l'Université de Montréal, 2013.

14 Robert Tremblay : « Un aspect de la consolidation du pouvoir d'État de la bourgeoisie coloniale. La législation anti-ouvrière dans le Bas-Canada, 1800-50 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 8-9 (automne 1981- printemps 1982), p. 243-252.

15 Peter C. Bischoff : *Les débardeurs au port de Québec*, Montréal : Hurtubise HMH, 2009.

16 Robert Tremblay : « Artisans et ouvriers à l'époque des revendications démocratiques et nationalistes du Parti patriote dans le Bas-Canada, 1832-1838. Un rendez-vous manqué avec l'histoire? ». Dans : *Bulletin d'histoire politique*, vol. 25, no 2 (hiver 2017), p. 146-171.

17 Joanne Burgess : « L'industrie de la chaussure à Montréal, 1840-1870. Le passage de l'artisanat à la fabrique ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 3, no 2 (septembre 1977), p. 187-210.

En outre, au tournant du XX<sup>e</sup> siècle, les provinces mettent en place les premières politiques de développement hydro-électrique et d'exploitation des ressources naturelles.<sup>18</sup>

Ces transformations altèrent considérablement les rapports sociaux de production.<sup>19</sup> Elles influent aussi sur le quotidien des individus soumis aux logiques du capitalisme industriel, aux conditions de travail pénibles et à l'insalubrité des quartiers ouvriers.<sup>20</sup> Face à ces conditions, les travailleurs développent une culture et des lieux de sociabilité qui leur sont propres.<sup>21</sup>

C'est dans ce contexte mouvant que doivent manœuvrer les organisations ouvrières canadiennes. N'évoluant pas en vase clos, leur action s'inscrit dans la foulée de luttes semblables en Grande-Bretagne et aux États-Unis. C'est le cas du Mouvement pour une journée de neuf heures, qui gagne le Canada en 1872. À la fin de mars, les typographes de Toronto débrayent illégalement et, le 15 avril, 10 000 personnes manifestent dans les rues. L'agitation traverse les frontières provinciales et rejoint les ouvriers de Montréal et d'Halifax. Pour contenir cette mobilisation, le premier ministre du Canada, John A. Macdonald, fait adopter par le Parlement la Loi des syndicats ouvriers, qui est modelée sur une législation anglaise et qui accorde aux syndicats une forme de reconnaissance.<sup>22</sup> Dès l'été, le mouvement s'essoufle et les ouvriers, penauds, rentrent au travail. Mais le *Mouvement pour une journée de neuf heures* constitue une pierre blanche dans l'histoire du mouvement ouvrier au Canada. En effet, les deux principales formations politiques (*Parti conservateur* et *Parti libéral*) prennent conscience du poids électoral des travailleurs et rivalisent pour présenter ou soutenir des

- 18 H.V. Nelles : *The Politics of Development. Forests, Mines & Hydro-Electric Power in Ontario 1849-1941*, Toronto, Macmillan of Canada, 1974 ; Ian Radforth : *Bushworkers and Bosses. Logging in Northern Ontario, 1900-1980*, Toronto : University of Toronto Press, 1987 ; Paul De la Riva : *Mine de rien. Les Canadiens français et le travail minier à Sudbury, 1886-1930*, Sudbury : Prise de parole et l'Institut franco-ontarien, 1998 ; Donald Dennie : *À l'ombre de l'INCO. Étude de la transition d'une communauté canadienne-française de la région de Sudbury, 1870-1972*, Ottawa, Presses de l'Université d'Ottawa, 2001 ; Guy Gaudreau : *L'histoire des mineurs du Nord ontarien et québécois*, Québec : Septentrion, 2003 ; Guy Gaudreau/ Sophie Blais/ Kevin Auger : *Mines, travail et société à Kirland Lake*, Sudbury : Prise de Parole, 2016.
- 19 Robert B. Kristofferson : *Crafted Capitalism. Craftworkers and Early Industrialization in Hamilton, Ontario*, Toronto : University of Toronto Press, 2007 ; Bryan D. Palmer/ Joan Sangster (éds.) : *Labouring Canada. Class, Gender, and Race in Canadian Working Class*, Toronto : Oxford University Press, 2008.
- 20 Terry Copp : *Classe ouvrière et pauvreté. Les conditions de vie des travailleurs montréalais, 1897-1929*, Montréal : Boréal, 1978 ; Bettina Bradbury : *Familles ouvrières à Montréal*, Montréal : Boréal, 1995.
- 21 Gregory Kealey : *Toronto Workers Respond to Industrial Capitalism, 1867-1892*, Toronto : University of Toronto Press, 1980 ; Bryan D. Palmer : *A Culture in Conflict. Skilled Workers and Industrial Capitalism in Hamilton, Ontario 1860-1914*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 1979.
- 22 John Battye : « The Nine Hour Pioneers. The Genesis of the Canadian Labour Movement ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 4 (1979), p. 25-56..

candidatures ouvrières, tout en usant du patronage pour maintenir les syndicats dans leur giron.<sup>23</sup> Aussi le mouvement favorise l'apparition de structures qui, quoiqu'éphémères, sont précurseuses de développements ultérieurs. Ainsi, un premier journal ouvrier, *l'Ontario Workingmen* (1872-1875), et une association pancanadienne, la *Canadian Labour Protective Association* (1872), voient le jour. L'année suivante, l'organisation prend le nom de *Canadian Labour Union* (Union ouvrière canadienne). Toutefois, ces institutions sont fragiles et la dépression économique de 1873-1879 les frappe de plein fouet. Il faut attendre la reprise (1879-1883) et l'avènement d'une association fraternelle américaine pour que reparte de plus belle l'expansion du syndicalisme canadien.<sup>24</sup>

*L'Ordre des Chevaliers du Travail*, fondé à Philadelphie en 1869, s'implante au Canada à partir de 1881. Chaînon incontournable pour comprendre l'accélération de la syndicalisation au cours de la décennie de 1880, il joue un rôle majeur dans l'institutionnalisation du mouvement ouvrier.<sup>25</sup> Mettant sur pied des assemblées locales à travers le pays, les *Chevaliers* veulent regrouper l'ensemble des travailleurs et embrassent un vaste programme de réformes politiques fondées sur la coopération, l'arbitrage ainsi que l'éducation des masses laborieuses.<sup>26</sup> En 1883, ils fédèrent les instances locales au sein du *Congrès des métiers et du travail du Canada* (CMTC).<sup>27</sup> Les Chevaliers sont également actifs dans la création de journaux ouvriers, tant en langue anglaise qu'en langue française. Privilégiant le lobbyisme afin d'obtenir une meilleure législation ouvrière, les instances locales de *l'Ordre* favorisent parfois l'engagement électoral de leurs membres. C'est ainsi qu'Alphonse-Télesphore Lépine est élu député fédéral de la circonscription de Montréal-Est en 1888, devenant ainsi le premier représentant ouvrier indépendant au Parlement. Sa carrière politique est toutefois de courte durée.

---

23 Marc-André Gagnon : *Harmoniser le Travail et le Capital. Les Chevaliers du Travail et l'action politique ouvrière à Montréal (1883-1896)*, thèse de maîtrise (histoire), Université d'Ottawa, 2011.

24 Desmond Morton, *Working People*, p. 22-44.

25 Peter C. Bischoff : « "Un chaînon incontournable au Québec". L'Ordre des Chevaliers du travail, 1882-1902 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 70 (automne 2012), p. 13-59 ; Peter C. Bischoff : « Les Irlandais et les Chevaliers du travail à Montréal, 1882-1890 ». Dans : Linda Cardinal/ Simon Jolivet/ Isabelle Matte (éds.) : *Le Québec et l'Irlande. Culture, histoire, identité*, Québec : Septentrion, 2014, p. 21-49.

26 Gregory S. Kealey/ Bryan D. Palmer : *Dreaming of What Might Be. The Knights of Labor in Ontario, 1880-1900*, Cambridge : Cambridge University Press, 1982

27 Fernand Harvey : « Les Chevaliers du travail, les États-Unis et la société québécoise, 1882-1902 ». Dans : Fernand Harvey (éd.) : *Le mouvement ouvrier au Québec*, p. 69-130.

Appuyée par les Conservateurs, sa présence à la Chambre des Communes divise les militants ouvriers sur des bases partisans et il finit par perdre l'appui des Chevaliers à l'aube de l'élection générale de 1896.<sup>28</sup> De cet épisode, les syndicalistes retiendront le peu d'influence que peut exercer un député indépendant. Ils s'organiseront plutôt au sein du Parti ouvrier en 1899.<sup>29</sup> Ils prendront aussi fait et cause pour les mouvements de réformes urbaines.<sup>30</sup>

L'émergence des Chevaliers sur la scène politique force l'État à s'ajuster. Au palier fédéral, les autorités instaurent la *Commission royale d'enquête sur les relations entre le travail et le capital* (1886-1889), initiative inspirée par des enquêtes semblables en France, en Grande-Bretagne et aux États-Unis.<sup>31</sup> Pour leur part, les provinces se tournent vers la législation des conditions de travail. Par exemple, au Québec, l'Acte des manufactures (1885), la Loi des établissements industriels de Québec (1894) et la Loi des différends ouvriers (1901) s'attardent aux mécanismes d'arbitrage, à l'âge minimal pour occuper un emploi et au nombre d'heures de travail maximal. Ces lois sont peu respectées, en raison du manque d'inspecteurs.<sup>32</sup>

Dans les dernières années du XIX<sup>e</sup> siècle, les *Chevaliers* sont en déclin au Canada, tout comme aux États-Unis. Plusieurs raisons peuvent l'expliquer, entre autres la lutte féroce que leur livre l'*American Federation of Labour* (AFL), fondée en 1886 à Columbus (Ohio). Regroupant des syndicats de métier regroupant des ouvriers qualifiés, l'AFL entend travailler à l'amélioration des conditions de ses membres sur les lieux de travail, et elle relègue les combats politiques ainsi que les réformes sociales à l'arrière-plan. Grâce à son fond de grève, elle est mieux outillée que les *Chevaliers* pour épauler les travailleurs et les chômeurs soumis aux cycles du régime capitaliste. Au nord de la frontière, les syndicats « internationaux » affiliés à l'AFL connaissent beaucoup de succès, leur nombre triplant entre 1898 et 1902. Ce syndicalisme, qu'on qualifie de « bread and butter », se frotte à l'idéalisme et aux aspirations des *Chevaliers*, qui cherchent à se détacher de la tutelle américaine. L'un des enjeux de cette

28 Marc-André Gagnon : « J'entends parler de leurs intérêts les plus chers ». Alphonse-Télesphore Lépine et l'engagement électoral des Chevaliers du travail à Montréal (1888-1896) ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 78 (automne 2016), p. 11-38.

29 Jacques Rouillard : « L'action politique ouvrière. 1899-1915 ». Dans : Fernand Dumont/ Jean-Paul Montminy/ Jean Hamelin (éds.) : *Idéologies au Canada français, 1900-1929*, Québec : Presses de l'Université Laval, 1974, p. 267-312

30 Annick Germain : « L'émergence d'une scène politique. Mouvement ouvrier et mouvements de réforme urbaine à Montréal au tournant du siècle — Essai d'interprétation ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 27, no 2 (septembre 1983), p. 185-199

31 Fernand Harvey : *Révolution industrielle et travailleurs. Une enquête sur les rapports entre le capital et le travail au Québec à la fin du 19<sup>e</sup> siècle*, Montréal : Boréal, 1978.

32 David Frank : *Solidarités provinciales. Histoire de la Fédération des travailleurs et travailleuses du Nouveau-Brunswick*, Edmonton : Athabasca University Press, 2013.

rivalité est le mode de représentation des unions au sein du CMTC. Mécontents, les « internationaux » réussissent à isoler les Chevaliers puis, en 1902, à les expulser de l'organisation. Les conséquences de ce schisme sont durables. Ainsi réduisent-ils considérablement l'influence des syndicats canadiens-français au sein du CMTC. Comme le souligne Robert Babcock, « l'AFL méconnut ou tarda à reconnaître les éléments culturels propres au Québec qui allaient inévitablement façonner tout regroupement ouvrier canadien-français. Au moment de la Première Guerre mondiale, les dirigeants de l'AFL s'ouvrirent les yeux, mais il était trop tard ; ils n'avaient pas su empêcher la mise sur pied d'un mouvement ouvrier rival au Québec ».<sup>33</sup>

En effet, dès 1902, les syndicats canadiens-français fondent le *Congrès national des métiers et du travail du Canada* (CNMTC), au sein duquel on retrouve des associations de cordonniers, de travailleurs du textile et de briqueteurs, ainsi que des assemblées des Chevaliers du Travail. Née au Québec, la nouvelle organisation y compte les quatre-cinquièmes de ses membres. Elle essaie toutefois de s'implanter dans les autres provinces, particulièrement en Nouvelle-Écosse, et en 1908, elle adopte le vocable de *Fédération canadienne du travail* (FCT). Surtout présente dans les secteurs de la chaussure, de la construction et du textile, son château fort est dans la ville de Québec, où elle domine la vie syndicale. Mais, après une période initiale de croissance, ses effectifs diminuent considérablement dans les années précédant la Première Guerre mondiale. À Québec, cette désaffection s'explique par des dissensions internes, tandis qu'à Montréal, l'expansion des syndicats internationaux entraîne l'élimination de plusieurs syndicats nationaux. Les chiffres sont éloquentes : en 1921, le CMTC compte 173 000 membres, contre seulement 13 500 membres pour la FCT.<sup>34</sup>

L'essor de ce syndicalisme non confessionnel, jugé socialiste, inquiète l'Église. Même les syndicats dits nationaux ne sont pas au dessus des soupçons du clergé. Inspirée par l'encyclique *Rerum Novarum* de 1893, l'institution ecclésiastique entreprend de leur opposer un mouvement syndical catholique. L'archevêque de Québec, Mgr Louis-Nazaire Bégin, saisit l'occasion lors d'une grève des travailleurs de la chaussure dans sa ville épiscopale en 1901. Des prêtres se font les ardents propagateurs du mouvement. En 1921, les syndicats catholiques comptent 17 600 membres. Ils connaissent donc un certain succès, mais ils sont cantonnés dans les petites entreprises et dans les petites villes, où ils remplacent les syndicats nationaux. Leur caractère confessionnel, l'insistance avec laquelle ils prônent la paix sociale, leurs préoccupations plus morales que professionnelles constituent

---

33 Robert Babcock : « Samuel Gompers et les travailleurs québécois. 1900-1914 ». Dans : James Thwaites (éd.) : *Travail et syndicalisme. Origines, évolution et défis d'une action sociale*, Québec : Presses de l'Université Laval, 2008.

34 Jacques Rouillard, *Histoire du syndicalisme québécois*, p. 88.

des handicaps qui les empêchent de se développer dans les grandes entreprises dominées par le capital anglo-américain, réunissant des ouvriers d'origines et de croyances diverses. Ils n'auront jamais l'importance et le nombre d'adhérents des syndicats internationaux, et ils ne réussiront pas à s'implanter solidement dans la région montréalaise, ni chez les Canadiens français de la diaspora.<sup>35</sup>

À l'opposé du spectre idéologique, le syndicalisme industriel est en plein essor, particulièrement dans le secteur des matières premières. C'est un mouvement révolutionnaire qui cherche à endiguer le capitalisme et ses rapports sociaux de production. La plus importante organisation de ce type est l'*Industrial Workers of the World* (IWW). Fondé à Chicago en 1905, l'IWW est particulièrement actif dans l'Ouest canadien, organisant les laissés pour compte par les syndicats de métier : «Les wobblies» organisèrent les cuisiniers et les serveurs dans les Kootenays, les blanchisseurs à Prince Rupert, les «newsies» à Saskatoon, les travailleurs des projets d'irrigations du CPR [Canadian Pacific Railway] au sud de Calgary, les conducteurs de Victoria et les excavateurs municipaux», selon les dires de l'historien Ross McCormack.<sup>36</sup> L'IWW mène des grèves importantes, entre autres contre la Canadian Northern Railway en Colombie-Britannique en 1912. Toutefois, elle est frappée d'interdit par le gouvernement fédéral lorsqu'éclate la Première Guerre mondiale. Néanmoins, les idées révolutionnaires et les stratégies acquises par les wobblies auront un impact sur les grands conflits ouvriers de la fin de la décennie.

### 3 Radicalisme et nouvelles organisations (1914-1944)

Les travailleurs profitent peu de la croissance économique engendrée par la guerre. Opposés à la conscription, les syndicats privilégient l'action politique plutôt que la grève générale. Ils ne sont pas invités à participer à la planification de l'économie de guerre. Aussi bien dire que les autorités politiques marginalisent le mouvement ouvrier.<sup>37</sup>

Au sortir du conflit, l'économie canadienne tourne au ralenti. Malgré un interventionnisme gouvernemental croissant, la mauvaise planification du passage d'une économie de guerre à une économie de paix, conjuguée à une démobilisation désordonnée, fait en sorte que le gouvernement de Robert

---

35 Yves Frenette : *Brève histoire des Canadiens français*, Montréal : Boréal, 1998, p. 117-118 ; Peter C. Bischoff : « La réception de *Rerum novarum* dans un sol préparé d'avance. La province de Québec ». Dans : *Bulletin du RCHTQ*, vol. 35, no 2 (automne 2009), p. 4-8.

36 A. Ross McCormack : « Wobblies et blanketstiffs. La composition et le contexte de l'IWW dans l'Ouest canadien ». Dans : James D. Thwaites (éd.) : *Le travail et le syndicalisme. Naissance et évolution d'une action sociale*, Québec : Presses de l'Université Laval, 1996.

37 Desmond Morton, *Working People*, p.101-112.

Borden devient la cible des syndicats.<sup>38</sup> L'importante mobilisation ouvrière qui en découle et le radicalisme des chefs syndicaux sont tels que les historiens parlent d'une « révolte des travailleurs ».<sup>39</sup> Se déployant dans l'ensemble du pays, celle-ci comporte toutefois d'importantes dimensions régionales. Ainsi, dans l'Ouest, les délégués syndicaux choisissent de faire bande à part du CMTC, jugé trop conservateur. Le 13 mars 1919 naît le *One Big Union* (OBU) à Calgary. Héritière de l'IWW, l'organisation se veut une extension du *Parti socialiste* du Canada. Elle regroupera jusqu'à 50 000 membres, principalement des mineurs et des gens des métiers du bois. Son radicalisme prend forme dans son désir de présider à la création d'une société fondée sur la fin de l'exploitation de classe et d'unir les travailleurs, peu importe leur race ou leur appartenance ethnoculturelle.<sup>40</sup>

En mai 1919, près de deux mois après la création de l'OBU, une grève générale paralyse la ville de Winnipeg. Près de 35 000 travailleurs débrayent alors pour protester contre la rupture des négociations dans les secteurs de la construction et de la métallurgie. La ville se divise en deux camps. Opposé aux travailleurs et appuyé par l'État, le *Citizens Committee of 1000* représente les industriels et les gens d'affaires. Il a l'appui du gouvernement fédéral. Le 21 juin, sous le couvert de l'Acte d'émeute, les forces policières et l'armée canadienne interviennent pour rétablir l'ordre. Cet épisode, qui est connu sous le nom de Bloody Saturday, se solde par la mort de deux grévistes et de nombreuses arrestations. La répression policière est symptomatique de l'antisindicalisme et de l'antiradicalisme virulents des autorités, qui ont été traumatisées par la révolution bolchévique de 1917. Durant la grève, les chefs syndicaux sont arrêtés et traduits en justice sous l'accusation de sédition. Certains, qui sont nés à l'étranger, sont menacés de déportation. Le 25 juin, à contrecœur, le comité central des travailleurs en grève décide de mettre fin au débrayage.<sup>41</sup> À travers le pays, la Grève générale de Winnipeg donne lieu à une vingtaine de grèves d'appui. La plus importante a lieu à Amherst en Nouvelle-Écosse et dure trois semaines.<sup>42</sup>

Ce mouvement massif de protestation s'accompagne d'une plus grande politisation des organisations ouvrières. À l'occasion des élections fédérales de 1917 et de 1921, un parti travailliste fait ainsi son apparition. Bien que ne remportant

---

38 Peter Neary : *On to Civvy Street. Canada's Rehabilitation Program for Veterans of the Second World War*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 2011.

39 Craig Heron (éd.) : *The Worker's Revolt in Canada, 1917-1925*, Toronto : University of Toronto Press, 1998.

40 Todd McCalium : « "Not a Sex Question"? The One Big Union and the Politics of Radical Manhood ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 42 (automne 1998), p. 15-54.

41 David Bercuson : *Confrontation at Winnipeg. Labour, Industrial Relations, and the General Strike*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 1990.

42 Nolan Reilly : « The General Strike in Amherst, Nova Scotia, 1919 ». Dans : *Acadiensis*, vol. IX, n° 2 (printemps 1980), p. 56-77.

pas beaucoup de succès, sa division albertaine connaît un essor appréciable à la fin des années 1920.<sup>43</sup> En outre, en 1921, est fondé le *Parti communiste du Canada* (PCC)<sup>44</sup>. Cependant, seulement une minorité d'ouvriers participe à cet élan révolutionnaire. Au Québec, le quart des syndiqués adhère aux syndicats catholiques. Ils ne sont toutefois pas complètement imperméables à l'action ouvrière, comme le montre le cas du syndicat catholique des allumetières de Hull qui organise des grèves en 1919 et en 1924.<sup>45</sup> Pour mieux coordonner leurs activités et pour uniformiser l'étude de la doctrine sociale de l'Église, les syndicats catholiques se fédèrent en 1921. La nouvelle organisation prend le nom de *Confédération des travailleurs catholiques du Canada* (CTCC).

Le radicalisme ouvrier continue de se manifester pendant la Grande Dépression (1929-1939). Le CTCC continue d'être dépassé par de nouvelles organisations progressistes. Ainsi, sous le leadership du PCC, la *Ligue d'unité ouvrière* organise des chômeurs, des ouvriers industriels et des mineurs, tandis qu'à la frontière du Témiscamingue québécois et ontarien, la militante communiste Jeanne Corbin s'active dans des conflits ouvriers qui se terminent souvent par une répression violente.<sup>46</sup> Le développement le plus important de la Crise est la fondation, en 1932, de la *Fédération du Commonwealth coopératif* (FCC). Le nouveau parti offre une solution de rechange au PCC, en prônant une éradication graduelle du capitalisme. Mariant le socialisme à l'anglaise avec le protestantisme réformiste, son chef, J. S. Woodsworth, veut unir les travailleurs et les cultivateurs. Bien qu'il ait peu de succès électoral (il ne fait élire que sept députés en 1935), le parti s'établit durablement sur la scène politique canadienne.<sup>47</sup>

Au cœur de la Dépression, les gouvernements doivent réagir aux nombreuses manifestations et grèves qui ont cours. En 1937, le débrayage de 10 000 ouvriers de la Dominion Textile dans plusieurs usines incite ainsi les autorités cléricales et politiques du Québec à jouer le rôle de médiatrices. Quelques

43 Alvin Finkel : « The Rise and Fall of the Labour Party in Alberta, 1917-42 ». Dans : *Labour/Le Travail*, n° 16 (automne 1985), p. 61-96.

44 John Manley : « Moscow Rules? "Red" Unionism and "Class Against Class" in Britain, Canada, and the United States, 1928-1935 ». Dans : *Labour/Le Travail*, n° 56 (automne 2005), p. 9-49; John Manley : « Does the International Labour Movement Need Salvaging? Communism, Labourism, and the Canadian Trade Unions, 1921-1928 ». Dans : *Labour/Le Travail*, n° 41 (printemps 1998), p. 147-180.

45 Michelle Lapointe : « Le syndicat catholique des allumetières de Hull. 1919-1924 ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 32, n° 4 (mars 1979), p. 603-628.

46 Stephen L. Endicott : *Raising the Workers' Flag. The Workers' Unity League in Canada, 1930-1936*, Toronto : University of Toronto Press, 2012 ; Andrée Lévesque : *Scènes de la vie en route. L'époque de Jeanne Corbin 1906-1944*, Montréal : Éditions du Remue-ménage, 1999.

47 Kenneth McNaught : *A Prophet in Politics. A Biography of J.S. Woodsworth*, Toronto, University of Toronto Press, 2001 ; James Naylor : *The Fate of Labour Socialism. The Cooperative Commonwealth Federation and the Dream of a Working-Class Future*, Toronto : University of Toronto Press, 2016.

mois auparavant, le gouvernement de Maurice Duplessis a adopté une mesure punitive à l'endroit des syndicats, la « loi du cadenas », qui prévoit la fermeture des locaux et la saisie du matériel des organisations et des groupes soupçonnés d'activités communistes.<sup>48</sup>

Le contexte socio-économique amène également les centrales syndicales à se réorganiser. Aux États-Unis, des chefs ouvriers, insatisfaits du manque de leadership de l'AFL forment en 1935-1936 le *Committee for Industrial Organization* (CIO), composé de syndicats industriels, et lancent une campagne de recrutement qui s'étend au nord de la frontière. Sous la pression des unions de métiers qui sont affiliées à l'AFL, les syndicats liés au CIO sont expulsés en 1938. Dominé par l'AFL, le CMTC fait de même et, en 1940, les syndicats affiliés au CIO se regroupent au sein du Congrès canadien du travail (CCT). Les syndicalistes canadiens sont néanmoins unis dans leur approbation des premières politiques sociales élaborées par le gouvernement fédéral, dont le Régime de pensions du Canada (1940).<sup>49</sup>

Lors de la Deuxième Guerre mondiale, Ottawa instaure un organisme, le *Conseil national du travail* en temps de guerre, afin de stabiliser les salaires. Cette stratégie n'empêche pas le déclenchement de grèves qui paralysent certains secteurs clés de l'économie, le gouvernement refusant de collaborer avec les syndicats. C'est le cas notamment à Kirkland Lake en Ontario, où les mineurs se mobilisent en 1941-1942.<sup>50</sup> Par la suite, une vague de débrayages dans les secteurs de l'aviation et de l'automobile force les autorités fédérales à encadrer davantage l'action syndicale. C'est ainsi que, en 1944, le décret en conseil C.P. 1003 force les employeurs à reconnaître les syndicats formés démocratiquement. La même année, le Québec emboîte le pas avec la Loi des relations ouvrières. Ces deux législations renforcent la légitimité des syndicats.<sup>51</sup>

#### 4 L'âge d'or des travailleurs (1944-1980) ?

Les représentations populaires de la société de l'après-Deuxième Guerre mondiale sont marquées par l'avènement d'une société de consommation à grande échelle et l'anxiété provoquées par la Guerre froide. Pour les travailleurs, cette époque

48 Andrée Lévesque : *Virage à gauche interdit. Les communistes, les socialistes et leurs ennemis au Québec 1929-1939*, Montréal : Boréal Express, 1984.

49 Jacques Rouillard, *Histoire du syndicalisme québécois*, p.162.

50 Sophie Blais : « Nouvelles réflexions sur les travailleurs et la grève de Kirkland Lake. 1941-1942 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 64 (automne 2009), p. 107-133 ; Sophie Blais : « Une grève d'intérêt national. Réflexions sur la mobilisation en temps de grève : le cas de Kirkland Lake ». Dans : *Revue du Nouvel-Ontario*, vol. 37 (2012), p. 109-132.

51 Desmond Morton, *Working People*, p. 175-186 ; Peter S. McNis : *Harnessing Labour Confrontation. Shaping the Postwar Settlement in Canada, 1943-1950*, Toronto : University of Toronto Press, 2002.

constituerait un certain âge d'or qui s'exprime entre autres par des emplois abondants, permanents et bien rémunérés, ainsi que par l'universalité des programmes sociaux, conséquences du développement de l'État-providence et des politiques économiques keynésiennes. Or la réalité est beaucoup plus nuancée. Si le droit à la négociation collective et la reconnaissance syndicale par les employeurs obtiennent droit de cité, de nouveaux défis se posent pour les organisations ouvrières. Ainsi, l'intégration de plus en plus grande des économies américaine et canadienne (Voie maritime du Saint-Laurent, 1959 ; Pacte de l'automobile, 1965) a-t-elle un effet sur la production industrielle canadienne. En parallèle, la proportion grandissante de femmes (près de 40% en 1970) sur le marché de la main-d'œuvre transforme le membrariat des syndicats et provoque des conflits de travail dans les secteurs des services et du commerce de détail.<sup>52</sup> En outre, la Guerre froide et la « peur rouge » mettent en péril la légalité des grèves.

On parle de cette période de l'histoire ouvrière comme le « post-war settlement », c'est-à-dire un accord implicite entre l'État, les syndicats et les employeurs visant à assurer la pacification des relations entre le capital et le travail. Les gouvernements tolèrent les activités syndicales, encadrent les processus d'accréditation, établissent les procédures de rédaction des conventions collectives et agissent en tant que médiateurs lors de conflits majeurs.<sup>53</sup> Cette évolution favorise la pérennisation des organisations ouvrières. Ainsi, la médiation de la grève des travailleurs de l'automobile à Windsor en Ontario (1945-1946) par le juge Ivan Rand donne naissance à la « formule Rand », qui stipule que tous les employés d'une unité de production bénéficiant des acquis syndicaux doivent, par conséquent, payer leurs cotisations. Cette décision juridique renforce les bases financières des syndicats. Par ailleurs, la prospérité relative des décennies d'après-guerre réduit le nombre de conflits ouvriers, ce qui n'empêche pas des affrontements sanglants entre les travailleurs et les forces de l'ordre. Au Québec, les grèves des mineurs d'Asbestos (1949) et de Murdochville (1957) en sont de bons exemples. Les deux conflits sont déclarés illégaux par la Province, mais une grande partie de l'opinion publique se range du côté des ouvriers, en raison du recours à des briseurs de grève et à des interventions policières musclées.<sup>54</sup> Encore une fois, une réorganisation majeure a cours dans le monde syndical. En 1955, aux États-Unis, l'AFL et le CIO enterrent la hache de guerre et se fondent dans une nouvelle entité, l'AFL-CIO. Un an plus tard, le CMTC et le

---

52 Joan Sangster : *Transforming Labour. Women and Work in Post-war Canada*, Toronto : University of Toronto Press, 2010.

53 Bryan D. Palmer : *Canada's 1960's. The Ironies of Identity in a Rebellious Era*, Toronto : University of Toronto Press, 2009.

54 Guy Bélanger : « La grève de Murdochville (1957) ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 8-9 (automne-printemps 1981/1982), p. 103-135.

CCT fusionnent à leur tour et forment le Congrès du travail du Canada (CTC). Au Québec, le syndicalisme s'affirme, en dépit des politiques anti-ouvrières de Duplessis. Outre la CTCC, deux centrales regroupent les ouvriers : la *Fédération provinciale du travail du Québec*, mise sur pied en 1937 et la *Fédération des unions industrielles du Québec*, qui voit le jour en 1952. Cinq ans plus tard, les deux organisations s'amalgament au sein de la Fédération des travailleurs du Québec (FTQ). Puis, en 1960, la CTCC achève de se déconfessionnaliser et adopte le nom de *Confédération des syndicats nationaux* (CSN).<sup>55</sup>

Au cours des années 1960, une vague de syndicalisation déferle sur le secteur public. Quoique les gouvernements résistent à accorder le droit de négociation collective et de grève à leurs employés, ils cèdent à la suite des pressions exercées par les syndicats. Au Québec, le Code du travail adopté en 1964 reconnaît le droit aux fonctionnaires, aux enseignants et aux travailleurs de la santé de se syndiquer. Le mouvement culmine en 1972 avec la création d'un front commun de la CSN, de la FTQ et de la *Centrale des enseignants du Québec*, un syndicat mis sur pied en 1966. Plus de 200 000 syndiqués réclament alors la hausse du salaire minimal. Le gouvernement provincial répond par une loi spéciale qui est défiée par les chefs des trois centrales. En conséquence, ils sont emprisonnés, ce qui déclenche de nombreuses grèves d'appui. Le conflit se résorbera par la négociation. La syndicalisation des employés du secteur public accroît le nombre de travailleurs syndiqués au Canada qui, vers 1980, atteint le chiffre de 3,6 millions, soit 38 % de la force de travail.<sup>56</sup>

Les syndicats sont également actifs sur le plan politique. Les centrales québécoises appuient le mouvement indépendantiste. Ils soutiennent le *Parti québécois* et favorisent son élection en 1976. Le gouvernement à l'époque leur est très favorable en promouvant des politiques pro-syndicales et en modernisant la législation sur la santé et la sécurité au travail.<sup>57</sup> Au Canada anglais, les syndicats penchent plutôt vers le Nouveau parti démocratique. Créé en 1961 sur les fondations de la FCC, la formation politique prône la social-démocratie et se fait connaître pour ses positions en faveur d'un régime universel de soins de santé.<sup>58</sup>

55 Yves Frenette, *Brève histoire des Canadiens français*, p. 158-159.

56 Desmond Morton, *Working People*, p. 318.

57 Edwidge Munn : « L'action politique partisane à la FTQ (1957-76) ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 12 (automne 1983), p. 43-61 ; Ralph Peter Guntzel : « The Confédération des syndicats nationaux (CSN), the Idea of Independence, and the Sovereignist Movement, 1960-1980 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 31 (printemps 1993), p. 145-173 ; Ralph Peter Guntzel : « "Rapprocher les lieux du pouvoir". The Québec Labour Movement and Québec Sovereignism, 1960-2000 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 46 (automne 2000), p. 369-395.

58 Keith Archer : « Canadian Unions, the New Democratic Party, and the Problem of Collective Action ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 20 (automne 1987), p. 173-184.

Toutefois, les membres ne suivent pas toujours les consignes de leurs chefs et ne votent pas unanimement pour ces partis politiques, qu'ils considèrent souvent trop radicaux ou pas assez réalistes.

## 5 Les syndicats à l'heure du néolibéralisme (1980-)

À partir des années 1980 se profile à l'horizon du monde occidental la tête hideuse du néolibéralisme. Déjà, au milieu de la décennie précédente, les travailleurs canadiens avaient dû composer avec la Loi sur le contrôle des prix et des salaires contre laquelle ils avaient mené une campagne bien orchestrée, mais qui ne donna pas beaucoup de résultats. Les gouvernements provinciaux avaient suivi l'exemple d'Ottawa. Comme les autres Canadiens, et en fait les autres Occidentaux, les chefs syndicaux étaient loin de se douter que ces orages annonçaient une tempête, sinon un ouragan qui s'abatrait sur le monde ouvrier.<sup>59</sup>

C'est que les gouvernements se désengagent, et la multiplication de mesures visant à assainir les finances publiques, à privatiser les services publics ainsi qu'à favoriser l'essor des petites et moyennes entreprises font chuter le taux de syndicalisation, qui passe de 38% en 1981 à 30% en 2012.<sup>60</sup> De plus, l'Accord de libre-échange canado-américain (1988), puis l'Accord de libre-échange nord-américain (1994) contribuent à la désindustrialisation de plus en plus marquée de l'économie canadienne<sup>61</sup>. En effet, de nombreuses fermetures d'usines frappent de plein fouet l'ensemble des provinces, tant dans l'industrie manufacturière que dans le secteur de la transformation des matières premières. Ces développements affectent des dizaines de milliers de citoyens qui, au mieux, voient leurs conditions de travail changer radicalement et, au pire, leurs fonds de pension s'évaporer, puis leurs lieux de travail disparaître. Dans le secteur public, l'État a de plus en plus recours à des lois spéciales pour empêcher la grève ou pour forcer les employés à rentrer au travail. Dans le même sens, il modifie les lois sur les services essentiels afin de limiter le nombre de grévistes. En outre, depuis l'adoption de la Charte canadienne des droits et libertés, en 1982, les tribunaux sont de plus en plus appelés à se prononcer sur les questions touchant les relations de travail.<sup>62</sup>

59 Desmond Morton, *Working People*, p. 294-307.

60 Diane Galarneau/ Thao Sohn : « Les tendances à long terme de la syndicalisation ». Dans : *Regards sur la société canadienne*, Ottawa : Statistique Canada, 2013, p. 1.

61 Steven High : *Industrial Sunset. The Making of North America's Rust Belt, 1969-1984*, Toronto : University of Toronto Press, 2003.

62 Larry Savage/ Charles W. Smith (éds.) : *Unions in Court. Organized Labour and the Charter of Rights and Freedoms*, Vancouver : University of British Columbia Press, 2017.

Dans ce contexte, les organisations syndicales montent aux barricades, mais elles sont de moins en moins populaires. La seule consolation peut-être, c'est que, la situation étant encore pire aux États-Unis, les unions internationales ont moins de poids et l'autonomie des syndicats canadiens augmente.<sup>63</sup>

## Conclusion

Le 4 septembre 2017, jour de la fête du Travail, quelques milliers de travailleurs défilent dans les rues de Toronto. Ailleurs, par exemple à Saint-John et à Frédéricton au Nouveau-Brunswick, à Prince-George en Colombie-Britannique, d'autres défilés, des concerts, des pique-niques sont organisés. Instituée au XIX<sup>e</sup> siècle, cette célébration annuelle est l'une des plus importantes manifestations ouvrières en raison du congé civique qui l'accompagne. Bien que tombée en désuétude au Québec et souffrant de la comparaison avec la Fête du 1<sup>er</sup> mai en Europe, la fête du Travail demeure néanmoins un symbole de la centralité du monde du travail dans la société canadienne.<sup>64</sup>

Comme le montre notre texte, le mouvement ouvrier canadien ne s'est pas construit de façon rectiligne. Il a souvent progressé par tâtonnements et a connu, tout au long de son histoire, des rivalités et des divisions en son sein : divisions de classe, divisions liées au genre, divisions en raison de la diversité ethnique, divisions régionales, divisions linguistiques et culturelles. Il a essayé de maintenir son autonomie face à des syndicalistes américains souvent aussi impérialistes que les grandes entreprises avec lesquelles ils négociaient. Les syndicats ont aussi dû composer avec des gouvernements plus ou moins sympathiques à leur cause. Tout compte fait, entre résistance et reconnaissance, ils ont bien tiré leur épingle du jeu.

---

63 Desmond Morton, *Working People*, p. 357-366.

64 Craig Heron/ Steve Penfold : *The Workers' Festival. A History of Labour Day in Canada*, Toronto : University of Toronto Press, 2005 ; Jacques Rouillard : « La fête du Travail à Montréal le premier lundi de septembre, symbole de l'affirmation de la classe ouvrière dans l'espace public (1886-1952) ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 64, n° 2 (automne 2010), p. 33-73.

## Bibliographie

- Archer, Keith : « Canadian Unions, the New Democratic Party, and the Problem of Collective Action ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 20 (automne 1987), p. 173-184.
- Babcock, Robert : « Samuel Gompers et les travailleurs québécois. 1900-1914 ». Dans : James Thwaites (éd.) : *Travail et syndicalisme. Origines, évolution et défis d'une action sociale*, Québec : Presses de l'Université Laval, 2008.
- Battye, John : « The Nine Hour Pioneers. The Genesis of the Canadian Labour Movement ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 4 (1979), p. 25-56.
- Bélanger, Guy : « La grève de Murdochville (1957) ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 8-9 (automne-printemps 1981/1982), p. 103-135.
- Bercuson, David : *Confrontation at Winnipeg. Labour, Industrial Relations, and the General Strike*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 1990.
- Bischoff, Peter C. : « Les Irlandais et les Chevaliers du travail à Montréal, 1882-1890 ». Dans : Linda Cardinal/ Simon Jolivet/ Isabelle Matte (éds.) : *Le Québec et l'Irlande. Culture, histoire, identité*, Québec : Septentrion, 2014, p. 21-49.
- Bischoff, Peter C. : « “Un chaînon incontournable au Québec”. L'Ordre des Chevaliers du travail, 1882-1902 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 70 (automne 2012), p. 13-59.
- Bischoff, Peter C. : *Les débardeurs au port de Québec*, Montréal : Hurtubise HMH, 2009.
- Bischoff, Peter C. : « La réception de *Rerum novarum* dans un sol préparé d'avance. La province de Québec ». Dans : *Bulletin du RCHTQ*, vol. 35, n° 2 (automne 2009), p. 4-8.
- Blais, Sophie : « Une grève d'intérêt national. Réflexions sur la mobilisation en temps de grève : le cas de Kirkland Lake ». Dans : *Revue du Nouvel-Ontario*, vol. 37 (2012), p. 109-132.
- Blais, Sophie : « Nouvelles réflexions sur les travailleurs et la grève de Kirkland Lake. 1941-1942 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 64 (automne 2009), p. 107-133.
- Bradbury, Bettina : *Familles ouvrières à Montréal*, Montréal : Boréal, 1995.

- Burgess, Joanne : « L'industrie de la chaussure à Montréal, 1840-1870. Le passage de l'artisanat à la fabrique ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 3, no 2 (septembre 1977), p. 187-210.
- Copp, Terry : *Classe ouvrière et pauvreté. Les conditions de vie des travailleurs montréalais, 1897-1929*, Montréal : Boréal, 1978.
- De la Riva, Paul : *Mine de rien. Les Canadiens français et le travail minier à Sudbury 1886-1930*, Sudbury : Prise de parole et l'Institut franco-ontarien, 1998.
- Dennie, Donald : *À l'ombre de l'INCO. Étude de la transition d'une communauté canadienne-française de la région de Sudbury, 1870-1972*, Ottawa : Presses de l'Université d'Ottawa, 2001.
- Ducharme, Michel : *Le concept de liberté au Canada à l'époque des révolutions atlantiques 1776-1838*, Montréal : McGill-Queen's University Press, 2010.
- Endicott, Stephen L. : *Raising the Workers' Flag. The Workers' Unity League in Canada, 1930-1936*, Toronto : University of Toronto Press, 2012.
- English, Leona M. : « Teaching the "Morally and Economically Destitute". 19<sup>th</sup>-Century Adult Education Efforts in Newfoundland ». Dans : *Acadiensis*, vol. XLI, n° 2 (été-automne 2012), p. 66-88.
- Finkel, Alvin : « The Rise and Fall of the Labour Party in Alberta, 1917-42 ». Dans : *Labour/Le Travail*, n° 16 (automne 1985), p. 61-96.
- Forsey, Eugene : *Trade Unions in Canada. 1812-1902*, Toronto : University of Toronto Press, 1982.
- Frank, David : *Solidarités provinciales. Histoire de la Fédération des travailleurs et travailleuses du Nouveau-Brunswick*, Edmonton : Athabasca University Press, 2013.
- Frenette, Yves : *Brève histoire des Canadiens français*, Montréal : Boréal, 1998.
- Gagnon, Marc-André : « "J'entends parler de leurs intérêts les plus chers". Alphonse-Télesphore Lépine et l'engagement électoral des Chevaliers du travail à Montréal (1888-1896) ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 78 (automne 2016), p. 11-38.
- Gagnon, Marc-André : *Harmoniser le Travail et le Capital. Les Chevaliers du Travail et l'action politique ouvrière à Montréal (1883-1896)*, thèse de maîtrise (histoire), Université d'Ottawa, 2011.

- Galarneau, Diane/ Sohn, Thao : « Les tendances à long terme de la syndicalisation ». Dans : *Regards sur la société canadienne*, Ottawa : Statistique Canada, 2013.
- Gaudreau, Guy/ Blais, Sophie/ Auger, Kevin : *Mines, travail et société à Kirland Lake*, Sudbury : Prise de Parole, 2016.
- Gaudreau, Guy : *L'histoire des mineurs du Nord ontarien et québécois*, Québec, Septentrion, 2003.
- Germain, Annick : « L'émergence d'une scène politique. Mouvement ouvrier et mouvements de réforme urbaine à Montréal au tournant du siècle — Essai d'interprétation ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 27, n° 2 (septembre 1983), p. 185-199.
- Greer, Allan : *The Patriots and the People. The Rebellion of 1837 in Rural Lower Canada*, Toronto : University of Toronto Press, 1993.
- Güntzel, Ralph Peter : « “Rapprocher les lieux du pouvoir”. The Québec Labour Movement and Québec Sovereignism, 1960-2000 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 46 (automne 2000), p. 369-395.
- Güntzel, Ralph Peter : « The Confédération des syndicats nationaux (CSN), the Idea of Independence, and the Sovereignist Movement, 1960-1980 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 31 (printemps 1993), p. 145-173.
- Harvey, Fernand (éd.) : *Le mouvement ouvrier au Québec*, Montréal : Boréal, 1980.
- Harvey, Fernand : « Les Chevaliers du travail, les États-Unis et la société québécoise, 1882-1902 ». Dans : Fernand Harvey (éd.) : *Le mouvement ouvrier au Québec*, Montréal, Boréal, 1980, p. 69-130.
- Harvey, Fernand : *Révolution industrielle et travailleurs. Une enquête sur les rapports entre le capital et le travail au Québec à la fin du 19e siècle*, Montréal : Boréal, 1978.
- Harvey, Louis-Georges : *Le printemps de l'Amérique française. Américanité, anticolonialisme et républicanisme dans le discours politique québécois, 1805-1837*, Montréal : Boréal, 2005.
- Heron, Craig/ Penfold, Steve : *The Workers' Festival. A History of Labour Day in Canada*, Toronto, University of Toronto Press, 2005.
- Heron, Craig (éd.) : *The Worker's Revolt in Canada, 1917-1925*, Toronto, University of Toronto Press, 1998.

- Heron, Craig : *The Canadian Labour Movement. A Short History*, Toronto : Lorimer, 1996.
- High, Steven : *Industrial Sunset. The Making of North America's Rust Belt, 1969-1984*, Toronto : University of Toronto Press, 2003.
- Kealey, Gregory S./ Palmer, Bryan D. : *Dreaming of What Might Be. The Knights of Labor in Ontario, 1880-1900*, Cambridge : Cambridge University Press, 1982.
- Kealey, Gregory : *Toronto Workers Respond to Industrial Capitalism, 1867-1892*, Toronto : University of Toronto Press, 1980.
- Kristofferson, Robert B. : *Crafted Capitalism. Craftworkers and Early Industrialization in Hamilton, Ontario*, Toronto : University of Toronto Press, 2007.
- Lapointe, Michelle : « Le syndicat catholique des allumettières de Hull. 1919-1924 ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 32, n° 4 (mars 1979), p. 603-628.
- Lévesque, Andrée : *Scènes de la vie en rouge. L'époque de Jeanne Corbin 1906-1944*, Montréal : Éditions du Remue-ménage, 1999.
- Lévesque, Andrée : *Virage à gauche interdit. Les communistes, les socialistes et leurs ennemis au Québec 1929-1939*, Montréal : Boréal Express, 1984.
- Lipton, Charles : *The Trade Union Movement of Canada. 1827-1959*, Montréal : Canadian Social Publications, 1966.
- Manley, John : « Moscow Rules? "Red" Unionism and "Class Against Class" in Britain, Canada, and the United States, 1928-1935 ». Dans : *Labour/Le Travail*, n° 56 (automne 2005), p. 9-49.
- Manley, John : « Does the International Labour Movement Need Salvaging? Communism, Labourism, and the Canadian Trade Unions, 1921-1928 ». Dans : *Labour/Le Travail*, n° 41 (printemps 1998), p. 147-180.
- McCalium, Todd : « "Not a Sex Question"? The One Big Union and the Politics of Radical Manhood ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 42 (automne 1998), p. 15-54.
- McCormack, A. Ross : « Wobblies et blanketstiffs. La composition et le contexte de l'IWW dans l'Ouest canadien ». Dans : James D. Thwaites (éd.) : *Le travail et le syndicalisme. Naissance et évolution d'une action sociale*, Québec : Presses de l'Université Laval, 1996.

- McInnis, Peter S. : *Harnessing Labour Confrontation. Shaping the Postwar Settlement in Canada, 1943-1950*, Toronto : University of Toronto Press, 2002.
- McNaught, Kenneth : *A Prophet in Politics. A Biography of J.S. Woodsworth*. Toronto : University of Toronto Press, 2001.
- Morton, Desmond : *Working People. An Illustrated History of the Canadian Labour Movement*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 2007.
- Munn, Edwidge : « L'action politique partisane à la FTQ (1957-76) ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 12 (automne 1983), p. 43-61.
- Naylor, James : *The Fate of Labour Socialism. The Cooperative Commonwealth Federation and the Dream of a Working-Class Future*, Toronto : University of Toronto Press, 2016.
- Neary, Peter : *On to Civvy Street. Canada's Rehabilitation Program for Veterans of the Second World War*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 2011.
- Nelles, H.V. : *The Politics of Development. Forests, Mines & Hydro-Electric Power in Ontario 1849-1941*, Toronto : Macmillan of Canada, 1974.
- Palmer, Bryan D. : *Canada's 1960's. The Ironies of Identity in a Rebellious Era*, Toronto : University of Toronto Press, 2009.
- Palmer, Bryan D./ Sangster, Joan (éds.) : *Labouring Canada. Class, Gender, and Race in Canadian Working Class*, Toronto : Oxford University Press, 2008.
- Palmer, Bryan D. : *A Culture in Conflict. Skilled Workers and Industrial Capitalism in Hamilton, Ontario 1860-1914*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 1979.
- Paquet, Gilles/ Wallot, Jean-Pierre : *Un Québec moderne. 1760-1840*, Montréal : Hurtubise HMH, 2007.
- Radforth, Ian : *Bushworkers and Bosses. Logging in Northern Ontario, 1900-1980*, Toronto : University of Toronto Press, 1987.
- Reilly, Nolan : « The General Strike in Amherst, Nova Scotia, 1919 ». Dans : *Acadiensis*, vol. IX, n° 2 (printemps 1980), p. 56-77.
- Rouillard, Jacques : « La fête du Travail à Montréal le premier lundi de septembre, symbole de l'affirmation de la classe ouvrière dans l'espace public (1886-1952) ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 64, n° 2 (automne 2010), p. 33-73.

- Rouillard, Jacques : *L'expérience syndicale au Québec. Ses rapports à l'État, à la nation et à l'opinion publique*, Montréal, VLB éditeur, 2009.
- Rouillard, Jacques : *Le syndicalisme québécois. Deux siècles d'histoire*, Montréal : Boréal, 2004.
- Rouillard, Jacques : *Histoire du syndicalisme québécois*, Montréal : Boréal, 1989.
- Rouillard, Jacques : « L'action politique ouvrière. 1899-1915 ». Dans : Fernand Dumont/ Jean-Paul Montminy/ Jean Hamelin (éds.) : *Idéologies au Canada français, 1900-1929*, Québec : Presses de l'Université Laval, 1974, p. 267-312.
- Rouillard, Jacques : « Répertoire des syndicats au Québec 1827-1896 ». Dans : Jean Hamelin (éd.) : *Histoire des travailleurs québécois 1850-1896*, Montréal : Presses de l'Université du Québec, 1973, p. 203-217.
- Ruddel, David-Thierry : « La main-d'œuvre en milieu urbain au Bas-Canada. Conditions et relations de travail ». Dans : *Revue d'histoire de l'Amérique française*, vol. 41, n° 3 (hiver 1988), p. 389-402.
- Sangster, Joan : *Transforming Labour. Women and Work in Post-war Canada*, Toronto : University of Toronto Press, 2010.
- Savage, Larry/ Smith, Charles W. (éds.) : *Unions in Court. Organized Labour and the Charter of Rights and Freedoms*, Vancouver : University of British Columbia Press, 2017.
- Schrauwers, Albert : « The Gentlemanly Order and the Politics of Production in the Transition to Capitalism in the Home District, Upper Canada ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 65 (printemps 2010), p. 9-45.
- Sweeny, Robert : *Why Did We Choose to Industrialize? Montreal, 1819-1849*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 2015.
- Tremblay, Robert : « Artisans et ouvriers à l'époque des revendications démocratiques et nationalistes du Parti patriote dans le Bas-Canada, 1832-1838. Un rendez-vous manqué avec l'histoire ? ». Dans : *Bulletin d'histoire politique*, vol. 25, n° 2 (hiver 2017), p. 146-171.
- Tremblay, Robert : « Retour sur les origines du mouvement ouvrier québécois. Profil et aspirations des militants syndicaux et démocrates durant les années 1830 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 72 (automne 2013), p. 11-36.
- Tremblay, Robert : « Un aspect de la consolidation du pouvoir d'État de la bourgeoisie coloniale. La législation anti-ouvrière dans le Bas-Canada, 1800-50 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 8-9 (automne 1981- printemps 1982), p. 243-252.

- Viau, Roland : *Du pain ou du sang. Les travailleurs irlandais et le canal Beauharnois*, Montréal : Presses de l'Université de Montréal, 2013.
- Wilton, Carol : *Popular Politics and Political Culture in Upper Canada, 1800-1850*, Montréal/Kingston : McGill-Queen's University Press, 2000.
- Wylie, William N.T. : « Poverty, Distress, and Disease. Labour and the Construction of the Rideau Canal, 1826-32 ». Dans : *Labour/Le Travail*, vol. 11 (printemps 1983), p. 7-29.

## Autorinnen und Autoren

Rachid Belkacem, Dr., Maître de conférences en économie, Université de Lorraine, Laboratoire Lorrain des Sciences Sociales, UniGR-Center for Border Studies, rachid.belkacem@univ-lorraine.fr

Klara Boos, Absolventin des Masterstudiengangs Interkulturelle Kommunikation an der Universität des Saarlandes, klara.boos@t-online.de

Sophia Dorka, M.A., Referentin Internationales Forschungsmarketing/Universität der Großregion bei TU Kaiserslautern, sophia.dorka@verw.uni-kl.de

Yves Frenette, Ph.D., en Histoire, Canada Research Chair Holder, Department of Human and Social Sciences, Université de Saint-Boniface, Winnipeg, Canada, yfrenette@ustboniface.ca

Julia Frisch, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Didaktik der Gesellschaftswissenschaften und am Arbeitsbereich Didaktik der deutschen Sprache / Deutsch als Zweit- und Fremdsprache der Universität Trier, frisch@uni-trier.de

Marc-André Gagnon, Ph.D., stagiaire postdoctoral à la Chaire de recherche du Canada de niveau 1 sur les migrations, les transferts et les communautés francophones de l'Université de Saint-Boniface ; chargé de cours en études nord-américaines à la Wilfrid-Laurier University, mgagnon@wlu.ca

Hans-Jürgen Lüsebrink (Herausgeber), Univ.-Prof., Seniorprofessur für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation an der Universität des Saarlandes, luesebrink@mx.uni-saarland.de

Luitpold Rampeltshammer (Herausgeber), Dr. rer. pol., Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Universität des Saarlandes, Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung, l.rampeltshammer@mx.uni-saarland.de

Udo Rehfeldt, Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am IRES (Institut de Recherches Économiques et Sociales) in Noisy-le-Grand bei Paris. Forschungsfeld: vergleichende Arbeitsbeziehungen, udo.rehfeldt@ires.fr

Anke Rehlinger, MdL, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes und stellvertretende Ministerpräsidentin des Saarlandes, a.rehlinger@wirtschaft.saarland.de

Justine Roussie, Absolventin des trinationalen Masterstudiengangs in Deutsch-Französische Studien: Grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation an der Universität des Saarlandes, der Université de Lorraine und an der Université du Luxembourg, seit März 2018 arbeitet sie im International Office der École nationale d'ingénieurs de Metz (ENIM) an der Université de Lorraine, justine.roussie@gmail.com

Henrik Uterwedde, Prof. Dr. phil., Vergleichende Politikfeldanalyse (Deutschland-Frankreich), Ökonomie, Gesellschaft und Politik in Frankreich, deutsch-französische Beziehungen, europäische Wirtschaftsintegration. Assoziierter Wissenschaftler am Deutsch-Französischen Institut, uterwedde@dfi.de

Die Beiträge in diesem Band sind Ergebnis einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Staat, Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Frankreich unter dem Einfluss von Europäisierung und Globalisierung“, die Prof. Dr. Hans-Jürgen Lüsebrink (Seniorprofessur für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation) und Dr. Luitpold Rampeltshammer (Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes) im Wintersemester 2016/17 durchgeführt haben.

Die Beiträge zur Veranstaltungsreihe befassen sich mit den Veränderungen in ausgewählten Bereichen (Wirtschaftspolitik, Industriepolitik, Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen) im Beziehungsgeflecht von Wirtschaft, Politik und Arbeit in Deutschland und Frankreich, die durch Europäisierung und Globalisierung entstanden sind. Die im öffentlichen Diskurs vorgetragenen Thesen, entweder der Konvergenz oder der persistierenden Divergenz dieser Bereiche, standen im Fokus.

Les contributions de ce volume sont issues d'un cycle de conférences intitulé „État, économie et relations de travail en Allemagne et en France organisé par le professeur senior Hans-Jürgen Lüsebrink (Études Culturelles Romanes et de Communication Interculturelle) et le Dr. Luitpold Rampeltshammer (Centre de coopération Universités/Monde du Travail de l'Université de la Sarre) pendant le semestre d'hiver 2016/2017.

Les contributions rassemblées ici analysent les transformations intervenues au sein des relations franco-allemandes dans certains domaines choisis, comme la politique économique, la politique industrielle, les marchés du travail et les relations de travail, suite aux processus d'eupéanisation et de globalisation. Au centre de cette réflexion se trouvent les thèses soutenues par le discours public concernant les convergences ou bien les divergences persistantes de ces domaines.